Kapitän Russell Grenfell Ret.

BEDINGUNGSLOSER HASS

Die deutsche Kriegsschuld und die Zukunft Europas

»IM VERLAG FRITZ SCHLICHTENMAYER «
TÜBINGEN AM NECKAR
MCMLIV

AAARGH
Internet
2007

Innerer Buchumschlag
$ 4

Der Autor dieses wichtigen Buches kam aus einer englischen Seefahrer-Familie. Er diente mehr als 30 Jahre in der "Royal Navy", nahm an fast allen wichtigen Kriegsereignissen teil und wurde Mitarbeiter in der Führung des "Royal Navy Staff College".

Captain Grennfells Bücher über Seekriegsführung - *Sea Power* (1941), *The Bismark Episode* (1948), *Nelson and the Sailor* (1949), und *Main Fleet to Singapore* (1951) - sind in der englischsprechenden Welt bekannt für ihre Brillanz und Klarheit. Sie bekamen hohes Lob von Kritikern in England und Übersee.

Dieses letzte Buch – Captain Grenfell verstarb plötzlich auf unerklärliche Weise in 1954 als er an einer Fortsetzung arbeitete– ist vielmehr eine 21-Geschütz-Breitseite über Politik als Marine-Strategie; es reizt so manchen Nerv, widerlegt viele Vorurteile und etablierte Interessen, und es wurde Zeit, daß so ein Buch an die Öffentlichkeit kam in unseren noch freien und unzensierten Vereinigten Staaten. Weder ein englischer Verleger noch ein amerikanischer Kritiker haben es gewagt, dieses Buch zu verlegen oder sein Erscheinen zu erwähnen.Denjenigen, die immer noch den Zweiten Weltkrieg kämpfen, wird dieses Buch nicht gefallen; aber wer genug davon hat immer wieder mit den alten schwarz/weiß Clichés konfrontiert zu werden, in bezug auf Deutschland, wird dieses Buch als frischer Wind historischer Ehrlichkeit erscheinen. Trotz weltweiten Boykott, wird dieses Buch seine Leser finden, die sich dann eine eigene Meinung bilden können, ohne von den propagandistischen Einflüßen der ewigen Kriegstreiber bedrängt zu werden die sich in diesem Buch entblößt fühlen. Diese Ausgabe enthält die letzten Eintragungen und Korrekturen Captain Grenfells.

* * *

BEDINGUNGSLOSER HASS?

DIE DEUTSCHE KRIEGSSCHULD UND EUROPAS ZUKUNFT

Wir wurden daran gewöhnt zu glauben, daß alle Abenteuer, Ängste und Nöte des vergangenen halben Jahrhunderts unser Land vorangebracht hatten bis es 1940 zu seiner »größten Stunde« kam. Das mag auch stimmen, vorausgesetzt, man versteht darunter nicht die größte Stunde der Politiker, sondern der kämpfenden Soldaten; denn, um die Wahrheit zu sagen: die Politiker haben eine schreckliche Unfähigkeit bewiesen und England durch ihre Dummheiten bis unmittelbar an den Rand der Katastrophe gebracht.

(Algernon Cecil in **Queen Victoria and Her Prime Ministers*****, Seite 338)***

Titel der Originalausgabe:

»UNCONDITIONAL HATRED«

Deutsch von Egon Heymann

*

Auflagen:

1.bis 7. Tausend Juni 1954

8. bis 16.Tausend Oktober 1954

17. bis 23. Tausend Dezember 1954

Satz und Druck der Buchdruckerei H. Laupp jr in Tübingen

Gebunden bei Buchbinderei Fritz Wochner in Mühringen bei Horb

Einband und Schutzumschlag von Trudl Veil in Stuttgart

Inhalt

Anhang

VORWORT
Zur deutschen Ausgabe

Zur Einführung in die deutsche Ausgabe meines Buches scheint mir nichts besser geeignet, als gewisse Äußerungen Otto von Bismarcks zu zitieren, die ich als sehr bedeutsam für die hier erörterten Fragen ansehe. Ich entnehme sie dem Buch »Unser Reichskanzler« von Moritz Busch, das ein großer Londoner Verlag 1884, im gleichen Jahre mit der Leipziger Ausgabe, herausbrachte:

> **»Im September 1870 klagte die „Nationalzeitung" über die rücksichtsvolle Behandlung des gefangenen Kaisers der Franzosen. „Die Nemesis", meinte sie, 'hätte gegen den Mann des zweiten September, den Urheber der Sicherheitsgesetze, den Anstifter des mexikanischen Trauerspiels, den Anzettler dieses greuelvollen Krieges' weniger galant sein sollen; der Sieger sei nach dem Urteil des, Volksgemüts' allzu ritterlich gewesen. Bismarck war dieser Ansicht durchaus nicht. 'Das Volksgemüt, die öffentliche Meinung', sagte er, denkt allerdings so. Die Leute verlangen, daß bei Konflikten von Staaten der Sieger sich mit dem Moralkodex in der Hand über den Besiegten zu Gericht setze und ihn zur Strafe ziehe für das, was er gegen ihn begangen, womöglich auch für seine Sünden gegen Dritte. Das ist aber ein ganz ungebührliches Verlangen. Die Begriffe**

[7]

> **Strafe, Lohn, Rache gehören nicht in die Politik. Die Politik darf der Nemesis nicht ins Handwerk pfuschen, nicht das Richteramt üben wollen. Das ist Sache der göttlichen Vorsehung. Die Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe. Sie hat sich unter allen Umständen einzig und allein mit der Frage zu beschäftigen: Was ist hierbei der Vorteil meines Landes, und wie nehme ich diesen Vorteil am besten und fruchtbarsten wahr? Sie hat sich in diesem Falle zu fragen: Wer wird nützlicher für uns sein, ein schlecht behandelter**

Napoleon oder ein gut behandelter? Die Möglichkeit ist doch nicht ausgeschlossen, daß er einmal wieder obenauf kommt.'

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Kanzler in Versailles über die Meinung, die sein Vetter, Graf Bismarck-Bohlen, über die im Oktober 1870 erfolgte Verhaftung Jacobys ausgesprochen hatte, und die dahin ging, daß er sich freue, daß man 'den faulen Schwätzer eingespunden habe'. Unser Chef erwiderte darauf:, Ich freue mich darüber ganz und gar nicht. Der Parteimann mag das tun, weil seine Rachegefühle dadurch befriedigt werden. Der politische Mann, die Politik kennt solche Gefühle nicht. Die fragt nur, ob es nützt, wenn politische Gegner mißhandelt werden'«[1].

Wenn ich dem Leser einen Rat geben darf, so würde ich sagen, es könnte für ihn nützlich sein, dieses Vorwort zweimal zu lesen; bevor er mit dem Buch beginnt und nachdem er es ausgelesen hat - falls er soweit kommt.

In einem Kriege kann vieles verkehrt gehen: in der niederen Taktik, in der höheren Taktik, in der kleineren Strategie, in der höheren Strategie, auf dem Gebiet des Nachschubs, der

[1] Hier zitiert nach der deutschen Ausgabe, Leipzig 1884, Band 1, S. 99f.

[8]

Ausbildung oder des Nachrichtendienstes. Fehler auf irgendeinem dieser Gebiete werden größere oder geringere Nachteile nach sich ziehen, je nach der Größe des Fehlers im Verhältnis zum Ganzen des Krieges.

Es gibt aber einen anderen Faktor, gegen den zu verstoßen fast stets ernste Folgen hat. Das ist die Politik; denn die Politik bestimmt als leitendes Element alles übrige. Hinsichtlich des zweiten Weltkriegs hat es sich erwiesen, daß die amerikanische und die englische Politik - jede für sich und beide zusammen - an bedeutsamen Mängeln litten. Der größte militärische Kraftaufwand in der Geschichte beruhte auf der Annahme, daß die vollständige Niederlage und ständige Abrüstung Deutschlands das Kriegsübel aus der Welt ausrotten würde. Diese Annahme erwies sich als völlig falsch, so daß trotz allem Blutvergießen und allen Opfern Deutschland kurz nach dem alliierten Siege, der das Ende der deutschen Militärmacht bedeuten sollte, um Wiederaufrüstung ersucht werden mußte. Daraus geht klar hervor, daß mit der Einstellung der führenden amerikanischen und englischen

Politiker im Kriege irgend etwas gröblich in Unordnung war, und es ist meine Absicht, in diesem Buche zu untersuchen und klarzustellen, wo sie falsch handelten, wobei das Schwergewicht auf der englischen Seite der Angelegenheit liegen soll.

Der Leser wird mich als eine Art Bilderstürmer betrachten. Aber ich halte es nicht für notwendig, deswegen um Entschuldigung zu bitten. Im Handbuch der Demokratie gibt es, deucht mich, keinen Paragraphen, der eine Immunität der Politiker gegen Kritik bestimmt. Ganz im Gegenteil. Die Freiheit des Bürgers, seine regierenden Politiker zu kritisieren, ist geradezu das Hauptkennzeichen einer freien Gesellschaft, und man muß Gebrauch von dieser Freiheit machen, damit nicht die Macht, sie auszuüben, in Verfall gerät.

Kein vernünftiger Mensch wird die Richtigkeit der Kriegführung Winston Churchills in Frage stellen, es sei denn, er

[9]

glaubt - mit Recht oder Unrecht - solide Gründe dafür zu haben; Kritik um der Kritik willen -würde gerade in diesem Falle nur dem Kritiker schaden. Ich darf auch sagen, daß ich gegenüber den wirklich bemerkenswerten Qualitäten Sir Winstons als Kriegführer nicht unempfindlich bin. Es gab in England keinen Politiker, der ihm gleichgekommen wäre an Fähigkeit, die Kriegsanstrengungen mit solcher Entschlußkraft und mit so ungeheuren Energien vorwärts zu treiben. Aber das macht es nur um so wichtiger festzustellen, ob seine übermäßig kraftvollen Impulse in der richtigen Richtung ausgeübt wurden - oder in der falschen. Denn Churchills Beispiel muß einen beträchtlichen Einnuß auf alle seine Nachfolger haben, die sich in einer ähnlichen Lage befinden.

Beim Schreiben dieses Buches habe ich wertvolle Hilfe von verschiedenen Personen empfangen; allen möchte ich hier meinen verbindlichsten Dank aussprechen. Wenn ich dabei auf die Nennung einzelner Namen verzichte, so geschieht es in dem Wunsch, die volle und ungeteilte Verantwortung für ein Buch zu behalten, das kaum auf eine uneingeschränkte Zustimmung rechnen kann.

R. G.

[10]

1. Kapitel

WIE ENGLAND IN DEN ERSTEN WELTKRIEG EINTRAT

Zweimal hat die ältere Generation einen großen »Krieg zur Abschaffung des Krieges« erlebt. Allerdings hat keiner von beiden unter dieser Parole begonnen, jedenfalls nicht, was England angeht. Unter den verschiedenen Faktoren, die zur Teilnahme Englands am Krieg von 1914 führten, hat der Gedanke der Gewaltanwendung zur Abschaffung der Gewalt keinen Raum. England trat aus anderen Gründen in diesen Krieg ein, und sie sind interessant genug, um - als Prolog zu den in diesem Buch behandelten Fragen - eine kurze Untersuchung zu rechtfertigen.

Die Verstrickung Englands in den Krieg 1914/18 läßt sich zurückführen auf den Januar 1906: Es war mitten in der Unruhe eines allgemeinen Wahlkampfes fürs Unterhaus, als Kriegsminister Haldane sich in den Wahlkreis des Außenministers Sir Edward Grey begab, um dort eine Wahlrede für ihn zu halten. Während die beiden Politiker miteinander über Land fuhren, fragte Grey den Kriegsminister, ob er nicht Besprechungen zwischen dem englischen und dem französischen Generalstab einleiten wolle, um für den Fall eines Krieges auf dem Festland die Möglichkeit gemeinsamen Vorgehens vorzubereiten. Mr. Haldane erklärte sich dazu bereit.

[11]

Leichtfertiger konnten die Millionen Männer, die später als Opfer dieses Landpartiegespräches fallen sollten, wohl nicht zum Tode verurteilt werden. Zu jenem Zeitpunkt wußte nicht einmal der Premierminister, Sir Henry Campbell-Bannermann, geschweige denn die anderen Kabinettsmitglieder, was hier abgemacht worden war.

Einige Jahre zuvor hatte sich das englische Auswärtige Amt beharrlich um den Abschluß eines Bündnisses mit Deutschland bemüht, war aber - mit Rücksicht auf Rußland - abgewiesen worden. Darüber enttäuscht hatte England den Kurs gewechselt und sich an Deutschlands Rivalen Frankreich gewandt, das auch ein traditioneller Rivale Englands war, und hatte eine Annäherung zustande gebracht. Europa war zu jener Zeit in zwei Mächtegruppen geteilt, den Dreibund: Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, und den Zweibund: Frankreich-Rußland. Indem England sich mit Frankreich anfreundete, machte es also zugleich eine freundschaftliche Geste gegenüber der französisch-russischen Gruppe. Aber es war auch nicht mehr als eine Geste, denn die Annäherung bestand damals - 1904 - nur in der Glättung der wichtigsten Reibungspunkte zwischen Frankreich und England, vor allem in Ägypten und Marokko. Frankreich gestand England freie Hand in Ägypten zu, England den Franzosen in Marokko. Irgendwelche Abmachungen über militärischen Beistand wurden nicht getroffen.

In der zweiten Januarwoche des Jahres 1906 aber, als in England gerade ein neues Kabinett die Regierung übernommen hatte, stellten die Franzosen eine Frage, von der ein unheilvoller Einfluß auf den Lauf der britischen Geschichte ausgehen sollte. Der französische Botschafter sondierte bei Sir Edward Grey, ob nicht Besprechungen zwischen den beiderseitigen Armeestäben aufgenommen werden könnten, um ein rasches Handeln zu ermöglichen, falls England Frankreich gegen einen deutschen Angriff zu Hilfe käme. Von jedem

[12]

Menschen mit durchschnittlicher Intelligenz und mit gesundem Menschenverstand hätte man erwarten können, daß er die höchst verfängliche Natur derartiger Besprechungen begriffen und eingesehen hätte, in welch heikle, ja gefährliche Lage sie sehr wohl führen konnten. Aber anscheinend kam Sir Edward Grey nichts dergleichen in den Sinn; daher sein Ersuchen an Haldane, er solle diese Besprechungen aufnehmen, sogar noch bevor dem Premierminister etwas darüber mitgeteilt wurde. Haldane stimmte zwar dafür, vor den ersten Schritten die Sache dem Premierminister gegenüber zu erwähnen, und er hat es auch getan; aber es wurde kein Schritt unternommen, um das Kabinett über einen Vorschlag zu Rate zu ziehen, der mit schwerstwiegenden künftigen Möglichkeiten geladen war. Lange Zeit blieb die Sache ein Geheimnis unter den drei Ministern[1].

Nun hatten allerdings bereits einige Monate zuvor noch unter der vorigen Regierung gewisse inoffizielle Marinebesprechungen stattgefunden. Der französische Marineattache in London hatte den

Ersten Seelord Sir John Fisher gefragt, ob England im Kriegsfalle französische Flottenhilfe wünsche. Ihm war gesagt worden, materiell sei nichts dergleichen nötig. Mithin war auf diesem Wege und zu dieser Zeit keine englische Verpflichtung gegenüber Frankreich eingegangen worden.

Die drei ursprünglich in das Geheimnis der Militärbesprechungen eingeweihten Minister und die Franzosen vereinbarten, daß bei diesen Stabsbesprechungen nichts so aufgefaßt werden dürfe, als ob England damit zu positivem Handeln verpflichtet sei. Aber es bedurfte keiner großen Vorstellungsgabe, um einzusehen, daß diese Besprechungen bindenden Charakter gewinnen mußten, und wir wissen aus der Selbst-

[1] Lord Ripon, Führer der Regierungsmehrheit im Oberhaus, scheint davon Kenntnis gehabt zu haben, aber er nahm an der Sache keinen tätigen Anteil.

[13]

biographie Sir Edward Greys, daß sie schließlich ja auch so bindend waren wie nur irgend ein formales Bündnis, jedenfalls soweit es sich um seine eigene Person handelte. Wäre die Frage ruhig und gründlich geprüft worden, so wären, wie man annehmen darf, die offenkundigen Gefahren der Besprechungen wohl rechtzeitig wahrgenommen worden. Sie wurden aber durch drei - oder richtiger durch zwei - Männer während des ablenkenden Lärms allgemeiner Wahlen überstürzt in Gang gesetzt[1].

So fingen die Gespräche an, und im Verlaufe von fünf Jahren waren Pläne mit allen Einzelheiten der praktischen Durchführung ausgearbeitet für den Einsatz von sechs englischen Heeresdivisionen am linken französischen Flügel innerhalb von zwölf Tagen nach Beginn der Mobilmachung[2].

Diese Pläne veranlaßten mittelbar auch eine völlige Umgestaltung in den Spitzen des Armeeaufbaues, die vorher auf einen kolonialen und nicht auf einen kontinentalen Krieg zugeschnitten waren. Haldane schreibt sich in seinen Büchern mit Recht einen großen Teil des Verdienstes an dieser Umorganisation zu. Nicht berechtigt ist jedoch sein Anspruch, daß die Reorganisation weitgehend seinem »wissenschaftlichen Denken« zu verdanken sei, und zwar sowohl hinsichtlich der durchgeführten Verwaltungsreform wie der Strategie, die ihre Grundlage bildete. Er selbst gibt zu, daß die Reformen nicht das Ergebnis tiefschürfender, selbständiger Gedanken seiner selbst oder seiner militärischen Berater oder beider

1 Aber auch so hatte der Premierminister ernstliche Befürchtungen und Zweifel. »Mir gefällt der Nachdruck nicht«, sagte er, »der auf gemeinsame Vorbereitungen gelegt -wird. Die Sache kommt sehr nahe an ein ehrverpflichtendes Übereinkommen heran. «Wie recht sollte er haben!

2 Das war der endgültig angenommene Plan; in früheren Stadien waren auch andere Pläne erwogen worden. Vgl. Richard Burdon Haldane, An Autobiography, Hodder & Stoughton, London 1929, S. 188.

3 Before tbe War, Cassel, London 1920, Kap. VI und VII.

[14]

zusammen gewesen seien. Sie waren vielmehr, wenn auch natürlich britischen Bedürfnissen angepaßt, im wesentlichen eine Nachahmung des deutschen Systems, das er bewußt und offen kopierte auf Grund von Erfahrungen, die er 1906 bei einer Reise nach Berlin gewonnen hatte. Was aber Haldanes Strategie angeht, so steckte darin, wie wir noch sehen werden, wenig »Wissenschaftlichkeit«.

Diese Strategie gründete sich auf die Annahme, daß die sechs englischen Divisionen, die nach den Berechnungen des Kriegsministeriums äußersten Falles im ersten Moment nach Frankreich entsandt werden konnten, gerade die richtige Zahl darstellten, die zum Ausgleich der wahrscheinlichen französischen Unterlegenheit notwendig war. Mindestens einer von Haldanes militärischen Beratern fand aber diese Annahme zu bescheiden. Oberst Henry Wilson, der spätere Feldmarschall Sir Henry Wilson, der 1910 Leiter der Operationsabteilung und damit für die Bearbeitung des Haldane-Planes verantwortlich wurde, sah die Aufgabe des englischen Expeditionskorps keineswegs in der Aufrechterhaltung eines hübscherrechneten defensiven Gleichgewichts. Wie sein Tagebuch zeigt, stellte er sich einen Europakrieg nach dem Haldane-Modell vor als eine rasche Folge glorreicher Siege der verbündeten Engländer und Franzosen über den deutschen Feind, mit der Einnahme Berlins nach ein paar Wochen. Es ist deshalb auch kaum eine Überraschung, daß Wilson sich mit Feuereifer in die militärischen Besprechungen mit den Franzosen stürzte, in die er sich sogar noch vor seinem Eintritt ins Kriegsministerium eingeschaltet hatte. Er sprach gut französisch und war häufig in Frankreich, um seine freundschaftlichen Beziehungen zu Offizieren des französischen Generalstabs zu festigen und zu erweitern und unablässig die Pläne einer gemeinsamen englisch-französischen Aktion voranzutreiben.

Im Sommer 1911 waren die Vorkehrungen für eine rasche Überführung der englischen Armee an den linken Flügel der

[15]

französischen Aufstellung so gut wie abgeschlossen, und nun erst wurde man richtig gewahr, daß die andere Seite von Whitehall keineswegs mit der Haldane-Strategie übereinstimmte. Gewiß, schon seit ein oder zwei Jahren hatte die Admiralität ein gedämpftes Murren der Unzufriedenheit vernehmen lassen, denn der Erste Seelord Sir John Fisher war, wie seine Briefe 1 an Lord Esher aus der damaligen

Zeit zeigen, ein grundsätzlicher und offener Gegner des Gedankens einer kontinentalen Kriegführung. So erklärte er 1909, »die

Entsendung englischer Truppen an die Front eines kontinentalen Krieges würde ein Akt selbstmörderischer Idiotie sein, wie sie aus der durch Mr. Haldanes Reden hervorgerufenen verdrehten Kriegsauffassung entsteht.« Noch 1912, also nach seinem Ausscheiden aus der Admiralität, äußerte er sich »voller Zustimmung«, daß »die Pläne des Generalstabs der britischen Armee (die Franzosen zu unterstützen) grotesk« seien.

Fishers eigene Auffassung vom richtigen Einsatz der Armee sah die Verwendung schlagkräftiger Einheiten im Zusammenwirken mit überlegenen Seestreitkräften zu Landungsoperationen in der Flanke oder im Rücken des Gegners vor. Vor seinem lebhaften Geist stand die Vision einer »verdammten Unsicherheit« des Gegners, der nicht wisse, »wann und wo hunderttausend Mann, eingeschifft und unterwegs, landen würden«, und er zitierte eine Äußerung des deutschen Generals Schwartzhoff, daß eine so eingesetzte Truppe »eine Waffe von ungeheurem Einnuß darstelle und einen tödlichen Schlag zu führen fähig sei«. Das war 1899 vor der englisch-französischer Entente gesagt worden, und Fisher sowohl wie Schwartzhoff dachten an einen damals durchaus nicht unwahrscheinlichen Krieg zwischen England und Frankreich [2].

Aber trotz den periodischen Bannflüchen Fishers gegen die Haldane-Strategie scheinen Grey, Haldane und der neue Premierminister Asquith erst während der Agadir-Krise 1911 zur

[1] Siehe Lord Fishers Memories, S. 206,

[2] Memories, S. 212.

[l6]

Erkenntnis gekommen zu sein, daß diese Strategie in ihrem Kern von der Admiralität abgelehnt wurde. Lord Haldane vermittelt in seinem Buche "Before the War" (Vor dem Kriege) den Eindruck, als ob der Reichsverteidigungsausschuß von 1905 an ein wirksames Instrument zur »Koordinierung der Marine- und Heereskriegsziele« gewesen sei. Das ist aber so irreführend, daß man es eine Unwahrhaftigkeit nennen kann. Sir John Fishers ganze Sorge war, sich von dem Ausschuß freizuhalten. So sagte er 1908 zu Lord Esher, er lehne es ab, die Seekriegspläne irgend jemandem, und sei es auch dem Premierminister, vorzulegen, und im folgenden Jahre erfuhr man von ihm, daß Admiral Sir Arthur Wilson, sein Nachfolger als Erster Seelord, sich ebenfalls geweigert hatte, den Seekriegsplan aufzudecken, der nur ihm und Fisher bekannt war[1]!

Die akute Kriegsgefahr im Zusammenhang mit dem Agadir-Zwischenfall zwang 1911 Admiral Wilson, den

Reichsverteidigungsausschuß über den Plan der Marine zu informieren: die Armee an der Ostseeküste unmittelbar nördlich Berlins zu landen. Haldane und der Generalstab waren entsetzt. Da hatten sie nun jahrelang an der Vervollkommnung der Einsatzpläne für eine direkte Unterstützung der Franzosen gearbeitet, und nun sollten ihre Mühen plötzlich durch diese ahnungslosen Seeoffiziere zunichte gemacht werden! Natürlich gingen sie dagegen an. Wie hätten sie auch eine derartige strategische Kehrtwendung den französischen Generälen erklären sollen, mit denen sie in den häufigen Beratungen aus beruflicher Verbundenheit und persönlicher Freundschaft immer engere Bande geknüpft hatten ? Das war unvorstellbar.

Die Marinepläne wurden unverzüglich von den Sprechern des Kriegsministeriums angegriffen. Zustimmend berichtet Lord Haldane in seiner Selbstbiographie, daß einer der Generäle sarkastisch erklärte, die Armee würde, wenn sie überhaupt bis zur Ostsee käme, »sofort von. einer fünf- bis zehnmal über-

[1] Lord Fisher, Memories, S. 194.

[17]

legenen Zahl feindlicher Truppen umzingelt werden«. »Sofort« war allerdings in diesem Zusammenhang ein fragwürdiges Wort, denn die Deutschen würden ja kaum vorher gewußt haben, wo die Engländer landen würden und hätten deshalb auch keine weit überlegenen Truppen zur Hand haben können. Die englischen Invasionstruppen hätten daher eine gewisse Zeit zur Verfügung haben müssen, um ihre Anwesenheit fühlbar zu machen[1].

Aber ob nun deutsche Truppen zur Abwehr der Invasion an Ort und Stelle bereitstanden oder ob sie von irgendwoher herangeführt wurden, sie konnten nur unter Entblößung anderer Gebiete, das heißt der französischen und der russischen Front, verfügbar sein. Die Einsatzstärke des britischen Expeditionskorps sollte nach den Plänen Haldanes und des englischen Generalstabs 6 Divisionen betragen - mithin nur eine Division weniger als tatsächlich bei der ersten Welle der Landung in der Normandie 1944 eingesetzt wurden. Um diese 6 Divisionen mit »zehnfach« überlegenen Kräften zu »umzingeln«, hätten die Deutschen also 60 Divisionen verwenden müssen. Zu Beginn des Krieges 1914 standen etwa 11 deutsche Divisionen an der Ostfront und 85, einschließlich der Reservedivisionen, an der Westfront. Davon 60 an die Ostseeküste zu werfen, sei es vor oder nach einer englischen Landung, hätte also die gesamte deutsche Strategie über den Haufen geworfen und damit ein Chaos verursacht. Wäre also der Ostseelandungsplan der Admiralität maritim

durchführbar gewesen und ausgeführt worden, und wären die vom Generalstab vorausgesagten Folgen eingetreten, so würde die englische

Ostseearmee zweifellos den Krieg in dieser Stunde gewonnen haben. Der englische Generalstab schloß sich also genau der Beurteilung Lord Fishers vom gleichen Jahre an, daß der Ostseeplan

[1] Man darf bezweifeln, ob der Plan der Admiralität vom Marinestandpunkt aus durchführbar -war, aber die Generäle haben ihn nicht aus diesen Gründen in Frage gestellt.

[l8]

der Marine »eine Million deutscher Soldaten binden würde«. Aber offensichtlich hatte der Sprecher des Generalstabs den Fall nicht bis zu Ende durchdacht. Sein Einwand war sichtlich das erste beste Argument, das ihm einfiel, um den abscheulichen Plan der Admiralität zu entwerten und zu widerlegen. Seltsam ist nur, daß Lord Haldane neun Jahre später dieses Argument schwarz auf weiß als Beweis für die Torheit der Admiralität anführte, obwohl doch ein paar Bleistiftrechnungen auf der Rückseite eines Briefumschlages ihn vor den Untiefen seiner Gedankenfahrt hätten warnen und ihm zeigen können, daß er entweder die Abwehrkräfte, auf die eine Ostseelandung stoßen würde, gewaltig übertrieb oder den Ablenkungseffekt einer derartigen Landung und damit die von ihr ausgehende Entlastung der englischen Verbündeten greulich unterschätzte. Im späteren tatsächlichen Kriegsablauf hatten die nach Frankreich entsandten Truppen gar keine ablenkende Wirkung. Nicht eine einzige deutsche Division wurde von ihrer ursprünglichen Aufgabe abgezogen. Das britische Expeditionskorps verstärkte die französischen Armeen um die entsprechende Anzahl von Divisionen. Aber das war auch alles.

Absolut alles! Wie es so oft im Kriege geschieht, waren auch die Berechnungen Haldanes durch unvorhergesehene Faktoren umgestoßen worden, in diesem Falle durch die Riesenirrtümer des französischen Generalstabs, der jeden nur denkbaren Fehler beging. Die französischen Generäle unterschätzten die deutsche Stärke, sie beurteilten die voraussichtlichen Bewegungen des Feindes falsch, sie griffen am falschen Platze an, und da sie blind an ihrer bis zum Extrem entwickelten Theorie festhielten, führten sie Fehloffensiven durch, fast bis zur französischen Vernichtung. Statt daß die englische Armee die errechnete Lücke in der Front ausfüllte, wie es nach Haldanes Aussage ihre vorgesehene Aufgabe war, fand sie sich mit hineingerissen in den großen französischen Rückzug an die Marne. Soviel ist jedenfalls klar: wenn das Wort »Wissenschaft«

[19]

überhaupt auf Strategie anwendbar ist, dann steckte im amphibischen Denken der Admiralität über die beste Verwendung eines Expeditionskorps mehr Wissenschaft als im Plan Haldanes, selbst wenn die Admiräle die seestrategischen Gefahren des Ostseeplanes unterschätzt hatten. Eine Landung des ganzen Expeditionskorps in Belgien, nach dem Vormarsch des deutschen rechten Flügels, also im Rücken der deutschen Front, hätte den deutschen Plan sehr viel wirksamer gestört und damit den Franzosen und Belgiern viel mehr geholfen als ein Anschluß an die französische Armee. Dabei wäre auch nichts verloren gewesen, wenn die französische Offensive erfolgreich und nicht ein katastrophaler Fehlschlag gewesen wäre.

Aber gegen Haldanes »wissenschaftliche« Kriegsmethode, über die Lord Fisher sich dauernd lustig machte, muß ein noch schwererer Vorwurf erhoben werden. Die Grundannahme selbst, von der Haldane in seiner ganzen Betrachtung einer europäischen Umwälzung ausging, war falsch. Er glaubte, Englands Sicherheit sei ernstlich, ja tödlich gefährdet, falls es den Deutschen gelänge, die Franzosen zurückzutreiben und die französische Kanalküste zu besetzen. Bei einer solchen Auffassung konnte Haldane, ganz verständlich, auf den Gedanken kommen, es sei entscheidend wichtig, die englische Armee einzusetzen, um die französische Kanalküste von Deutschen freizuhalten. Diese Auffassung wurde auch von Außenminister Sir Edward Grey geteilt, was seine bereitwillige Erfüllung des französischen Verlangens nach Militärbesprechungen und seine persönliche Überzeugung von der Notwendigkeit einer Entsendung der britischen Armee nach Frankreich erklärt oder besser, was nach seinen Worten in der nach dem Kriege geschriebenen Selbstbiographie eine ausreichende Begründung abgeben soll.

Daß Männer vom geistigen Format eines Kabinettsmitgliedes, noch dazu, wenn sie für sich eine »wissenschaftliche

[20]

Betrachtungsweise« in Anspruch nehmen, so sonderbare Ideen haben konnten, ist ein neues Beispiel dafür, wie schwierig es für noch so intelligente Nichtseeleute ist, vernünftige Auffassungen von Seemacht zu haben. Zu jener Zeit gab es keinen geschichtlichen Beweis dafür, daß eine Besetzung der Gegenküste Englands durch den Feind für England tödlich oder auch nur besonders gefährlich gewesen wäre. Wie konnte man so etwas für wahr halten, nachdem doch diese Küste jahrhundertelang in Händen von Englands Erbfeind Frankreich gewesen war? Wenn die Anwesenheit eines Feindes an der Küste zwischen den Niederlanden und Brett eine Katastrophe für England bedeutete, warum war diese Katastrophe nicht von Napoleon I., den Jakobinern, von Ludwig XVI.,

Ludwig XV. oder Ludwig XIV. über England gebracht worden, die doch alle die Südküste des Kanals besetzt hielten, während sie mit England Krieg führten? Die »wissenschaftliche« Antwort darauf, die, wenn nicht auf Sir Edward Grey, so doch auf Mr. Haldane hätte Eindruck machen müssen, lautet: wenn diese früheren Feinde die südliche Kanalküste nicht ausnützen konnten, um die Engländer zu besiegen, dann bestand auch kein triftiger Grund, warum das Deutschland Kaiser Wilhelms II. es hätte tun können.

Konnte Deutschland es aber nicht, woraus ergab sich dann ein Zwang, ein Expeditionskorps nach Frankreich, nach der Ostsee oder überhaupt irgendwohin zu entsenden ? Wenn man sich auf die Flotte als den doch in der Geschichte bewährten Schild Englands gegen jeden Angriff verlassen konnte, war es dann nicht besser, die Flotte, falls irgendein Zweifel an Englands Sicherheit bestand, zu verstärken, bis diese Sicherheit gar nicht mehr in Frage gestellt werden konnte, statt sich auf die bei einem kontinentalen Landkrieg im voraus unberechenbaren Kosten an Menschen und Geld einzulassen? Während der langen Jahre der napoleonischen Kriege war England auf diese Weise gesichert gewesen. Warum nicht auch jetzt ? Dies waren

[21]

wissenschaftliche Fragen, die Haldane und Sir Edward Grey sich hätten vorlegen sollen, bevor sie ihre Entscheidung über die Besprechungen mit den Franzosen trafen. Aber offenbar kamen ihnen solche Fragen überhaupt nicht in den Sinn. Von einer oberflächlich angenommenen Voraussetzung ausgehend, stürzten sie drauflos, und leider war die Voraussetzung falsch.

Daß die beiden Minister diesen strategischen Grundirrtum begingen, war nicht ihr Fehler. Sie waren nicht für Kriegführung ausgebildet. Man muß aber fragen, warum sie nicht den Rat derer suchten, die eine solche Ausbildung genossen hatten. Die Briefe Admiral Fishers an Lord Esher während dieser Zeit zeigen, daß er die Möglichkeit einer Invasion Englands angesichts einer überlegenen Seemacht völlig von der Hand wies. Entweder haben also Grey und Haldane das zuständige Ministerium, die Admiralität, nicht nach seiner fachmännischen Meinung über eine Invasion befragt, oder sie haben sie übergangen, um blindlings in Ausführung ihrer eigenen dilettantischen Auffassungen ihre Fehler fortzusetzen.

Aber kehren wir zum Reichsverteidigungsausschuß zurück. Nachdem Haldane kräftig gegen den Ostseelandungsplan der Admiralität angegangen war, trug er als nächsten Schritt den Kampf ins feindliche Lager hinein. Er erklärte, die Pläne der Admiralität wichen gerade deshalb von denen des Kriegsministeriums ab, weil es keinen wissenschaftlichen Admiralstab gäbe; er drohte mit seinem Rücktritt

als Kriegsminister, wenn nicht unverzüglich ein solcher Stab gebildet werde. Diese Drohung hatte Erfolg. Ein besonderer Stab für die Marine wurde für notwendig erklärt - und er war es auch, nur nicht aus den von Haldane angeführten Gründen - und Winston Churchill wurde in die Admiralität entsandt, um nach dem Rechten zu sehen, damit hinfort die Seelords das Kriegsministerium und seine Pläne für eine kontinentale Kriegführung großen Stils nicht mehr störten. So kam England dazu, seine Manneskraft zwischen 1914 und 1918 auf den

[22]

europäischen Schlachtfeldern zu vergießen - zur Unterstützung pseudowissenschaftlicher Argumente, die in Wirklichkeit reiner Unsinn waren.

Beinahe noch bemerkenswerter war Lloyd Georges dramatisches Eingreifen in die Agadir-Krise durch eine Rede, die eine klare Kriegsdrohung gegenüber Deutschland enthielt. Die meisten Engländer hielten es damals für sicher, daß Lloyd George das auserwählte Sprachrohr einer sorgfältig abgewogenen Regierungspolitik war. Heute wissen wir, daß er dies keineswegs war; er handelte auf eigene Faust. In der Abgeschiedenheit seines Ministerbüros im Schatzamt stieg Lloyd Georges Blutdruck, als er über die Versuche der Deutschen nachdachte, ihre eigenen Interessen gegenüber den offensichtlichen französischen Absichten einer Besitzergreifung Marokkos zu wahren. Als Gegenzug beim Aushandeln hatten die Deutschen ein Kanonenboot nach dem marokkanischen Hafen Agadir entsandt, und das war zu viel für den Herrn Schatzkanzler. Bar aller strategischen Kenntnisse, und ohne die Meinung eines Fachmannes einzuholen, beschloß er, Deutschland in einer Rede, die er ohnehin zu halten hatte, den Fehdehandschuh hinzuwerfen. *Erst am Morgen des Tages, an dem er diese Rede halten sollte*, erwähnte er diese Absicht gegenüber seinem Kollegen Churchill, der damals Innenminister war. *Nach* der Kabinettssitzung dieses Tages, so sagte er ihm, werde er auch mit dem Premierminister und dem Außenminister darüber sprechen. Es schien ihm wohl nicht der Mühe wert, den Ersten Seelord und den Kriegsminister um Rat anzugehen; mochten sie zusehen, wie sie mit dem Kriege fertig würden, den diese Rede sehr leicht hätte provozieren können.

Die Rede wurde pünktlich gehalten, und die Folge war natürlich eine Weltsensation[1]. Die Möglichkeit eines

Kriegsausbruches war erheblich verstärkt, woran der Verfasser sich persönlich mit gutem Grund lebhaft erinnert, da der Panzer-

[1] Siehe den Bericht in The Times, London, 22. VII. 1911.

[23]

kreuzer, auf dem er damals Dienst tat, plötzlich Order bekam, mit Höchstfahrt in den Heimathafen zurückzukehren. Churchill berichtet, daß er, der Außenminister und der Premierminister »sehr erleichtert« waren. Warum ist allerdings nicht klar. Man hätte annehmen sollen, daß gerade Grey keinen besonderen Gefallen daran finden konnte, wenn ihm ein Ministerkollege, noch dazu ohne rechtzeitige Unterrichtung, ins Handwerk pfuschte, der weder zuständig war, noch die erforderlichen Vorkenntnisse für die Behandlung außenpolitischer Fragen besaß, und der nun eine äußerst ernste strategische Krise provozierte.

Wenn wir uns nun dem Jahre 1914 zuwenden, in dem schließlich der Ausbruch erfolgte, so stehen wir erneut einem befremdlichen Phänomen gegenüber. Wir haben gesehen, wie Sir Edward Grey, der auch 1914 noch Außenminister war, und Mr. Haldane - jetzt als Lord Haldane Lordkanzler - zu dem falschen Schlusse kamen, es sei notwendig, gegen Deutschland Krieg zu führen, und wie sie aus falschen Gründen enge und im einzelnen ausgearbeitete Abreden mit den Franzosen über die Vorbereitungen zur Entsendung eines Expeditionskorps nach Frankreich getroffen hatten. Bis zum Ende behauptete Sir Edward Grey vor dem Parlament, daß keine derartigen Abreden vorlägen, daß England vielmehr völlig freie Hand habe, in einen europäischen Krieg einzutreten oder nicht.

Das war ein empörend betrügerischer Streich. Die Franzosen hatte man durch wiederholte halbe Zusicherungen und diplomatische Ermutigungen in den Glauben versetzt, daß im Falle eines Krieges mit Deutschland eine englische Armee von bestimmter Stärke zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Gebiet eintreffen und gemeinsam mit ihnen kämpfen werde, und sie hatten schließlich fest damit gerechnet, allen Erklärungen zum Trotz, es läge keine »Verpflichtung« vor. Wäre unsere Armee nicht gekommen, so hätten sie sich ohne Zweifel gründlich betrogen gefühlt und dem auch lauten Aus-

[24]

druck gegeben, denn die schriftliche Einschränkung, daß England durch die englisch-französischen Generalstabsbesprechungen nicht »festgelegt« sei, würde man als »Fetzen Papier« betrachtet haben. Sicherlich wurde sie vom englischen Lordkanzler und vom Außenminister so angesehen. Lord Haldane hat es schwarz auf weiß bezeugt, daß nach seiner Meinung Englands Ehre die unverzügliche Unterstützung der Franzosen erforderte[1], und Sir Edward Grey schreibt, er hätte sich zur Demission gezwungen gefühlt, wäre England nicht nach Frankreich gegangen[2]. Der Rücktritt des

englischen Außenministers unmittelbar nach Kriegsausbruch und wegen des Nichteintrittes seines Landes in diesen Krieg wäre ein außerordentlich ernster politischer Schritt gewesen und hätte den Interessen und dem Ansehen seines Landes unabsehbaren Schaden zufügen können und zweifellos auch zugefügt. Daß Sir Edward Grey nach seinem eigenen Eingeständnis einen solchen Schritt erwog, macht aus seiner am 3. August im Unterhaus abgegebenen Versicherung, England sei völlig frei und auch in keiner Weise auf den Krieg festgelegt, einen handgreiflichen und bösartigen Unsinn. Wenn die Ehre Englands die Unterstützung Frankreichs gegen Deutschland erheischte, wie es nach übereinstimmender Meinung des Lordkanzlers und des Außenministers der Fall war, dann erforderte es auch Sir Edward Greys eigene Ehre, daß er es dem Unterhaus mitteilte. Dies jedoch hat er nicht getan.

Tatsache ist, daß Sir Edward Grey sich 1906 durch sein Hinwirken auf die geheimen Militärbesprechungen selbst in eine Lage gebracht hatte, die er nun im Jahre 1914 als äußerst peinlich empfand. Sagte er dem Unterhaus, daß England durch seine Ehre als Folge jener Besprechungen zur Unterstützung der Franzosen verpflichtet war, dann hätte das Parlament natürlich wissen wollen, warum es über so bedeutsame Verhand-

[1] Before fhe War, S. 80.

[2] Twenty - five Years, Bd. I, S. 512.

[25]

lungen, die England in den Krieg hineinzogen, in Unkenntnis gehalten worden war. Die andere Möglichkeit war, dem Unterhaus zu sagen, England sei in keiner Weise zum Kriegseintritt verpflichtet: eine unwahre Erklärung, wie Sir Edward Grey sehr wohl wußte. Sir Edward wählte den Pfad der Unwahrhaftigkeit.

Der Leser wird mit Interesse feststellen, daß der englische Außenminister sich berechtigt gefühlt hatte, persönlich Verpflichtungen gegenüber einer fremden Macht zu übernehmen und zwar unabhängig von und in gewisser Hinsicht im Gegensatz zu den Interessen seiner eigenen Regierung und seines Landes. Weiter, daß er lieber demissioniert hätte, als sich vorwerfen zu lassen, er löse seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nicht ein. Andrerseits sah er aber eine bewußt unwahre Erklärung gegenüber seinem eigenen Parlament mit seinem Verbleiben im Amt als durchaus vereinbar an.

Wie die meisten Männer, die über ihre eigenen Taten nicht sehr glücklich sind, hat auch Sir Edward Grey sein Verhalten zu rechtfertigen versucht. In seinem nach dem Kriege erschienenen

Buch "*Twenty-five Years"* (Fünfundzwanzig Jahre) hat er in Kapitel XVIII recht ausführlich die Gründe für seine

Auffassung dargelegt, daß England in jedem Falle und zwar sofort in den Krieg eintreten mußte. Diese Gründe bilden ein höchst instruktives Beispiel für »furchtsames« Denken. Sir Edward ergeht sich zuerst in allerlei Phantasien, was geschehen wäre, wenn das britische Expeditionskorps nicht nach Frankreich gegangen wäre: Paris, sagt er, wäre genommen worden, Frankreich wäre gefallen, »ungeheure Niederlagen« der russischen Armeen wären gefolgt, Rußland hätte Frieden geschlossen und Deutschland wäre die Vormacht des Kontinentes geworden.

Die Frage nach der Stellung Englands in diesem Falle beantwortet Sir Edward wie folgt: »Wir würden keine Freunde mehr in der Welt gehabt haben; niemand würde von uns etwas

[26]

erhofft oder befürchtet haben. Niemand hätte unserer Freundschaft noch einen Wert beigemessen. Unser Ansehen wäre geschwunden, denn man hätte unsere Rolle als ruhmlos und schmachvoll betrachtet. *Selbst in den Vereinigten Staaten würde die gute Meinung von uns gelitten haben*«[1].

Die Folgerung kann sich der Leser selbst zusammenreimen : wir wären als Nächste drangekommen, angegriffen und überwältigt worden.

Vermutungen dieser Art sind unwiderlegbar, weil sie die phantasiereiche Frucht einer unerprobten Vergangenheit sind. Die Probefälle der Vergangenheit aber liefern den düsteren Einbildungen keine Stütze, denen Sir Edward Grey freie Bahn gelassen hatte. Napoleon I. war es gelungen, sämtliche kontinentalen Gegner niederzuwerfen und Europa zu beherrschen. Trotzdem konnte er das Hindernis des englischen Kanals nicht überwinden und mit England verfahren wie mit Preußen, Österreich und Rußland. Seine »Englandarmee« lag monatelang im Lager von Boulogne, aber weiter kam sie nicht. England war auch nicht gehaßt, verachtet und als bedeutungslos angesehen worden, weil es keine Truppen entsandt hatte, um Österreich vor Austerlitz oder Preußen vor Jena zu bewahren. Im Gegenteil, es wurde der Mittelpunkt der Hoffnungen aller, die eine Befreiung von der napoleonischen Herrschaft ersehnten.

Es sei nicht verschwiegen, daß Sir Edward Grey anführt, die Verhältnisse von 1914 seien von denen des Jahres 1805 völlig verschieden gewesen. Aber er irrte. Denn selbst unter den noch mehr veränderten Verhältnissen von 1939/45 kamen die alten Grundbegriffe erneut zur Geltung. Hitler war ebensowenig in der Lage, ein isoliertes

England zu vernichten, wie Napoleon. Was aber den Haß, das Prestige und dergleichen angeht, so sei auf die Vereinigten Staaten verwiesen, die sich einige Jahre aus beiden Weltkriegen heraushielten. Wurden

[1] Twentyfive Years, Bd. II, S. 36 (Hervorhebung von mir).

[27]

sie dafür von der Öffentlichkeit ausgelacht, verachtet und geschmäht? Die saftigen Schmeicheleien, die sich seit 1939 von England nach Amerika ergossen, geben darauf die Antwort. In dieser Welt zollen Regierungen nicht der Tugend anderer Regierungen ihren Tribut, sondern der Macht, was ein erfahrener Außenminister wie Sir Edward Grey hätte wissen sollen. Statt seine Politik nach dem Besten seines Landes auszurichten, war er unglücklicherweise eindeutig krankhaften Vorstellungen verfallen von den Meinungen anderer Nationen über die Engländer - und vielleicht über ihn selbst. Seine Selbstverteidigung besagt, daß England sich um der Ehre, der Sicherheit und seines Fortbestandes willen automatisch in jeden größeren Krieg stürzen müsse, der irgendwo ausbricht: eine selbstmörderische These. Aber Sir Edward Grey persönlich zeigt uns, daß diese These uns in den Krieg von 1914-1918 hineinbrachte.

Wenn Sir Edward Grey aus der nationalen Katastrophe nichts gelernt hat, so wenigstens einer seiner Hauptmitarbeiter. Niemand hatte die französische Politik Greys und Haldanes tätiger unterstützt als Oberst Henry Wilson. Wie bereits erwähnt, betrachtete er die vorgesehene Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Frankreich nicht als ein Mittel, gerade eben die Niederlage Frankreichs zu verhindern, wie Grey und Haldane es als ihre Überzeugung hinstellen, sondern als ein glorreiches militärisches Abenteuer, das die englisch-französischen Verbündeten noch vor Weihnachten bis ins Herz Deutschlands führen sollte. Ja, der i. August 1914 fand Wilson tränenüberströmt im Admiralitätsgebäude, außer sich vor Zorn ob der Möglichkeit, der englischen Armee könnte trotz allem die Teilnahme am Kampfe nicht erlaubt werden.

Die vier bitteren Jahre, die der Krieg dann tatsächlich dauerte, wo er vielleicht an vier Monate gedacht hatte, und die drei Millionen Opfer Englands und des Empire änderten aber

[28]

Henry Wilsons Auffassung von kontinentaler Kriegführung und der englischen Beteiligung daran. »Das nächste Mal«, so sagte er vor den Offizieren der Akademie für Stabsoffiziere 1920, wo er als Feldmarschall und Chef des Reichsgeneralstabes

Vorlesungen hielt, »das nächste Mal müssen wir uns aus der Keilerei heraushalten und ihnen die Klamotten klauen«[1].

Ein guter Rat; aber als es zum »nächsten Mal« kam, da erwies sich das Beispiel, das nicht zuletzt unter Wilsons Zutun bei der vorigen Gelegenheit gegeben worden war, als zu mächtig und riß alles mit sich fort.

Wenn England 1914 in den Krieg eintrat, um seine Ehre zu verteidigen und einer elenden und schmachvollen Zukunft aus dem Wege zu gehen[2], so behauptete die Ehre nicht lange ihren Platz in den Schlagzeilen, nachdem der Krieg in seiner ganzen Schrecklichkeit richtig in Schwung gekommen war. Im Jahre 1917 versicherten die politischen Führer Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten ihren Völkern, daß sich die beispiellos fürchterlichen Verhältnisse, unter denen die großen Armeen zu kämpfen hatten, niemals wiederholen würden, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei, und daß nach Deutschlands Niederlage Schritte unternommen werden könnten und unternommen würden, um eine neue Welt zu schaffen, in der es keinen Krieg mehr geben werde.

Als die Zeit gekommen war, unternahmen die siegreichen Alliierten die zu diesem Zwecke für notwendig gehaltenen Schritte. Sie erließen Befehle, die deutschen Rüstungen drastisch zu beschränken, wobei Schlachtschiffe, Unterseeboote, Panzer und eine Luftwaffe völlig verboten wurden. Gleichzeitig wurden die deutschen Kolonien weggenommen und durch die Aufteilung Österreichs eine Reihe von Nachfolge-

1] Ich verdanke diese Information dem verstorbenen Oberstleutnant T.Villiers-Stuart. - Wilson spielte mit der (hier frei übersetzten)

Redewendung auf die Zuschauer eines Rugby-Spieles an, die sich mit den unbeaufsichtigten Kleidern der Spieler davonmachen.

2] Twenty-five Years, Bd. II, S. 15.

[29]

Staaten in Europa geschaffen, die dank ihrem Dauerbündnis mit Frankreich Deutschland mit einem fast vollständigen Ring feindlicher Bajonette umgaben. Außerdem wurde eine große neue Organisation geschaffen, Liga der Nationen (Völkerbund) genannt, die altmodische Vertragskombinationen mit der überragenden Sicherung der »kollektiven Sicherheit« verstärken sollte.

Aber selbst diese Anhäufung von Unterdrückungsmaßnahmen erwies sich als unwirksam, Deutschland dauernd in Ohnmacht und Ketten zu halten. 1937 war es Deutschland gelungen, alle Beschränkungen abzuwerfen und wieder Herr seines Schicksals zu werden.

Der zweite Weltkrieg begann auf englischer Seite in einer noch weniger intelligenten Weise als der erste. Sir Edward Grey und Mr.

Haldane, was immer man von ihrer strategischen Begabung halten mag, planten doch wenigstens eine Abwehr von möglicherweise naheliegenden Gefahren. Niemand kann aber behaupten, daß die Frage, die Englands Eintritt in den zweiten Weltkrieg bestimmte, überhaupt irgendeine Gefahr für England in sich barg. Mit außerordentlicher Unklugheit hatte sich die englische Regierung in die deutsche Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei verwickeln lassen, mit der sie praktisch nichts zu tun hatte und bei der sie sich bös die Finger verbrannte. Die daraus folgende Kritik tat weh, und aus diesem Schmerz heraus beging sie im folgenden Jahre den weiteren Fehler, sich durch das Geschrei von interessierter Seite zur Geste des »Stop Hitler« mit der Garantieerklärung an Polen gegen Deutschland drängen zu lassen. Kein noch so weit hergeholtes Argument kann zeigen, daß die englische Sicherheit auch nur im geringsten durch irgend etwas berührt wurde, das Polen zustoßen mochte. Wenn man anführen wollte, daß England als Signatarmacht des Versailler Vertrages, der Polen als unabhängigen Staat schuf, aus Gründen der Ehre mitverwickelt war, nun, so waren die Vereinigten

[30]

Staaten, Frankreich, Italien und Japan in der gleichen Weise betroffen. Außerdem war eine englische Garantie

Polens gegen Deutschland ungefähr ebenso einlösbar wie eine Garantie Mexikos gegen die Vereinigten Staaten. Hitler wußte dies natürlich und lehnte es deshalb ab, sich durch einen so handgreiflichen Bluff abschrecken zu lassen, und so war England gezwungen, den Krieg zu erklären. Daher begann der zweite Weltkrieg, als die englische Regierung dem polnischen Festhalten am Korridor ihre uneingeschränkte Unterstützung gab. Dieser Korridor war eine Erfindung der Versailler Friedensmacher gewesen, die in den folgenden zwanzig Jahren von allen intelligenten Menschen in England und überall in der Welt als eine politische Unmöglichkeit verdammt worden war: es erschien undenkbar, daß die britische Nation je zu ihrer Verteidigung in Feindseligkeiten verwickelt werden könnte. Jetzt aber war das Unausdenkbare geschehen.

Aber wiederum entwickelte sich der Kampf alsbald zu einem Kreuzzug zur Abschaffung des Krieges. Zum zweiten Male wurde Deutschland als der Störenfried verdonnert, und der antideutschen Welt wurde zugesichert, daß man es diesmal nicht bei halben Maßnahmen bewenden lassen werde. Deutschlands Macht, den Erdball in Krieg zu stürzen, würde für immer und alle Zeiten gebrochen werden und danach würde jedermann bis in alle Zukunft ein glückliches Leben führen.

Aber ach, es kam ganz anders. Deutschland wurde, wie vorgesehen, 1945 in kleine Stücke zerschlagen, gründlicher als es in tausend Jahren je einer großen kriegstüchtigen Nation widerfahren war. Aber das Tausend jährige Reich ist trotzdem nicht angebrochen. Weit entfernt davon; die Welt befand sich in den ersten acht Jahren nach dem großen Zusammenbruch in einem ebenso üblen Zustand wie nur je in diesem Jahrhundert. Zwei große Mächteblöcke knurren sich gegenseitig an und rüsten offen gegeneinander, und das Beste, was die hohen Politiker ihren Völkern zu sagen wußten, war die Erklärung,

[31]

sie weigerten sich, an die Unvermeidlichkeit des Krieges zu glauben - eine Redensart, die etwa ebenso heiter stimmt wie das Kettenrasseln eines Gespenstes. Außerdem haben bereits einige kleinere Kriege stattgefunden, einschließlich des Zähneknirschens der Vereinten Nationen in Korea, oder finden gegenwärtig gerade statt. Aber nicht nur dies: Deutschland, dessen totale Abrüstung das große Heilmittel für alle Übel der Welt sein sollte, wird dringend gebeten, wieder aufzurüsten.

Da muß doch - und ich denke, der Leser wird dem zustimmen -, irgendwo irgend etwas nicht in Ordnung sein. Die Führer der Siegermächte, die im späteren Verlauf des Krieges die Zukunft der Welt zu gestalten hatten, oder wenigstens einige von ihnen, müssen sich arg verrechnet haben und eher einem Irrweg als dem Pfade der Weisheit gefolgt sein. Für uns übrige aber ist es von großer Bedeutung zu erkennen, wer es war, was falsch gemacht wurde und wie es falsch gemacht wurde.

[32]

2. Kapitel

LORD VANSITTART UND DER DEUTSCHE WÜRGER*

Wenn jemand krank ist und wenn die ihm vom Arzt verordnete Behandlung nicht anschlägt, so kann dies an einer falschen Behandlung oder an einer falschen Diagnose der Krankheit liegen. Es ist durchaus möglich, daß auch bei richtiger Diagnose eine falsche Behandlung gewählt wird. Wenn aber die Diagnose falsch ist, dann wird mit ihr so gut wie sicher auch die Behandlungsvorschrift falsch sein. Bei einer neuen Untersuchung des Patienten ist es deshalb vernünftiger, mit der Diagnose zu beginnen. Ich schlage vor, diese Methode auch auf das europäische Problem anzuwenden.

Dabei will ich zuerst die »Symptome« prüfen, die sich auf Deutschlands Kriegsschuld beziehen. Die Masse der Engländer glaubt, daß Deutschland die beiden letzten Weltkriege angefangen hat, und sie haben für diesen Glauben gute Gründe. So ist es ihnen von Churchill während seiner Amtszeit im Kriege wiederholt gesagt worden, und seine diesbezüglichen

*Der „Würger“ (britisch: butcher-bird = Schlächter-Vogel, oder Mörder-Vogel), eine weitverbreitete Vogelart, davon in Deutschland häufig der Neuntöter. Der Würger ist nach Brehm, „einer der raubgierigsten und mordlustigsten Vögel“. Manche Arten davon haben die Gewohnheit, ihre Beute (auch kleine Vögel) auf Dornen aufzuspießen.

[33]

Erklärungen wurden unzählige Male von anderen Politikern, Journalisten, kirchlichen Würdenträgern. Rechtskundigen und in Zuschriften an die Presse bekräftigt. Geschichte ist nicht die stärkste Seite des Durchschnittsengländers, und was Kriegsgeschichte angeht, so weiß er davon fast gar nichts, weil unsere Schulmeister ein Vorurteil dagegen haben. Mithin, der Mann auf der Straße hatte kaum einen Grund, daran zu zweifeln, daß Deutschland sowohl 1914 wie 1939 der alleinige Angreifer war.

Aber man brachte die Massen dazu, in ihrem Glauben noch weiter zu gehen. Sie waren während des Krieges einer intensiven und amtlich gutgeheißenen Propaganda des Inhalts ausgesetzt, daß Deutschland der Hauptstörenfried im Verlauf der ganzen aufgezeichneten Geschichte gewesen sei. Eines der bedeutsamsten Beispiele dieser Propaganda war Lord Vansittarts Block Record (Schwarze Vergangenheit), eine 1941 erschienene Flugschrift, die bereits in den ersten zwei Monaten vier Auflagen erlebte. Black Record war nicht etwa der inbrünstige Erguß eines glühenden Patrioten von deutschfeindlichem Enthusiasmus und ohne entsprechende Geschichtskenntnisse; es war von einem Berufsdiplomaten geschrieben, der damals den höchsten Posten im englischen Auswärtigen Dienst innehatte : Vansittart war der diplomatische Chefberater der britischen Regierung. Von einem ausgebildeten Diplomaten nimmt man an, daß er etwas von der Geschichte fremder Länder, vor allem der wichtigeren fremden Länder versteht und seine Kenntnisse vernünftig anzuwenden weiß. Lord Vansittarts Flugschrift trug also bei Erscheinen gleichsam den Prägestempel vollständiger Wahrhaftigkeit, und ihr Inhalt mußte tatsächlich weit über die vielen tausend Leser hinaus Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen, denn die Flugschrift war nur die Druckausgabe einer vorhergegangenen Rundfunkvortragsreihe des Autors, so daß seine Anschauungen Millionen Menschen erreichen mußten.

[34]

Aus den folgenden Gründen kann auch unbestreitbar festgestellt werden, daß die Regierung, ob sie nun Lord Vansittarts Rundfunkreden und die Flugschrift angeregt hat oder nicht, sie jedenfalls nicht mißbilligte: als aktivem Beamten war es Lord Vansittart (oder besser Sir Robert Vansittart, wie damals seine Anrede lautete) untersagt, irgend etwas ohne Genehmigung seines Vorgesetzten, in diesem Falle des Außenministers, zu veröffentlichen. Es ist auch gar nicht vorstellbar, daß ein Mann seiner hohen Stellung und seines Ranges an einen solchen Schritt auch nur im Traum gedacht hätte, ohne sich der Zustimmung des Kabinettes zu versichern, selbst wenn es keine Dienstbestimmungen gegeben hätte. Wir können auch ganz sicher sein, daß Sir Robert durch eine diplomatische »Krankheit« an der Fortsetzung der Rundfunksendungen verhindert worden wäre, falls die ersten Vorträge auf Grund irgend welcher Zufälle oder Mißverständnisse gehalten worden wären und den wichtigsten Ministern der Krone mißfallen hätten. Es ist also sicher, daß S. M. Regierung voll und ganz billigte, was Sir Robert sagte. Daher ist jene Flugschrift einer gründlichen Prüfung wert, zeigt sie doch, was die Bewohner des Vereinten

Königreiches während des Krieges glauben sollten, was Millionen von ihnen auch glaubten und bis zum heutigen Tage glauben.

Lord Vansittarts Hauptthema war ganz einfach: Deutschland war von Beginn der europäischen Geschichte an der ewige und einzige internationale Störenfried, der einzige und alleinige Kriegshetzer in einer ansonsten von anständigen, vertrauensvollen und friedliebenden Menschen bewohnten Welt. Dieses Schema habe sich niemals geändert. Die Deutschen waren stets die Friedensbrecher, die übrige Welt das unschuldige,

arglose Opfer der deutschen Betrügerei und Schurkerei.

Lord Vansittart, der ein ausgezeichneter Journalist ist, leitete sein Thema im ersten Vortrag (und Kapitel) mit einer plastisch-bildhaften Erläuterung ein. Als er 1907, so erzählte er,

[35]

zufällig an Bord eines deutschen Schiffes im Schwarzen Meer unterwegs war, habe er in der Takelage eine Menge von Vögeln aller Art beobachtet, die friedlich auch mit diesem Schiffe reisten. Jedenfalls habe er das zuerst geglaubt. Bald aber habe er zwischen den Vögeln ein bösartiges Element entdeckt, das die Harmonie gründlich zunichte machte: einen Würger. Dieser scharfschnäblige, grimmige, mordlustige Vogel habe einen der übrigen Vögel nach dem anderen angegriffen und umgebracht - der alleinige Angreifer in der gefiederten Gesellschaft, der einzige Gangster und Mörder.

Das Verhalten dieses Würgers, so fuhr Lord Vansittart fort, habe ihn sogleich an Deutschland denken lassen; denn ist nicht Deutschland, so habe er bei sich gedacht, der Würger unter den Nationen? War Deutschland nicht, genau wie der Würger, mit seinen unprovozierten, räuberischen und mörderischen Angriffen der Erzzerstörer internationaler Eintracht? Und spielte es nicht stets diese einzigartige, hassenswerte Rolle? Er wußte, daß es sich so verhielt.

Dieses Thema nun wurde von Lord Vansittart wieder und immer wieder in sechs Vorträgen und sechs Kapiteln abgewandelt. Deutschland war der Mördervogel der Welt. Deutschland war der brutale Zerstörer des Friedens. Deutschland war der internationale Verbrecher - blutdürstig, heimtückisch, schamlos. Hier sind drei Variationen des Themas zugleich als Beispiel für Lord Vansittarts Stil:

»Irgendwie, so oder so[1], brachte der Würger es vor 1914 zu drei Kriegen . . . (jeder) von dem Würger sorgfältig geplant und provoziert« (S. 2).

»Hitler ist kein Zufall. Er ist das natürlich fortgezeugte Produkt einer Rasse, die von den frühesten Tagen der Geschichte an räuberisch und kriegslüstern war.« (S. 16)

[1] »By hook and by crook, especially crook«, wörtlich: »mit Haken oder Häkchen«, Wortspiel mit dem Doppelsinn von crook - Häkchen oder Verbrecher.

[36]

»Karl der Große führte jedes Jahr einen Krieg, weil er nach der Weltherrschaft gierte... Achthundert (sic) Jahre sind seitdem vergangen, aber der deutsche Instinkt ist in dieser Hinsicht immer der gleiche geblieben«

(S. 210).

Typisch für die Art, in der Lord Vansittart den deutschen Charakter zusammenfassend schildert, ist auch der folgende Satz: »Die Deutschen haben niemals ihr Wort verbürgt, ohne es zu brechen. Sie haben keinen Vertrag geschlossen, ohne ihn zu verletzen. Sie haben niemals internationales Vertrauen genossen, ohne es zu beschmutzen« (S. 3 9). Wozu ganz sachlich anzumerken wäre, daß es wenigstens eine Ausnahme von diesem allumfassenden Verdammungsurteil gibt, die gerade die Engländer, wenn schon niemand sonst, anzuerkennen haben. Als der alte preußische Marchall Blücher seine Armee in Gewaltmärschen zur Walstatt von Waterloo führte, wo die Entscheidungsschlacht mit Napoleon bereits im Gange war, da trieb er seine ermüdeten und ausgehungerten Soldaten mit den Worten an: »Ich habe es Wellington versprochen, und ihr werdet doch nicht wollen, daß ich wortbrüchig werde.«

Ich vermag nicht zu sagen, aus welchen Motiven Lord Vansittart in solchen Tönen über Deutschland sprach und schrieb. Was immer aber auch sein Beweggrund gewesen sein mag, seine ganze historische Beweisführung war äußerst fragwürdig. Wenn die Deutschen wirklich seit den Tagen des römischen Weltreiches die niederträchtigen »Würger« waren, so müssen die Engländer dieses historische Phänomen häufig nicht bemerkt haben. Hundertdreißig Jahre vor dem Erscheinen von Lord Vansittarts Black Record sagten sie einer fremden Nation genau die gleichen scheußlichen Dinge nach. Aber damals waren es nicht die Deutschen. In den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts waren die Franzosen »die Pestbeulen des Menschengeschlechts«, denen gegenüber keine Anklage zu hart, kein Wort zu scharf war. So war es auch während des ganzen 18. Jahrhunderts gewesen, in dessen Verlauf unser

[37]

Hauptgegner, mit dem wir in allen europäischen Kriegen gekämpft haben, Frankreich war - unter Ludwig XIV.,

Ludwig XV. und Ludwig XVI., und nach des letzteren Hinrichtung unter Revolutionskommitees und unter Napoleon. Der junge Nelson,

der in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts aufwuchs, lernte auf seiner Mutter Schoß, daß sie »die Franzosen haßte«, und er selbst hat sie bis zum Tage seines Todes 1805 gehaßt. Diese unter den Engländern weitverbreitete Haßstimmung hörte auch nicht mit der Niederwerfung Napoleons auf. Während des ganzen 19. Jahrhunderts wurde Frankreich auch weiter als Englands »Erbfeind« und Hauptgefahr betrachtet, und wenn in London Pläne zur Abwehr einer Invasion erwogen wurden, so dachte man stets an eine französische Landung. Auch der Verfasser, der jünger ist als Lord Vansittart, erinnert sich noch aus seiner Knabenzeit, daß ihm von Frankreich als unserem Erbfeind erzählt wurde.

Deutschland war nicht einmal der zweite im Wettlauf um die volkstümliche Abneigung. Im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts kam ein Schlager in England auf, dessen Kehrreim recht berühmt wurde:

Uns lüstets nicht zum Kampfe.
Doch, alle Wetter, kommts zum Gefecht:
Wir haben die Schiffe,
Wir haben die Männer,
Und das Geld, das haben wir erst recht.

Wen aber sollten wir mit diesen Schiffen, Männern und goldenen Kugeln bekämpfen? Die Deutschen? Keineswegs. Der Kehrreim endete:

Wir haben den Bären bekämpft zuvor
Und können es noch einmal tun.
Denn Konstantinopel, das lassen wir nicht,
Dem bösen russischen Bär.

[38]

Gegen wen schloß England 1902 das Bündnis mit Japan ? Gegen die Deutschen? Sicher nicht. Wiederum gegen die Russen.

Die Gedankenverbindung im Kopfe des jungen Vansittart auf seiner Schwarzmeerfahrt 1907 zwischen dem Würger und der deutschen Nation war in der Tat höchst sonderbar. Denn damals waren die Preußen das einzige bedeutende europäische Volk, gegen das sein Land *niemals gekämpft hatte,* während es mehrere Male an seiner Seite gekämpft hatte, wie im Siebenjährigen Krieg 1756-1765 und in den Kriegen gegen das revolutionäre und das napoleonische Frankreich. Im Feldzug der Hundert Tage 1815 waren Briten und Preußen die Stützen des Bundes, der schließlich Napoleon überwand, und eines der in unseren Messen und Klubs am häufigsten zu findenden Bilder ist das Gemälde, das den Handschlag zwischen Wellington und Blücher auf dem Schlachtfeld zeigt.

Wenn die Preußen die Würger in der Geschichte waren -warum unterstützten die Engländer sie dann ? Warum kämpften sie Seite an Seite mit ihnen ? Und weshalb gewährten sie ihnen große Subsidien zur Führung ihrer Kriege? Sich mit internationalen Verbrechern einzulassen und ihr Komplice zu werden, ist sicherlich auch ein verbrecherisches Verhalten. Anscheinend hatten wir aber in jenen Tagen eine andere Meinung davon. Weit davon entfernt, die Deutschen als »Würger« anzusehen, waren wir vielmehr nur allzu froh, sie an unserer Seite zu haben. Pflegte nicht Pitt der Ältere zu sagen, er habe Kanada in Deutschland erobert? Und das hieß mit anderen Worten, das Britische Reich sei auf dem Bündnis mit den Deutschen errichtet worden.

Wir Engländer schätzten uns auch nicht nur glücklich, deutsche Soldaten an unserer Seite zu haben; wir hießen sie sogar in unseren Reihen willkommen. 1759 wurden 55 000 Deutsche in britischen Sold genommen. Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges bestand Lord Howes Armee

[39]

zu einem großen Teil aus Hessen und Hannoveranern, und bei Waterloo gehörten zu Wellingtons Armee fast ebenso viele deutsche Truppen wie englische, nämlich 19 700 gegenüber 23 900. Wenn in der Überwindung Napoleons bei dieser Gelegenheit ein Verdienst liegt, so schuldet England fraglos nicht geringe Dankbarkeit eben diesen Deutschen und Blüchers 120 000 Mann, die dabei mithalfen.

Lord Vansittart kennt kein solches Gefühl. Vielleicht meint er, daß die Deutschen sich nur deshalb mit den Franzosen herumschlugen, weil sie es ohne einen Krieg gegen irgend jemand nicht lange aushielten. Das könnte man jedenfalls aus der Bemerkung (S. 29) schließen, »wann immer du dem Würger eine Chance bietest, so gibt er dir dafür einen neuen Krieg zurück«.

Nach dieser Behauptung müßten die Deutschen auch die ersten gewesen sein, die den allgemeinen Frieden Europas nach Napoleons Sturz 1815 brachen. Waren sie es? Laßt uns prüfen, wie es in Wirklichkeit ist!

1815-1829

- 1823 überschreitet eine französische Armee die spanische Grenze, um den spanischen König im Kampf gegen sein Parlament zu unterstützen.
- 1826 führt Rußland Krieg mit Persien und annektiert zwei persische Provinzen.

- 1827 greift eine englisch-französisch-russische Flotte eine türkische Flotte bei Navarino an und vernichtet sie.
- 1828 fällt Rußland in die Türkei ein, um die griechischen Aufständischen zu unterstützen.

1830-1839

- 1830 beginnt Frankreich mit der Eroberung Algiers, die erst 1847 abgeschlossen wird.

[40]

- 1831 beim Aufstand Mehemet Alis von Ägypten gegen die Türkei greift Rußland zugunsten der Türkei ein.
- 1839 greift England (vergeblich) Afghanistan an.

1840-1849

- 1840 führt England den Opiumkrieg gegen China und besetzt Neuseeland, woraus ein jahrelanger Kampf gegen die Maoris entsteht.
- 1849 erklärt Piemont Österreich den Krieg.

1850-1859

- 1854 Krimkrieg: England, Frankreich, Piemont und Türkei gemeinsam gegen Rußland.
- 1856 englischer Krieg gegen Persien.
- 1857 beginnt England einen neuen Krieg gegen China; indischer Aufstand gegen England.
- 1858 Frankreich, das anfangs von Spanien unterstützt wird, erobert Indochina in Kämpfen, die bis 1863 dauern.
- 1859 erklärt Österreich an Piemont den Krieg und Frankreich an Österreich.

Der englisch-chinesische Krieg, der durch den indischen Aufstand unterbrochen wurde, wird wieder aufgenommen, wobei Frankreich den Engländern zu Hilfe kommt; der Sommerpalast bei Peking wird geplündert und zerstört.

1860-1863

- 1862 Französische Expedition nach Mexiko, die anfangs von England und Spanien unterstützt wird.

Wir finden also, daß in den ersten 48 Jahren nach der Schlacht von Waterloo die Engländer in sechs Kriege, einen kolonialen Eroberungszug und in die Unterdrückung eines

[41]

größeren Aufstandes verwickelt sind, die Franzosen in vier Kriege und zwei koloniale Eroberungen, Rußland in fünf Kriege, abgesehen von seiner Ausdehnung in Asien und der Unterdrückung der Aufstände in Polen (1850 und 1863) und anderswo, Österreich in zwei Kriege und in die Unterdrückung mehrerer Revolten unter den verschiedenartigen Völkerschaften seines Reiches.

Und wie steht es während dieser Periode mit dem »Mördervogel«, dem Würger, von dem Lord Vansittart in seiner Flugschrift sagt: »Wenn du ihm eine Chance bietest, so wird er dir einen neuen Krieg zurückgeben« ? An Gelegenheiten mangelte es während jener Jährzehnte wahrlich nicht. Welchen Vorteil zog der preußische Würger daraus? Die Antwort lautet: überhaupt keinen[1]. Preußen war der einzige bedeutende Staat Europas, der während dieser langen Zeitspanne mit allen seinen Nachbarn in Frieden verblieb: ein musterhaftes Betragen während fast eines halben Jahrhunderts, das niemand sonst, auch England nicht, vorzuzeigen hatte.

Aber bevor man auf den Gedanken kommt, Lord Vansittart habe vielleicht Tauben mit Würgern verwechselt, muß man noch ein paar Jahre von 1863 an weitergehen. Und dabei finden wir, daß Preußen seine friedfertige Geschichte unterbrach und sich im kurzen Zeitraum von sechs Jahren in drei Kriegen erging: 1864 mit Dänemark, 1866 mit Österreich, 1870 mit Frankreich. Allerdings erreicht Preußen auch mit diesen drei Kriegen noch nicht das Nach-Waterloo-Maß Englands (6), Frankreichs (5)[2], Rußlands (5) und steht nicht schlechter da als Österreich (3)[2]. Aber vielleicht waren Preußens drei Kriege besonders böse Beispiele gemeiner, unprovozierter Angriffe auf arglose Nachbarn? Offenkundig denkt Lord Vansittart[1] Die vorübergehende preußische Besetzung Schleswig-Holsteins 1848, die im nächsten Kapitel behandelt wird, führte nicht zu Feindseligkeiten.

[2] Mitgerechnet die Kriege Frankreichs und Österreichs mit Preußen.

[42]

so, denn er sagt von Preußen, daß es »das kleine Dänemark niederschmetterte und plünderte«, dann einen weiteren, »sorgfältig ausgeheckten« Krieg gegen Österreich und drittens gegen Frankreich vom Zaune brach!. Aber da unsere Untersuchung der 48 Jahre nach 1815 Preußen kaum als so bösartigen Angreifer erscheinen läßt, wie

man es nach dem oft wiederholten Beiwort »Würger« annehmen müßte, so setzt eine objektive Untersuchung auch eine unparteiische Prüfung voraus, ehe man Lord Vansittarts Verdammungsurteil gelten lassen kann.

[1] Black Record, S. 24.

[43]

3.Kapitel

DEUTSCHLAND, DÄNEMARK UND ÖSTERREICH

1864-1866

Bismarck, sagt Lord Vansittart, war ein »durchtriebener preußischer Raufbold«, der 1864 »das kleine Dänemark niederschmetterte und plünderte«. Diese Anspielung auf den preußisch-dänischen Krieg erspart uns jeden Zweifel, wie wir ihn ansehen sollen: als ein schamloses und unentschuldbares Brigantenstück von selten des Bismarckschen Preußens. Betrachtet man die Schleswig-Holsteinische Frage, um die es damals zwischen Preußen und Dänemark ging, jedoch gründlicher, so wird man zu einem anderen Urteil kommen.

An den Anfang gehört die Feststellung, daß es sich bei den Herzogtümern Schleswig und Holstein keineswegs um ein neues Problem handelte. An der Grenze des Heiligen Römischen Reiches und Dänemarks gelegen, hatten sie, wie andere Grenzprovinzen, seit Jahrhunderten unruhige Zeitläufte durchlebt; ihre nationale Zugehörigkeit und ihre Regierungsformen hatten wiederholt gewechselt, und ihre durch Kriege, dynastische Erbfolge und zwischenstaatliche Verträge bestimmten gegenseitigen Beziehungen waren äußerst verwickelt. Trotzdem kann man einige große Züge bezüglich beider Herzogtümer um die Mitte des 19. Jahrhunderts klar herausarbeiten, vor allem, daß Holstein, das südliche Herzogtum,

[44]

eine rein deutsche Bevölkerung hatte. In Schleswig lagen die Dinge etwas anders, aber auch ein großer Teil der Schleswiger war deutsch nach Abstammung und Gesinnung. Es kam hinzu, daß die Einwohner beider Herzogtümer an dem überlieferten Recht des »Up ewig ungedeelt« und damit an dem Anspruch auf eine unlösbar-gemeinsame halbautonome Sonderstellung festhielten, mochten die Dänen dies auch nicht immer zugestanden haben.

Einer der charakteristischen Züge des 19. Jahrhunderts war das Entstehen und Wachsen des Nationalismus in allen Teilen Europas. Überall war er spürbar. Die Italiener sehnten sich nach Befreiung von fremdem Joch und der Bildung eines eigenen, geeinten Vaterlandes. Die Polen agitierten heftig gegen ihre russischen und deutschen Herren, während auf dem Balkan die von den Türken unterjochten Völker mit Plänen und Verschwörungen den Kampf um ihre Unabhängigkeit begonnen hatten.

So ist es gewiß nicht überraschend, daß auch die Deutschen Schleswig-Holsteins den Drang zur Vereinigung mit ihren Stammesbrüdern verspürten. Eine erste Gelegenheit bot sich ihnen im Revolutionsjahr 1848, als in allen Ländern Europas Unruhen ausbrachen. Der König von Dänemark gab selbst Anlaß zu Verwicklungen, als er Schleswig dem eigentlichen Dänemark einzuverleiben suchte und damit die traditionelle Verbundenheit der beiden Herzogtümer und gleichzeitig Schleswigs überlieferte Sonderstellung angriff. Das Ergebnis war ein Aufstand der Herzogtümer gegen dieses Vorgehen des Königs; sie erklärten ihre Unabhängigkeit und verlangten ihre Aufnahme in den Deutschen Bund. Die Stimmung in Deutschland war leidenschaftlich auf selten der Herzogtümer. Preußische Truppen marschierten ein und schickten sich gerade an, die Sache nach den Wünschen der Einwohner zu ordnen, als andere Mächte eingriffen, um den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten. Schweden landete Truppen, England ent-

[45]

sandte ein Geschwader in die Ostsee und Rußland drohte mit einem ähnlichen Vorgehen. Angesichts dieses internationalen Widerstandes zog Preußen sich zurück. Die Herzogtümer blieben ohne Unterstützung, was aber ihr Verlangen nach einer Vereinigung mit Deutschland nicht im geringsten abschwächte.

Vielleicht ist es von Nutzen, hier ein paar Worte über die staatsrechtlichen Verhältnisse Mitteleuropas zu sagen, die damals einige verwickelte und verwirrende Züge zeigten, vornehmlich als Überbleibsel des überkommenen, aber überholten Begriffes des Heiligen Römischen Reiches. Dieses Reich war im Jahre 800 entstanden, als Karl der Große von Papst Leo III. zum römischen Kaiser des Abendlandes gekrönt wurde, wenn auch die Bezeichnung Heiliges Römisches Reich erst anderthalb Jahrhunderte später unter Otto I. aufkam. Das Reich Karls des Großen umfaßte die nördliche Hälfte Italiens, Frankreich, Westdeutschland und die Ostmark (Österreich). Im Laufe der Zeit ergaben sich Veränderungen: Westfrankreich schied aus dem Reiche aus und die Ostgrenze des Reiches verschob sich ostwärts, bis die Eroberungszüge der

Ottomanen eine, von Konstantinopel aus gesehen, nordwestliche Ausbuchtung auf dem Balkan herbeiführten. Im 16. Jahrhundert dehnte sich das Reich etwa von Rom im Süden bis zur Ostsee und ungefähr von der Linie Ostende-Nizza im Westen bis zu den Grenzen Polens und des Ottomanischen Reiches im Osten aus, wobei Ungarn bald dazugehörte, bald außerhalb lag. Im großen und ganzen aber ist das Reich trotz der Einbeziehung der Niederlande, Burgunds, der Freigrafschaft, Savoyens und Norditaliens im wesentlichen deutschen Charakters gewesen und trug deshalb auch die Bezeichnung »Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation«.

Aber dieses Reich war alles andere als eine politische Einheit. Es setzte sich aus einer großen Zahl von Königreichen, Kurfürstentümern, Fürstentümern, Großherzogtümern und

[46]

Herzogtümern zusammen, in die damals das Gebiet des heutigen Deutschland in verwirrender Vielfalt aufgeteilt und unterteilt war. Der Heilige Römische Kaiser war auch nicht der Beherrscher dieses aus kleinen und großen Teilen bestehenden Staatengebildes. Seine Stellung war eher die eines Schutzherren ehrenhalber als eines vollzugsberechtigten Oberherren. Die vielen Einzelstaaten des Reiches ließen sich nicht beherrschen. Sie wünschten Unabhängigkeit und, wenn notwendig, die Freiheit, sich gegenseitig zu bekriegen. Indes bildete der Kaiser einen Brennpunkt des germanischen Gefühls und ein Symbol der rassischen Zusammengehörigkeit. Das Reich hatte seinen Reichstag, der von Zeit zu Zeit zusammentrat, dessen Beschlüsse aber gewöhnlich ohne greifbare Ergebnisse blieben. Er glich mehr dem, was in unserer Zeit ein Klub ist, dessen Mitglieder die gleichen Interessen haben und sich in bestimmten Abständen zu angenehmer Unterhaltung und geselligem Beisammensein treffen.

Vom 13 .Jahrhundert an wurde das Amt des Heiligen Römischen Kaisers durch Wahl übertragen; seit dem 15. Jahrhundert aber und bis zum Ende im Jahre 1806 war der Kaiser stets ein Habsburger, der in Wien herrschte. Auf diese Weise erwarb die habsburgische Dynastie, die in Österreich-Ungarn bis ins 20. Jahrhundert am Ruder blieb, das große Ansehen, das mit der faktisch erblichen Stellung des Heiligen Römischen Kaisers verbunden war, und Wien hatte als überlieferte Hauptstadt des Reiches seinen Anteil daran.

Das Heilige Römische Reich ging inmitten der durch Napoleons Siege geschaffenen Verwirrung an den Auswirkungen der aus der französischen Revolution stammenden neuen Ideen zugrunde. Kaiser Franz II. fürchtete, daß der korsische Eroberer sich selbst den alten Kaisertitel beilegen wollte; geschickt kam er ihm zuvor, indem er

diesen Titel 1806 aufgab und stattdessen den eines Kaisers von Österreich annahm.

[47]

Als die napoleonische Umwälzung 1815 ihr Ende fand, mußte auch entschieden werden, wie Europa, das unter dem Ansturm der napoleonischen Armeen so schwere Schläge und mannigfache Veränderungen erlitten hatte, nun für die Zukunft organisiert werden sollte. Das Heilige Römische Reich war tot, aber ein großer Teil seiner Tradition lebte noch. Die übriggebliebenen deutschen Staaten Mitteleuropas - durch Eroberung oder Verschmelzung an Zahl verringert, aber dementsprechend an Umfang vergrößert - stellten die Struktur des alten Reiches nicht wieder her; sie wollten aber auf seine Grundideen rassischer Einheit und zwischenstaatlicher Beratung nicht verzichten, ohne dabei allerdings ein Stück ihrer individuellen Souveränität aufzugeben. Österreich und Preußen, die beiden führenden deutschen Mächte, waren aufeinander höchst eifersüchtig, und die kleineren Staaten waren ebenso eifersüchtig auf beide. Trotzdem bestand ein von niemandem angezweifeltes Streben nach irgendeiner Zusammenfassung. So kam es auf dem Wiener Kongreß auch zu einer Verfassung für Deutschland: zur Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Sicherheit der Einzelstaaten wurde der Deutsche Bund begründet, dessen Staaten sich verpflichteten, einander im Falle eines Angriffes von außen her zu verteidigen und untereinander keine Kriege zu führen.

Dieser Deutsche Bund aber war beinahe ebensosehr leerer Schein wie der (kurzlebige) Völkerbund von 1919. Da keine politische Einheit bestand, vermochte der Bund auch seinen Mitgliedern, weder einzeln noch in der Gesamtheit, Schutz zu gewähren, und einzelne Staaten zögerten nicht, Krieg gegeneinander zu führen, wenn es ihren Zwecken entsprach. Wie der Völkerbund nahm sich der Deutsche Bund indes auf dem Papier vorzüglich aus - und noch besser in großen Reden. Als beratende Versammlung wurde der Bundestag eingesetzt, der in Frankfurt unter österreichischem Vorsitz tagte. Theoretisch hätte er vieles vollbringen können; in der Praxis aber war er

[48]

so gut wie ohnmächtig. Trotzdem bestand der Bund noch, als die schleswig-holsteinische Frage, der wir uns jetzt wieder zuwenden können, in ihre kritische Phase eintrat.

Alle daran Beteiligten, die Herzogtümer, die Dänen und die Großmächte, wünschten eine rasche Lösung, da die Sache im Falle des Todes König Friedrichs II. von Dänemark zur Entscheidung kommen

mußte. Nach dänischer Erbfolge konnte das Königtum auch auf weibliche Nachkommen übergehen, nicht jedoch nach der Tradition in den beiden Herzogtümern. Und König Friedrich hatte keinen männlichen Erben.

Im Jahre 1852 trat deshalb in London eine Konferenz der Großmächte zusammen, um einen Ausweg aus dieser bevorstehenden Krise zu suchen. An ihr nahmen Vertreter Österreichs und Preußens, jedoch nicht des Deutschen Bundes teil. Mit ihrer Zustimmung entschied die Konferenz, daß auch der mittelbare Erbe König Friedrichs in den Herzogtümern erbberechtigt sein sollte. Die Holsteiner bestritten sofort die Gültigkeit dieses Beschlusses.

Neun Jahre später, 1861, wurde Wilhelm I., bisher Prinzregent, König von Preußen und berief im September 1862 Otto von Bismarck als Ministerpräsidenten. Im nächsten Jahr starb König Friedrich von Dänemark, und der neue König Christian IX. (von Sonderburg-Glücksburg) schickte sich an, die Herzogtümer gemäß dem Londoner Protokoll von 1852 zu übernehmen. Der deutsche Bundestag aber raffte sich plötzlich zu einer Tat auf; er erklärte, dem Londoner Abkommen nicht beigetreten zu sein. Er beschloß am 1. Oktober 1863 die Bundesexekution gegen Dänemark, worauf eine sächsische und eine hannoveranische Armee im Namen des Herzogs Friedrich VIII. von Sonderburg-Augustenburg einmarschierten, dessen Kandidatur vom Bund gestützt wurde.

Dieser Schritt des Bundestages war ein echter Glücksfall für Bismarck. Ehe er an die Macht gelangt war, hatte sein

[49]

Land das Abkommen von 1852 unterschrieben, aber diese Erbschaft war ganz und gar nicht nach seinem Geschmack. Bismarck war ein Mann von weit voraus bedachten und für die Zukunft seines Landes, besser, für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes sehr ehrgeizigen Plänen. In den Herzogtümern Schleswig-Holstein hatte er bereits den ausgezeichneten Hafen Kiel als Stützpunkt einer künftigen deutschen Flotte im Auge und er dachte schon an einen Kanal von Kiel zur Elbmündung für große Schiffe, um der Flotte einen leichten Zugang zur Nordsee zu geben. Es war ihm klar, daß zur Verwirklichung dieser Pläne Schleswig und Holstein preußische Provinzen werden mußten.

Dem lag aber das Protokoll von 1852 hemmend im Wege, das Preußen (und Österreich) unterschrieben hatten. Obwohl der Schritt des Bundestages, die Entsendung von Truppen in die Herzogtümer, eine Möglichkeit bot, das Hindernis zu umgehen, konnte Preußen doch, wie Bismarck wußte, nicht allein vorgehen. Tatsächlich gelang es ihm

auch, Österreich für eine gemeinsame Maßnahme zu gewinnen, und so marschierten die beiden stärksten deutschen Mächte ein.

Die Dänen leisteten militärischen Widerstand, der aber natürlich von vornherein zum Mißerfolg verurteilt war. Daß sie überhaupt zu den Waffen griffen, war so gut wie sicher ihrer vertrauensseligen Annahme zuzuschreiben, England werde ihnen zu Hilfe kommen. Lord Palmerston hatte gerade kurz zuvor im Parlament eine Rede gehalten, die praktisch den Dänen eine englische Unterstützung zusagte. Die britische Öffentlichkeit hatte dieser Rede begeistert zugestimmt, ohne freilich die geringste Ahnung von Recht und Unrecht der Sache selbst zu haben. Sie ließ sich davon beeinflussen, daß der Prinz von Wales kürzlich eine dänische Prinzessin von

großem Liebreiz geheiratet hatte, und betrachtete den schleswigholsteinischen Streit als einfachen Fall »David wider Goliath« und war entsprechend erregt.

[50]

Palmerston aber fand einen Fehler in seiner Rechnung, und die Dänen blieben ihrem Schicksal überlassen. Sie wurden in sehr kurzer Zeit besiegt und die Herzogtümer gingen in den gemeinsamen Besitz Preußens und Österreichs über.

Wir sind jetzt in der Lage, die Gültigkeit der Anklage Lord Vansittarts zu prüfen, daß Bismarck als »durchtriebener preußischer Raufbold das kleine Dänemark zu Boden schmetterte und plünderte«. Der erste Fehler in dieser Behauptung ist die - indirekte -Anschuldigung, Bismarck und Preußen seien die einzigen Plünderer Dänemarks gewesen. Sie ist unwahr, denn wenn überhaupt »geplündert« wurde, so waren die Preußen jedenfalls nicht die einzigen. Österreich nahm gemeinsam mit Preußen am dänischen Kriege teil. Aber ist »plündern« überhaupt hier ein angemessener Ausdruck? Das angeblich »geplünderte« Gebt et war, von einem Streifen Nordschleswigs abgesehen, nicht von Dänen, sondern fast ausschließlich von Deutschen bewohnt, die seit Generationen nur den einen Wunsch der Vereinigung mit Deutschland hatten. Der österreichisch-preußische Feldzug, der ihnen die Erfüllung dieses Wunsches brachte, war also nichts anderes als die Anwendung des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker, von dem die Engländer (und ihre übrigen Verbündeten) bei der Versailler Friedensregelung 1919 - auf Kosten Deutschlands und Österreichs - so begeistert waren. Und wenn Dänemark 1864 in einem aussichtslosen Krieg gegen die beiden deutschen Hauptmächte »niedergeschmettert« wurde, so vorwiegend, weil England den Dänen falsche Hoffnungen auf die Verläßlichkeit britischer Hilfe gemacht hatte, sich aber im letzten Augenblick zurückzog und Dänemark im Stiche ließ.

So viel über den dänischen Krieg. Er verschaffte, wie gesagt, Preußen und Österreich den gemeinsamen Besitz der Herzogtümer. Wie es zu erwarten war, traten Meinungsgegensätze in bezug auf die Behandlung der Herzogtümer alsbald in Erscheinung. Die Österreicher wollten sie dem Herzog

[51]

von Augustenburg als neues deutsches Fürstentum innerhalb des Deutschen Bundes übergeben. Bismarck aber hatte andere Pläne, die er jedoch noch nicht enthüllte. Er wünschte die Herzogtümer, wie bereits erwähnt, für Preußen im Sinne des größeren Planes eines unter preußischer Hegemonie geeinten Deutschland, das ihm vorschwebte; sie sollten ihm einen Hauptkriegshafen in Kiel verschaffen und durch einen strategischen Kanal Ost- und Nordsee verbinden. Sollte jemand aber im Erwerb dieser nichtpreußischen Herzogtümer für Preußen und für so weitreichende strategische Absichten einen Beweis für die Verruchtheit Bismarcks sehen wollen, so mag ein kurzer Blick auf das Verhalten anderer Länder nützlich sein, die auch am Bau eines Seekanals interessiert waren.

An der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts waren die Vereinigten Staaten von Amerika eifrig bestrebt, für wirtschaftliche und strategische Zwecke einen Kanal durch die Landenge von Panama zu bauen. Das dafür ausersehene Gebiet gehörte der Republik Kolumbien, und die amerikanische und die kolumbianische Regierung verhandelten über die erforderliche Baugenehmigung. Die Amerikaner boten 10 Millionen Dollar, dazu nach Fertigstellung des Kanals eine jährliche Abgabe von 250000 Dollar und verschiedene andere Vorteile. Die kolumbianischen und die amerikanischen Unterhändler einigten sich auch auf diese Bedingungen, die vom Senat der Vereinigten Staaten ratifiziert wurden. Kolumbien verweigerte jedoch die Zustimmung in der Hoffnung, bessere Bedingungen herausschlagen zu können. Nun setzte eine dramatische Entwicklung ein, aus der man nur schließen kann, daß die amerikanischen Politiker um nichts weniger »gerissen« waren als der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck. Es brach eine Revolution in der Provinz Panama aus, die sich von Kolumbien unabhängig erklärte. Kolumbien entsandte Truppen, die wahrscheinlich die Revolte ohne viel Mühe niedergeschlagen hätten, wären sie nicht von ameri-

[52]

kanischen Kriegsschiffen an der Landung verhindert worden. Vier Tage nach Ausbruch der Revolution erkannte die Regierung der Vereinigten Staaten eine neue »Republik Panama« an, die

unverzüglich das Gelände des künftigen Kanals amerikanischer Souveränität übergab. Kolumbien aber bekam auf lange Jahre hinaus überhaupt nichts.

Kehren wir nach Mitteleuropa zurück. Bismarck wünschte nicht nur die beiden Herzogtümer. Seine Absicht war die Vereinigung der deutschen Stämme unter einer Führung, und die Verfolgung dieses Zieles war in jeder Hinsicht gerechtfertigt. Daß Deutschland bunt zusammengewürfelt und in zahllose kleine Staaten und freie Städte gespalten war, hatte jahrhundertelang eine Quelle außerordentlicher Schwäche gebildet. Dieser Mangel an Zusammenhalt und an einer Zentralgewalt war der Hauptgrund dafür gewesen, daß die europäischen Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts auf deutschem Boden statt auf dem seiner Feinde ausgefochten wurden. Außerdem lag die Erlangung politischer Einheit und Unabhängigkeit stammverwandter Völker in der Luft. Schon etwas früher hatte Cavour rührig und offen für die Vereinigung Italiens gearbeitet und bis zu seinem Tode 1861 bereits beträchtliche Erfolge erzielt. Seit dem erfolgreichen Aufstand der Griechen in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts brodelte auch unter Serben, Bulgaren und Rumänen die Unzufriedenheit mit der Türkenherrschaft. Die Polen hatten sich 1863 gegen die Russen erhoben, und in der Neuen Welt war gerade ein heftiger und blutiger Krieg um die nationale Einheit zwischen Norden und Süden ausgefochten worden. Bismarcks Streben nach Einheit und Stärkung Deutschlands war also keineswegs ungewöhnlich. England hatte, beiläufig bemerkt, die Verschmelzung seines Inselreiches schon 1707 in der Union Englands und Schottlands durchgeführt, und diese Verbindung hatte die Sicherheit und Macht der beiden Länder beträchtlich erhöht. Sollte aber auch Deutschland geeint werden, so gab

[53]

es, wie Bismarck wußte, zwei Mächte, die Anspruch auf die Führung erhoben: Österreich und Preußen. Österreich hatte dabei den ungeheuren Vorteil, Erbe der Tradition des vor noch nicht langer Zeit verschiedenen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu sein. Wien war seit vielen hundert Jahren als Mittelpunkt der deutschen Welt anerkannt, Preußen dagegen wurde in Deutschland eher als ein ziemlich vulgärer Neureicher betrachtet. Bismarck konnte aber, auch abgesehen davon, daß er selbst Preuße war, viele und gute Gründe dafür anführen, daß Preußen der rechte Führer für ein vereintes Deutschland sei. Österreich war aus allen möglichen

nichtdeutschen Völkerschaften zusammengesetzt, die sein Reich bildeten: Tschechen und Slowaken in Böhmen, Mähren und der Slowakei, Serben, Kroaten und Slowenen im Südosten und an der

Adria, Magyaren und Italiener. Übernahm Österreich die Führung, so konnten die geeinten deutschen Stämme es gar nicht vermeiden, in die häufig lästigen und manchmal gefährlichen Probleme dieser dem Kaiser von Österreich

untertänigen Völkerschaften hineingezogen zu werden. Preußen dagegen war mit Ausnahme des bei der Teilung Polens übernommenen Gebietes in dieser Hinsicht so gut wie unbeschwert. Eine deutsche Einheit unter Preußen würde nach Charakter und Interessen wahrhaft deutsch sein.

Aber wie sollte man sich des anderen Prätendenten, Österreichs, entledigen? Bismarck glaubte, daß dies nur in einer kriegerischen Kraftprobe möglich sein werde. Auch Cavour hatte sich bei der Einigung Italiens in erster Linie auf die Sanktion durch Waffengewalt verlassen und zwar nicht nur in Italien selbst. Obwohl zwischen Piemont und Rußland kein Streit bestand, ließ er mit voller Berechnung piemontesische Truppen am Krimkrieg gegen Rußland teilnehmen, um auf diese Weise das Ansehen des von ihm für die Führung Italiens ausersehenen piemontesischen Herrscherhauses Savoyen zu mehren und das Gewicht seines Landes bei Verhandlungen

[54]

mit Frankreich und England zu stärken. Wenn der Krieg für Bismarck ein Mittel zu einem politischen Zweck war, so war er es auch für Cavour.

Österreich und Preußen wußten beide, daß die Kraftprobe kommen würde, und beide bereiteten sich darauf vor. Bismarck war sich darüber im klaren, daß er es nicht nur mit Österreich, sondern auch mit dem Deutschen Bund zu tun hatte. Aber davor schreckte er nicht zurück. Auf seine Veranlassung war die preußische Armee durch Soldaten vom Range eines Roon und Moltke reorganisiert worden, und Bismarck hielt sie für die beste Europas. Er wollte aber ganz sicher gehen. Deshalb lockte er die Piemontesen mit einem Versprechen auf die damals österreichische Provinz Venetien, falls sie an seiner Seite in den Krieg eintreten würden. Die Freundschaft Rußlands hatte er gewonnen, als er es ablehnte, sich dem französischen Protest gegen die bei der Niederwerfung des polnischen Aufstandes von 186$ angewandten brutalen russischen Methoden anzuschließen. Endlich machte er auch Napoleon III. Andeutungen, daß ein neutral gebliebenes Frankreich nach einem österreichisch-preußischen Kriege gewisse Vorteile erlangen könne. In der Tat sah Napoleon III. sich schon in der Rolle des erfolgreichen, aber auch gut entlohnten Vermittlers während der letzten Phase eines Kampfes, der doch sicher beide Gegner schwächen würde.

1866 fand Bismarck dann Mittel und Wege, eine Entscheidung in der Schleswig-Holstein-Frage zu forcieren, und Preußen erklärte Österreich, Sachsen, Hannover, Hessen und den übrigen kriegslustigen Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes den Krieg. Alles war schnell vorüber. Der Bund wurde leicht überwunden. Österreich erwies sich als ein etwas zäherer Gegner. Aber auch seine Armee wurde sechs Wochen nach der Kriegserklärung bei Königgrätz entscheidend geschlagen.

Lord Vansittart sagt, dieser Krieg sei von Bismarck »sorgfältig eingefädelt« worden. Ganz recht. Aber wenn Österreich

[55]

gewonnen hätte, so hätte man das gleiche auch von Wien sagen können. Soll der Krieg aber als Beispiel für das Vorgehen des Würgers herhalten, der andere Nationen verschlingt, so ist es schlecht gewählt. Von Österreich nahm Bismarck für sich selbst auch nicht einen Quadratmeter. Sein Gebiet blieb unberührt und es mußte nur Venetien, das er Italien versprochen hatte und das italienisch besiedelt war, hergeben[1]. Ja, er ging sogar noch weiter. Er hielt den König von Preußen von einem Einmarsch in Wien zurück, wo er dem besiegten Feinde hatte den Frieden diktieren wollen. Eine Demütigung oder übermäßige Schwächung Österreichs gehörte nicht zu Bismarcks Plänen, die darauf abzielten, die noch nachwirkende Tradition des Heiligen Römischen Reiches durch den Ausschluß Österreichs aus Deutschland zu zerstören, den Deutschen Bund in seiner damaligen Form abzuschaffen und Schleswig-Holstein zu annektieren. Darauf bestand er. Aber nachdem er diese Ziele erreicht hatte, bewies er dem österreichischen Gegner eine außerordentliche Milde.

Als ersten Schritt zur deutschen Einheit bildete Bismarck den neuen Norddeutschen Bund, der Preußens Führung anerkannte. Die süddeutschen und zum Teil überwiegend katholischen Staaten Bayern, Württemberg, Baden sowie Sachsen, deren Sympathien am stärksten der österreichischen Seite zuneigten, ließ er unbehelligt. Später wollte er auch sie in ein größeres Deutschland eingliedern, an dem er baute. Aber noch erschien ihm die Zeit dafür nicht reif.

[1] Mit den gegnerischen Staaten des Deutschen Bundes verfuhr er - im Verfolg seiner Einigungspolitik - strenger. Hannover, Hessen-Kassel und Hessen-Nassau sowie Frankfurt wurden Preußen eingegliedert.

[56]

4. Kapitel

DER WÜRGER UND FRANKREICH 1870/71

Und damit kommen wir zum dritten Akt der sechsjährigen Trilogie der preußischen »Schlächterei« zwischen 1864 und 1870. Diesmal war Frankreich das Opfer, gegen das ein »gleichfalls gut eingefädelter« Krieg von Bismarck in Gang gesetzt wurde, der »die Schwäche des französischen Kaiserreiches abgeschätzt hatte wie Hitler die Schwäche der französischen Republik« [1]. Dieser französisch-preußische Krieg nun war auch der erste Akt einer neuen Trilogie der Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland. Eine der üblichen Redensarten im Nachkriegsengland, der man nach 1945 in Leitartikeln und in den Zuschriften an die Zeitungen immer wieder begegnete, bezieht sich auf die wiederholten Leiden des unschuldigen, dreimal in siebzig Jahren von den brutalen Deutschen überfallenen und gequälten Frankreich. Deshalb, so erklären viele Leute, habe Frankreich alles Recht auf angemessene Sicherheitsgarantien gegen weitere mutwillige und unprovozierte Angriffe von selten seines unruhigen und aggressiven Nachbarn jenseits des Rheins. Man denke: dreimal in siebzig Jahren! Das ist zu viel.

Es wird von Nutzen sein, sich dieser Haltung der Öffentlichkeit zu erinnern, wenn wir die drei Kriege zwischen Frank-

[1] Black Record, S. 24.

[57]

reich und Deutschland - 1870, 1914, 1939 - untersuchen, wobei wir uns zunächst dem ersten zuwenden.

Kein Problem ist im allgemeinen schwieriger, als die Gründe zu klären, die zu einem Kriege und besonders zu einem größeren Kriege führten. Selten haben sie ihren ganzen Ursprung in den Ereignissen der betreffenden Zeit; häufiger verquicken sich weit zurückreichende Ursachen und eine unmittelbare Krise. So war es auch hier. 1870

betrachteten die Franzosen sich noch als die größte Nation Europas. Zweihundert Jahre lang hatte Frankreich in Kultur und Mode den Ton angegeben und militärisch die Führung innegehabt. Gewiß, Frankreich war 1814 und 1815 besiegt worden, aber doch nur durch eine gewaltige Koalition von Feindmächten. Die zehn vorangegangenen Jahre hätten durch die Siege und Eroberungen Napoleons I. so viel Ruhm aufgehäuft, daß es dafür in der Geschichte kaum ein Beispiel gab. 1870 saß wieder ein Kaiser Napoleon auf Frankreichs Thron und die gleißenden Traditionen der Grande Armee des berühmten Onkels lebten in den Träumen des Neffen fort. Er und seine Generäle hielten die französische Armee für unvergleichlich.

Trotzdem konnte Napoleon III. der Ausdehnung Preußens als Ergebnis des österreichisch-preußischen Krieges nicht mit Gelassenheit zuschauen. Wie die Engländer waren auch die Deutschen die natürlichen Feinde der Franzosen, und die Konsolidierung ganz Norddeutschlands unter preußischer Führung war ihm unwillkommen. Außerdem war Napoleon III. verärgert über den raschen Sieg der Preußen von 1866. Aus der Vermittlertätigkeit zwischen zwei erschöpften Gegnern und den territorialen »Vergütungen«, die er - geschickt von Bismarck in diesem Gedanken ermutigt - als Preis für seine Neutralität herauszuschlagen gehofft hatte, war nichts geworden. Das siegreiche Preußen war nicht »erschöpft«, und wenn die Franzosen das Wort "douceurs" fallen ließen, stellte es sich taub - zum großen Verdruß der französischen Politiker

[58]

und zu einer fühlbaren Minderung des innerfranzösischen Ansehens des Kaisers. Im Laufe der folgenden Jahre brachte Frankreich einen Anspruch nach dem anderen vor: auf ein Stück westdeutschen Gebietes, dann auf die Saar, dann auf Luxemburg und sogar auf Belgien. Aber Bismarck gab in keinem Falle seine Zustimmung. Doch behielt er die französischen Noten griffbereit zur Hand, in der frohgemuten Erwartung, daß sie ihm bald nützlich sein würden.

Bismarck war zur Erkenntnis gekommen, daß ein Krieg mit Frankreich unvermeidlich sei. Das halbe Deutschland hatte er geeint, aber die andere Hälfte fehlte noch. Süddeutschland befand sich noch außerhalb des preußischen Bereiches, und Bismarck war entschlossen, es ebenfalls einzubeziehen. Er konnte nicht annehmen, daß Frankreich einem solchen deutschen Machtzuwachs friedlich zusehen würde. Auch glaubte er, die süddeutschen Staaten nicht anders für eine engere Gemeinschaft mit Preußen gewinnen zu können als durch einen auswärtigen und besonders durch einen französischen Krieg - als Ansporn für ihren deutschen Patriotismus.

Und nun sollte sich für Napoleon selbst ein Anreiz zu einem Krieg gegen einen europäischen Feind ergeben. Er war töricht genug gewesen, 1862 ein Expeditionskorps nach Mexiko zu schicken, und zwar in der Absicht, die Republik durch ein Kaiserreich ablösen zu lassen, dessen Herrscher Maximilian, der Bruder des österreichischen Kaisers Franz Joseph, sein sollte. Es stellte sich alsbald heraus, daß diesem Plan eine schwerwiegende Fehleinschätzung der mexikanischen Stimmung zugrunde lag. 1867 fand er ein unrühmliches Ende, als die Vereinigten Staaten von Amerika, die mit der Ablenkung durch ihren Bürgerkrieg soeben fertig geworden waren, die französischen Truppen kurz und bündig zum Rückzug aufforderten. Kaum hatten sie aber das Land verlassen, als der gerade zum Kaiser erhobene Maximilian von seinen Gegnern gefangen genommen und erschossen wurde.

[59]

Das war ein fürchterlicher Schlag für das Ansehen Frankreichs und dementsprechend eine schwere Beeinträchtigung der persönlichen Stellung Napoleons III., der nun in seiner äußersten Notlage die Möglichkeit in Erwägung zog, seinen politischen Ruf wiederherzustellen, indem er in einem europäischen Kriege militärischen Ruhm suchte. Genauer gesagt: einige seiner Ratgeber hatten für ihn diesen Gedanken, denn Napoleon III. selbst war zu jener Zeit ein kranker Mann, der von einem schmerzhaften inneren Leiden geplagt wurde, das seine persönliche Leistungsfähigkeit und Entschlossenheit stark herabgesetzt hatte. Fürsprecher der Kriegspolitik waren die Kaiserin Eugenie und Außenminister Gramont. Beide hielten bei einer militärischen Auseinandersetzung den Erfolg für sicher, bei dem alten Ruhm und der gegenwärtigen höchsten Leistungsfähigkeit der französischen Armee konnte er einfach nicht ausbleiben. Hatte nicht auch der Generalstabschef gemeldet, sie sei »bis zum letzten Gamaschenknopf« zu einem Kriege bereit ? Einem Konflikt mit Preußen konnte man also mit Gleichmut entgegensehen, und im Hinblick darauf wurden Verhandlungen mit Österreich, Preußens 1866 besiegtem Gegner, über den Abschluß eines Bündnisses eingeleitet.

Unterdessen war Bismarck eifrig tätig, den neu geschaffenen Norddeutschen Bund zu festigen und seine nächsten Schritte vorzubereiten, die, wie er hoffte, einen Krieg mit Frankreich herbeiführen würden. 1870 wurde plötzlich bekannt, daß der Erbprinz von Hohenzollern, ein entfernter Verwandter der preußischen Herrscher aus der katholischen Linie Hohenzollern-Sigmaringen, die Kandidatur für den freigewordenen spanischen Thron angenommen habe. Es besteht kaum ein Zweifel, daß Bismarck hinter dieser

Kandidatur stand, die zwei Vorteile bot: führte sie nicht zu einem Kriege zwischen Preußen und Frankreich, so vielleicht zu einem Kriege zwischen Frankreich und Spanien, der vom Standpunkt Bismarcks aus fast ebenso nützlich war.

[60]

Kaum wurde diese Kandidatur bekannt, da erhob sich ein Sturm in Frankreich. Es wurden erregte und erbitterte Reden gehalten, in denen ganz offen von einem Kriege gesprochen wurde. Als der Zorn der leicht erregbaren Franzosen aber gerade seinen Höhepunkt erreichte, wurde die Lage plötzlich durch die Nachricht entspannt, daß der Erbprinz zur Zurückziehung seiner Kandidatur veranlaßt worden sei. Die Franzosen jubelten; Bismarck erlitt einen Anfall von Schwermut. Aber wie schon erwähnt gab es in beiden Ländern, in Frankreich ebenso wie in Deutschland, Kriegsparteien, und zur ernsteren gehörte der französische Außenminister. Gramont

unternahm nun einen Schritt, der höchstwahrscheinlich die Krise auslösen mußte. Nicht zufrieden mit Frankreichs diplomatischem Triumph, wies er seinen Botschafter Graf Benedetti an, in Bad Ems, wo sich der König von Preußen und der Botschafter aufhielten, von Wilhelm I. die Zusicherung zu erwirken, daß er auch künftig eine Wiederholung der Kandidatur des Erbprinzen nicht zulassen werde. Diese beleidigende Forderung wies König Wilhelm natürlich zurück, wenn auch in sehr höflicher Form. Doch sandte er Bismarck einen telegraphischen Bericht des Vorfalls nach Berlin. Bismarck strich dieses Telegramm zu einem kürzeren Pressekommunique zusammen und zwar so, daß die wesentlichen Punkte der Unterredung zwischen dem französischen Botschafter und König Wilhelm darin enthalten waren, die Zurückweisung der nachgesuchten Versicherung aber brüsker erschien. Diesen nur gekürzten Text eine »Fälschung« zu nennen, wie Lord Vansittart es tut, ist eine absurde Übertreibung[1].

Dieses Kommunique reichte jedoch aus, den französischen Kessel wieder zum Überkochen zu bringen. Ein Teil des Kabinettes, der von Gramont geführt und von der Kaiserin ermutigt wurde, drängte auf Krieg. Der Kaiser und mehrere andere

[1] Die „Emser Depesche“ des Königs und das Kommunique Bismarcks, siehe Anhang 1.

[6l]

Minister waren für Frieden. Die eigentliche Entscheidung wurde durch Hetzreden in der französischen Kammer und das Geschrei des Pariser Mobs herbeigeführt. Die Straße war für Krieg und die Boulevards hallten wider von den Rufen »A Berlin«!, und »Vive la guerre!« Der

Wille des Volkes gab den Ausschlag: am frühen Morgen des nächsten Tages erklärte Frankreich Preußen den Krieg.

Hätten die Pariser gewußt, wie es tatsächlich um die französische Armee bestellt war, sie hätten gewiß den Mund gehalten. Als Kriegsinstrument erwies sich die Armee dem sorgfältig organisierten, glänzend geführten und erst vor kurzem kriegserprobten preußischen Heer erheblich unterlegen. In ein paar Wochen wurden die Franzosen immer und immer wieder geschlagen, in Sedan Kaiser Napoleon selbst gefangengenommen.

Die Engländer griffen bei Kriegsausbruch nicht ein. Bismarck wußte den rechten Zeitpunkt abzupassen und ließ jetzt die früheren Vorschläge Napoleons für einen Anschluß Belgiens an Frankreich veröffentlichen. Bei der englischen Empfindlichkeit in allem, was mit Holland und Belgien zusammenhing, reichte dies aus, um die Engländer auf die preußische Seite einschwenken zu lassen[1]. Eine ähnliche Veröffentlichung der napoleonischen Forderung auf ein Stück westdeutschen Gebietes genügte, um Süddeutschland geschlossen hinter Preußen aufmarschieren zu lassen. Am 18. Januar 1871 wurde die Gründung des deutschen Kaiserreiches im Schloß von

[1] Die Londoner Times schrieb am 6. Juli 1870: »Das größte nationale Verbrechen, das wir seit den Tagen des ersten französischen Kaiserreiches mit Schmerz in diesen Spalten zu verzeichnen hatten, ist begangen worden. Der Krieg ist erklärt worden - ein ungerechter, aber vorsätzlicher Krieg. Dieses schreckliche Unglück, das Europa in Bestürzung versetzt, ist - das ist jetzt nur allzu klar - das Werk Frankreichs, eines Mannes in Frankreich. Es ist das Ergebnis persönlicher Herrschaft. Es kann keinen Zweifel darüber geben, welche Seite die Sympathien der Welt gewinnen wird. Was für Angriffe auch immer Preußen bei früheren Gelegenheiten unternommen haben mag, diesmal wird es die volle moralische Unterstützung auf seiner Seite haben, die denen nur selten verweigert wird, die die Waffen zur Selbstverteidigung ergreifen.« Zitiert in Gustav Stolper: German Realities (Die deutsche Wirklichkeit), New York, Reynal & Hitchcock, 1948, S. 218.

[62]

Versailles proklamiert. Bismarck hatte sein großes Ziel, die Vereinigung der deutschen Stämme (außerhalb Österreichs) in sechs kurzen Jahren erreicht, wobei die drei Kriege, deren er dazu bedurfte, insgesamt weniger als zwölf Monate tatsächlicher Kämpfe ausmachten. Im Frankfurter Frieden von 1871 annektierte Bismarck die Grenzprovinzen Elsaß und Lothringen, die ursprünglich deutsch gewesen waren und deren Bewohner in ihrer Mehrheit deutscher Abstammung und deutscher Sprache waren.

Das also war der erste der drei Kriege, in denen Frankreich bösartig vom preußischen Würger überfallen und verheert wurde. Mir scheint, es genügt, noch einmal hervorzuheben, daß Frankreich und nicht Preußen den Krieg erklärte, und daß dieser Krieg beim gewöhnlichen Volk von Paris höchst populär war, das - ebenso wie die meisten französischen Generäle - einen glatten Vormarsch nach Berlin

erwartete[1]. Wenn Bismarck, wie Lord Vansittart sagt, die Schwäche des französischen Kaiserreiches abgeschätzt hatte, so haben die Franzosen es in bezeichnenderweise versäumt, die Stärke der preußischen Kriegsmaschine abzuschätzen. Als Folge dieser

Unterlassung hatten sie dafür zu bezahlen, daß sie nichts von ihrem Gegner wußten und sich einer übertriebenen Selbsteinschätzung hingegeben hatten. Daran aber kann man weder Bismarck noch Preußen die Schuld geben. Die Polen begingen 1 9 3 9 die gleichen Kardinalfehler hinsichtlich Hitler-Deutschlands Wehrmacht und ihrer eigenen Armee.

Zum zweiten deutschen Einmarsch in Frankreich kam es im Krieg 1914. Ehe wir aber diesen Krieg betrachten, erscheint

[1] In seinem Buch Hoiy Roman Empire (Heiliges Römisches Reich) spricht Lord Bryce die Meinung aus, daß die Franzosen als die Angreifer auftraten. (S. 473)

[63]

es nützlich, die Kriege aufzuzählen, die zwischen 1870 und 1914 stattfanden. Wenn man vom Entsatz der diplomatischen Missionen in Peking absieht, der eine internationale Angelegenheit war, ergibt sich folgende Liste: 1877 russischer Krieg gegen die Türkei; 1879 englischer Krieg gegen die Zulus und 1882 gegen Ägypten. 1885 kam es zum ersten Krieg zwischen England und den Buren des Transvaal. Das Jahr 1894 sah den Krieg zwischen China und Japan, 1898 den Krieg der Vereinigten Staaten gegen Spanien. 1899 brach der zweite Krieg in Südafrika aus, der als »Burenkrieg« bekannt ist und drei Jahre dauerte. 1904 gerieten Rußland und Japan aneinander. 1911 führte Italien Krieg mit der Türkei. 1912 griffen die Balkanländer Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland zunächst die Türkei an und fielen dann übereinander her, wobei sich Rumänien dem Kampf gegen Bulgarien anschloß.

Und was tat unser »Würger« in dieser kampferfüllten Periode? Seltsam genug: er lebte wieder in Frieden mit seinen Nachbarn. Von 1871 bis 1914, 43 Jahre lang, haben sich die Deutschen in keinen Krieg mit irgendeiner anderen Macht eingelassen, im Gegensatz zu England, Rußland, Italien, der Türkei, den Balkanstaaten, den Vereinigten Staaten und Spanien. Von den Hauptmächten hatten nur Deutschland, Österreich und Frankreich ein unbeschriebenes Blatt vorzuweisen. Das Kriegskerbholz von 1815 bis 1907, als Robert Vansittart den Würger-Vogel im Schwarzen Meer bei seinen Mordtaten beobachtete und »natürlich« an Deutschland dachte, weist folgende Einkerbungen auf: England 10, Rußland 7, Frankreich 5, Österreich 5, Preußen-Deutschland 5.

Untersuchen wir nun den Ursprung des ersten Weltkrieges, wobei wir im Gedächtnis behalten wollen, daß diese Untersuchung vorwiegend der Frage nach der deutschen Kriegsschuld und zwar im Vergleich zu derjenigen Frankreichs gilt.

Wie schon an anderer Stelle ausgeführt, hatte England gegen Ende des 19. Jahrhunderts Deutschland eine Art Bündnis-

[64]

angebot gemacht, das Berlin jedoch zurückwies, worauf England sich an Frankreich wandte. In den dieser Annäherung unmittelbar vorangegangenen Jahren waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern bis an den Gefahrenpunkt heran schlecht gewesen. Frankreich war in hohem Grade eifersüchtig auf Englands Vormachtstellung in Ägypten gewesen, und 1898 wäre es über dem Faschoda-Zwischenfall im Sudan fast zum Kriege gekommen. England andererseits hatte erbittert die ehrgeizigen französischen Absichten in Marokko beargwöhnt. Die Entente von 1904 machte diesen Rivalitäten ein Ende; die Konsequenzen daraus wollen wir kurz untersuchen.

Die politische Lage der europäischen Mächte im Jahre 1905, als Engländer und Franzosen sich zur Bereinigung ihrer Gegensätze entschlossen hatten, stellte sich wie folgt dar: Mitteleuropa war im Dreibund Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens vereint. Weder Deutschland noch Österreich-Ungarn hatten viel Zutrauen zu Italiens Bündnistreue, und sie glaubten an einen Abfall, falls er den Italienern vorteilhaft erscheine. Darin hatten sie recht.

Das andere Hauptbündnis war der Zweibund zwischen Frankreich und Rußland, die einen Offensiv-Defensiv-Vertrag mit dem Versprechen gegenseitiger Kriegshilfe eingegangen waren. Unter Krieg war dabei von beiden natürlich ein Krieg mit dem Dreibund gemeint. Die Franzosen hatten sich niemals mit dem Verlust Elsaß-Lothringens 1871 aussöhnen lassen. Obwohl diese Provinzen ursprünglich deutsch gewesen und von Frankreich durch Kriege oder diplomatische List erworben worden waren, blieben die Franzosen unerbittlich entschlossen, sie zurückzuholen und folglich unwandelbar feindselig gegenüber Deutschland. Das französisch-russische Bündnis war ein natürliches Sprungbrett, um an dieses Ziel zu gelangen. Die Russen schlössen das Bündnis aus Gründen ihrer eigenen Politik, wie gleich zu zeigen sein wird. England neigte nach 1904 der französisch-russischen Gruppe zu, ohne

[65]

sich ihr jedoch ausdrücklich anzuschließen. Immerhin kam der Ausdruck Triple Entente auf, der die diplomatisch-politische Gruppierung Rußlands, Frankreichs und Englands bezeichnen sollte.

Die gefährlichsten Ursachen einer europäischen Spannung in den zehn Jahren vom Abschluß der englisch-französischen Entente 1904 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges ergaben sich aus den expansionistischen Bestrebungen zweier Staaten: Frankreichs in Marokko, Serbiens auf dem Balkan.

Die englisch-französische Entente enthielt ein Geheimabkommen, demzufolge Frankreich England freie Hand zur Beherrschung Ägyptens ließ, während England sich dafür entsprechend in Marokko erkenntlich zeigte. Das wurde von den Entente-Mächten natürlich nicht offen zugegeben. Beide Mächte betonten vielmehr ihre Entschlossenheit, die marokkanische Unabhängigkeit zu erhalten, während ihre wahre Absicht genau auf das Gegenteil abzielte.

Die Franzosen zögerten nicht, aus dem mit den Engländern abgekarteten Spiel Vorteile für ihre marokkanischen Pläne zu ziehen, und begannen jene Maßnahmen vorzubereiten, die schließlich zur Errichtung eines französischen Protektorats über das Land des Sultans von Marokko führen sollten. Zu ihrem Pech klappte es aber mit der glatten Verwirklichung des Planes nicht recht, denn die Deutschen wurden bald argwöhnisch auf das, was sich da anbahnte. Sechs oder sieben Jahre zuvor, als England gegenüber Deutschland freundlicher eingestellt war als gegenüber Frankreich, hatte das einer französischen Ausdehnung in Marokko feindselig gegenüberstehende Foreign Office Deutschland aufgefordert, als Gegengewicht gegen etwaige französische Pläne verschiedene Häfen an der marokkanischen Atlantikküste zu besetzen, darunter Casablanca. Jetzt, im Jahre 1905, waren die Deutschen den von ihnen vermuteten französischen Absichten in diesem

[66]

Teile der Welt gegenüber nicht wohlwollender gesinnt, als es früher die Engländer gewesen waren. Weit entfernt davon. Sie sahen sehr verständlicherweise keinen Grund, warum die Franzosen sich in Marokko häuslich einrichten, sie selbst aber draußen vor der Tür bleiben sollten. In der drastischen Weise, in der Deutschland zu jener Zeit seinen Beschwerden Ausdruck zu geben pflegte, ging der Kaiser in Tanger an Land und hielt dort eine feurige Rede, die in den europäischen Staatskanzleien einen murrenden Widerhall auslöste.

Eine gefährliche Krise war die unmittelbare Folge. Die Presse in vier oder fünf Ländern spie Feuer und Rauch, und die Generalstäbler schauten besorgt drein. Die Deutschen wählten den vernünftigen Weg,

eine internationale Konferenz vorzuschlagen, aber die Franzosen sperrten sich lange dagegen. Das wiederum verschärfte den Ton der deutschen Sprache, und H.A. L. Fisher behauptet, daß der deutsche Generalstabschef die Zeit für gekommen erklärt habe, Frankreich zum Kriege zu zwingen[1]. Wenn das stimmt, so wurde sein Votum von einer höheren Autorität beiseitegeschoben, denn es kam ja nicht zum Kriege. Und die deutsche Forderung auf Einberufung einer internationalen Konferenz zur Erörterung eines internationalen Streitfalles kann doch wohl kaum als klarer Beweis kriegerischer Absichten angeführt werden. Auch gab es kriegerisches Gerede nicht nur in Deutschland. Delcasse, damals französischer Außenminister, war für einen Krieg, und in England drängte der Erste Seelord darauf, der deutschen Flotte durch einen Überraschungsangriff ohne vorherige Kriegserklärung ein neues »Kopenhagen« - wie 1801 der dänischen - zu bereiten.

Schließlich gaben die Franzosen nach. Die Konferenz wurde einberufen, und die Deutschen mußten zu ihrem Mißvergnügen feststellen, daß sie sich in einer offenkundig parteiisch zusammengesetzten Versammlung befanden. Tatsächlich bestan-

* H.A.L. Fisher, History of Europe, Band III, S. 1082.

[67]

den sowohl zwischen England und Frankreich wie auch zwischen Spanien und Frankreich Geheimabkommen, die Frankreich den Löwenanteil in Marokko zusicherten. Die gleiche Abrede hatte Italien, Mitglied des Dreibundes, mit Frankreich getroffen. Rußland war Frankreichs erklärter Bundesgenosse, und die Vereinigten Staaten, die wahrscheinlich über die erwähnten Geheimabkommen nicht vollständig unterrichtet waren, fühlten sich durch ihre weit zurückreichenden Freundschaftsbande mit Frankreich veranlaßt, den französischen Standpunkt in allen Fragen zu unterstützen, bei denen es, wie hier, nicht um amerikanische Interessen ging. Die auf der Konferenz vertretenen kleineren Nationen hielten sich zur Mehrheit der Großmächte und ergriffen mithin auch Frankreichs Partei. Deutschland wurde also in die Minderheit gedrängt und erlitt eine böse diplomatische Niederlage. Nur Österreich und Marokko stimmten mit Deutschland, wobei es aber nicht unwichtig ist, daß gerade Marokko - schließlich doch das am meisten betroffene Land für die deutschen Vorschläge eintrat.

Trotz des diplomatischen Erfolges wurden die Franzosen in der Verfolgung ihres letzten Zieles aufgehalten. Es mußten erst noch weitere fünf Jahre vergehen, ehe sie sich im Stand fühlten, den letzten Akt der militärischen Besetzung der marokkanischen Hauptstadt und

der Übernahme der Herrschaft über das ganze Land (mit Ausnahme der kleinen spanischen Zone) zu vollziehen. Natürlich fanden die Franzosen passende Ausreden für ihre Expedition nach Fez 1911. Deutschland nahm sie ihnen freilich nicht als authentisch und glaubhaft ab; die Deutschen betrachteten die Expedition vielmehr als vorsätzlichen Bruch der von Frankreich auf der Konferenz von 1906 eingegangenen Verpflichtungen, - und zweifellos war sie das auch. Noch einmal wählten die Deutschen eine aufsehenerregende Methode, um ihre Mißbilligung kundzutun : sie schickten das Kanonenboot Panther nach dem marokkanischen Hafen Agadir.

[68]

Nun, dies war auch die altehrwürdige Methode Englands, seine Rechte geltend zu machen. Als sie aber von den Deutschen angewandt wurde, erregte sie einen Sturm. Wiederum war man nahe am Kriege, und dies war die Gelegenheit, bei der Lloyd George die im ersten Kapitel erwähnte herausfordernde Rede hielt. Er erklärte, Englands Lebensinteressen seien durch das Erscheinen eines deutschen Kanonenbootes an der marokkanischen Atlantikküste bedroht. Offensichtlich hatte er vergessen, daß England nur wenige Jahre zuvor Deutschland tatsächlich und ausdrücklich eingeladen hatte, seine, Englands, Lebensinteressen auf diese Weise zu »bedrohen«.

Ebenso irrte Lloyd George sich aber auch hinsichtlich der deutschen Absichten. Es ist heute unbestritten, daß Deutschland nicht an die Besitzergreifung eines marokkanischen Hafens gedacht hat, womit alle Kombinationen über eine Bedrohung der maritimen Stellung Englands entfallen[1]. Deutschland wollte sich damit abfinden, daß Frankreich sich über Marokko ausbreitete; es wollte in diesem Falle aber von Frankreich an anderer Stelle entschädigt werden. Deutschland hatte sich erst spät an dem Wettlauf in und um Afrika beteiligt, aber es sah keinen Grund, warum es nicht auch seinen Anteil bekommen sollte, wobei der Autor wenigstens ihm seine Sympathie nicht versagen kann. Hatte England nicht Ägypten 1904 für Marokko eingehandelt? Deutschland war jetzt, 1911, bereit, Marokko gegen ein Stück des Kongogebietes auszuhandeln, und die Entsendung des Kanonenbootes nach Agadir stellte nur die deutsche Art und Weise einer Ankündigung dar, daß Deutschland bei der Teilung Afrikas nicht übergangen werden könne. Wozu wiederum an-

1 In Wirklichkeit würde ja ein deutscher Hafen an der marokkanischen Atlantikküste zwangsläufig sofort nach Ausbruch eines Krieges in englische oder französische Hand gefallen sein, was Lloyd George offenkundig übersehen hatte. Churchill beging 1940 den gleichen Fehler hinsichtlich Dakars.

[69]

zumerken ist, daß dies alles in allem keine unvernünftige Haltung war.

Schließlich wurde auch die Agadir-Krise durch direkte Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland auf der Grundlage »Kongo für Marokko« beigelegt. Es liegt kein Beweis vor, daß Deutschland es über diese Frage zum Kriege kommen lassen wollte; der russische Botschafter in Berlin berichtete damals, der Kaiser sei entschlossen, es nicht zum Kriege kommen zu lassen. Wenn von einer provozierenden und gefährlichen Haltung gesprochen werden konnte, so trifft dies zweifellos auf das Verhalten Englands zu, insbesondere im Falle der Rede Lloyd Georges und der wiederholten Versicherungen Sir Edward Greys gegenüber Frankreich, daß England es »bis zum Ende« decken würde.

Wir können uns jetzt dem zweiten Krisenpunkt am anderen Ende Europas zuwenden - dem Balkan. Der Störenfried hier war Serbien, das von Rußland aufgestachelt wurde. Die Balkanvölker waren verschiedenen Ursprungs, aber Serben und Bulgaren waren als Slawen den Russen verwandt. Nach Zahl und Kraft ragten die Serben hervor, die ein weites Gebiet nördlich Griechenlands und parallel zur Adriaküste bis fast hinauf nach Venetien bewohnten. Dieses Gebiet war einst zwischen dem weströmischen Reich mit der Hauptstadt Rom und dem oströmischen mit der Hauptstadt Byzanz geteilt worden. Die ottomanischen Türken hatten 1453 das Ostreich und Konstantinopel erobert, sie hatten sich nordwestlich nach Europa ausgedehnt, bis ihnen 1685 vor den Toren Wiens Halt geboten wurde. Damit war der Höhepunkt ihrer Macht überschritten, und während der nächsten 250 Jahre wurden sie zurückgedrängt, wobei Teile des verlorenen Gebietes an Österreich fielen. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts aber war noch ein großer Teil des Balkans, darunter Thrazien, Mazedonien, Bosnien und die Herzegowina, Albanien und ein Teil Bulgariens nominell türkisch. Von diesen Gebieten war -

[70]

Bulgarien praktisch unabhängig und Bosnien-Herzegowina wurde seit 1878 von Österreich-Ungarn verwaltet. In Thrazien und Mazedonien aber, die noch unter türkischer Hoheit standen, herrschten trostlose Mißstände; Korruption, Gesetzlosigkeit und häufige Massaker bildeten den ständig wiederkehrenden skandalösen Inhalt der Balkanchronik. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die christlichen Balkanstaaten sich zusammenschließen würden, um ihre Glaubensgenossen von türkischer Brutalität und Mißwirtschaft zu befreien.

Die Serben, die ihre Unabhängigkeit vom Sultan endgültig auf dem Berliner Kongreß 1878 erlangt hatten, richteten ihr Augenmerk aber

nicht nur auf die Vertreibung der Türken aus Europa, sondern auch auf Österreich. Nach ihrer Meinung mochte das Habsburger Reich gern zum nächsten »kranken Mann Europas« werden, wenn erst einmal das Ottomanische Reich verschieden war oder den Gnadenstoß erhalten hatte. Österreich-Ungarn war, wie in Kapitel III erwähnt, ein buntes Gemisch der verschiedensten Völker und Volkssplitter. Die Deutschen bildeten das stärkste Element, aber (1910) nur knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung, während fast die Hälfte aus Slawen (Tschechen, Slowaken, Polen, Ukrainern, Slowenen, Kroaten, Serben u.a.m.) bestand. Der Rest setzte sich aus Magyaren (Ungarn), Rumänen, Italienern und anderen zusammen. Für unsere Betrachtung ist wichtig, daß im Süden und Südosten, zwischen Triest, Ragusa und Serajewo, also angrenzend an Serbien (und Montenegro), vorwiegend Slowenen, Kroaten und Serben lebten, die von den Serben als Brüder oder Stamme s verwandte betrachtet wurden. Die serbischen Ultranationalisten in Belgrad hatten langfristige Pläne, auch die anderen Südslawen an der Adria und ihrem Hinterland in ein Großserbien »heimzuholen«.

Rußland, die große »slawische Mutter«, billigte natürlich diese serbischen Aspirationen, um so mehr als sie ja eine serbische Bundesgenossenschaft gegen Rußlands Nachbar und

[71]

traditionellen Feind, Österreich, als gegeben voraussetzten. Die Beziehungen zwischen St. Petersburg und Belgrad wurden so eng wie möglich gestaltet, und Rußland spornte die serbische Regierung in ihren Ausdehnungsbestrebungen nach Kräften an. Mit einer Zerstückelung Österreichs durch die Hand eines von Rußland gestützten Serbien mochte auch noch ein besonderes russisches Anliegen verwirklicht werden: die langerstrebte russische Beherrschung des Bosporus und der Dardanellen.

Rußland und Serbien brauchten aber beide Zeit, um einen Feldzug gegen Österreich unternehmen zu können. Rußland hatte im Krieg gegen die Japaner 1904/05 schwer gelitten und bedurfte einiger Jahre der Erholung, ehe es an einen größeren Krieg in Europa zur Unterstützung Serbiens denken konnte. Die Serben ihrerseits mußten erst einmal die Gefahr eines Eingreifens der türkischen Armee beseitigen, bevor sie sich an Österreich heranwagen konnten, denn diese Armee war, wie die Erfahrung gelehrt hatte, von nicht zu verachtender Stärke.

Wien war durch seinen Nachrichtendienst über die feindseligen und aggressiven Absichten Serbiens und über die russische Mitwirkung genau unterrichtet. Die Österreicher standen dabei vor einem sehr unangenehmen Problem. Österreich-Ungarn würde in den kommenden

Jahren nicht stärker werden, wohl aber Rußland und Serbien. Wartete Österreich, bis es angegriffen wurde, so spielte es selbst dem Feind in die Hand, der dann in dem für ihn günstigsten Moment zuschlagen konnte. Die Alternative war, bevor Rußland vollkommen kriegsbereit war, ein Präventivkrieg gegen Serbien, um Serbien einen Schlag zu versetzen, von dem es sich nicht so rasch erholen würde. Mit einem solchen Vorgehen war aber zweifellos die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges verbunden. In jedem Falle bedurfte es dazu der Mitwirkung Deutschlands, die möglicherweise nicht zu haben sein würde. Es gab in Wien starke Fürsprecher eines Präventivkrieges

[72]

gegen Serbien, aber ihr Einfluß setzte sich nicht durch, bevor nicht die Serben den ersten Schritt getan hatten. 1912 schlug der Balkanbund - Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland - gegen die Türkei los. Die Türken wurden rasch besiegt und bis vor die Tore von Konstantinopel zurückgetrieben; aber der Friedensvertrag beließ ihnen einen schmalen Gebiets streifen als Glacis der Stadt.

Damit war die türkische Armee ausgeschaltet. Aus dem zweiten Teil des Balkankrieges, der unter den Siegern im Streit über die Beute ausbrach, ging Serbien ebenfalls als Sieger hervor. Obwohl es Zeit brauchte, um nach diesen Anstrengungen wieder Kräfte zu sammeln, so war jetzt alles für den nächsten Schritt Serbiens vorbereitet, der nun gegen Österreich unternommen werden konnte.

[73]

5. Kapitel

WER HAT DEN ERSTEN WELTKRIEG ANGEFANGEN?

Am 28. Juni 1914, ein Jahr nach Abschluß der Balkankriege, wurde Erzherzog Franz Ferdinand, der Thronerbe des betagten Kaisers Franz Joseph, mit seiner Gemahlin während eines Besuches in Serajewo in Bosnien ermordet. Diese slawische Provinz, die Serbien für sich beanspruchte, war früher von den Türken beherrscht, 1877 aber mit Zustimmung Rußlands von Österreich okkupiert worden. Auf dem Berliner Kongreß 1878 wurde Österreich auch das Recht zugestanden, Bosnien-Herzegowina zu annektieren, wann immer es dies zu tun wünsche. Von diesem Recht machte Österreich im Zusammenhang mit der jungtürkischen Revolution in Konstantinopel im Jahre 1908 Gebrauch. Das erregte in Serbien einen Sturm der Empörung, und der Ruf nach einem Krieg gegen Österreich wurde laut. Erzherzog Franz Ferdinand war, wie man hinzufügen muß, bekannt für seine liberale und versöhnliche Einstellung, und es wurde allgemein erwartet, daß er nach der Thronbesteigung, die bei dem hohen Alter seines Onkels sehr bald erfolgen mußte, alles tun würde, um die slawischen Teile seines Reiches mit der österreichischen Herrschaft zu versöhnen. Seine Ermordung, bei der, wie die Österreicher damals annahmen und was heute auch die Meinung der Historiker ist,

[74]

die serbische Regierung ihre Hand im Spiel hatte, wenn Belgrad den Mord nicht sogar organisierte, bedeutete für die österreichische Regierung den Höhepunkt der serbischen Herausforderung. Die österreichischen Staatsmänner wußten, daß die Serben seit Jahren Komplotte zur Aufspaltung des österreichischen Reiches schmiedeten und daß sie dabei von Rußland unterstützt und aufgehetzt wurden. Mit Recht oder Unrecht kam die österreichische Regierung zu dem Schluß,

daß die Ermordung des Großherzogs den entscheidenden Punkt in der österreichisch-serbischen Frage darstellte: wenn Österreich-Ungarn nicht untätig zusehen wollte, wie es nach und nach aufgeteilt wurde, war jetzt der Moment gekommen, der serbischen Aggression Einhalt zu gebieten. Wenn die bedrohlichen serbischen Absichten vereitelt werden sollten, so mußte jetzt den Serben eine scharfe Lektion erteilt werden.

Kann man Österreich ernstlich aus dieser Haltung einen Vorwurf machen? Ganz gewiß nicht. Wien konnte bessere historische Ansprüche auf Bosnien geltend machen als Serbien, da dieses Gebiet lange vor dem Eindringen der Türken entweder zu Westrom oder zum Königreich Ungarn gehört hatte, das jetzt unter einem Kaiser mit Österreich vereint war. Aus dieser geschichtlichen Entwicklung ergab sich auch, daß die Bosniaken römisch-katholisch waren, soweit sie nicht zum Islam übergetreten waren, während die Serben zur griechisch-orthodoxen Kirche gehören.

Wien wartete etwa einen Monat und sandte am 25. Juli 1914 eine scharfe Note nach Belgrad. Darin wurden verschiedene drastische Maßnahmen verlangt, die der antiösterreichischen Agitation und feindseligen Betätigung ein Ende machen sollten.

Was würde England getan haben? Als London 1920 vor einer ähnlichen Lage in Irland stand, handelte es in ganz der gleichen Weise wie Österreich 1914, indem die stärksten Zwangsmittel gegen die irisch-republikanische Armee ange-

[75]

wandt wurden, die offen versuchte, Irland von englischer Herrschaft zu befreien. Langwierige und rücksichtslose Operationen wurden gegen die irischen Guerilla-Kräfte durchgeführt, wobei von beiden Seiten schreckliche Grausamkeiten begangen wurden, auf englischer Seite hauptsächlich durch die Sondereinheit der »Black and Tans«[1], die sich aus Verbrechertypen zusammensetzte. Mitten während des Feldzuges erklärte Lloyd George als Premierminister öffentlich, daß es »mit Mördern kein Händeschütteln geben werde«. Am Ende schüttelte er ihnen aber doch die Hand, teils, weil der irische Gegner so zäh war, teils weil die Amerikaner auf der anderen Seite des Atlantik den englischen Löwen in den Schwanz zwickten. Wäre aber der Prinz von Wales von irischen Verschwörern während eines Besuches in Dublin ermordet worden, so würde ohne jeden Zweifel der englisch-irische Kampf noch erbitterter gewesen sein und noch länger gedauert haben.

Besonders gefährlich war das österreichische Vorgehen natürlich deshalb, weil es ganz Europa in einen Krieg verwickeln konnte. Man wußte, daß Rußland Serbien deckte; eine Strafaktion gegen Serbien

konnte also die Russen auf den Plan rufen. Rußlands Kriegseintritt mußte Deutschland und vielleicht Italien an die Seite Österreichs bringen, was dann wieder Frankreich zur Unterstützung Rußlands aufrufen würde und vielleicht auch England. Hätte Österreich also nichts gegen die Mörder seines Thronerben unternehmen, nichts tun sollen, um der fortgesetzten und offen zugegebenen Unterminierung der Grundlagen des Reiches durch die Serben Einhalt zu gebieten ? Wer das von einem Staate verlangt, der sich fraglos aggressiven Absichten eines Nachbarn gegenübersieht, verweigert ihm das Recht der Selbstverteidigung.

Die Frage, ob ein österreichisches Vorgehen gegen Serbien zu einem allgemeinen Kriege führen würde, hing von Ruß-

[1] Wörtlich: Schwarz mit hellbraunen Flecken; Name der gegen Irland eingesetzten Truppe, abgeleitet von der Uniform. Der Übersetzer.

[76]

lands Verhalten ab. Der Friede war zu retten, wenn Rußland die Serben nicht unterstützte. Deutschland und ebenso England wünschten bekanntlich keinen Krieg. Es ist wahr, daß Deutschland, jedenfalls im Anfangsstadium der Krise, Österreich nicht an einer drastischen Aktion gegen die Serben zu hindern suchte. Aber Berlin konnte auch kaum anders handeln; Deutschlands ganze Strategie und Politik stützte sich auf den Dreibund mit Österreich und Italien. Das Vertrauen in die Bündnistreue Italiens war mit Recht nicht groß. Es blieb also Österreich als Deutschlands wahrscheinlich einzige Stütze. Wenn die Serben ungehindert ihre Intrigen und Pläne zur Zerstörung des Habsburger Reiches fortsetzen konnten, so mochten sie sehr wohl eines Tages dabei Erfolg haben, und Deutschland hätte sich dann einer feindseligen Gruppierung Frankreichs, Rußlands und wahrscheinlich Englands gegenübergesehen. Es war für Deutschland eine Lebensfrage, daß Österreich-Ungarn intakt blieb und daß deshalb die serbische Verschwörung in Schranken gehalten wurde.

Engländer der Generation von 1914 werden sich der damals sehr volkstümlichen Meinung erinnern, daß Deutschland als militärischer Koloß Europas andere Nationen durch die Bedrohung mit seiner riesigen Armee terrorisiere. Eine leidenschaftslose Prüfung der strategischen Tatsachen wird indessen ergeben, daß die Sache sich für deutsche Augen ganz anders ausnahm. Die Vorkriegsschätzungen der Kriegsstärke der verschiedenen Armeen setzten das französisch-russische *Übergewicht* gegenüber den Mittelmächten (ohne Italien) auf 700 000 bis 1,2 Millionen Mann an, und zweifellos fehlte es unter den Deutschen, trotz ihrer scheinbaren Selbstsicherheit und prahlerischen Zuversicht, nicht an Furcht vor Rußlands

Millionenheeren. Angesichts des jämmerlichen russischen Zusammenbruchs im Kriege mag das nachträglich schwer zu glauben sein, aber wie man weiß, sehen vorausliegende Gefahren immer besonders schrecklich aus. Die Engländer, die

[77]

doch eindeutig die führende Seemacht waren, ließen sich aus Sorge vor der *unterlegenen* deutschen Flotte in Unruhe und in die Arme Frankreichs und Rußlands, der beiden traditionellen Feinde der englischen Geschichte, treiben. Kein Engländer hat also das Recht, es in Zweifel zu ziehen, daß Deutschland ernste Sorge über die Bedrohung seitens der überlegenen russischen Armee empfinden konnte[1]. Man braucht den Leser gewiß auch nicht erst davon zu überzeugen, daß die westliche Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten auf der anderen Seite des Atlantik, sich während der letzten fünf oder acht Jahre von akuter Sorge über die, den Berichten zufolge, ungeheure Größe der heutigen russischen Kriegsmaschine beherrschen läßt.

Wenn Deutschland 1914 guten Grund hatte, in der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand eine Bedrohung nicht nur Österreichs, sondern der eigenen Existenz zu sehen, so hat Rußland - und das ist mehr als eine bloße Vermutung - darin eine willkommene Gelegenheit erblickt. Rußland mußte der Mord als der Funke erscheinen, den man zur Flamme jenes allgemeinen europäischen Krieges anfachen konnte, den -wofür heute gewichtige Gründe sprechen — sowohl Rußland wie Frankreich schon früher zu provozieren entschlossen waren: St. Petersburg, um die Meerengen zu erlangen, Paris, um Elsaß-Lothringen wieder zu bekommen. Oder nicht so sehr Rußland und Frankreich, sondern Sassonow und Poincare mit ihrer beiderseitigen kriegstreiberischen Gefolgschaft, denn der Krieg, schreibt Sir Patrick Hastings, »ist das Werk von Einzelnen, nicht von Nationen«[a].

Damit dürften die verschiedenen Interessen Österreichs und Deutschlands auf der einen und Rußlands auf der anderen Seite im Zusammenhang mit der Serajewoer Krise hinreichend

[1] 1914 war auch die Friedensstärke sowohl der russischen wie der französischen Armee größer als die der deutschen Armee.

[2] Autobiography, S. 52.

[78]

klar sein. Österreich hielt die serbischen Machenschaften und Bestrebungen für eine tödliche Bedrohung der Fortexistenz des

Habsburger Reiches -was sie zweifellos auch waren - und war sich im Klaren darüber, daß es entweder Serbien die Möglichkeit zu weiteren antiösterreichischen Umtrieben nehmen mußte oder den, wahrscheinlich baldigen, Untergang des Reiches erleben würde. Wenn aber irgendwann etwas unternommen werden mußte, so bot die Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch, wie zugegeben wurde, serbische Terroristen den denkbar günstigsten Anlaß zur Begründung einer solchen Aktion. Die Österreicher waren also entschlossen, es darauf ankommen zu lassen. Ein energisches und sofortiges Vorgehen konnte zum Erfolge führen. Wenn aber nicht, wenn es Europa in einen Krieg stürzte, und wenn dieser Krieg zur Katastrophe für Österreich werden sollte, — nun, so mochte das Kaiserreich Österreich-Ungarn ebenso gut kämpfend untergehen, wenn es schon zum Untergang bestimmt war. Eine solche Argumentation mag das österreichische Vorgehen 1914 rechtfertigen oder nicht, auf jeden Fall ist sie aber verständlich.

Deutschlands Interesse lag in einer Lokalisierung des österreichisch-serbischen Streites, so daß die Österreicher mit den Serben verfuhren, wie diese es verdienten[1], ohne daß andere Mächte in die Sache verwickelt wurden. Rußland andererseits war an einer Unterstützung Serbiens interessiert und war auch entschlossen, den Mord von Serajewo als Zünder eines allgemeinen Krieges zu benützen, wie sein Verhalten während der Krise klar anzeigt.

Englische Historiker stellen mit Vorliebe die serbische Antwort auf die österreichische Note als außerordentlich versöhnlich

[1] Als eines der Mittel dazu wurde von österreichischer Seite daran gedacht, Stücke serbischen Gebietes unter Bulgaren, Griechen und

Rumänen aufzuteilen, ein Plan, dessen Verwirklichung vielleicht erfolgt wäre, vielleicht auch nicht.

[79]

hin, da doch sämtliche österreichischen Forderungen, bis auf zwei, angenommen worden seien. Ich bin nicht dieser Auffassung, denn gerade die beiden abgelehnten Forderungen waren die Schlüsselforderungen, von deren Erfüllung eine wirksame Erfüllung der übrigen abhing. Der ganze Rest konnte, auch wenn die Serben formal zustimmten, leicht umgangen oder zur Farce gemacht werden. Die serbische Note, die ohne Frage auf Grund französischer, wahrscheinlich auch russischer Ratschläge entworfen wurde, konnte mithin als eine sehr geschickte Antwort betrachtet werden, die, ohne echte Zugeständnisse zu machen, die Last der Kriegsschuld auf die Österreicher abschieben sollte[1]. Aber die Österreicher waren

entschlossen, die Beziehungen abzubrechen, falls ihre Forderungen nicht voll und ganz erfüllt würden.

Die serbische Antwort wurde dem österreichischen Geschäftsträger in Belgrad am 2 5. Juli 6 Uhr nachmittags übergeben. Bereits vorher hatten die Russen aber Maßnahmen zur Einleitung der Mobilmachung beschlossen, die am nächsten Tag ins Werk gesetzt wurden. Am 28. Juli n Uhr erklärte Österreich Serbien den Krieg. Unverzüglich erging von St. Petersburg der Befehl für den nächsten Schritt in der Mobilmachung. Deutschland hatte bis dahin nicht die geringsten Mobilmachungsmaßnahmen ergriffen und tat es auch nicht am 28. Juli. Im Gegenteil. Der Kaiser ließ dem Generalstab mitteilen, daß ein Krieg unwahrscheinlich sei. Außerdem wurde der deutsche Botschafter in Wien telegrafisch angewiesen, der österreichischen Regierung dringend Mäßigung nahezulegen.

Am 29. Juli schickte der deutsche Generalstab, der vom Beginn der russischen Teilmobilmachung Kenntnis hatte, dem Kaiser ein Memorandum, das angesichts der militärischen Vorbereitungen Rußlands auf die Gefahr hinwies, die Deutschland aus eigener Untätigkeit erwachsen mußte. Aber weder an diesem Tage und noch nicht einmal am nächsten, wurde in

[1] Der Text der österreichischen Note ist im Anhang wiedergegeben.

[80]

Deutschland die Mobilmachung angeordnet. Dies beweist nach Meinung von Lowes Dickinson, daß Deutschland in diesem Zeitabschnitt »aufrichtig bemüht war, den Krieg zu vermeiden. Was diese Bemühungen zum Scheitern brachte, war der Lauf der Ereignisse in Rußland«[1].

Denn am Abend des 29. Juli wurde der Beschluß zur totalen Mobilmachung der russischen Armee gefaßt, der allerdings im letzten Moment durch einen Gegenbefehl widerrufen wurde, den der Zar aus eigener Initiative erließ, nachdem er ein auf Zurückhaltung drängendes Telegramm des Kaisers erhalten hatte. In diesem Zeitpunkt waren die russischen militärischen Maßnahmen in Paris und London bekannt, und Sir Edward Grey hatte den deutschen Botschafter gewarnt, daß England im Falle eines allgemeinen Krieges voraussichtlich an der Seite Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland und Österreich in den Kampf eingreifen werde[2]. Deutschland übte daraufhin einen starken Druck auf Österreich aus, eine Vermittlung anzunehmen und so entgegenkommend wie möglich zu sein.

Am frühen Morgen des 30. Juli begann der russische Außenminister gemeinsam mit dem russischen Generalstab den Zaren zu bedrängen,

sein Veto gegen die totale Mobilmachung wieder umzustoßen. Bis zum Nachmittag 4 Uhr blieb der Zar standhaft. Dann gab er nach und die Telegramme gingen hinaus. Der damit beauftragte General »verschwand« auf Grund vorheriger Abmachungen, um jede Möglichkeit eines etwaigen neuen Gegenbefehls zu verringern oder auszuschalten. Zur gleichen Zeit wurden dringende Appelle nach zwei verschiedenen Seiten ausgesandt. Sir Edward Grey bat von London aus die deutsche Regierung dringend, jeden nur möglichen

[1] G. Lowes Dickinson, International Anarcby, 1904-1914, S. 447.

[2] Dickinson, a.a.O., S. 453. - Kurz danach sollte Grey dem Unterhaus erzählen, daß England nicht festgelegt, sondern frei sei, in den Krieg nach seiner Wahl einzutreten oder nicht...

[8l]

mäßigenden Einfluß in Wien geltend zu machen; es gibt eine Fülle von Beweisen, daß dies auch geschehen ist. Umgekehrt wurde Sir Edward wiederholt von den Deutschen ersucht, eine ähnliche Aktion in St. Petersburg 2u unternehmen und zwar besonders in bezug auf die russische Mobilmachung. Das Beweismaterial dafür, daß er dies auch tat, ist leider nicht so groß, wie ein Engländer es wohl wünschen möchte.

Am 31. Juli konnten die Deutschen, die zwei volle Tage lang selbst Vorsichtsmaßnahmen gegenüber der russischen Mobilmachung unterlassen hatten, sich ein längeres Abwarten nicht mehr leisten. Die Nachricht von der am 30. Juli 6 Uhr früh befohlenen russischen Totalmobilmachung traf in Berlin erst am 31. Juli 11.30 Uhr ein. Um 13.45 Uhr gingen die entsprechenden Befehle für Deutschland hinaus.

Zwei Stunden später sandte Deutschland ein Ultimatum an Rußland, das die Einstellung der Mobilmachung verlangte. Dieses Ultimatum könnte scheinbar die Verantwortung für den tatsächlichen Ausbruch des Weltkrieges auf Deutschlands Schultern legen, Fairness gebietet aber, dagegen anzuführen, daß eine totale Mobilmachung zweier einander so feindseliger Staaten, wie es Rußland und Deutschland damals waren, nach übereinstimmender Auffassung sämtlicher Generalstäbe den unvermeidlichen Krieg zwischen ihnen bedeutete. Wenn der Krieg aber kommen mußte, dann war es natürlich für jedes betroffene Land von lebenswichtiger Bedeutung, jeden nur möglichen Vorteil für den Erfolg der eigenen Waffen zu gewinnen. Einer der Hauptvorteile Deutschlands gegenüber Rußland war ein leistungsfähigeres und schnelleres Mobilmachungssystem, und, um es voll zum Tragen zu bringen, mußte Deutschland zum Schlag gegen den Feind ausholen, sobald die eigene Mobilmachung beendet war.

Das gilt besonders gegenüber einem zahlenmäßig überlegenen Gegner wie Rußland, der, wenn man ihm Zeit zur Durchführung seiner Mobil-

[82]

machung ließ, bevor er angegriffen wurde, seine größere Zahl zum Einsatz und zur höchsten Wirkung bringen konnte. Tatsächlich sah der deutsche Plan für einen französisch-russischen Krieg allerdings vor, zuerst die Franzosen kampfunfähig zu machen und sich erst danach gegen die Russen zu wenden. Der Zeitfaktor blieb aber deswegen von der gleichen dringenden Bedeutung. Daher also die Notwendigkeit eines deutschen Ultimatums. Wenn nichts unternommen wurde, so war anzunehmen, daß die Russen die Kriegserklärung hinausschieben würden, bis alle ihre weit verteilten Divisionen an der deutschen Grenze versammelt waren; der deutsche Vorteil schnellerer Mobilmachung wäre damit zunichte gemacht worden. Es war für die Deutschen lebenswichtig, einer solchen Entwicklung vorzubeugen.

Es ist also, glaube ich, durchaus klar, daß der Schritt zu einem allgemeinen europäischen Kriegsbrand durch Rußland bestimmt wurde. Hätte Rußland nicht mobilisiert, so kann als ziemlich sicher angenommen werden, daß auch Deutschland nicht mobilisiert haben würde, und solange beide Mächte nicht diesen letzten und schicksalsvollen Schritt getan hatten, bestand noch immer eine Chance, den österreichisch-serbischen Krieg zu lokalisieren. Den Russen war die Initiative in der Mobilmachung aber nicht durch zwingende Notwendigkeit

auferlegt. Rußlands Sicherheit war durch einen österreich-serbischen Konflikt in keiner Weise bedroht. Die österreichische Regierung hatte der russischen sogar die Versicherung abgegeben, daß etwaige gegen Serbien zu ergreifende Strafmaßnahmen nicht den Erwerb serbischen Gebietes für Österreich einschlössen, und obwohl die Russen vielleicht mit einem gewissen Recht diesen Zusicherungen keinen Glauben schenken mochten, so wissen wir, daß die österreichischen Minister nicht noch mehr aufrührerische Serben in ihrem Reich haben wollten. Auf jeden Fall konnte das österreichisch-serbische Verhältnis sich offenbar noch ein gutes Stück weiter [83]

entwickeln, ehe es für Rußland bedrohlich wurde. Aber Rußland wollte nicht warten, und es besteht kein Zweifel, daß seine überstürzte Mobilmachung durch ehrgeizige Absichten und nicht durch Furcht bestimmt wurde - und durch die geheime Zusicherung französischer Unterstützung[1].

Damit kommen wir wieder zurück zur Frage »Frankreich und der Würger«. Dies war doch nach der Legende die zweite Gelegenheit, bei

der das unschuldige Frankreich mutwillig von einem räuberischen Deutschland überfallen wurde. Gleichzeitig mit ihrem Ultimatum an Rußland schickten die Deutschen auch ein Ultimatum nach Paris - in voller Kenntnis des französisch-russischen Bündnisses und im Bewußtsein der Tatsache, daß Feindseligkeiten mit Rußland auch Feindseligkeiten mit Frankreich nach sich ziehen würden. Da sich dies zwangsläufig aus der entstandenen Lage ergab, sollte man meinen, die Franzosen würden, wenn ihnen an einer Vermeidung des Krieges gelegen war, auf ihre russischen Verbündeten einen Druck ausgeübt haben, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Aber die Franzosen haben nicht nur keine beschwichtigende Aktion dieser Art in St. Petersburg unternommen; sie haben vielmehr, wenn auch im Geheimen, die Russen zu den äußersten Maßnahmen ermutigt.

Warum aber arbeiteten die Franzosen in dieser Weise für den Krieg? Aus zwei Gründen. Als Poincare 1912 Präsident der Dritten Republik wurde, gab er den Russen unzweideutige Zusicherungen, daß sie unter allen Umständen auf französische militärische Unterstützung zählen könnten, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder angreife. Diese umfassenden Zusicherungen des Präsidenten entsprangen zweifellos seiner festen Absicht, einen allgemeinen Krieg als einziges Mittel zur Wiedererlangung Elsaß-Lothringens herbeizu-

[1] Gooch and Temperley,))Brifish Documents on tbe Origin of tbe War«, Nr.125.

[2] Lowes Dickinson, a.a.O., S. 329-334.

[84]

führen, sowie der beim französischen Generalstab vorherrschenden Meinung, daß Frankreich und Rußland Deutschland und Österreich schlagen würden!. Die Geschichte von 1870 wiederholte sich. Wiederum war die französische Armee »fertig bis zum letzten Gamaschenknopf«, wiederum waren die französischen Generäle in höchstem Maße siegesgewiß.

Aber, oh Unglück, sie hatten zum zweiten Male falsch gerechnet und zum zweiten Male kann dieser Fehler nicht den Deutschen angekreidet werden. Die französische Strategie beruhte auf der Theorie der »bedingungslosen Offensive«, deren magische Eigenschaften die französische Armee rasch nach Berlin führen würden. Aber die Eigenschaften dieser Theorie erwiesen sich eher als selbstmörderisch denn als magisch und führten zu fürchterlichen Verlusten der französischen Truppen. In ein paar Tagen lag der französische Plan in Trümmern und die französische Armee befand sich nicht auf dem Vormarsch nach Berlin, sondern in vollem Rückzug auf Paris. Die Franzosen hatten auch den militärischen Wert ihrer russischen

Verbündeten überschätzt, der, wie sich herausstellte, weit hinter den Erwartungen zurückblieb.

Wenn irgend jemand ein Vorwurf für die deutsche Invasion Frankreichs 1914 trifft, so sind es die Franzosen selbst. Hätte ihr Präsident das ganze Gewicht seines Einflusses geltend gemacht, um den Russen von hastigen Kriegsvorbereitungen abzuraten, statt sie anzutreiben, so würde es sehr wahrscheinlich kein Armageddon[2] gegeben haben. Aber Poincare und die Kriegspartei lechzten nach Rache für das Debakel von 1870; sie waren entschlossen, die verlorenen Provinzen Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen und hatten sich wiederum durch

[1] Siehe u. a. den Bericht von Botschafter Benckendorff an Außenminister Sassanow vom 25.11. 1913.

[2] Biblischer Ausdruck für den letzten großen Kampf zwischen Gut und Böse.

[85]

den Glauben betören lassen, sie seien die Erben der siegreichen Grande Armee des großen Napoleon. Sie wollten den Krieg.

Was aber die Behauptung angeht, die Deutschen hätten den Krieg von 1914 begonnen, so ist sie nach der auf das verfügbare Beweismaterial gestützten Meinung des Autors frei erfunden. Wenn von irgendeiner Nation gesagt werden kann, sie habe den Krieg »begonnen« - im Sinne, daß sie die ersten Maßnahmen ergriff, die zu den Feindseligkeiten führten -, so nach seiner Auffassung von Serbien, was den österreichisch-serbischen Krieg angeht, und von Rußland in bezug auf den Weltkrieg. Hätten die Serben sich von ihren »großserbischen« Ambitionen freigehalten, so ist kein Grund ersichtlich, warum sie und die Österreicher hätten zusammenstoßen sollen. Ich kann die Dinge nur so sehen, daß die Serben die primären Angreifer und die Ursprung liehen Urheber des ersten Weltkrieges waren. Aber die Russen folgten ihnen mit geringem Abstand, denn von ihnen ging die Ausweitung eines örtlichen Konfliktes in eine Weltkatastrophe aus. Ob die Serben »schuldhaft« ein Großserbien planten und dafür arbeiteten, und ob das Gleiche von der russischen Unterstützung dabei gesagt werden kann, ist eine andere Frage, die hier nicht erörtert werden soll. Hier geht es darum, ob die Deutschen, wie ihnen so oft vorgeworfen worden ist, den Krieg von 1914 »begonnen« haben, und ich glaube, daß dies nicht der Wahrheit entspricht.

Die von Anfang an beteiligten kriegführenden Länder können in zwei Gruppen geschieden werden: jene, die einen positiven Gewinn von einem europäischen Kriege erhofften, und die anderen, die lediglich ihren Besitzstand zu bewahren wünschten. Zur ersten Gruppe gehörten die Serben, die Russen und die Franzosen, und zwei von ihnen haben

ja schließlich auch die erstrebte Beute erlangt. Zur zweiten Gruppe gehörten Österreicher und Deutsche, die aus diesem Grunde

[86]

mehr zu verlieren und deshalb - und das gilt besonders für Deutschland - einen geringeren Anreiz hatten als die anderen, einen allgemeinen Krieg zu wünschen. Ich möchte sagen, daß in jenem unheilvollen Sommer 1914 Deutschland und England unter allen europäischen Großmächten am wenigsten einen Krieg wünschten.

Der preußische Militarismus war in den letzten vierzig oder fünfzig Jahren das Ziel vieler gehässiger Angriffe; daher wird die Entdeckung wie eine Sensation wirken, daß der deutsche Generalstab auf dem Höhepunkt der Krise am 29. Juli 1914 in seiner für die Regierung bestimmten Denkschrift bewundernswert ausgeglichene, weitsichtige und staatsmännische Eigenschaften bewies. »Rußland hat verkündet«, so sagten die deutschen Generäle, »daß es gegen Österreich mobilisieren werde, falls Österreich in Serbien einmarschiert. Österreich wird deshalb gegen Rußland zu mobilisieren haben. Der Zusammenstoß zwischen diesen beiden Staaten wird damit unvermeidlich geworden sein. Dies aber ist für Deutschland der "casus foederis". Deutschland muß also gleichfalls mobilisieren. Dann wird Rußland seine übrigen Streitkräfte mobilisieren und sagen: ‚Ich bin von Deutschland angegriffen.' Damit wird das französisch-russische Bündnis, das so oft als reiner Verteidigungspakt gepriesen wurde, der nur als Gegengewicht gegen Angriffspläne Deutschlands geschaffen worden sei, in Aktion treten und das gegenseitige Gemetzel der zivilisierten Nationen Europas wird beginnen... So müssen und so werden sich die Dinge entwickeln, wenn nicht, so möchte man sagen, ein Wunder geschieht, um noch in letzter Stunde einen Krieg zu verhindern, der auf Jahrzehnte hinaus die Kultur fast ganz Europas vernichten wird«[1].

Ist es möglich, nachdem man dies gelesen hat, im deutschen

[1] Zt. bei L. Dickinson, a.a.O., S. 445 f nach »Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914«, herausging. von K. Kautsky, Graf Montgelas u. W. Schücking, Nr. 349.

[87]

Generalstab noch weiterhin nichts anderes zu sehen als hochgestiefelte, im Stechschritt marschierende Säbelraßler; oder als eine verbrecherische Organisation, zu der die Anklage in Nürnberg ihn zu stempeln suchte? Ich jedenfalls kenne keinen anderen Generalstab jener Zeit, der einen solchen Widerwillen gegen den Krieg zeigte, wie

er diese Denkschrift durchdringt. Sir Henry Wilsons Tagebücher stellen ihn dar, wie er abwechselnd sich die Lippen leckt bei der Aussicht auf Krieg oder sich das Haar rauft beim Gedanken, England könne dem Kriege vielleicht fernbleiben.

Die Voraussagen des deutschen Generalstabs waren nur allzu richtig. Sie enthielten in der Tat einen einzigen Irrtum: die Russen warteten die deutsche Mobilmachung nicht erst ab, um ihre eigene totale Mobilmachung anzuordnen. Sie mobilisierten als erste - zwanzig Stunden früher.

Abschließend möchte ich das Urteil dreier Historiker zur Frage der Kriegs Verantwortung anführen, eines Engländers, eines Amerikaners, eines Franzosen. Der Engländer G. Lowes Dickinson faßt das Problem wie folgt zusammen:

».. .Wir müssen danach fragen, wer die größere Rechtfertigung für sich hat - ein Staat (Österreich), der sich dagegen wehrt, auseinandergesprengt zu werden, oder ein Staat (Serbien), der begierig ist, seine Macht durch die Zerschlagung seines Nachbarn auszudehnen. Das war die wirkliche Frage zwischen Österreich und Rußland. Ich selbst möchte darauf antworten... daß die Rechtfertigung auf Seiten Österreichs, der Angriff auf Seiten Rußlands liegt. Als nächsten Punkt kommen wir zu Deutschland. Gegen Deutschland hat sich der größte Teil der moralischen Empörung der Siegermächte gerichtet. Nach unserer Analyse der Tatsachen sollte es klar sein, daß dies nicht gerechtfertigt ist... Die Ententemächte sagen, daß der Angriff in der deutschen Rückendeckung für Österreich bestand. Die Deutschen sagen, der Angriff bestand in der russischen Rückendeckung für Serbien... Nach

[88]

meiner Auffassung ist die deutsche Stellungnahme die vernünftigere«[1].

An zweiter Stelle folge die Meinung des angesehenen amerikanischen Historikers Dr. H. E. Barnes. Er sagt bei der zusammenfassenden Übersicht über die Kriegsverantwortung in seiner ganz ins Einzelne gehenden Untersuchung des Beweismaterials: »Bei einer Abschätzung der Größenordnung der Schuld der verschiedenen Länder können wir die gesicherte Auffassung vertreten, daß die einzige direkte und unmittelbare Verantwortung für den Weltkrieg auf Serbien, Frankreich und Rußland fällt, wobei die Schuld etwa gleich verteilt ist. Als nächster in der Reihenfolge würde - aber weit unter Frankreich und Rußland - Österreich kommen, obwohl Wien niemals einen allgemeinen europäischen Krieg gewünscht hat. Als letzte würden wir England und Deutschland - in dieser Reihenfolge - plazieren, die beide Gegner eines Krieges in der Krise von 1914 waren. Vielleicht war die deutsche Öffentlichkeit etwas mehr auf ein militärisches Vorgehen

eingestellt als das englische Volk. Aber wie ausführlich dargetan wurde, hat der Kaiser energischere Anstrengungen zur Wahrung des Friedens Europas unternommen als Sir Edward Grey«[2].

Und schließlich ein Franzose. M. Morhardt hat über Poincares Reise nach Rußland im Juli 1914 auf dem Höhepunkt der Serajewoer Krise folgendes zu sagen: »Die Tatsache allein, daß zu dieser Zeit eine solche Reise unternommen wurde, bedeutete einen Kriegsplan... Wenn Raymond Poincare Frieden wünschte, so würde ein Brief nach St. Petersburg genügt haben. Wenn Rußland gewarnt worden wäre, daß Frankreich entschlossen war, sich nicht vor der Welt die Sache der Mörder von Serajewo zu eigen zu machen, so wäre die ganze Sache

[1] A.a.O., S. 478 f.

[2] Harry Eimer Barnes, The Genesis of the World War, Knopf, New York, S.661 f.

[89]

beigelegt worden. Der Friede wäre erhalten geblieben. Wenn Poincare nicht nach St. Petersburg gegangen wäre, um dort, wie Botschafter Maurice Paleologue uns berichtet hat, wilde Kreuzzugspredigten für den Krieg zu halten, so würde der feige Nikolaus II. es niemals gewagt haben, die Initiative zu einem Angriff zu ergreifen«[1],

[1] M. Morhardt, Les Preuves, S. 299 ff.

[90]

6. Kapitel

DEUTSCHLAND UND POLEN 1939

Zweimal nacheinander, in beiden Kriegen 1870 und 1914, haben die Franzosen sich strategisch schwer verrechnet. Beide Male glaubten sie an einen raschen Eroberungskrieg, und beide Male haben sie sich verhängnisvoll geirrt. 1870 wurden sie in wenigen Monaten entscheidend geschlagen. 1914 erwies sich die russische Dampfwalze, auf die sie so sehr vertrauten, daß sie darauf gedrängt hatten, sie vorzeitig gegen Deutschland in Bewegung zu setzen, als ein mangelhaft konstruierter Haufen brüchiger Teile und ausgeleierter Lager. 1917 lag sie auf dem Schrotthaufen und im gleichen Jahre meuterte die französische Armee. Frankreich wäre wiederum geschlagen worden, hätten nicht zwei Millionen englische Soldaten auf französischem Boden gestanden, die den Druck der deutschen Armeen auf sich zogen, während die Franzosen die Disziplin wiederherstellten. Die größte englische Armee, die zu Wellingtons Zeit auf dem Kontinent kämpfte, war nicht stärker als 70 000 Mann. Berücksichtigt man den Größenunterschied der englischen Bevölkerung, so wäre 1914 die entsprechende Stärke 280 000 Mann gewesen. In den sechs Jahren des Spanienkrieges 1808/14 verloren 40000 englische Soldaten ihr Leben, in den vier Jahren des ersten Weltkrieges

[91]

750000. Mr. Haldanes »wissenschaftliche« Methode der Kriegführung, nämlich der gemeinsame Aufmarsch mit den Franzosen, hat die englischen Kriegsanstrengungen auf das Zehnfache und die Verluste auf das Zwanzigfache gesteigert. Man kann mit gutem Recht folgern, daß ohne unsere gewaltigen Anstrengungen und riesigen Verluste die Deutschen den Krieg gewonnen hätten. Wären den Franzosen nicht so zahlreiche inoffizielle Zusicherungen gemacht

worden, daß die englische Armee in einem Kriege gegen Deutschland an ihrer Seite stehen würde, so wäre vielleicht der Krieg überhaupt vermieden worden. Außerdem mußte, wie schon dargelegt wurde, eine Niederlage Frankreichs keineswegs auch eine Niederlage Englands nach sich ziehen, was dann ja im zweiten Weltkrieg bewiesen wurde. Mit der Begründung, sie seien von den Deutschen bösartig überfallen worden, verlangten die Franzosen 1918 laut Garantien für ihre künftige Sicherung gegen ein derartiges Räuberunwesen. Ihre englischen und amerikanischen Kollegen bei den Friedensverhandlungen gingen kritiklos auf diese Forderung ein und stimmten zu, daß Deutschland militärisch und wirtschaftlich abgerüstet werden müsse, wie es dann auch geschah. Außerdem wurde Österreich-Ungarn in Teile zerlegt und an den deutschen Ost- und Südgrenzen wurden zwei neue Staaten, Polen und die Tschechoslowakei, geschaffen[1].

Mit diesen beiden Nachfolgestaaten schloß Frankreich alsbald Bündnisse. Frankreich schlug also die gefährliche Politik eines Unterdrückungsfriedens ein, durch die es seinen Hauptgegner dauernd zu schwächen und unter Aufsicht zu halten suchte. Die Franzosen hatten die mit Ausnahme eines Teiles von Lothringen sprachlich überwiegend deutschen

[1] Aus den Trümmern des Habsburger-Reiches wurde auch ein selbständiges Ungarn und ein beträchtlich vergrößertes Serbien als »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« geschaffen, das seit 1929 den Namen »Königreich Jugoslawien« führte.

[92]

Provinzen Elsaß-Lothringen zurückbekommen und eigneten sich auch das rein deutsche Kohlengebiet des Saarlandes an.

Diese Politik hatte fünfzehn Jahre Bestand; dann machte sich das Gesetz von Aktion und Reaktion geltend. Die Deutschen, die sich im Weltkrieg von allen europäischen Nationen bei weitem am besten geschlagen hatten, wurden des Zustandes der Unterwerfung überdrüssig, auf den man sie hinabgedrückt hatte, und brachten die Nazis an die Macht. Dies war das unvermeidliche Ergebnis der französischen Unterdrükkungspolitik.

Unter Hitler rüsteten die Deutschen wieder auf, und wegen ihrer Beteiligung daran wurden einzelne Deutsche in den Nürnberger Prozessen eines kriminellen Bruches des Versailler Vertrages angeklagt. Waren diese Anklagen gerechtfertigt ? Ich glaube nicht. Die 1919 verfügte Entwaffnung Deutschlands hatte, wie damals erklärt wurde, nicht nur den Zweck, den Deutschen die militärischen Zähne zu ziehen, vielmehr hieß es, »sie sollte der erste Schritt zur Verringerung und Begrenzung der Rüstungen (aller Nationen) sein,

die (die alliierten und assoziierten Mächte) als eines der fruchtbarsten Kriegsverhütungsmittel herbeizuführen suchen.. .«Wieviele Hintergedanken die alliierten und assoziierten Wortführer bei dieser Erklärung hatten, ich weiß es nicht. Falls aber doch einige Siegermächte an einer Abrüstung interessiert gewesen sein sollten, so wurde es jedenfalls bald deutlich, daß die Franzosen nicht dazu gehörten. Sie behielten eine große, auf allgemeiner Wehrpflicht beruhende Armee bei, während den Deutschen die Wehrpflicht verboten war.

1927 wurde es Lloyd George, dem englischen Hauptdelegierten auf der Friedenskonferenz, unbehaglich. Er sprach im Parlament von »Nationen, die sich verpflichtet hatten, dem deutschen Beispiel zu folgen und abzurüsten«, und die »keinen Schritt in dieser Richtung unternommen hatten.« Und

[93]

mit seinen bösen Ahnungen stand er durchaus nicht allein da.

Fünf Jahre später fand in Genf unter lauter publizistischer Begleitmusik die Abrüstungskonferenz statt. Sie war ein völliger Mißerfolg. Trotzdem erwarteten die einstigen Siegermächte, daß Deutschland getreulich die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages einhalten werde. Der ganzen Welt war inzwischen klar geworden, was den Deutschen besonders klar sein mußte, daß nämlich die allgemeine Abrüstungsverpflichtung des Versailler Vertrages ein Schwindel war. Keine Nation rüstete auf den Stand des deutschen Hunderttausend-Mann-Heeres ab. Abrüstung sollte offensichtlich nur für Deutschland allein und allem Anschein nach auf Dauer gelten.

Man hatte die Deutschen geprellt. Die Siegermächte meinten es mit der Abrüstung nicht ernst. Gewiß, die Abrüstung hätte Deutschland auch durch höhere Gewalt" allein auferlegt werden können, aber die Siegermächte hatten sich davor gescheut. Freiwillig hatten sie erklärt, daß sie ebenfalls abrüsten würden. Als Hitler 1935 an die Macht kam, war es aber inzwischen klar geworden, daß sie ihre Verpflichtung nicht einzuhalten beabsichtigten.

Von keiner großen Nation, selbst wenn sie fraglos eine Angreifernation gewesen sein sollte, kann man erwarten, daß sie einen Zustand minderen Rechtes auf alle Dauer hinnimmt. Wenn sie sich selbst, trotz gegenseitiger Behauptung ihrer Feinde, nicht für einen Angreifer hält, wird sie noch weniger bereit sein, sich in eine solche Rolle zu fügen. Hitler erlangte die Macht in Deutschland nicht zuletzt auf Grund seines Versprechens, sein Land aus dem Zustand der Knechtschaft zu befreien und seine Freiheit und Souveränität wieder herzustellen. Das erreichte er auch - durch eine Mischung von

durchtriebener politischer Kühnheit, Bluff und Umgehung der Wahrheit. Wegen seiner wiederholt in aller Öffentlichkeit vorgetra-

[94]

genen Unwahrheiten, vor allem was seine Ansprüche an andere Länder anging, wurde er heftig als lautsprecherischer Lügner angegriffen. Zu seiner Verteidigung hätte man freilich anführen können, daß Deutschland von seinen früheren Feinden in bezug auf ihre Abrüstungsabsichten ebenfalls gründlich belogen worden war - und nicht nur in diesem Punkte. Im Januar 1918 hatte Präsident Wilson in einer Rede vor dem Kongreß die Vierzehn Punkte als Grundlage eines künftigen dauerhaften Friedens verkündet. Acht Monate danach machten die Deutschen ein Friedensangebot in Übereinstimmung mit diesen Vierzehn Punkten. Es wurde vom Präsidenten im Namen seiner Verbündeten angenommen, wobei ausdrücklich bestätigt wurde, daß Deutschland eben auf der Grundlage dieser Vierzehn Punkte über einen Frieden verhandele. Aber kaum hatten die Deutschen die Entwaffnungsbestimmungen des Waffenstillstandes erfüllt, da hatten die Alliierten nichts Eiligeres zu tun, als die Bedingung wie einen »Fetzen Papier« zu behandeln, wonach die Vierzehn Punkte die Richtlinien des Friedensvertrages bilden sollten. Mit Genugtuung seien die empörten Proteste verzeichnet, die in England gegen diesen Bruch von Treu und Glauben erhoben wurden. So erklärte Lord Buckmaster: »Irgendeine Nation, so böse und abscheulich sie auch sein mag, auf der Grundlage bestimmter Bedingungen zur Waffenniederlegung zu veranlassen und dann, wenn sie wehrlos ist, ihr andere Bedingungen aufzuerlegen, ist ein Akt von Ehrlosigkeit, der niemals aus getilgt werden kann. «-Das britische Gewissen und der Sinn für Ehre waren damals, 1922, also noch recht lebendig.

Wenn mithin gegenüber Deutschland im Zusammenhang mit den Kapitulationsbedingungen und später in dem Bemühen, es so lange wie möglich schwach zu halten, eine vorsätzliche Rechtsverdrehung angewandt wurde, so beging Hitler sicher nichts Schlimmeres, wenn er Deutschland mit Hilfe von Täuschung so schnell wie möglich stark machen wollte. Auf

[95]

dem Gebiet der internationalen Politik rechtfertigt eine Lüge die andere. Die Masse der englischen Kritiker aber, die sich mit wütendem Eifer dagegen wandten, daß Hitler die Lüge als strategische Waffe benützte, hatten wahrscheinlich nie etwas von dem Betrug mit den Vierzehn Punkten oder der Klausel über die allgemeine Abrüstung im

Versailler Vertrag gehört. Ihre Empörung war also verständlich, wenn auch fehl am Platze.

Ende 1938 hatte Hitler hauptsächlich dank seiner persönlichen Initiative und sogar gegen den Widerstand des Generalstabs die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt, eine Armee, Flotte und Luftwaffe aufgestellt, die Entmilitarisierung des Rheinlandes aufgehoben, Österreich angeschlossen und das Sudetengebiet annektiert. Er hatte im wesentlichen die antideutschen Bestimmungen des Versailler Vertrages ausgelöscht - und die Deutschen freuten sich natürlich darüber.

Übrig blieben, abgesehen von den Kolonien, die Fragen Elsaß-Lothringens und des polnischen Korridors. Hitler sagte zwar, er habe keinen Grund zum Streit mit Polen; aber derartige Erklärungen hatten sich so oft nur als Einleitung eines Angriffs auf das genannte Land erwiesen, daß niemand wußte, ob man ihm glauben durfte oder nicht.

Auf die englische Regierung wurde zu jener Zeit ein starker Druck ausgeübt, irgend etwas zu unternehmen,

um Hitler aufzuhalten. Sie war unklug genug, Polen am 21. März 1939 eine Garantie zu geben. Am i. September ließ Hitler seine Armeen in Polen einmarschieren und eroberte es in weniger als drei Wochen. In Erfüllung ihres Garantieversprechens | erklärten die Engländer am 3. September Deutschland den Krieg; die Franzosen folgten einige Stunden später und mit offensichtlichem Widerstreben. Wegen des trotz der englischen Garantie, also mit der Gewißheit einer Ausdehnung des Krieges auf die wichtigsten Mächte unternommenen Angriffs auf Polen wurde Hitler beschuldigt, den zweiten Weltkrieg begon-

[96]

nen zu haben. Mit einem solchen Urteil macht man sich aber die Sache zu leicht.

Zuerst und vor allem: war Hitlers Wunsch, den polnischen Korridor wiederzunehmen, wirklich so ruchlos? Wenn ja, dann aber sicher nicht mehr als Frankreichs von 1870 bis 1919 nie aufgegebenes Streben, Elsaß-Lothringen zurückzubekommen. Dabei waren Elsaß und Lothringen stärker deutsch als französisch, obwohl die beiden Provinzen vor 1870 zweihundertzwanzig, beziehungsweise hundert Jahre zu Frankreich gehört hatten. Aber desgleichen war der polnische Korridor an die hundertfünfzig Jahre deutsches Gebiet gewesen; es lebten dort ebensoviele Deutsche wie Polen, überdies war durch die Angliederung des Korridorgebietes 1919 an das neugeschaffene Polen das deutsche Ostpreußen vom übrigen Deutschland getrennt und die bedeutende und rein deutsche Stadt Danzig isoliert und wirtschaftlich

fast ruiniert worden. Deutschland hatte also einen mindestens ebenso guten Anspruch auf den Korridor wie Frankreich auf Elsaß-Lothringen. Und da die Sieger von Versailles, zu denen die Engländer und die Franzosen gehörten, einen Rechtsanspruch aus früherem Besitz zugunsten Frankreichs in bezug auf die beiden Provinzen anerkannt hatten, war ihre gegen Deutschland -und gewisse einzelne Deutsche - erhobene Anklage, die Geltendmachung eines Anspruchs gleicher Art auf den polnischen Korridor sei ein verbrecherischer Angriff, reine Heuchelei.

Aber wie verhält es sich mit der damit verbundenen Frage der Anzettelung eines großen Krieges? Es ist sehr leicht, eilfertig zu folgern, daß ein Land durch den Angriff auf ein »garantiertes Gebiet« auch die Schuld an dem sich daraus ergebenden größeren Konflikt auf sich lädt. Sorgfältigere Überlegung offenbart indes zwei Gründe, die eine solche Annahme als bedenklich oberflächlich erscheinen lassen. Einmal, weil dies ein zu einfacher Weg ist, einen eventuellen Feind ins Unrecht zu setzen. Eine Großmacht, die ihre besonderen ter-

[97]

ritorialen Interessen durch eine andere Macht für gefährdet hält, braucht dann ja nur Garantien über diese Gebiete auszustreuen, um den Herausforderer automatisch zum Weltverbrecher zu machen. Das hätte sehr peinliche Situationen für England ergeben können, als es selbst die herausfordernde Macht war, zum Beispiel gegenüber Spanien im 16., gegenüber Holland im 17., gegenüber Spanien und Frankreich im 18. Jahrhundert. Der zweite Grund ist, wie Hitlers Beispiel zeigte, daß eine Garantie, ohne den Ausbruch von Feindseligkeiten verhindern zu können, ihn sogar provozieren kann. Eine Garantie ist an sich bereits eine Herausforderung: sie fordert den Gegner öffentlich heraus, die Garantie zu mißachten und die Konsequenzen zu tragen. Ist sie einmal ausgesprochen, so ist es für den Gegner kaum noch möglich, sich um eine friedliche Lösung seines Streites mit dem garantierten Lande zu bemühen, will er nicht den Eindruck erwecken, daß er sich einer Erpressung füge. Eine Garantie kann deshalb gerade zu dem größeren Konflikt anreizen, den sie vorgeblich verhindern soll. Es ist in höchstem Maße bezeichnend, daß der deutsche Diktator, wie F. H. Hinsley auf Grund peinlich genauer Untersuchung des Beweismaterials in seinem Buch Hitler's Stratege nachgewiesen hat, genau an dem Tage den Entschluß zu einer notfalls auch kriegerischen Lösung des Polenproblems faßte, an dem die englische Garantie verkündet wurde.

Was würden wir denken, wenn die Russen Ägypten den Besitz der Suezkanalzone »garantieren« würden, ob nun Rußland in der Lage wäre, Ägypten dazu zu verhelfen oder nicht, wie England ja auch nicht

in der Lage war, Polen bei der Behauptung des Korridors zu helfen? Sollten wir sanftmütig unsere Siebensachen zusammenpacken und abziehen? Oder, wenn wir das nicht täten, willig das Kainsmal des Angreifers und des »Beginners« des dritten Weltkrieges auf uns nehmen? Ich glaube doch nicht.

[1] Cambridge University Press. — S. 11.

[98]

Was nun die dritte deutsche Invasion Frankreichs angeht, die 1940 erfolgte, so waren es ja die Franzosen, die 1939 den Deutschen den Krieg erklärt hatten. Die französische Armee versuchte gar nicht erst, den Polen durch eine Aktion an der deutschen Westfront zu helfen. Sie saß stattdessen untätig hinter ihrer eigenen Grenze. Seit 1914 hatten sich die französischen militärischen Auffassungen vollständig gewandelt. Von der verhängnisvollen bedingungslosen Offensive zu Beginn des ersten Weltkrieges hatte der französische Generalstab das Ruder hart umgelegt zur bedingungslosen Defensive. Die französische Armee sollte in den Bunkern der Maginot-Linie bleiben und den Angriff abwarten. Dieses in gleichem Maße starre, wenn auch entgegengesetzte strategische Extrem lieferte aber keine besseren Ergebnisse als sein Vorläufer. Zum dritten Male wurden die Franzosen zurückgeworfen und diesmal wie 1870 zur endgültigen Katastrophe getrieben.

Wir haben jetzt ein klareres Bild der drei »brutalen und unprovozierten« Invasionen Frankreichs durch Deutschland gewonnen, über die von den Vansittarts in unserem Land und von den Franzosen selbst so viele bittere Worte gesagt worden sind. Wir haben die bezeichnende Tatsache gefunden, daß in zwei von den drei Fällen Frankreich den Krieg erklärte, während es im dritten Falle seinen russischen Verbündeten heimlich antrieb, Deutschland einen Krieg aufzudrängen, in den Frankreich, wie man in Paris genau wußte, einbezogen werden würde. Es gibt in der Tat eine Fülle von Beweisen für die Behauptung, daß Frankreich und nicht Deutschland, um Lord Vansittarts auf Deutschland angewandten Satz zu gebrauchen, den Krieg von 1914 »sorgfältig eingefädelt« hat. Im übrigen glaubten die Franzosen in zwei der drei Fälle, sie würden binnen zwei Monaten in Berlin sein. Daß es stattdessen zu Invasionen in Richtung Paris kam, war Schuld ihrer militärischen Rechenfehler und nicht deutscher Schändlichkeit.

[99]

Die französischen Schauermärchen über ihre Mißhandlung durch Deutschland sind nicht wahr, aber sie wurden als bare Münze genommen von einem leichtgläubigen Publikum, das von den historischen Tatsachen des Falles keine Ahnung hatte. Und die gleichen Schwindelgeschichten werden jetzt von den Franzosen benützt, um die Schaffung einer westdeutschen Armee zu hintertreiben.

Die Welt hat seit 1919 viel über die deutschen Invasionen Frankreichs gehört, aber über die französischen Invasionen Deutschlands so gut wie nichts. Dabei bildete Deutschland zwei Jahrhunderte lang das Schlachtfeld Europas. Die französischen Armeen zogen in den Kriegen des 18. Jahrhunderts über Deutschland und Österreich hin und her, während Frankreichs Boden unversehrt blieb. Und es war wieder deutsches und österreichisches Gebiet, auf dem Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine vielgefeierten Siege errang.

Die Franzosen haben diese früheren Epochen der Gloire nicht vergessen; die Zahl der Denkmäler und Straßennamen in Paris und anderswo, die Wagram, Austerlitz, Jena und Friedland verherrlichen, ist Legion. Aber sie möchten, daß die übrige Welt nicht mehr daran denkt und sich stattdessen einprägt, ein geeintes Deutschland stelle heute eine schreckliche Bedrohung Frankreichs dar, derzufolge Frankreich sich beständig anzustrengen habe, Deutschland zu zerstückeln und zu schwächen.

Aber was war denn die primäre Ursache der deutschen Einigung? Doch nichts anderes als die häufigen Angriffe des geeinten Frankreichs. Die Unterwerfung Deutschlands durch Napoleon 1806 war anerkanntermaßen der Ursprung eines gesamtdeutschen Patriotismus. Gegen die französische Gefahr schlössen sich die Deutschen in ganz Europa zusammen, erwarben sie ein umfassenderes Gefühl deutscher Brüderlichkeit. Während es 1795 mehr als dreihundert unabhängige Einzelstaaten auf dem Gebiet des heutigen Deutschland gab,

[100]

waren es durch Zusammenlegung und Verschmelzung 1815 nur noch dreißig. Nachdem der Prozeß einmal begonnen hatte, setzte er sich auch fort. Wir haben in einem der vorigen Kapitel erwähnt, wie die deutschen Staaten nach 1815 im Deutschen Bund eine gemeinsame beratende Körperschaft bildeten. Der geistige Boden für Bismarcks Einigungswerk war damit vorbereitet. Unter allen Völkern sind die Franzosen am wenigsten berechtigt, sich über eine deutsche Bedrohung zu beklagen, denn sie selbst haben sie geschaffen.

Aber mit viel Geschrei erreichten sie es, daß gerade eine derartige Klage nach 1919 zu einer Art geheiligtem Gegenstand der internationalen Politik erhoben wurde, und bis zum heutigen Tage sprechen westliche Politiker und Kommentatoren so, als ob Frankreich ein natürliches Recht auf Schutz vor Deutschland habe, den die übrige Welt ihm gewähren müsse. Wann immer die Franzosen sich in der Frage der Wiederherstellung einer deutschen Armee oder der Wiederherstellung eines souveränen Deutschland besonders schwierig benehmen, finden sich stets hochmögende englische Verteidiger der französischen Unnachgiebigkeit und verweisen »auf alles, was Frankreich von Deutschland gelitten hat. . .«, und so weiter und so weiter. Anscheinend soll aus diesem Grunde Englands und anderer Länder Jugend bereit sein, erneut zum Opfergang für Frankreichs Ruhe anzutreten.

Das ist natürlich vollkommener Unsinn. Frankreich hat kein »Recht« auf irgendeine Sicherheit. Kein Land hat ein solches Recht. Wir alle leben in einer gefährlichen Welt, und wenn eine Nation Sicherheit wünscht, so muß sie selbst nach ihrem besten Vermögen dafür sorgen oder, wenn sie allein nicht dazu in der Lage ist, in einer passenden Verbindung mit anderen. Aber die Last liegt für jeden von uns auf uns selbst, so wenig die Kaste der Halbgebildeten, die in den wuchernden internationalen Körperschaften das Wort führt, diese Tatsache zuzugeben sich bequemt. Wenn die übrige Welt je zum Schutz

[101]

Frankreichs vor Deutschland verpflichtet ist, so nicht weniger zum Schutz Deutschlands vor Frankreich, so daß als logisches Ergebnis eines solchen internationalen Schutzes ein internationaler Bürgerkrieg herauskäme.

Frankreich kennt nur eine einzige Formel für seinen eigenen Schutz: die Uhr auf das 18. Jahrhundert zurückzustellen und Deutschland durch Teilung, Abrüstung und Zwietracht schwach zu halten. Aber diese Formel zeigt nur, wie töricht auch eine intelligente Nation sein kann. Denn die natürliche Folge eines Versuches, ein Land wie Deutschland dauernd niederzuhalten, ist unvermeidlich eine kraftvolle Anstrengung, die Fesseln der Fremdherrschaft abzuschütteln. Je größer der Druck, um so heftiger wird schließlich die Erhebung auf der Suche nach nationaler Freiheit und Selbstachtung sein.

Was die Anschuldigung angeht, Deutschland allein habe beide Weltkriege angefangen, so ist dies ganz unwahr in bezug auf den ersten Weltkrieg und mindestens fraglich im Hinblick auf den zweiten.

[102]

7. Kapitel

WAS WAR CHURCHILLS KRIEGSZIEL?

Wenn meine Ausführungen in den vorigen sechs Kapiteln leidlich richtig sind, so folgt daraus, daß die vielen tausend britischen Männer und Frauen, darunter auch eine Anzahl meiner eigenen Freunde und Bekannten, die noch immer die Alleinschuld Deutschlands an den beiden Weltkriegen als erwiesen ansehen und glauben, Deutschland habe sie vorsätzlich, aus Bosheit und ohne Provokation oder Entschuldigung vom Zaun gebrochen, daß diese meine Landsleute sich schwer irren. Es ist nicht ihre Schuld. Um zu einem einigermaßen abgewogenen Urteil in dieser Frage zu gelangen, bedarf es eines gründlicheren historischen Studiums, als die meisten Menschen, schon aus Zeitgründen, darauf verwenden können. Überdies haben unsere Führer uns ja während der Kriegsjahre ständig vorgeredet, Deutschland habe all dies getan. Winston Churchill, der einen enormen Einfluß auf die öffentliche Meinung hatte, betonte immer wieder, daß die Deutschen beide Kriege begonnen hätten, und zwar eben mit diesen Worten. Nach seinen Erklärungen war Deutschland der alleinige Angreifer; es war die Weltpest. Anscheinend glaubte Churchill, daß die Welt wieder auf friedlichen Pfaden wandeln könne, wenn nur erst Deutschland völlig zerstört sei, und daß dieser

[103]

gesegnete Friedenszustand auf unbegrenzte Zeit fortdauern werde, wenn Deutschland am Boden liegen bleibe. Das war der Sinn seiner Unterhauserklärung vom 21. September 1943 :»Die Zwillingswurzeln aller unserer Übel, Nazityrannei und preußischer Militarismus, müssen ausgerottet werden. Bevor dies nicht erreicht ist, wird es kein Opfer geben, zu dem wir nicht bereit wären, und keine Gewaltmaßnahmen, die wir nicht anwenden werden.«

Churchill hätte wohl kaum grenzenlose Opfer seines Landes und äußerste Gewalt gegen den deutschen Feind in Erwägung ziehen

können, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, daß die Ausrottung des Nazistaates und der deutschen Armee das europäische Sicherheitsproblem lösen und eine lange Friedensperiode heraufführen werde.

Was die vollständige Zerschmetterung Deutschlands anging, so stand Präsident Roosevelt auch nicht um einen Zoll hinter Churchill zurück. In der Tat war es ja der Präsident persönlich, der den Plan der »bedingungslosen Kapitulation« hervorbrachte, dem Churchill seine Unterstützung gab. Beide, der amerikanische und der englische Führer, erreichten ihr gemeinsames Ziel. Der Krieg wurde fortgesetzt, bis Deutschland bedingungslos kapitulierte.

Aber der vollständige und absolute Sieg der angelsächsischen Verbündeten, das notwendige Vorspiel der beabsichtigten Ausrottungen, war kaum errungen, als er in ihren Händen zu Staub zerfiel. Die Zerschmetterung des Deutschen Reiches und der deutschen Kriegsmaschine beseitigte keineswegs »alle unsere Übel«, wie Churchill es vorausgesagt hatte. Kaum war die deutsche militärische Bedrohung aus dem Wege geräumt, als man die scheußlich dräuende Gestalt einer neuen Gefahr bösartig an ihrer Stelle auftauchen sah. Der feindselige militante russische Kommunismus hatte rasch Deutschlands früheren Platz besetzt. Dies war aber nicht die einzige Störung in Churchills Vorstellung von einer friedliebenden Welt, die

[104]

nur von den Deutschen in Unruhe gehalten worden war. Sehr bald schon erzwang sich der militante Kommunismus auch in China den Weg zur Macht.

Churchills Theorie, die »Zwillingswurzeln aller unserer Übel« seien Nazityrannei und preußischer Militarismus, wurde mithin fast gleichzeitig mit der Überwindung beider brutal widerlegt. Andere Tyranneien und andere Militarismen tauchten dahinter und jenseits von ihnen auf. Andere Tyranneien, die ebenso böse, wenn nicht schlimmer waren; andere Militarismen, die genau so gierig, wenn nicht gieriger waren. Deutschland hatte schließlich nur ehemals deutsche und österreichische Gebiete wiedergewinnen wollen, als es von England und Frankreich angegriffen wurde. Aber Rußland hat nach Zusammenbruch und Besetzung Deutschlands seine Macht durch ein Gemisch von Gewalt und Unterwühlung auf Länder ausgedehnt, auf die es auch nicht den Schatten eines Anspruchs hat: Westpolen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei. Dem deutschen Angriff - wenn es wirklich »Angriff« war - folgte, weit schlimmer, die russische Aggression.

Das erklärte Ziel Präsident Roosevelts und Winston Churchills, der Aggression durch Zerstörung der deutschen Angriffsfähigkeit ein Ende zu setzen, war in der Tat einer der größten Fehlschläge der Geschichte. Vielleicht sind niemals zuvor so viele Angriffshandlungen in so kurzer Zeit aufeinander gehäuft worden wie in den wenigen Jahren nach Deutschlands Niederlage: die russische Aggression in Europa, die Aggression - unbekannt von wem - zur Vertreibung der Holländer aus Indonesien, die indische Aggression gegen Haidarabad, die chinesische Aggression gegen Tibet, die nordkoreanische Aggression gegen Südkorea, die französische Aggression gegen Deutschland wegen der Saar, die chinesische Aggression gegen die Vereinten Nationen in Korea und wahrscheinlich verschiedene andere Aggressionen, die ich noch

[105]

übersehen habe[1]. Eine recht hübsche Liste für so ein paar Jahre, besonders, wenn es sich um die Jahre handelt, die unmittelbar auf die Aufhängung der Leiche des deutschen »Würgers« folgten.

Unter diesen wiederholten Hammerschlägen widriger Umstände konnte die Roosevelt-Churchill-Doktrin vom »Allheilmittel« der deutschen Abrüstung keinen langen Bestand haben. 1950 wurde sie auch in aller Form preisgegeben, und. Westdeutschland wurde ersucht, wieder aufzurüsten. Inzwischen hatten aber die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, die brutale Behandlung der deutschen Offiziere im allgemeinen und die rücksichtslose Demontage deutscher Fabriken die Deutschen in der Bundesrepublik mit einem weitverbreiteten Widerstreben erfüllt, sich erneut auf einen kriegerischen Kurs ziehen zu lassen. Die gnädige Erlaubnis, wieder aufzurüsten, wandelte sich daraufhin in eine Mischung von dringenden Bitten und Drohungen, die äußerst komisch gewesen wäre, hätte nicht die Verfolgung der vorherigen entgegengesetzten Politik zur Verwüstung Europas geführt. Im Jahre 1951 waren Churchills Anschauungen aus der Kriegszeit von den »Wurzeln aller unserer Übel«, zu deren Ausrottung er grenzenlose Opfer verlangt und für die er die gesamten Hilfsmittel seines Landes eingesetzt hatte, völlig diskreditiert. Die

[1] Ich gebrauche das Wort »Aggression« in der unbestimmten und nachlässigen Weise der Umgangssprache. Ist es aber nicht eine erstaunliche Tatsache, daß es keine maßgebende Definition dafür gibt? Der frühere Völkerbund hat sich zwanzig Jahre lang um eine solche Definition bemüht, aber ohne Erfolg. Der Versuch wurde von den Vereinten Nationen wieder aufgegriffen, aber mit dem gleichen negativen Ergebnis. Ja, nach einigen Jahren vergeblicher Anstrengungen und noch während des Koreakrieges konnte man in den Konferenzhallen der UN das Argument hören, es sei überhaupt unklug, »Aggression« definieren zu wollen. Und seltsam genug waren die Hauptverfechter dieser Auffassung Amerikaner und Engländer, die beiden Mächte also, die in Korea die Hauptlast trugen, um zu zeigen, »daß Aggression sich nicht bezahlt macht«.

[106]

englische Wählerschaft feierte diese historische Widerlegung, indem sie ihn wieder ins Amt berief. 1945, als man die Früchte dieses Sieges noch nicht gekostet und die breite Öffentlichkeit noch keine Beweise zur Hand hatte, daß die Wohltaten nicht wie angekündigt eintreten würden, hatte man ihn hinausgeworfen. "Vox populi vox dei".

Irgend etwas, das ist klar, muß an dem Kriegsziel falsch gewesen sein, das Churchill verfolgte, und die Aufdeckung der Natur dieses Fehlers ist dringend nötig. Bevor aber diese Frage beantwortet werden kann, muß man erst einigermaßen genau wissen, was denn Churchills Kriegsziel war. Zwei seiner erklärten Kriegsziele haben wir kennen gelernt, aber wir tun gut, auch noch nach anderen Ausschau zu halten. Da gab es zum Beispiel die von ihm und dem amerikanischen Präsidenten aufgestellte Kriegszielerklärung, wie sie in der im August 1941 der Welt verkündeten Atlantikcharter enthalten ist. Darin sagen die beiden Führer, sie wünschten keine Gebietsveränderungen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der betroffenen Völker übereinstimmten - siehe Artikel 2 der Charter. Aber zur gegebenen Zeit wurden weite Teile Polens an Rußland und ähnlich große Gebiete Deutschlands an Polen übereignet, ohne daß die polnischen und deutschen Einwohner dieser Gebiete auch nur nach ihren Wünschen gefragt worden wären.

Artikel 3 erklärte, die beiden Führer respektierten das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie zu leben wünschten. Falls die Worte »alle Völker« ehrlich meinten, was sie aussagten, so galt dieser Artikel eindeutig ebenso für die Deutschen wie für irgend jemand sonst. Zwei Jahre später erklärte Churchill aber, daß eine der »Zwillingswurzeln aller unserer Übel« die Nazityrannei sei, die ausgetilgt werden müsse. Unter einer nationalsozialistischen Regierung leben zu wollen, durften die Deutschen mithin nicht wählen, so daß Churchills Erklärung vom September 1943 dem

[107]

Artikel 3 seiner Erklärung vom August 1941 widerspricht. Tatsächlich hat auch der Artikel 6 der Charter den gleichen Effekt.

Dieser Artikel begann mit den Worten: »Nach der endgültigen Vernichtung der Nazityrannei...«, Worte, die mit der in Artikel 3 allen Völkern versprochenen Freiheit unvereinbar waren. In Artikel 6 sprechen die beiden Führer weiter von ihren Hoffnungen auf einen Frieden, der allen Nationen die Mittel biete, innerhalb ihrer Grenzen in Sicherheit zu leben. Beide Führer stimmten jedoch später Bedingungen zu, auf Grund deren die Austreibung einer gewaltigen

Zahl von Deutschen aus Ländern erfolgte, in denen sie von altersher gelebt hatten; die tatsächliche Anzahl der dabei Vertriebenen erreichte, wie es heißt, die ungeheure Zahl von mindestens dreizehn Millionen, einschließlich zwei Millionen Tote und Verschollene.

Ich habe hier nicht alle Artikel der Atlantikcharter angeführt; es gab noch andere der gleichen Art. Die zitierten sind aber die wichtigsten. Sie atmen, glaube ich, einen Geist der Mäßigung und gleichmäßig gerechter Behandlung von Siegern und Besiegten mit Ausnahme des bereits erwähnten Widerspruchs zwischen den Artikeln 3 und 6. Aber wie meine Anmerkungen zu diesen verschiedenen Artikeln bereits zeigen, bestand zwischen dem englisch-amerikanischen Versprechen von 1941 und dem, was die Sieger von 1945 an getan haben, eine tiefe Kluft.

Die Erklärung dafür lautet, daß die Atlantikcharter nicht einmal bis zum Ende des Krieges Bestand hatte. Sie wurde im Februar 1944 von Churchill öffentlich mit der Erklärung verworfen, es käme gar nicht in Frage, daß sie sich »von Rechts wegen auf Deutschland beziehe und Gebiets Veränderungen oder Gebietsberichtigungen in gewissen Ländern verbiete«. Sicher bezog sie sich nicht von Rechts wegen auf Deutschland, wohl aber aus einem nicht minder machtvollen Grund.

[108]

Und dieser Grund war, daß der gute Name des englischen Volkes mit der Anwendung oder Nichtanwendung verknüpft war. Die Engländer hatten keinen Protest erhoben, als Churchill (zusammen mit dem amerikanischen Präsidenten) proklamierte, daß die Grundsätze der Charter »für alle Nationen, alle Völker, alle Staaten, große oder kleine, Sieger oder Besiegte« gelten sollten. Mit dieser Zustimmung durch Stillschweigen - "cum tacent clamant" - hatte die britische Nation eine Ehrenverpflichtung übernommen, die Bestimmungen der Charter auf Deutschland ebensogut wie auf irgend jemand sonst anzuwenden. Indem Churchill 1944 verkündete, daß die Charter für Deutschland keine Geltung habe, trat er mithin öffentlich vor der ganzen Welt als ein Mann auf, der seine Landsleute als ein Volk hinstellt, das . . . nun, das sein Wort bricht. Warum tat er einen solchen Schritt, der ihm so zuwider gewesen sein muß?

Die genauen Gründe dafür sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Aber man kann eine Vermutung wagen. Als die Charter 1941 zuerst unter gehöriger Begleitmusik der Pressetrompeten verkündet wurde, stand der Krieg gut für Deutschland. Amerika war noch nicht beteiligt, und die russischen Armeen befanden sich auf einem Rückzug Hals über Kopf. Es war keineswegs sicher, wer schließlich siegen werde.

Im Februar 1944 aber hatte sich die Lage gründlich gewandelt. Zu jener Zeit war es bereits ziemlich offenkundig, daß die englisch-amerikanisch-russische Koalition den Krieg gewinnen würde. Ja, sie war damals politisch allmächtig; sie konnte tun, was ihr gefiel, und es gab niemand in der Welt, der ihr widersprechen konnte, es sei denn der Feind, und der würde bald niedergeworfen sein.

Das Jahr 1943 war ein Jahr interalliierter Konferenzen gewesen : Moskau, Kairo, Teheran und noch einmal Kairo. Auf der Teheraner Konferenz im November 1943 wurden die Pläne für eine Zerstückelung Deutschlands festgelegt, weiter, daß

[109]

Rußland sich Ostpolen aneignen und Polen dafür auf Kosten Deutschlands entschädigt werden sollte. Da diese Pläne mit der Atlantikcharter ganz und gar nicht übereinstimmten, war das Ausradieren der kostbaren Charter eine der Vorbedingungen für die reibungslose Verwirklichung dieser Pläne. Daher also wahrscheinlich die Leichenrede, die Churchill zwei Monate später hielt, in der die Worte von der Nichtanwendbarkeit der Charter auf Gebiets Veränderungen klar darauf hinweisen, daß derartige Übertragungen im Widerspruch zur Charter erwogen wurden. So starb die große Churchill-Roosevelt-Erklärung internationaler Rechte, ermordet von ihren eigenen Vätern. Die Feststellung ist nicht uninteressant, daß die Beisetzung so gut wie unbeachtet erfolgte.

Was blieb also für Churchill als Kriegsziel übrig ? Unsere alten Bekannten: die Ausrottung der Nazityrannei und des preußischen Militarismus. Befassen wir uns zunächst mit dem ersten Punkt. Was kann Churchill so begierig gemacht haben, für seine Landsleute die Nazityrannei in Deutschland zu zerstören ? Diese Tyrannei als solche unterdrückte das englische Volk nicht. Was also ging es die Engländer an, ob die Deutschen unter einer tyrannischen Regierungsform leben wollten oder nicht ? Hatte nicht die Atlantikcharter erklärt, die Engländer »respektierten das Recht aller Völker, die Regierungsform, unter der sie leben wollen, selbst zu wählen«? Wenn sich also die Deutschen nicht selbst dafür entschieden, ihre Nazityrannei abzuschütteln, warum sollten dann viele, viele Engländer sterben, um die Deutschen davon zu befreien ?

Angenommen aber, daß die zwangsweise Unterdrückung von Tyrannei in fremden Ländern eine Pflicht der Engländer sei, wieso wurde dann eine andere Tyrannei zu einem Partner der Engländer bei diesem Vorgehen gemacht? Die kommunistische Tyrannei in Rußland war schlimmer als die Nazityrannei in Deutschland; die allgemeinen Lebensumstände des russischen Volkes lagen weit unter denen der Deutschen;

[110]

Sklavenarbeit hatte in Rußland, gemessen an Vergleichbarem in Deutschland, einen gigantischen Umfang; Grausamkeit war gewiß nicht geringer, sondern, wie viele glauben, wesentlich größer. Die üble Technik der Säuberungen, brutalen Verhöre bis zum »Geständnis« und eine allumfassende Bespitzelung war in Rußland in vollem Schwung, jahrelang bevor Hitler derartige Methoden in Deutschland einführte, die er wahrscheinlich von russischen Vorbildern kopierte. Und doch begrüßte Churchill Rußland als höchst willkommenen Verbündeten, als es in den Krieg hineingebracht wurde: einen Tyrannen als Helfer, einen anderen zu schlagen. Es ist klar: die Tyrannei an sich zu vernichten war nicht Mr. Churchills Ziel.

Er war nicht einmal sehr daran interessiert, die Nazityrannei selbst zu überwinden, als ihm eine Möglichkeit geboten wurde, dieses Ziel zu erreichen. Der Bischof von Chichester hat vor kurzem von seiner Stockholmer Begegnung 1942 mit zwei regimefeindlichen Deutschen berichtet, die ihn baten festzustellen, ob die englische und die amerikanische Regierung mit einer demokratischen deutschen Regierung über Frieden verhandeln würden, wenn das Hitlerregime gestürzt sei. Der Bischof unterbreitete nach seiner Rückkehr diese Angelegenheit Außenminister Eden, aber die englische Regierung gab keine Antwort.

Wie steht es mit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität der von Deutschland überrannten Länder, von der Churchill in seiner Unterhausrede vom 28. Juni 1940 gesprochen hatte ? Sie alle, hatte er gesagt, sollten befreit werden und besonders Frankreich, dessen »frühere Größe wiederhergestellt« werden solle. Mit dieser Absicht erhob Churchill Anspruch auf übernatürliche Fähigkeiten. Frankreich konnte durch angelsächsische Waffen von der deutschen Herrschaft befreit werden. Ihre »Größe« aber konnten die Franzosen nur selbst für sich wiederherstellen (falls sie dahinge-

[111]

schwunden war), oder der Allmächtige konnte es für sie tun, aber kein anderer. Selbst der Allmächtige aber würde es dabei nicht leicht gehabt haben, denn Frankreichs Größe war ein Begriff der Vergangenheit. Bereits jahrelang vor 1939 war Frankreich als Folge von Korruption, Mißwirtschaft und allgemeinem Verfall verfault und morsch gewesen, was ja auch die Hauptursache seines raschen Zusammenbruchs 1940 war. Tatsächlich war Churchills Formel für die Wiedererhebung Frankreichs zu seiner alten Größe zu sicherem Scheitern bestimmt. Wäre Frankreich gezwungen gewesen, sich aus

eigener Kraft wieder aufzuraffen, so wäre eine nationale Gesundung vielleicht möglich gewesen. Aber einen Anteil an der Besetzung Deutschlands und anderes Zubehör der Macht und gewaltiger Leistungen aus der Hand anderer zu empfangen, das war die sicherste Methode, Frankreich auf der schiefen Bahn weiter nach unten zu stoßen.

Den anderen und kleineren besetzten Ländern wurde nicht Größe, sondern nur ihre Freiheit versprochen, die ihnen zu verleihen auch eher im Vermögen Churchills lag. Sie haben ihre Freiheit auch richtig bekommen. Aber kaum war dies geschehen, da bemühte sich Churchill in Person, sie ihnen wieder wegzunehmen. Er wurde der erste englische, wenn nicht europäische, Vorkämpfer eines Europa-Bundes, dem beizutreten für die kleineren »befreiten« Staaten fast ebenso sicher den Verlust ihrer Souveränität bedeutet hätte, wie sie diese vor der Befreiung an die Deutschen verloren hatten.

Wenn aber die Einheit Europas Churchills Ideal war, warum zerstörte er dann so unbarmherzig die europäische Einheit, die Deutschland 1940 erreicht hatte? Gewiß, diese deutsche Einigung Europas war ein Werk der Waffen. Aber als Historiker hätte Churchill wissen können, daß fast alle Einigungen auf diese Weise herbeigeführt wurden: die italienische, die französische, die deutsche, die amerikanische, die spanische.

[112]

Europa war schon zuvor einmal geeint gewesen - durch Napoleon I. Und die Zerstörung dieser Einheit durch die Schlacht von Waterloo fand keineswegs einhelligen Beifall. »Es ist charakteristisch für Pitt, den Hauptbaumeister der (dritten) Koalition, daß er nach der siegreichen Beendigung des Krieges die Einberufung eines Kongresses in Erwägung zog, der ein föderatives System zur Aufrechterhaltung eines europäischen Friedens entwerfen sollte. Auch Napoleon hatte einen Plan für die Organisation Europas als Gemeinwesen aufgeklärter, aber unfreier Völker unter französische Vorherrschaft, und es gibt einige Freunde der europäischen Einheit, die noch immer das Scheitern dieses seines Traumes beklagen«[1].

Wir wissen, daß die Deutschen sich am Anfang Mühe gaben, untadelige Sieger zu sein. Englische Zeitungen berichteten

1940 über ihr vorzügliches Benehmen in Frankreich, wo deutsche Soldaten in Straßenbahnen und Autobussen mitfahrenden Frauen ihren Platz überließen, und anderes mehr. Aber Churchill sabotierte mit Erfolg dieses Bemühen, indem er die weitgehend von der kommunistischen Unterwelt gebildete europäische Widerstandsbewegung ermutigte und bewaffnete, deren Guerilla-

Terror die Deutschen zu Vergeltungsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung der besetzten Länder zwang und damit die Aussichten einer Annäherung von Mensch zu Mensch vernichtete. Vielleicht wären die deutschen Herren auf jeden Fall gehaßt und bekämpft worden. Aber wer kann es sagen ? Zweifellos gab es in allen eroberten Ländern, selbst in Frankreich, nennenswerte Kreise, die zur Mitarbeit bereit waren, und es ist möglich, daß die Kollaboration das Übergewicht über die "resistance" gewonnen hätte, wäre die Widerstandsbewegung nicht planmäßig von außen her mit Hilfe der Luftwaffe organisiert worden.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die Widerstandsbewegung für die antideutsche Sache keinerlei Wert gehabt hätte.

[1] Dr.H.A.L.Fisher, History of Europe, Band III, S. 884.

[113]

Der springende Punkt ist aber, daß Churchill nicht eine Vereinigung Europas schlechthin verhindern wollte, sondern seine Einigung durch Deutschland. Das ist der eigentliche Sinn des Schlagwortes von der »Ausrottung der Nazi-Tyrannei«. Von den allerersten Kriegstagen an trat diese Geisteshaltung Churchills in Erscheinung, etwa, wenn er nach der Besetzung Norwegens in einer Rede sagte, »der heilige Wikingerboden muß von der üblen Beschmutzung durch die Nazi-Eindringlinge gereinigt werden.« Ich erinnere mich nicht, daß er einmal von der »üblen Beschmutzung des heiligen Bodens der Esten, Letten und Litauer« durch die russischen Eindringlinge gesprochen hätte, obwohl die Russen jene drei Länder sogar annektierten.

So bleibt anscheinend nur noch die Ausrottung des »preußischen Militarismus«. Das Wort »Preußen« wird in England gewöhnlich gebraucht, um eine Gedankenverbindung mit einer aggressiven, militaristischen Haltung hervorzurufen. Wenn Churchill es hier in diesem Sinne gebrauchte, so war das natürlich eine Ungenauigkeit. Tatsache ist, daß der deutsche Generalstab mit seinen preußischen und nichtpreußischen Offizieren sich im ganzen einer kriegerischen Lösung der deutschen Probleme widersetzt hatte. Der Mann, der auf dem Krieg bestanden hatte, war Hitler, und Hitler hatte auch einen Schuß tschechischen Blutes in seinen Adern, war also teilweiser slawischer Abstammung und war Österreicher. »Österreichischer Militarismus« wäre deshalb ein treffenderer Ausdruck gewesen.

Wenn wir jedoch »Ausrottung des preußischen Militarismus« im Sinne einer vollständigen Niederlage Deutschlands auslegen, dann besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß dies Churchills Ziel war. Immer und immer wieder und in allen seinen Reden betonte er, daß

der vollständige Sieg sein Ziel sei. Ob er daneben noch andere Ziele im Sinne hatte, konnten während des Krieges nicht einmal seine eigenen

[114]

Landsleute angeben. Aber daß er alle seine Kräfte für eine totale Überwindung Deutschlands einsetzte, daran konnte niemand zweifeln. Es erhebt sich mithin die wichtige Frage, ob dies sein einziges, wahres Ziel war.

Eine bejahende Antwort darauf kann aus seinen eigenen Äußerungen abgeleitet werden. »Sie fragen«, sagte er am 15. Mai 1940 unmittelbar nach Übernahme der Regierung im Unterhaus, »Sie fragen, welches unsere Politik sei. Ich will es sagen: Unsere Politik ist, Krieg zu führen, zur See, zu Lande und in der Luft, mit aller unserer Macht und mit aller unserer Stärke, die Gott uns verleihen kann, Krieg zu führen gegen eine ungeheuerliche Tyrannei, wie es sie schlimmer in der düsteren und traurigen Geschichte menschlicher Verbrechen nicht gegeben hat. Das ist unsere Politik. Sie fragen: Und was ist unser Ziel? Darauf kann ich mit einem Wort antworten: Sieg - Sieg um jeden Preis.«

Was ein Politiker in der Öffentlichkeit sagt, drückt freilich nicht immer seine inneren Absichten aus. Deshalb muß weiter nach Bestätigungen geforscht werden, daß die angeführten Äußerungen wirklich Churchills Politik und Ziel darstellten. General Sir Leslie Hollis, stellvertretender Stabschef Churchills als Verteidigungsminister, der während des ganzen Krieges in nächster Nähe Churchills war und sich darüber ein Urteil bilden konnte, hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß dies der Fall war. In Beantwortung einer Frage über die Kriegsziele der Regierung erklärte er in einem Vortrag vor der Royal United Service Institution am 4. Oktober 1950: »Ich würde sagen, daß Sieg unser Kriegsziel war. Soweit meine Kenntnisse in dieser Frage gehen, sagten die für die Führung der Geschicke Verantwortlichen: ‚Erst einmal den Sieg und dann kommen die Kriegsziele dran.'«

Diese Meinungsäußerung wird eindeutig gestützt durch ein Gespräch des Brigadiers Fitzroy Maclean mit Churchill während des Krieges vor der Abreise des Brigadiers zu seiner

[115]

Mission bei Tito[1]: »Da gab es noch einen Punkt, der, wie mir schien, der Klärung bedurfte. Die in der Sowjetunion verbrachten Jahre hatten mir tief und für immer die expansionistischen Tendenzen des internationalen Kommunismus und seine überaus enge Verknüpfung

mit der sowjetischen Außenpolitik zum Bewußtsein gebracht... Wenn die (jugoslawischen) Partisanen, wie man mir gesagt hatte, unter kommunistischer Führung standen, so mochten sie gewiß wacker für die alliierte Sache kämpfen, ihr letztes Ziel würde aber zweifellos die Errichtung eines engen, mit Moskau verbundenen kommunistischen Regimes in Jugoslawien sein. Wie betrachtete Seiner Majestät Regierung eine solche Möglichkeit ? War es im gegenwärtigen Stadium ihre Politik, eine sowjetische Expansion auf dem Balkan zu vereiteln ? Wenn ja, so sah meine Aufgabe recht kitzlig aus. Churchills Erwiderung behob aber meine Zweifel, wie die Frage zu beantworten sei. Solange die gesamte westliche Kultur, sagte er, durch den nazistischen Anschlag bedroht sei, könnten wir es uns nicht leisten, unsere Aufmerksamkeit durch Erwägungen langfristiger Politik vom unmittelbar vor uns liegenden Problem ablenken zu lassen. Wir seien unseren sowjetischen Verbündeten gegenüber so loyal, wie wir es von ihnen uns gegenüber erhofften. Meine Aufgabe sollte es lediglich sein, festzustellen, wer die meisten Deutschen umbringe, und Vorschläge zu machen, wie wir (den Partisanen) helfen könnten, noch mehr umzulegen. Dem sei die Politik nach- und unterzuordnen.«

Deutlicher konnte es wohl kaum gesagt werden. Politik war von zweitrangiger Bedeutung. Pläne auf lange Sicht zählten nicht. Es kam nur darauf an. Deutsche umzubringen, Deutschland zu besiegen, und um beides zu erreichen gab es »keine Gewaltmaßnahmen, die wir nicht ergreifen würden«. In diesem Punkte stimmt das Zeugnis von Brigadier Maclean mit dem von General Hollis überein.

[1] Fitzroy Maclean, Eastern Approaches, London (Cape), 8.281.

[116]

Ein englischer Beobachter in Frankreich ist in dieser Frage zu dem gleichen Schluß gekommen wie ich. Sisley Huddleston sagt in seinem Buch über das besetzte Frankreich: »Darin also befanden sich Churchill und Roosevelt, mochten sie auch in vielen anderen Fragen verschiedener Meinung sein, in voller Übereinstimmung: das unmittelbare Ziel war die Zerschmetterung Deutschlands. Sie waren bereit, bei der Verfolgung dieses Zieles alles andere beiseitezuschieben und die Sorgen von morgen der Zukunft zu überlassen[1].«

Daß Huddleston die Einstellung Roosevelts richtig charakterisierte, hat Churchill selbst bezeugt. Er beschreibt die Ankunft von Harry Hopkins, des nächsten Vertrauten und persönlichen Beauftragten des Präsidenten, in England im Januar 1941 mit diesen Worten: »Da saß er - schmal, gebrechlich, krank, aber voll und ganz erfüllt von einem

glühenden und lauteren Verständnis für die Sache: die Niederlage, den Ruin, die Abschlachtung Hitlers *unter Ausschluß aller übrigen Zwecke, Treueverpfiichtungen und Ziele*«.

Wenn aber das Töten von Deutschen und die totale Niederlage Deutschlands in Wahrheit das Churchills Geist bestimmende Ziel war, so wäre erst noch zu prüfen, ob denn daran etwas falsch gewesen ist. Ist nicht die totale Niederlage des Feindes genau das, was man im Kriege anstrebt ? Wieso kann Churchill sich geirrt haben, wenn er seine Kräfte dafür einsetzte ? Untersuchen wir diesen Punkt!

1 Petain, Patriot or Traifor'? London (A. Dakars), S. 134.

[2] W. Churchill, Memoirs, Band III, S. 20f. (Hervorhebung durch den Autor).

[117]

8. Kapitel

CHURCHILLS IRRTUM

»Der Krieg«, schrieb der preußische General von Clausewitz vor 120 Jahren, »ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. «Das entscheidende Wort in diesem Satz ist »Politik«. Man läßt sich auf einen Krieg ein für politische Zwecke, zur Förderung einer bestimmten Politik. Der militärische Teil der Angelegenheit, »die anderen Mittel« in der Clausewitz'schen Definition, hat dem Politischen zu dienen. Staaten ziehen es vor, ihre politischen Ziele gegenüber ihren Nachbarn durch Verhandlungen und Verträge zu erreichen. Nur wenn die Aussicht auf eine Einigung entschwindet, wird ein Rückgriff auf die Gewalt erwogen und zwar je nachdem, ob das besondere politische Ziel als hinreichend bedeutsam betrachtet wird, daß es die Risiken einer gewaltsamen Lösung rechtfertigt.

Die politischen Ziele, die zu einer gewaltsamen Entscheidung Anlaß geben, sind unterschiedlicher Art. Der gewöhnlichste Fall ist das Verlangen nach etwas, was der andere hat: sein Land, seine Märkte, sein Reichtum oder alles zusammen. Es kann aber auch der Drang zur Verbreitung irgendeines -ideologischen oder religiösen - Evangeliums sein. Ein territoriales Begehren lag dem deutsch-polnischen Kriege zugrunde. Der Wunsch nach Märkten stand hinter den englisch-spani-

[118]

sehen Kriegen des 16. und 18. Jahrhunderts, den englisch-holländischen Kriegen des 17. Jahrhunderts, dem amerikanisch-japanischen Krieg des 20. Jahrhunderts. In einer Rede von 1919 gab Präsident Wilson der Meinung Ausdruck, alle modernen Kriege seien von dieser Art: »Gibt es denn jemanden, Mann oder Weib, ja, gibt es ein Kind, das nicht wüßte, daß der Keim des Krieges in der modernen Welt industrielle und kommerzielle Rivalität ist? Dieser Krieg war ein Industrie- und Handelskrieg.«

Auf der anderen Seite, sagt man, sei ein ideologischer Kreuzzug, das Streben nach universeller Aufrichtung des Kommunismus, das permanente Ziel Rußlands in bezug auf die übrige Welt, obwohl auch dieser Kreuzzug nach allem, was mir bekannt ist, von einem wirtschaftlichen Ziel bestimmt sein mag. Rußland hat bisher zur Erreichung dieses Zieles noch nicht zu den »anderen Mitteln« gegriffen, aber das gegenwärtige Rüstungsprogramm des Westens gründet sich auf die Annahme, daß es dies eines Tages tun könnte.

Der entscheidende Punkt ist, daß der Krieg einen politischen Grund zum Kriegführen voraussetzt, mag es sich nun um Angriff oder Verteidigung handeln, und mithin ein politisches Ziel, das je nach dem Verlauf des Krieges gewonnen werden soll oder verloren wird. Ohne ein solches politisches Ziel wird der Krieg zu einem sinnlosen Gemetzel.

Was also war Churchills politisches Ziel, das er durch Anwendung von Waffengewalt erreichen wollte? Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Antwort lauten muß: er hatte kein derartiges Ziel. Sein Ziel war der Sieg. Aber Sieg ist kein politisches, sondern ein militärisches Ziel. Der Krieg ist tatsächlich nur die eine Methode zur Verwirklichung eines politischen Zieles und Diplomatie die andere. Churchills Kriegsdenken scheint bei der Methode des Handelns Halt gemacht zu haben und nicht soweit gegangen zu sein, irgendein politisches Ziel zu umfassen, zu dem der Sieg führen sollte.

[119]

Der Sieg als Endziel kann die Aufgabe eines Generals, eines Admirals, eines Luftmarschalls sein, denn mit dem Siege hört ihre Funktion als Soldaten auf, und die Diplomatie übernimmt wieder die volle Verantwortung für die Situation. Aber der Sieg ist kein Endziel für den Politiker. Im Gegenteil, er ist für ihn nur der Meilenstein, bei dem er dem Soldaten höflich für seine Dienste dankt und wieder dazu übergeht, nun das Clausewitz'sche Prinzip von der »Fortsetzung der Politik durch andere Mittel« in der umgekehrten Form anzuwenden, indem er jetzt die Gewalt durch Verhandlungen ersetzt. Wenn die ursprüngliche Politik, zu deren Unterstützung man zur Gewalt greifen mußte, klar überlegt war, und wenn die siegreichen Politiker auch während der leidenschaftserfüllten Wechselfälle der Gewaltanwendung einen klaren Kopf behalten haben, so wird die Politik nach dem Siege annähernd die gleiche sein wie die Politik vor Kriegsbeginn.

Wenn jedoch der Rückgriff auf den Krieg nicht die Fortsetzung der Politik, sondern statt dessen einen übergangslosen Wechsel der Politik, wie immer sie auch in Friedenszeiten beschaffen gewesen sein mag, zur Erreichung des militärischen Sieges darstellt, dann kann die

Erringung des Sieges nur bedeuten, daß damit politischer Verwirrung Tür und Tor geöffnet wird. Da nun Churchill diesen übergangslosen Wechsel vorgenommen zu haben scheint, ist es kaum überraschend, daß der von ihm um jeden Preis angestrebte Sieg sich als fast völlig unfruchtbar erwies. Um diesen Sieg zu erringen, war er zu jeglichem Opfer bereit, und nach diesen Opfern blieben die englischen Mitsieger halb bankrott, auf knappe Rationen gesetzt und finanziell in ihr Insel-Konzentrationslager eingesperrt zurück, während ihr Empire sich auflöste, ihr eigenes Land von amerikanischen Truppen besetzt wurde und ihre Wirtschaft in Abhängigkeit von amerikanischer Wohltätigkeit geriet. Und wofür? Daß die Deutschen dauernd entwaffnet bleiben sollten ? Es dauerte gerade drei oder vier Jahre, da

[120]

baten wir die Deutschen wieder aufzurüsten, so bald es ihnen beliebe!

Wenn aber Churchill hinter dem falschen Ziele herjagte, das sich auf die falsche Hypothese eines Deutschlands als »Würger-Vogel« der Geschichte stützte - wie kam er zu diesem elementaren Irrtum ? Niemand vermag es zu sagen. Aber es ist sehr wohl möglich, daß Churchills unleugbare Begeisterung für die persönliche Leitung von Kriegsoperationen seinen politischen Blick trübte. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß er sein Leben lang brennend daran interessiert war, im Kriege eine militärische Befehlsgewalt auszuüben. Der Hauptgrund seiner Auseinandersetzung mit Lord Fisher 1915 war nicht so sehr der Meinungsstreit über das Dardanellenunternehmen, sondern sein eigenes Verhalten: daß er häufig dem Ersten Seelord und den Seeoffizieren die Operationen aus der Hand nahm und diesen selbst Befehle erteilte, sehr häufig sogar, ohne den Seelords zu sagen, was unternommen wurde, so daß sie dann vor vollendeten Tatsachen standen. Daß Churchill in der gleichen Weise danach strebte, während des zweiten Weltkrieges die gesamte Leitung der Operationen in seiner Hand zu vereinen, ergibt sich deutlich aus seinen eigenen Kriegsmemoiren. Mithin ist es denkbar, daß der Politiker in Churchill dem Strategen geopfert wurde.

Ob dabei ein guter oder ein schlechter Stratege herauskam, darüber wird unvermeidlicher Weise im Laufe der Zeit noch viel geschrieben werden. Es spielt aber für die hier zu behandelnde Frage keine Rolle, ob Churchill seine eigentliche Aufgabe als Downing-Street-Politiker vernachlässigte, um seine Fähigkeiten als ein Whitehall-Napoleon zu erproben. Sein Blick war so sehr vom Zauberbild eines militärischen Triumphes gefesselt, daß ihm die Frage nach dem Zweck eines solchen Triumphes - falls er erreicht werden konnte -gar nicht in den Sinn kam. Wenn sie ihm doch in den Sinn

[121]

kam, so beurteilte er die politischen Wahrscheinlichkeiten beklagenswert falsch, die exakt vorauszusehen seine besondere Aufgabe gewesen wäre. Welcher Friede mit Deutschland wünschenswert war, ein Sieg-Friede oder ein Verhandlungsfriede, das mußte ebenso von der wahrscheinlichen internationalen Lage nach einem militärischen Sieg abhängen wie von der voraussichtlichen Reaktion der einzelnen Verbündeten und gegnerischen Großmächte darauf. Diese Reaktionen abzuschätzen, war Churchills erste Aufgabe als Politiker. Aber seine Schätzungen in dieser Hinsicht waren erschreckend falsch. Entweder kam er von selbst zu der Annahme, Rußland werde sich, wenn Deutschland für dauernd am Boden läge, als Musternachbar benehmen, oder er ließ sich dazu von Präsident Roosevelt überreden, der bei all seiner scharfsinnigen Geschicklichkeit in der Behandlung der verwickelten Probleme der amerikanischen Innenpolitik während des Krieges zu einem kritiklosen Bewunderer Joseph Stalins wurde. Vielleicht war Churchill aber auch in die vielfältige Aufgabe, auf die er sich als Organisator des bedingungslosen Sieges gestürzt hatte, so vertieft, daß ihm keine Zeit für eine Frage nach dem Sinn des Krieges blieb. Wie sich dies nun auch in seinem Kopf abgespielt haben mag, zweifellos konnte er in seiner ureigenen politischen Sphäre und in den hier gebotenen Pflichten, ein vernünftiges politisches Kampfziel herauszuarbeiten, kaum vollständiger versagen.

Man könnte einwenden, Churchill habe nicht im voraus wissen können, daß Rußland sich nach dem Kriege gegen den Westen wenden würde. Die zweifellos korrekte Antwort darauf lautet: dies zu wissen war sein Beruf. Dies zu beurteilen war ja gerade seine Aufgabe als politischer Führer in Kriegszeiten. Ein General hat die strategischen Pläne des Feindes abzuschätzen und die geeigneten militärischen Maßnahmen zu entwerfen, um diese Pläne zu vereiteln. Genau so hat der Politiker sich über die politischen Pläne von Freund und Feind

[122]

klar zu werden und dementsprechend die Politik seines eigenen Landes einzurichten zusammen mit den großen Linien der Strategie, die von dieser Politik abhängen. In beiden Fällen ist die Richtigkeit maßgebend für den Erfolg, und da für falsche Berechnungen des Generals keine Entschuldigungen gelten, so besteht kein Grund, warum es beim Politiker anders sein sollte. Der Erfolg allein entscheidet.

Ein Zerwürfnis zwischen Rußland und seinen angelsächsischen Verbündeten lag durchaus im Bereich des Möglichen. Denn die Geschichte lehrt, daß Verbündete sehr häufig nach errungenem Sieg in

Streit geraten. Schon kurze Zeit nach der Niederlage Deutschlands 1918 entstanden ernste Gegensätze zwischen Engländern und Franzosen. Die Mitglieder des 1912 gegen die Türkei siegreichen Balkanbundes gerieten sofort in Streit und Krieg miteinander. In der Tat ist der Streit über die Kriegsbeute mehr oder weniger sprichwörtlich. Tatsächlich waren ja auch in England viele Leute von schweren Zweifeln über die Nachkriegsloyalität der Kriegsverbündeten erfüllt und einige von ihnen haben ihre Befürchtungen auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. So sagte zum Beispiel Lord Huntington im Oberhaus am n. Oktober 1944: »Es ist höchst unwahrscheinlich, daß es im Verlaufe einiger Jahre, ohne Bedrohung von Seiten eines äußeren Feindes, keinen Streit und keine Auseinandersetzung zwischen den Großen Fünf geben sollte. Veruneinigen sie sich aber: wer von ihnen wird dann das Urteil über den Angreifer sprechen?... Unglücklicherweise ist es beinahe immer so, daß Bündnisse nach einem großen Kriege auseinanderfallen. Bereits jetzt haben wir noch während des Kriegsdruckes Anzeichen von Spannungen gesehen, und viele Konflikte werden den Siegern in einem Hinterhalt auflauern.«

Außerdem konnte man von Churchill mehr als von jedem anderen englischen Politiker erwarten, daß ihn die Frage nach der künftigen Verläßlichkeit Rußlands umtrieb. Er war doch

[123]

in erster Linie für den Versuch von 1919 verantwortlich, mit Waffengewalt die Errichtung des kommunistischen Regimes in Rußland zu verhindern, und 1940 hatte er sich für die (niemals durchgeführte) Expedition zur Unterstützung der Finnen gegen die in ihr Land eingedrungenen Russen eingesetzt, wobei er damals die historische Äußerung tat: »Der Kommunismus verdirbt die Seele einer Nation.«

In Jalta aber stimmte er zu, daß .Hunderttausende von Quadratkilometern polnischen Gebietes (von Estland, Lettland und Litauen gar nicht zu reden,) den Seelenverderbern übereignet wurden, ohne Zustimmung der Einwohner, in flagranter Mißachtung der Atlantikcharter, die er und der Präsident der Vereinigten Staaten früher im Kriege laut der Welt verkündet hatten, und in offenkundiger Geringschätzung der Tatsache, daß England 1939 Deutschland um der Aufrechterhaltung der Unverletzlichkeit des polnischen Gebietes willen den Krieg erklärt hatte. Es kam hinzu, daß mit der Entschädigung der Polen durch ostdeutsches Gebiet und mit der Unterstellung der Hälfte Restdeutschlands unter russische Besetzung der historische Puffer zwischen Moskau und den Atlantikstaaten beseitigt wurde.

Es gab keinen realen Grund, der russischen Bündnistreue zu trauen. Rußland kämpfte nur deshalb auf der gleichen Seite wie England, weil es durch den deutschen Angriff dorthin getrieben worden war. In den zweiundzwanzig Jahren zwischen 1917 und 1959 hatte es der kapitalistischen Welt kein neues Beispiel internationaler Vertrauenswürdigkeit und redlichen Verhandelns gegeben. Weit entfernt l Daß Churchill, der ein Vierteljahrhundert lang unter den englischen Politikern in der ersten Reihe der Kritiker des kommunistischen Rußland gestanden hatte, blind gewesen sei, gegenüber den möglichen Nachteilen der Jalta-Vorschläge und besonders der Halbierung Deutschlands zugunsten Rußlands, ist kaum vorstellbar.

[124]

War er es aber nicht -wie konnte er dann die von Stalin in Jalta vorgebrachten Forderungen annehmen, die in einem so krassen Gegensatz zu der von England gegebenen Begründung für den Eintritt in den Krieg gegen Deutschland standen, und die, wenn Churchill an das glaubte, was er von 1917 bis 1941 gepredigt hatte, so offenkundig gleichbedeutend waren mit einer künftigen Bedrohung der europäischen Stabilität ? Man könnte einwenden, Rußland würde sich auf jeden Fall genommen haben, was es wünschte, ob Churchill zustimmte oder nicht. Man kann auch zugeben, daß Präsident Roosevelt sich damals nicht nur in einem Zustand törichter Halluzinationen hinsichtlich der jungfräulichen Reinheit der Motive Marschall Stalins befand, sondern verzweifelt darauf bedacht war, amerikanische Opfer beim Angriff auf Japan zu sparen, indem er Rußland zum Eintritt in den fernöstlichen Krieg veranlaßte. Dafür war der Präsident bereit, den russischen Diktator mit polnischem und deutschem Gebiet in Europa zu bestechen, obwohl dies bedeutete, die gesamten ethnischen und politischen Verhältnisse Europas in den Schmelztiegel zu werfen und dabei Englands Kriegserklärungsbegründung -Unterstützung Polens - zum Gespött zu machen. Es besteht auch kaum ein Zweifel, daß die englische und amerikanische Einwilligung in die russischen Forderungen unter dem starken Druck geschickt hingeworfener Andeutungen der russischen Delegation erfolgte, die Russen könnten einen Sonderfrieden mit Deutschland in Erwägung ziehen, falls Engländer und Amerikaner ihren Wünschen ernste Schwierigkeiten in den Weg legten.

Alle diese Komplikationen könnten den Anschein erwecken, als habe Churchill hilflos klein beigeben müssen. Tatsächlich lag aber das entscheidende Argument in seiner Hand, wenn er nur Gebrauch davon machen wollte. Wenn einer der Koalitionspartner schon die Drohung

mit einem Übergang auf die deutsche Seite als Druckmittel auf die Verbündeten

[125]

anwendete, so brauchte dies nicht auf die Russen beschränkt zu sein, die keineswegs eine ideale Ausgangsposition dafür hatten. Hätte man die Deutschen vor die Wahl zwischen einer Verständigung mit Rußland oder mit England gestellt, würden sie zweifellos mit beiden Händen nach der zweiten Möglichkeit gegriffen haben. Sie würden dafür allen nur irgendwie vernünftigen Bedingungen zugestimmt und ohne Zögern Hitler und die Nazis beseitigt haben. Sogar Hitler selbst war ja von Anbeginn an zu einer Verständigung mit England nur allzu bereit und würde sie mehr als irgend etwas anderes begrüßt haben. Das ergibt sich deutlich aus den Büchern von Captain Liddell Hart und F. H. Hinsley, worauf noch einzugehen sein wird[1].

Mithin, wenn schon Andeutungen über eine etwaige Verständigung mit Deutschland gemacht werden sollten, so hätte Churchill am wirksamsten unter den großen Drei davon Gebrauch machen können. Er, nicht die beiden anderen, hielt im englisch-amerikanisch-russischen Dreiecksspiel die Trumpfkarte in der Hand, mit deren Hilfe er die beiden Partner seinem Willen hätte gefügig machen können. Warum spielte er sie nicht aus, um auf diese Weise die gefährliche und unglücklich jämmerliche Lage zu vermeiden, in der Europa und England sich heute befinden?

Obwohl verschiedene Erklärungen vorgebracht werden könnten, warum er diese günstige Gelegenheit versäumte, so sind es in Wirklichkeit zwei beherrschende Beweggründe, die jeden Gedanken an eine derartige Taktik absolut ausschlössen. Der eine war, daß Churchill die vollständige und endgültige Niederlage der Deutschen als sein höchstes Ziel betrachtete. Da er fest und ohne Schwanken an der »bedingungslosen Kapitulation« als seinem Ziel festhielt, war es unvermeidlich, daß er sich den russisch-amerikanischen Vorstellungen vom

[1] B. S. Liddell Hart, The Other Side of the Hill, London (Cassell); F. H. Hinsley, Hitler's Strategy (Cambridge University Press).

[126]

Schicksal Deutschlands unterwarf. Ohne die gemeinsame Hilfe seiner Verbündeten konnte Churchill Deutschland nicht besiegen und sein Ziel nicht erreichen. Solange er also an diesem Ziel festhielt, hatte er keine andere Wahl, als sich dem Geheiß seiner Alliierten zu fügen. Hätte er aber an Stelle seines militärischen Zieles ein politisches

gehabt, so wäre die Lage völlig anders gewesen und die Welt könnte sich heute in einem besser gesicherten Zustand befinden.

Wir wollen nun die anderen Gründe prüfen.

[127]

9. Kapitel

KOSTSPIELIGER HASS

Zu der Zeit, als die »Großen Drei« in Jalta versammelt waren, hatte man das englische Volk bereits nahezu sechs Jahre lang mit einer intensiven Haßpropaganda gegen die Deutschen bearbeitet. Diese wurden als die Verkörperung jeglichen Übels hingestellt, als die einzigen Urheber des Krieges und nicht nur dieses Krieges, sondern auch des vorigen Weltkrieges und der meisten früheren Kriege. Sie wurden geschmäht und verleumdet: dieses ruchlose und verworfene Volk sei auf dem Wege der Grausamkeit und Falschheit, der rücksichtslosen Mißachtung aller zivilisierten Übereinkommen in Schimpf und Schande vorangegangen. Die Deutschen, so wurde behauptet, hätten die Bombardierung offener Städte begonnen[1] und sich in ihrer Kriegführung über alle völkerrechtlichen Vorschriften hinweggesetzt. Wir haben im zweiten Kapitel die wütenden Anschuldigungen behandelt, die ein so hochgestellter Mann wie Sir Robert Vansittart gegen alles erhob, was aus Deutschland an die Öffentlichkeit drang, Vansittart, bei dessen bösartigen Vorwürfen der Mann auf der Straße mit gutem Grund eine besondere Sachkenntnis voraussetzen durfte.

[1] Ich gehe an anderer Stelle in diesem Kapitel darauf ein.

[128]

Churchill hatte bei solchen Beschimpfungen nicht hinter seinem diplomatischen Gehilfen zurückgestanden. Vom Anfang des Krieges an und ganz besonders, seit er 1940 Premierminister geworden war, hatte er die Deutschen mit Verleumdungen und Drohungen bombardiert. Es gab keine Schlechtigkeit, die er ihnen nicht nachgesagt hätte. Zweimal hintereinander hatten diese Verbrecher Europa zu einem Schlachthaus gemacht; ihr gegenwärtiger Führer war ein »blutdürstiger Gassenstrolch«, sie selbst müßten »bluten und

brennen«, und es gäbe »keine Gewaltmaßnahme«, die von England nicht zur Vernichtung ihrer verruchten Macht angewandt würde. Nachdem das englische Volk jahrelang derartige Äußerungen seines Premierministers und der Schar seiner Nachbeter über seinen Hauptfeind gehört und gelesen hatte, war es natürlich, daß es schon vor 1945 die Deutschen als des Teufels nächste Verwandte betrachtete. Hätte also Churchill plötzlich verkündet, England schere aus dem Kriege aus, weil Russen und Amerikaner die Deutschen nach ihrer Niederlage zu hart behandeln wollten, oder gar, England verbünde sich mit Deutschland gegen seine bisherigen Alliierten, so würden Erstaunen und Entsetzen dem englischen Volk die Sprache verschlagen haben.

Es war unmöglich! Die Bevölkerung der englischen Inseln war durch Propaganda in einen Zustand leidenschaftlichen Hasses auf Hitler, die Nazipartei, die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk versetzt worden. Wiederholt war ihr gesagt worden, »der einzige gute Deutsche sei ein toter Deutscher«, und das Kriegsziel sei die bedingungslose Kapitulation Deutschlands. Die Engländer hätten eine plötzliche Preisgabe aller dieser Ideen nicht geduldet.

Aber diese Anfüllung mit Haß gegen den Feind und dazu der Glaube, er müsse überwältigt werden, koste es was es wolle, brachte die Engländer in eine sehr üble Lage, wenn einer ihrer Verbündeten dem Feinde gegenüber eine andere

[129]

Haltung einnahm oder damit drohte. Konnte Stalin einigermaßen glaubhaft den Eindruck erwecken, er werde sich aus dem Kampfe gegen Deutschland zurückziehen, so gab ihm dies sichtlich einen entscheidenden Vorteil gegenüber Churchill, wenn dieser unwiderruflich auf eine deutsche Niederlage festgelegt war. Die Peitsche in der Hand konnte Stalin dann seine politischen Ziele durchsetzen, während Churchill gezwungen war, nach dem Knall der russischen Peitsche zu tanzen, wie nachteilig auch immer dieser Tanz auf weite Sicht für Englands Interessen sein würde. Daß Stalin aber dermaßen die Oberhand erlangte und die englische Zustimmung zu Nachkriegsverhältnissen erreichen konnte, die in erster Linie die gegenwärtige gefährliche Weltspannung verursacht haben, dafür liegt die Ursache klar zutage: sein Ziel war politischer und nicht nur militärischer Natur, sein Blick reichte über den Sieg hinaus bis zum politischen Siegespreis und war nicht auf den Sieg allein begrenzt und beschränkt. Stalin sah wie Clausewitz im Sieg ein Mittel zum Ziel, nicht das Ziel an sich. Churchill aber mit seiner begrenzteren Auffassung von Kriegführung stand Marschall Stalins weiterzielenden Plänen hilflos gegenüber.

Stalin brauchte natürlich keine Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen, die heute patriotisch und morgen das Gegenteil war, je nachdem er und das Politbüro ihre Meinung änderten. Im übrigen waren die Kommunisten in Rußland und in ganz Europa nach achtundzwanzig Jahren strikter, durch Säuberungen und Liquidationen erzwungener Unterwürfigkeit gegenüber einem rücksichtslosen Regierungsopportunismus wohl vorbereitet auf drastische politische Wendungen: heute zu verbrennen, was sie gestern angebetet hatten, oder eine fremde Nation heute als ein Rudel faschistischer Hyänen zu beschimpfen und sie morgen als Mitarbeiter am Aufbau des roten Paradieses zu begrüßen. Gerade weil die englische öffentliche Meinung diese bequeme

[130]

Fügsamkeit nicht besaß, hätte elementare Klugheit die britischen Kriegspolitiker abhalten sollen, die Leidenschaften der Massen gegen den deutschen Feind zu sehr zu schüren: im Hinblick auf den Fall, daß Staatsnotwendigkeiten eine wohlwollendere Beurteilung des Feindes heischten. Aber Churchill gab sich die größte Mühe, mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen, derartige Leidenschaften zu erregen. Alles in dieser Welt hat seinen Preis, und der Preis für den während des zweiten Weltkrieges unter dem englischen Volk so emsig gesäten Haß sollte sich als sehr hoch erweisen: die gegenüber den Deutschen erregte starre Geisteshaltung machte die Engländer zur leichten Beute ihrer besser rechnenden russischen Verbündeten.

Den Massen des englischen Volkes kann man aber keinen Vorwurf machen, wenn sie mit Haß auf die Haßpropaganda während des Krieges antworteten und ihren politischen Führern glaubten, die immer wieder die vollständige und gründliche Niederlage Deutschlands als einzige Hoffnung für die Welt bezeichneten. Der Mann auf der Straße hatte keinen Grund, solche Lehren für unvernünftig zu halten. Der einzige andere große Krieg, den er miterlebt hatte, war doch gerade mit einer solchen Niederlage Deutschlands beendet worden, der ein Diktatfriede folgte; und wenn dieser Frieden in der Zwischenkriegszeit kritisiert worden war, so am lautesten und eindringlichsten von denen, die behaupteten, dem deutschen Volk sei seine Niederlage nicht deutlich genug zum Bewußtsein gebracht worden, und der Versailler Vertrag sei nicht hart genug gewesen. Wenn also dem einfachen Engländer nach 1939 erzählt wurde, der zweite Weltkrieg sei auf die zu große Milde beim vorigen Mal zurückzuführen, warum hätte er daran zweifeln sollen ? Von der Kriegsgeschichte wußte er wenig oder gar nichts, und es war ihm deshalb auch unbekannt, daß weitaus die Mehrzahl der Kriege, an

denen England seit der Landung bei Hastings 1066 teilgenommen hatte,

[131]

nicht mit einem »totalen Sieg«, sondern mit einem Verhandlungs- und Kompromißfrieden geendet hatte. Tatsächlich sind ja von den vierzehn Kriegen, die England von den Tagen der spanischen Armada bis zum ersten Weltkrieg gegen einen weißen Gegner geführt hat, nur zwei - der Krieg gegen Napoleon und der Burenkrieg - bis zum vollständigen Siege ausgekämpft worden. Dem einfachen Engländer war auch unbekannt, daß, wie im zweiten Kapitel erwähnt, keiner dieser vierzehn englischen Kriege gegen den deutschen »Würger« geführt worden war. Nichts dergleichen. In der Mitte des 17. Jahrhunderts waren die Holländer Englands Hauptfeinde, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und während des ganzen 18. Jahrhunderts die Franzosen. Von der Überwindung Napoleons bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren unsere einzigen aktiven weißen Feinde die Russen und die Buren.

Die Geschichte lehrt überdies, daß Bündnisse nicht ewig dauern. Die Gruppierung von Nationen für Kriegszwecke hat sich, wie nicht anders zu erwarten, beständig geändert, um das Gleichgewicht der Kräfte zu bewahren oder Vorteile des Augenblicks zu erhaschen. So kämpfte England 167 z Seite an Seite mit Frankreich gegen Holland, aber 1689 mit Holland gegen Frankreich; oder in einem anderen Falle 1814 mit Rußland gegen Frankreich und 1854 mit Frankreich gegen Rußland. Es ist in der Tat eine historische Binsenwahrheit, daß der Feind des einen Krieges der Verbündete des nächsten ist.

Ja, manchmal sogar der Verbündete des gleichen Krieges. Im Jahre 1793 standen die Spanier auf Seiten der Engländer gegen die Franzosen; drei Jahre später wechselten sie die Front und wurden Frankreichs Verbündete gegen die Engländer. Im nächsten, im napoleonischen Kriege vollführten sie das gleiche Manöver, nur in umgekehrter Folge. Zu Anfang teilten sie als Verbündete Frankreichs die vernichtende Niederlage von Trafalgar, während sie 1808 ihre Geschicke mit denen der Engländer gegen die Franzosen verbanden und gemeinsam mit Welling-

[132]

tons Armee die Franzosen von der Iberischen Halbinsel vertrieben.

Rußland hat eine bemerkenswerte Tradition im Frontwechseln. 1798 beteiligte es sich am Kriege gegen die Franzosen. Nur zwei Jahre später nahm es an der gegen England gerichteten bewaffneten Neutralität der nordischen Staaten teil und nach dem Frieden von

Amiens wiederum 1804 am neuen Kriege gegen Frankreich. Aber auch diese Stimmung währte nur drei Jahre. 1807 hatte Rußland erneut die Seiten gewechselt, und der Zar war ein warmer Freund Napoleons geworden, mit dem er Geheimverträge gegen England schloß. 1811 gerieten die beiden Kaiser aber in Streit, und im folgenden Jahr befand sich der Zar im Krieg mit Napoleon. So hat Rußland zwischen 1798 und 1812 nicht weniger als viermal die Front gewechselt.

Diese Beispiele eines Frontwechsels sind aber beileibe keine historischen Absonderlichkeiten der Vergangenheit. Dasselbe haben wir auch im 20. Jahrhundert erlebt. Im Juli 1914 gehörte Italien mit Deutschland und Österreich-Ungarn zum Dreibund. Rom fand aber einen Vorwand, um dem Krieg fernzubleiben, als er im folgenden Monat ausbrach. Ein Jahr später gab es aber seine Neutralität auf und trat in den Krieg ein. Zugunsten seiner einstigen Verbündeten ? Nein, sondern gegen sie. Das Gleiche wiederholte sich 1943 nach der italienischen Kapitulation gegenüber den in Italien gelandeten Engländern und Amerikanern. Wiederum wandte Italien sich gegen seine deutschen Verbündeten. Churchill sah offenbar in dieser Umkehrung der Loyalität nichts Unehrenhaftes; er bezeichnete sie vielmehr als »Abarbeiten der Passage« Italiens zu neuem Ansehen. Als im Sommer 1939 ein Konflikt zwischen England und Deutschland bereits so gut wie sicher schien, verhandelte Rußland gleichzeitig mit beiden Seiten über ein Bündnis und wählte die deutsche Seite, zweifellos, weil es hier seinen größten Nutzen erblickte.

[133]

Übrigens war Churchill selbst einer englischen militärischen Kehrtwendung im Falle Frankreichs nicht abgeneigt. Beide Länder waren als Verbündete in den Krieg eingetreten und hatten sich verpflichtet, keinen Sonderfrieden zu schließen. 1940 aber mußte Frankreich durch das unwiderstehliche Faktum der Niederlage im Felde aus dem Kriege ausscheiden. Gegen dieses zwingende Argument läßt sich keine Anklage wegen Fahnenflucht aufrechterhalten. Höhere Gewalt ist zwingend.

Daraufhin entsandte Churchill ein Geschwader nach Oran (Mers-el-Kebir), mit dem Auftrag, die dort liegenden französischen Kriegsschiffe zur Übergabe aufzufordern und im Weigerungsfalle zu versenken. Die Übergabe wurde abgelehnt; das Feuer eröffnet, das französische Schlachtschiff Bretagne flog in die Luft, zwei andere trieben an Land und die Rechnung bezahlten 1500 französische Seeleute mit ihrem Leben, Die Engländer sollten sich nicht täuschen und annehmen, das sei keine Kriegführung gegen Frankreich gewesen. Was dort geschah, stimmt genau überein mit der Kriegsdefinition von Clausewitz als »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«. Die

Politik bestand darin, sicherzustellen, daß unter keinen Umständen das französische Oran-Geschwader gegen die Engländer verwendet werden konnte. Man hoffte, dies durch Verhandlungen zu erreichen. Als die Verhandlungen aber fehlschlugen, wurden die »anderen Mittel« direkter Gewalt angewandt - und das war Krieg.

Krieg wurde gegen Frankreich auch in Nordafrika geführt, allerdings unter Mitwirkung der Amerikaner, die sogar das Oberkommando innehatten, in der Normandie bei der Landung und den sich anschließenden Operationen auf französischem Boden sowie bei den Bombenangriffen, die diesen Unternehmungen vorangingen und sie begleiteten.

Man kann geltend machen, daß die Franzosen eine Befreiung von der deutschen Besetzung herbeisehnten und daher selbst eine antideutsche Invasion Frankreichs erwarteten.

[134]

Daß sie eine Beendigung der Besetzung wünschten, war natürlich, ob aber auf diese Weise, ist gewiß fraglich. Sicher werden wir es nie wissen, denn die französische Nation wurde nicht im voraus um ihre Meinung befragt. Mich dünkt aber, daß bei einer Abstimmung über eine Befreiung durch Landung in Frankreich oder etwa in Holland oder Schleswig-Holstein eine große Mehrheit für eine der beiden letztgenannten Möglichkeiten gewesen wäre.

In England wurde dem Volk damals erzählt, die angelsächsischen Bombenangriffe auf französische Fabriken und andere Ziele seien in Frankreich höchst populär, und die Franzosen seien so glücklich über die Zerbombung ihrer Häuser und die Tötung ihrer Verwandten und Nachbarn, daß sie auf die Straße liefen, um begeistert den Bombern zuzuwinken. Mir erschienen diese Geschichten beim Lesen als ein geradezu übermenschlicher Grad patriotischen Gefühls der Franzosen. Sisley Huddleston, der während des Krieges in Frankreich war, räumt denn auch mit der Auffassung auf, dieses Winken sei, wenn es vorgekommen ist, für die allgemeine Stimmung bezeichnend gewesen: »Die Bombenangriffe haben der alliierten Sache eindeutig geschadet... In einer mir bekannten Stadt (in der Normandie) wurden von 5 000 Einwohnern 2000 getötet oder verwundet und kaum ein Haus blieb stehen. Es ist besser, die Überlebenden nicht zu fragen, was sie heute denken. Unter der offiziellen Freundschaft für England und Amerika glimmt ein Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein... Der Gedanke erfüllte die Franzosen mit Schmerz, daß man keinen Unterschied zwischen Deutschen und Franzosen machen konnte, und daß sie tatsächlich, wenn nicht absichtlich, mit den Deutschen in einen Topf geworfen wurden wie Feinde, die es zu treffen galt...«[1].

Ich selbst befand mich am Tage nach der Landung in einem Stadtteil von Courseulles an der Normandieküste und wurde

[1] Petain, Patriot or Traitor, London (Dakers), S. 202.

[135]

davor gewarnt, mich allein in den weniger belebten Teil der Kleinstadt zu begeben, denn die französischen Bewohner seien wegen der Art ihrer Befreiung so auf Rache aus, daß sie jede günstige Gelegenheit benützten, ihre Befreier aus dem Hinterhalt umzulegen. Ein Land zu bombardieren, seine Fabriken zu zerstören, seine Städte dem Erdboden gleichzumachen, seine Einwohner zu verwunden oder zu töten: das heißt gegen dieses Land Krieg führen, ob es nun - wirklich oder angeblich - zum Nutzen dieses Landes getan wird oder nicht. Wir mögen gedacht haben, den Franzosen etwas Gutes zu tun, wenn wir sie und ihr Land hart hernähmen. Unleugbar haben wir aber geglaubt, gleichzeitig unseren eigenen Interessen zu dienen, und es ist unwahrscheinlich, daß wir und die Amerikaner ohne ausreichenden Gewinn in dieser Hinsicht Franzosen nur zu ihrem eigenen Besten getötet haben würden. Wer weiß, vielleicht kommt eine Zeit, in der die Engländer sich in der gleichen Lage befinden wie damals die Franzosen und nach einem Atombombenangriff von der einen Seite mit Atombomben von der anderen angegriffen werden. Sollte das eintreten, so kenne ich mindestens einen Engländer, dem es schwerfallen wird, in dem einen oder anderen Bombenangriff die Freundschaftstat eines friedliebenden Gönners zu sehen.

Nach so vielen Präzedenzfällen bestand kein Grund, warum Churchill - angenommen, er wäre vorsichtig genug gewesen, die öffentliche Meinung, über den Feind klüglich zu mäßigen - hätte zimperlich zu sein brauchen, ein Abkommen mit Deutschland in Erwägung zu ziehen, wenn dieses für England von Vor feil war. Da die Russen 1939 genau diesen Kurs eingeschlagen hatten, und da man von ihnen wußte, daß sie auch nach 1941 wieder dazu bereit waren, so war es kein imponierendes Schaustück diplomatischer Finesse, wenn der englische Premierminister ein so ungeheuer mächtiges moralisches Zwangsmittel den Russen überließ, ohne jeden Versuch

[136]

eines Gegenzuges gleicher Art. Daß er dies unterließ, hieß den Russen einen Unterhandlungsvorteil von unschätzbarem Wert ohne jede Gegenleistung als Geschenk darbringen. Aber 1945 war Churchill nicht mehr Herr seiner Entschlüsse. Er hatte in den vorangegangenen Kriegsjahren so viel Öl ins Feuer des Deutschenhasses gegossen, daß

die nationalen Leidenschaften zu ungestüm loderten, als daß man sie hätte noch löschen können.

Churchill konnte sich nur vor dem Sturm hertreiben lassen, den er selbst heraufbeschworen hatte. Aber es liegt auch kein Beweis dafür vor, daß er sich selbst etwas anderes gewünscht hätte.

Ja, im sechsten Band seiner Kriegserinnerungen, *Triumph und Tragödie*, macht Churchill ein äußerst bezeichnendes

Eingeständnis. Er schildert die Rundfahrt durch Berlin, die er am Tage nach seiner Ankunft zur Potsdamer Konferenz im Juli 1945 unternahm, und schreibt: »Als ich aus dem Auto stieg und mich unter den Leuten bewegte, fingen sie an, mir zuzujubeln... *Mein Haß war erloschen, seit die Deutschen kapituliert hatten*, und ich war von ihren Kundgebungen... tief ergriffen« [1].

»Mein Haß war erloschen, seit die Deutschen kapituliert hatten«: der Premierminister hatte also in Haß auf den Feind geschwelgt, während des Krieges - und vielleicht auch vorher. Als Mensch stand es Churchill völlig frei, sich den stärksten Gefühlsregungen gegenüber den Deutschen hinzugeben. Für den Staatsmann aber war ein persönlicher Haß verhängnisvoll, weil er unvermeidlich die kühle und leidenschaftslose Betrachtungsweise zerstört, die das wesentliche Kennzeichen des Staatsmannes ist. Daß Churchill die Haßpropaganda gegen Deutschland anspornte, war deshalb vielleicht weniger Teil einer wohlüberlegten Politik als ein Ausfluß persönlichen Grimmes.

[1] Vorabdruck in Daily Telegraf, 14. XII. 1953

[137]

Damit soll nicht gesagt sein, Churchill hätte die Haßpropaganda erfunden. Er führte nur etwas weiter, was zwar so alt war wie das Kriegführen überhaupt, aber im vorangegangenen Krieg von 1914/18 eine ungeheure Steigerung erfahren hatte. In diesem Kriege wurde die Haßpropaganda zum erstenmal gleichsam mit System betrieben. Das Ergebnis war ein mit riesigem Erfolg und mit so gut wie völliger Skrupellosigkeit geführter Propagandafeldzug. Jede Fälschung, jede Unterdrückung der Wahrheit wurde angewandt, wenn sie dazu beitrug, den Feind anzuschwärzen. Jede Greuelgeschichte, mochte sie wahr sein oder nicht, wurde nach allen Seiten verbreitet; und diese Geschichten waren häufig erlogen. Mit allen Mitteln wurde 1917 ein grausiger Bericht verbreitet, wonach die Deutschen die Leichen ihrer Gefallenen verkochten, um Glyzerin und andere Nebenprodukte für die Munitionsherstellung zu gewinnen. Diese Geschichte machte auf Millionen Engländer einen tiefen Eindruck, die über eine solche

dämonische Bestialität entsetzt waren und daraus den Schluß zogen, die Deutschen seien schlimmer als alle Übel der Welt.

Diese Geschichte war eine Lüge - eine wohlüberlegte Lüge, die mit bösartiger Absicht von Seiten der Engländer aufgebracht und vorsätzlich zu dem Zweck in Umlauf gesetzt wurde, die Massenleidenschaften gegen den deutschen Feind aufzupeitschen. Das wurde nach dem Kriege sogar von einem englischen Kabinettsmitglied öffentlich zugegeben[1].

Die Haßpropaganda des zweiten Weltkrieges war also nur die Fortsetzung der im ersten Krieg befolgten Politik, allerdings erheblich gesteigert durch die jetzt verfügbaren neuen Nachrichtenmittel. 1939 konnte der Rundfunk die geifernden Verunglimpfungen durch das Wort, vorgetragen von routinierten Sprechern, unmittelbar in Millionen Wohnungen bringen,

* Außenminister Sir Austen Chamberlain im Unterhaus, Sitzung vom 2. XII. 1925; siehe den Hansard-Parlamentsbericht über diese Sitzung.

[158]

während der Film hinterlistig den Haß gegen den Feind in die überfüllten Stätten der Lieblingsunterhaltung des Volkes hineintrug. Die Ergebnisse ließen für die Manager nichts zu wünschen übrig. Auch heute, neun Jahre nach dem Ende des zweiten deutschen Krieges, gibt es genug Beweise dafür, daß die Gedanken vieler Engländer noch immer durch den grimmigen Zorn vergiftet sind, der absichtsvoll während der Kriegszeit in ihren Herzen gegen die Deutschen entfacht wurde.

Ein besonderer Grund englischer Erbitterung ist noch heute die Erinnerung an die deutschen Bombenangriffe auf London und andere Städte. Denn während des Krieges hatte man diese »ersten« Luftangriffe auf offene Städte als Höhepunkt der deutschen Gemeinheit mit ungeheurem Erfolg propagandistisch ausgeschlachtet. Es ist deshalb einigermaßen verblüffend, im Buch eines früheren hohen Beamten des britischen Luftfahrtministeriums zu lesen, daß die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele nicht nur von England ausgegangen war, sondern daß die Engländer stolz darauf sein sollten. Ich zitiere: »Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde - der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten, deshalb scheuten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom 11. Mai 1940 die verdiente Publizität zu geben. Das war sicher ein Fehler. Es war ein prächtiger Entschluß«[1].

Ein prächtiger Entschluß oder nicht; meisterlich geschickt war jedenfalls der gleichzeitige Beschluß, daß wir aus nervöser Sorge vor einer deutschen »Entstellung« unserer Initiative in dieser Angelegenheit, sie lieber selbst verdrehten und die Verantwortung auf die Deutschen schoben.

[1] J.M.Spaight, C.B., C.B.E. (früherer Erster Staatssekretär im Luftfahrtministerium), Bombing Vindicated (Gerechtfertigte Bombenangriffe) London (Geoffrey Bles), S. 74.

[139]

»Es war nicht sicher«, sagt J. M. Spaight, »aber doch recht wahrscheinlich, daß unsere Hauptstadt und unsere Industriezentren nicht angegriffen worden wären, wenn wir weiterhin Angriffe gegen die entsprechenden Ziele in Deutschland unterlassen hätten«. Deshalb, so fügt er hinzu, befähigte uns der Entschluß, mit solchen Angriffen voranzugehen, »Kiew, Charkow, Stalingrad und Sebastopol ins Gesicht zu sehen«. Dabei erhebt sich jedoch die weitere Frage, ob unsere emsig betriebene falsche Propaganda, die Deutschen hätten dieses ganze schmutzige Geschäft begonnen, uns auch in einer guten Position beläßt, unserem ehemaligen Feind ins Auge zu sehen.

Daß die Stimmung des einfachen englischen Volkes gegen einen Feind verhältnismäßig frei von Gehässigkeit sein konnte, zeigt eine Episode von 1801. Acht Jahre befand sich England im Kriege mit Frankreich. Der Ausbruch dieses Krieges war vornehmlich durch die englische Empörung über die Anfangsexzesse der französischen Revolution und besonders über das Terrorregime und über die Hinrichtung des französischen Königs und der Königin verursacht worden. In den folgenden Kriegsjahren hatten die Sprecher Englands gegen die französische Verruchtheit, Grausamkeit und Unmoral gewettert - ebenso leidenschaftlich, wie es ihre Nachfolger mehr als hundert Jahre später gegen die Deutschen taten. Aber dieser Blitz und Donner erreichten das Volk nicht in der gleichen Weise wie in unserem 10. Jahrhundert. Um 1790 gab es keine Kinos, keinen Rundfunk, keine Boulevardblätter, um die Massen mit aufpeitschenden Schlagzeilen und Leitartikeln aufzuhetzen. Vor Einführung der allgemeinen Schulpflicht konnte die Mehrzahl des Volkes nicht lesen. Daher konnte damals, am Ende des 18. Jahrhunderts, die »Massenseele« nur durch das am Ort gesprochene Wort erreicht werden, und das setzte jeglicher Beeinflussung der Volksmeinung enge Grenzen.

Wie schmal der Propagandaspielraum war, zeigte sich sehr deutlich 1801, als nach dem englisch-französischen Frie-

[140]

densschluß von Amiens wieder ein französischer Botschafter nach England kam. Die Menge in London war so entzückt ob seiner Ankunft, dieses Symbols des wiederhergestellten Friedens, und so wenig berührt vom Franzosenhaß der Gebildeten, daß sie dem Botschafter die Pferde ausspannte und ihn begeistert zum Botschaftsgebäude zog. Auch wenn gegen Ende des zweiten Weltkrieges ein Kompromißfriede mit Deutschland geschlossen worden wäre, so ist es einfach unvorstellbar, daß mit dem Wagen eines deutschen Botschafters etwas Ähnliches geschehen wäre - nach der Orgie von Verleumdung gegen sein Land und seine Landsleute, in der die Engländer 1959/45 geschwelgt hatten.

Man darf also annehmen, daß wir uns heutzutage nicht deshalb in eine heftigere Erregung gegen den Feind bringen lassen, weil wir notwendigerweise bösartiger und rachsüchtiger wären als unsere Vorfahren vor anderthalb Jahrhunderten, sondern weil wir als Nation fortgeschritten sind und deshalb leichter ein Opfer der Propagandisten werden. Diese wiederum widmen sich ihrer Aufgabe mit um so größerem Eifer, je mehr ihre Opfer auf die Behandlung ansprechen; und sie werden in ihren Anstrengungen von den Politikern ermuntert, offenbar weil diese glauben, daß Haß eine Hilfe bei den Kriegsanstrengungen sei. Oberflächlich gesehen ist das auch der Fall. Schaut man tiefer, so mag man wohl zu der Auffassung kommen, daß planmäßige Haßinjektionen für die Bevölkerung im allgemeinen ebenso gefährlich sind wie Rauschgiftsucht für den Einzelnen, indem sie ein psychologisches Verlangen nach immer neuen Dosen schaffen und eine krankhafte Zurückweisung aller mäßigenden Einflüsse hervorrufen, die der Befriedigung des Verlangens im Wege stehen. Das Ergebnis in der Kriegspolitik ist eine mehr durch unsinnige Gefühle als durch kühle, praktische Vernunft bestimmte Handlungsweise. Daß die Engländer im zweiten Weltkrieg wie niemals zuvor von Abscheu gegen den Hauptfeind erfüllt

[141]

waren, lag an den ultraextremen Kriegszielen ihrer Führer, die voll Verachtung waren für das vom russischen und österreichischen Kaiser 1813 im Kampf gegen Napoleon befolgte Prinzip, »selbst im heißesten Kampf dürfe der Weg nie für friedliche Bestrebungen versperrt sein«. Bedingungslose Kapitulation war eine Kriegspolitik, aus der der letzte Tropfen von Maßhaltung herausgepreßt war und in der kein Raum war für klug berechnende Mäßigung.

[142]

10.Kapitel

KRIEGFÜHRUNG DURCH POLITIKER

Nun wird man zweifellos einwenden, daß doch der letzte Krieg am »wissenschaftlichsten« von allen Kriegen Englands geführt wurde. Waren nicht zum erstenmal in unserer Geschichte die Wissenschaftler unmittelbar mit dem Kriege befaßt ? Was die materielle Seite der Dinge angeht, so ist das sicher richtig. Waffen von größerer Zerstörungskraft, raffinierte Instrumente und eine geschicktere Analyse ihrer Ergebnisse wurden von den Wissenschaftlern zur Kriegführung beigesteuert. Was aber die moralische und psychologische Seite angeht, so war der letzte Krieg der unwissenschaftlichste seit tausend Jahren. So schnell die Naturwissenschaftler zur Vordertür hereinströmten, entfernten sich die Vertreter humanistischen Wissens und Geistes durch den Hinterausgang.

Worin besteht denn eine wissenschaftliche Methode der Kriegführung ? An jenen suspekten Orten, den Militärakademien, wo die Berufssoldaten, die Offiziere der Marine, des Heeres und der Luftwaffe, die Hauptaufgabe ihres Lebens studieren und diskutieren, gelten gewisse Grundsätze der Kriegführung als unverrückbar. Eines der wichtigsten Axiome bezieht sich auf das Ziel der Kriegführung. Übereinstimmend wird betont, daß die richtige Wahl des Zieles die Haupt-

[143]

sache ist und alle anderen Faktoren beherrscht. So heißt es in der Felddienstordnung der Vorkriegszeit: »In der gesamten Kriegführung und bei Jeder einzelnen Operation ist es wesentlich, das Ziel festzulegen und klar zu bestimmen, das durch Anwendung von Waffengewalt erreicht werden soll.« Wenn man nicht genau weiß, was man erreichen will, ist es reiner Zufall, ob man irgend etwas

Nützliches erreicht, und leicht verbraucht man seine Kräfte, ohne überhaupt etwas zu erreichen.

Auch darf man die Wahl des richtigen Zieles nicht etwa für eine einfache Aufgabe halten; sie erfordert gewöhnlich viel scharfes Nachdenken. Die Felddienstordnung nennt zwei Voraussetzungen, die bei der Wahl des Zieles beachtet werden müssen; erstens, daß es überhaupt erreichbar ist, und zweitens, daß die dafür erforderlichen Kräfte verfügbar sind. Wörtlich heißt es: »Die Auswahl eines richtigen Zieles verlangt Kenntnis und Urteilsfähigkeit, um sicher zu stellen, daß die Mittel, die verfügbar gemacht werden können, zur Erreichung des Zieles genügen, und daß im Falle eines Erfolges die erzielten Ergebnisse auch jene sind, die unter den gegebenen Umständen als die wirkungsvollsten errechnet worden sind.«

Man sollte meinen, Politiker wären niemals so töricht, Kriege zur Erreichung eines unerreichbaren Zieles zu führen. Aber eine solche Annahme wäre viel zu optimistisch. Nehmen wir als Beispiel den ersten Weltkrieg. Bei der Kriegserklärung an Deutschland wurde als englisches Ziel offiziell die Einlösung der englischen Garantie zugunsten der belgischen Neutralität proklamiert. Aber wir wissen, daß Sir Edward Grey die Unterstützung Frankreichs gegen Deutschland im Sinne hatte, gleichgültig ob die Deutschen in Belgien einmarschierten oder nicht. Als Feldmarschall Lord Roberts und Feldmarschall Sir John French auf einer Kabinettssitzung am Tage nach der Kriegserklärung vorschlugen, das englische Expeditionskorps nach Belgien zu. schicken, um die Deutschen von dort

[144]

zu vertreiben, wurde dies hastig beiseite geschoben. Die englische Armee war durch Sir Edward Grey bereits auf einen anderen Bestimmungsort verpflichtet worden.

Aus den Erinnerungen des Außenministers muß man den Eindruck gewinnen, daß den Franzosen, wie im ersten Kapitel dargelegt, hauptsächlich deshalb eine unmittelbare Unterstützung zugesagt worden war, um England vor »Haß, Verachtung und Mißachtung «wegen eines Beiseitestehens zu bewahren[1]. Man sagt von Sir Edward Grey, daß er als Vogelfreund viel von den Gewohnheiten der Vögel gewußt habe; mag sein, aber offensichtlich wußte er wenig von den Gewohnheiten der Menschen. Nicht diejenige Nation, die sich dem Kriege fernhält, ist unpopulär, sondern diejenige, die sich am Kriege beteiligt. Von dem Zeitpunkt an, an dem die Engländer 1914 Verbündete Frankreichs wurden, hörte die französische Liebenswürdigkeit auf und machte einem groben Drängen nach mehr Hilfe Platz. Kaum war Sir John French mit seiner Armee in Frankreich eingetroffen, als er von den Generälen Lanrezac, Joffre und fast allen

anderen französischen Generälen, denen er begegnete, außerordentlich unhöflich und rücksichtslos behandelt wurde. Sechs Wochen später hatte der dauernde Ärger ihn völlig verbittert. »Niemals während meiner ganzen Laufbahn«, sagte er, »habe ich eine derartige Demütigung erlitten. Und dazu mußte ich nach Frankreich kommen, um für die Franzosen zu kämpfen. Ich werde es nie vergessen«. Die französische Presse aber erging sich fast während des ganzen Krieges in Variationen der sarkastischen Bemerkung, »die Engländer kämpften bis zum letzten Franzosen«.

[1] In seinem nach dem Krieg veröffentlichten Buch äußert sich Grey in diesem Punkte ganz eindeutig. »Der wirkliche Grund für den Kriegseintritt«, sagt er da, »war, daß wir - hätten wir Frankreich nicht beigestanden, hätten wir uns nicht für Belgien gegen diesen Angriff erhoben -isoliert, mißachtet und gehaßt worden wären; nichts als eine elende und unwürdige Zukunft hätte vor uns gelegen.« Twenfyfive Years, Band 2,S. 15.

[145]

Ähnliche Tendenzen zeigten sich während des zweiten Weltkrieges. Selbst unter den englischsprechenden anglo-amerikanischen Verbündeten gab es sehr bedeutsame Beispiele eines ernsten Mangels an Kameradschaft zwischen den Waffengefährten. Der amerikanische Admiral King machte aus seiner Abneigung gegen die englische Flotte keinen Hehl und ließ lieber vermeidbare Fehler auf amerikanischer Seite geschehen, als sich frühere englische Erfahrungen zunutze zu machen. Und General Bradleys Kriegsbuch weiß über englische Generäle wenig Freundliches, aber viel Unfreundliches zu sagen. In England interessiert man sich mehr für einen General von der anderen Seite wie Rommel als für alliierte amerikanische oder russische Offiziere. Selbst der alliierte Oberbefehlshaber General Eisenhower, der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten, weckt nicht die gleiche Anteilnahme wie der einstige Führer des Deutschen Afrikakorps.

Die Erklärung für dieses scheinbar seltsame Phänomen ist einfach genug. Nationen, die auf der gleichen Seite kämpfen, sind Konkurrenten der Ehre und des Ruhms und haben deshalb ein Interesse daran, den Beitrag ihrer Verbündeten zu verkleinern. Dem Feinde gegenüber liegen die Dinge völlig anders. Je tüchtiger er war, um so größer ist das Verdienst, ihn besiegt zu haben. Außerdem spielen sich zwangsläufig die persönlichen Reibungen während eines Krieges, der Streit und die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Pläne und Operationen, die so oft Groll und Ärger aufkommen lassen, auf der gleichen Seite ab und nicht zwischen den Feinden. Am unwahrscheinlichsten aber ist eine ernsthaft feindselige Haltung der Kriegführenden gegenüber den Neutralen, einfach weil diese als Kriegslieferanten und mögliche künftige Verbündete gewöhnlich eine starke Verhandlungsposition einnehmen. Man sieht also, daß Sir

Edward Grey die wahre Natur von Beziehungen in Kriegszeiten gänzlich verkannte - mit dem Ergebnis, daß seine völlig falschen

[146]

Gründe für eine Verquickung der Geschicke Englands und Frankreichs nur das Gegenteil von dem bewirken konnten, was beabsichtigt war und erwartet wurde.

Ein weiteres und uns zeitlich näher liegendes Beispiel eines seiner Art nach unerreichbaren Zieles war der von Churchill proklamierte Entschluß, für alle Zeiten »die Nazityrannei auszurotten«. Es ist schon an anderer Stelle dargelegt worden, daß nicht dies, sondern viel wahrscheinlicher der Sieg auf dem Schlachtfelde des Premierministers Hauptziel war. Aber insoweit Churchill die Ausrottungsidee hegte, erstrebte er, wie man sagen darf, das Unerreichbare, jedenfalls wenn er die Ausrottung durch rohe Gewalt vornehmen zu können glaubte. Unerreichbar, weil man zwar den menschlichen Leib durch Granaten, Bomben und Bajonette töten kann, Granaten, Bomben und Bajonette aber wirkungslos sind gegenüber den Gedanken der Menschen, solange sie am Leben bleiben. Der einzige sichere Weg, die Deutschen von ihrem Hang zur Tyrannei zu kurieren - falls die Engländer es wirklich nötig hatten, sich dieser Aufgabe zu unterziehen - war, sie zu überzeugen, daß die Nazityrannei ihnen nichts Gutes bringe. Aber das wäre ein schwieriges Unterfangen gewesen. Die Deutschen hatten es nach der Niederlage von 1918 mit einer uneingeschränkten parlamentarischen Demokratie versucht. Aber dabei war für sie nichts herausgekommen als die Aussicht, dauernd einer französischen Hegemonie in Europa unterworfen zu bleiben. Enttäuscht und abgestoßen hatten sie es danach mit einer Tyrannis versucht, und vom deutschen Standpunkt aus hatte sie Wunder gewirkt. In nur drei oder vier Jahren hatte sie Deutschland der internationalen Geringschätzung entrissen und dem Reich wieder zur Selbständigkeit verholten. Es gab deshalb gute Gründe, weshalb die Masse des deutschen Volkes die Nazityrannei billigen und an sie glauben mochte, besonders da die Tyranneien in Rußland und Italien ähnliche Ergebnisse hervorbrachten. Wer hat denn am meisten dazu

[147]

beigetragen, der Nazityrannei zur Existenz zu verhelfen ? Ehrliche Stimmen in England, darunter Lloyd George, haben es bereitwillig zugegeben: es waren die englische, die französische und die amerikanische Regierung, die das demokratische Deutschland zur Verzweiflung getrieben haben. Churchills Erklärung, die Nazityrannei ausrotten zu wollen, wirkte also durchaus nicht überzeugend auf die

Deutschen, daß diese Tyrannei schlecht für sie sei; im Gegenteil: sie mußten sie als so erfolgreich ansehen, daß Deutschlands Feinde entschlossen waren, sie zu zerstören.

Und wenn Churchill die Deutschen nicht von der Schlechtigkeit des Nazisystems überzeugen konnte, so mußte seine erklärte Absicht, dieses System »für alle Zeiten« zu zerstören, erst recht fehlschlagen. Allenfalls konnte er es von der Oberfläche verdrängen, so wie das natürliche Verlangen der Amerikaner nach alkoholischen Getränken durch die Prohibition in die Verborgenheit getrieben wurde oder wie geächtete Religionen in die Katakomben getrieben werden. Ausrotten konnte er es aber nicht.

Gerade der Radikalismus der zur Ausrottung des Nazismus nach 1945 angewandten Maßnahmen mußte jede echte Chance dafür verderben. Man braucht nicht zu fürchten, eines Tages als falscher Prophet dazustehen, wenn man voraussagt, daß der Haupterfolg des Aufhängens der führenden Nazis nach den Nürnberger Schauprozessen und der drastischen Entnazifierungs-Inquisitions verfahren gegen die kleineren Parteimitglieder nur der sein wird, viele tausend frühere Nazis in künftige Nationalhelden zu verwandeln. Wenn wir uns, im Zusammenhang mit der Verhaftung des Dr. Naumann und Genossen im Januar 1953, auf die Quellen der britischen Regierung verlassen können, so schwelte eine kraftvolle neonazistische Bewegung unmittelbar unter der Oberfläche des deutschen politischen Lebens. Und was das faschistische Gegenstück zum Nazismus angeht, so berichtete die Londoner *Times* vom

[148]

12. Mai 1952, daß der frühere stellvertretende Generalsekretär der alten faschistischen Partei gerade unter dem Beifall von 50000 Menschen in Rom selbst eine Rede gehalten hatte.

Die Versuche, Churchills Idee auszuführen, das politische System eines fremden Volkes gegen dessen Willen zu unterdrücken, tragen den Keim der Selbstzerstörung in sich:

gerade die Tatsache, daß eine andere Ideologie durch frühere Feinde aufgezwungen werden soll, macht sie automatisch denen verhaßt, an denen die Zwangsreformation versucht wird. Für Revolutionäre wie die französischen Jakobiner und die russischen Bolschewisten ist es deshalb ein Gottesgeschenk, wenn fremde Nationen eingreifen und sich bemühen, ihre revolutionären Prinzipien durch Waffengewalt zu unterdrücken. Eingriffe dieser Art haben wesentlich zum Erfolg der französischen und der russischen Revolution beigetragen, genau so wie die lärmende ideologische Feindseligkeit britischer Links radikaler gegenüber dem Franco-Regime in Spanien dem Caudillo

einen sehr guten Dienst erwies, indem sie Gefolgschaft für ihn in seinem eigenen Lande zusammentrommelte.

Wenn der Zwang stark genug ist und die Maßnahmen rücksichtslos genug angewandt werden, so kann einem anderen Lande ein fremdes System aufgezwungen werden. Läßt der Zwang aber nach, wie dies früher oder später wahrscheinlich ist, so wird sich die natürliche nationale Vorliebe eines Volkes wieder durchsetzen, es sei denn, daß eine Rassenvermischung zwischen Eroberten und Eroberern stattgefunden hat. Selbst nach einem Jahrhundert russischer Beherrschung haßten die Polen das russische Regime, und der irische Widerwille gegen die englische Herrschaft loderte auch nach vierhundert Jahren noch mit hell leuchtender Flamme.

Mr. Chamberlain und Lord Halifax begingen 1939 einen Irrtum anderer Art in bezug auf das vorgenommene Ziel. Ihr Plan einer Bewahrung des polnischen Besitzstandes war

[149]

sehr wohl durchführbar, vorausgesetzt, daß sie die dafür erforderliche militärische Stärke hatten. Aber eben diese fehlte ihnen. Da England und Frankreich keine territoriale Verbindung mit Polen hatten, war der einzige Weg einer Hilfe in einem polnisch-deutschen Krieg eine Offensive im Westen. Dazu hatten die Franzosen jedoch keine Neigung. Sie wollten keinen offensiven, sondern nur einen defensiven Krieg führen, und wenn die Franzosen nicht angreifen wollten, so konnten die Engländer es auch nicht, da sie selbst viel zu schwach dazu waren. Die westlichen Verbündeten blieben also untätig im Hintergrund, während Polen überrannt wurde. Chamberlain und Halifax hatten eine Aufgabe übernommen, die so weit über ihre Kräfte ging, daß sie nicht einmal ihre Durchführung versuchten.

Ob sie zur Zeit der Garantie-Erteilung an Polen wußten, daß die Franzosen im Kriegsfalle keine Offensive unternehmen würden, ist mir nicht bekannt. Obwohl der französische General Gamelin 1958 voll von prahlerischem Optimismus war, berichtete zur gleichen Zeit der englische Botschafter in Paris, Sir Eric Phipps, daß »gerade die Besten in Frankreich« einen Krieg ablehnten und daß eine allgemeine defaitistische Stimmung im Lande herrsche[1]. Aber Phipps' Auffassung selbst wurde wohl in englischen amtlichen Kreisen als »defaitistisch« abgetan. Wenn aber der englische Premierminister und der Außenminister tatsächlich wußten, daß die Franzosen keine Offensive ergreifen würden, dann war ihre Garantie an Polen ein reiner Bluff, der, wenn es zum Aufdecken der Karten kam, das Papier nicht wert war, auf das er geschrieben war. Dann versprachen die beteiligten Minister etwas, dessen Undurchführbarkeit ihnen bekannt sein mußte. In diesem Falle

[1] Ch, C. Tansill, Back Door to War, Roosevelts Foreign Policy 1933-1941, Chicago 1952 (H.Regnery) S. 420. Für den Krieg sei nur eine »kleine und korrupte« Gruppe von Kommunisten, die »von Moskau bezahlt werden und seit Monaten für den Krieg arbeiten.«

[150]

befand England sich in der Lage eines Mannes, der bankrott ist und die Bürgschaft für einen anderen übernimmt.

Wußten sie es aber nicht, nun, dann hätten sie es wissen *müssen*; denn offenkundig war es ihre Pflicht, sich Gewißheit zu verschaffen, bevor sie etwas versprachen. Vielleicht haben die Franzosen im Voraus einer Offensive gegen Deutschland zugestimmt, ihre Zusage bei Fälligkeit aber nicht eingelöst[1]. Wenn sich die Dinge so abgespielt haben, so würde das französische Versäumnis die englischen Minister aber nicht entlasten. Von Männern, zu deren Pflichten normalerweise der Umgang mit Versicherungen anderer gehört, mögen sie Bankiers oder Außenminister sein, wird gewöhnlich die erforderliche Urteilsfähigkeit erwartet, um den Wert derartiger Versicherungen abzuschätzen.

Es ist möglich, daß Chamberlain und Lord Halifax zur polnischen Garantie von Präsident Roosevelt durch Druck beeinflußt, wenn nicht getrieben wurden. Professor Ch. Tansill, dessen sehr bedeutsames Buch über den Ursprung des Krieges Back Door to War (Hintertür in den Krieg) 1952 erschien, legt Beweismaterial dafür vor, daß Roosevelt jedes Mittel, an Chamberlain heranzukommen, benützte, um ihn zum Krieg gegen Deutschland zu drängen[2]. Tansill weist auch darauf hin, daß Roosevelt die Engländer und Franzosen nicht nur zum Kriege antrieb, sondern auch in den Glauben versetzte, die Vereinigten Staaten würden ihnen im Falle einer kriegerischen Verwicklung sofort zur Hilfe kommen. So habe »Botschafter Kennedy wiederholt zu Chamberlain gesagt, Amerika würde England und Frankreich im Falle eines unprovozierten Angriffes zu Hilfe eilen«, und Botschafter Bullitt in Paris scheint sich im gleichen Sinne geäußert zu haben[3].

[1] Churchill war es offensichtlich im August 1959 klar, daß die Franzosen wahrscheinlich keine Offensive unternehmen würden; siehe seine Erinnerungen, Band I, S. 300.

[2] A. a. 0.. Kap. 25. [3] Tansill, S. 450 f.

[151]

Aber auch auf dieser Grundlage ist die Garantie nicht zu rechtfertigen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten »innerhalb der gleichen Stunde« in den Krieg eingetreten wären, hätten amerikanische Truppen Europa nicht rechtzeitig erreichen können, um Polen zu retten. Chamberlains

Bürgschaft gegenüber den Polen bleibt deshalb das charakteristische Beispiel eines aus Mangel an Mitteln unerreichbaren Zieles.

Als Churchill 1940 Premierminister wurde, übernahm er ein bereits in Trümmern liegendes politisches Ziel. Er ersetzte es aber nicht durch ein anderes, sondern machte sich stattdessen ein militärisches Ziel zu eigen: den Sieg durch vollständige Besiegung Deutschlands. Auch dies war zu jener Zeit ein aus Mangel an Mitteln unerreichbares Ziel. Es stimmt zwar, daß Churchill den gegenteiligen Anschein aufrecht erhielt, zum Beispiel indem er den Amerikanern sagte, England würde »die Sache schon zu Ende führen«, wenn nur Amerika das Werkzeug liefere. In Wirklichkeit bestand für England aber keine Hoffnung, die Sache selbst zu Ende zu führen, und die Tatsache, daß Churchill nicht aufrichtig daran glaubte, wird hinreichend durch seine stürmt sehen Dankbarkeitsbezeugungen beim Kriegseintritt erst Rußlands und dann der Vereinigten Staaten belegt. Beim Kriegseintritt Amerikas rief er aus:»Das ist das Ziel, von dem ich geträumt, das ich ersehnt *und auf das ich hingearbeitet habe*; jetzt ist es Wirklichkeit geworden.«

Wie unendlich Churchill durch die Einbeziehung Amerikas erleichtert war, ergibt sich deutlich aus der unbegreiflichen Taktlosigkeit der von mir hervorgehobenen Worte. Die amerikanische Nation war für ihre traditionelle Empfindlichkeit gegenüber außenpolitischen Verwicklungen bekannt, und ihre traditionelle Abneigung gegen die Engländer war noch älteren Datums. Den amerikanischen Müttern war erst ganz kurz zuvor von ihrem Präsidenten »wieder und wieder und wieder« versichert worden, daß ihre Söhne während des gegenwärtigen Krieges nicht nach Europa geschickt würden.

[152]

Indem Churchill also freiwillig bekanntgab, er habe auf den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg »hingearbeitet«,lud er geradezu die antienglischen Elemente in den Vereinigten Staaten ein, die englische Regierung zu beschuldigen, sie habe irgendwie mitgeholfen, daß es zum japanischen Angriff auf Pearl Harbour kam.

Kein Mann »arbeitet« auf die Teilnahme einer anderen Nation an einem Kriege hin, wenn er glaubt, sein Land könne sein Ziel auch ohne fremde Hilfe erreichen. Der amerikanische Admiral King versuchte mit allen Mitteln, die englische Flotte von einer Beteiligung am Seekrieg im Pazifik fernzuhalten, weil er offensichtlich glaubte, die amerikanische Flotte könnte mit der Aufgabe allein fertig werden, und weil er die ganze Anerkennung für seine eigene Flotte wünschte.

Churchill trat 1939 in eine Regierung ein, die auf ein Kampfziel festgelegt war, zu dessen Erreichung ihr die Mittel fehlten. Als diese Regierung stürzte und er selbst Premierminister wurde, formulierte er

ein neues Ziel, das mit den verfügbaren Mitteln auch nicht erreicht werden konnte, sondern nur durch die Gewinnung neuer Verbündeter. Das aber bedeutete die Ausweitung eines relativ begrenzten Krieges in einen Weltkrieg. Churchill wurden diese neuen Verbündeten beschert -und mit ihnen kam der Weltkrieg.

Wenn die bisherigen Ausführungen die Auffassung nahelegen - und ich denke, sie tun es -, daß moderne Politiker sich beim Kriegführen wenig gescheit anstellen, so braucht man darüber nicht überrascht zu sein. Ein erfolgreicher Krieg verlangt allerengstes Festhalten an den Tatsachen. Erfolgreiche Politik hängt weitgehend von der rednerischen Fähigkeit ab, wie man mit den Tatsachen zugunsten des Stimmzettels jongliert. Die im politischen Leben erworbenen geistigen Gewohnheiten sind deshalb nicht von Natur aus eine Qualifikation für die erfolgreiche Leitung eines Krieges, ja, sie können sich dafür als ein ernstes Hindernis erweisen.

[153]

Deshalb ist jede Vorstellung irreführend, ein Politiker könne leicht vom Schattenkampf der Redeschlacht zur wirksamen Beherrschung des harten und ungewohnten Geschäftes der Kriegführung umschalten. Es gibt ja in der Welt keine neue Tätigkeit, zu der der Mensch die vollendete Fertigkeit mitbringt. Ganz im Gegenteil. Aus Gründen, die in ihr selbst beschlossen liegen, scheint die Natur zu wollen, daß wir an Ungewohntes mit sicherem Instinkt herangehen, es verkehrt zu machen. Selbst so einfache Dinge wie einen Ball über ein Netz zu schlagen oder auf dem Boden vorwärts zu treiben, müssen mühselig von einem Fachmann erlernt werden, wenn es richtig gemacht werden soll, und ohne die richtige Ausbildung spielen die meisten Menschen ihr Leben lang ein fünft-klassiges Tennis oder Golf. Gewöhnlich bedarf es eines ständig ausgeübten Spezialistentums, um in der ersten Reihe eines Berufes oder einer Betätigung zu stehen. Krieg ist keine Dauerbeschäftigung und bietet nicht einmal den Berufssoldaten eine lebenslängliche, ständige Erfahrung. Deshalb ist es auch anerkannt, daß selbst Berufsoffiziere zur notwendigen Ergänzung praktischer Erfahrungen eifrig auf Kriegakademien und ähnlichen Institutionen studieren müssen. Sogar der große Napoleon, der mehr als zwanzig Jahre seines Lebens mit aktiver Kriegführung verbrachte, erachtete die Feldzugserfahrung für einen Befehlshaber in hoher Stellung nicht als ausreichend. Wer nach höherer Führung strebe, sagte er, »muß immer von neuem die Beschreibungen der Feldzüge Hannibals, Cäsars, Gustav Adolfs, Turennes, des Prinzen Eugen und Friedrich des Großen lesen. Nehmt sie euch zum Vorbild! Das ist das einzige Mittel, um ein großer Feldherr zu werden und das Geheimnis der Kriegskunst zu erwerben«.

Mithin: die Chancen eines Politikers, dessen normaler Lesestoff eher dem sozialen und wirtschaftlichen als dem militärischen Bereich entstammen wird, können offenbar nicht vielversprechend sein, wenn er von einem Moment zum anderen

[154]

erfolgreich die Rolle des Feldherrn übernehmen will. Selbst im »militaristischen« Deutschland erwies sich der Politiker Adolf Hitler, obwohl einige seiner politischen Urteile fast genial waren, auf strategischem Gebiet als ein arger Pfuscher; hätte er die Strategie seinen Generälen überlassen, würde der Krieg wahrscheinlich anders ausgegangen sein.

Am wenigsten aussichtsreich sind die Chancen für einen Politiker in England, wo die Öffentlichkeit gegenüber der Kriegführung eine so besondere und eigenartige Haltung einnimmt. Die Bewohner der britischen Inseln sind eine kriegerische Sippe, die ausgezeichnete Kämpfer abgeben, wenn es nottut. Und das scheint ja oft der Fall zu sein. Denn obwohl die Engländer, deren historische Kenntnisse jeweils gerade drei Jahre zurückreichen, nach ihrer eigenen Überzeugung in der vordersten Reihe der Friedensfreunde stehen, die Deutschen aber, wovon sie ebenso überzeugt sind, die »Kriegsmacher« der Welt par excellence sind, so ist die nackte Wahrheit, wie es in den vorangegangenen Kapiteln dieses Buches gezeigt wurde, daß die Engländer in den hundert Jahren vor dem ersten Weltkrieg sich häufiger im Kriege befanden als irgend jemand sonst.

Aber trotz aller dieser überreichen Erfahrung, die sie etwas kundiger in Kriegsangelegenheiten und kriegsbewußter machen sollte als alle anderen Völker, ist es eine seltsame Tatsache, daß die breiten Schichten der englischen Bevölkerung in Friedenszeiten gegenüber dem Kriegführen keine andere Haltung einnehmen wollen, als es nicht zu beachten oder, wenn das nicht möglich ist, darauf zu schimpfen. Obwohl natürlich niemand es wagt, vom einfachen Matrosen oder Soldaten geringschätzig zu sprechen, so wenden Redner und Schriftsteller in Zivil während normaler Friedenszeiten auf die Offiziere meist nur Ausdrücke an, die sie etwas ins Lächerliche ziehen oder ihnen ihre Mißliebigkeit bescheinigen. Jahrelang wurde der englische Oberst in einer Londoner Zei-

[155]

tung als gutartiger, aber hoffnungsloser Trottel karikiert, eine Verkörperung von Dummheit und Einfalt. Finanziell wird die Wehrmacht wie ungelernte Arbeiter behandelt, jedenfalls bekamen die Leiter der sozialisierten Industrien mehr als das Doppelte des Gehalts

des Ersten Seelords, des Generalstabschefs der Armee und des Generalstabschefs der Luftwaffe. Für eine Tätigkeit von zehn Monaten während der Nürnberger Prozesse wurden den führenden englischen Juristen Gehälter gezahlt, die einem Drei Jahreseinkommen der Oberbefehlshaber der einzelnen Wehrmachtsteile entsprachen, deren Siege diese Prozesse erst möglich gemacht hatten.

Für eine politische Betätigung in Friedenszeiten ist der Ruf, etwas vom Kriege zu verstehen, ein ernster Nachteil, der zu Anklagen des »Militarismus« oder der »Kriegshetze« Anlaß gibt. Während der Abfassung dieses Buches hat der Kriegsminister, der zufällig den von mir vielleicht voreilig als ehrenvoll angesehenen Rang eines Brigadiers bekleidet, diesen Titel abgelegt, um sich schlicht Mister zu nennen, vermutlich mit der Absicht, den häßlichen Makel zu vermeiden, einer der Verteidiger der Nation gewesen zu sein. Daß dieser Verzicht kaum eine besonders leuchtende Ermutigung für seine Mitbürger bildete, in die Armee einzutreten, deren politischer Kopf er in einer Zeit rascher Aufrüstung war, zeigt deutlich, wie tief es ihn beunruhigte, in der Politik für einen Soldaten gehalten zu werden.

Bei solchen Einflüssen auf die nationale Haltung gegenüber dem Kriege ist es kaum zu verwundern, daß unter der Masse der englischen Bevölkerung ein wirkliches Verständnis für Kriegführung und ihre Bedeutung so gut wie nicht vorhanden ist. Unter Bezugnahme auf seine soldatischen Erfahrungen im südafrikanischen Krieg schrieb Sir Patrick Hastings: »Ich hatte nicht die geringste Vorstellung, wofür ich kämpfte. Auf der Heimreise fragte ich mich, ob der gewöhnliche Mann dort in England von dem, wofür ich gekämpft

[156]

hatte, eine bessere Vorstellung hätte als ich. Jetzt bin ich älter und ganz sicher: er hatte sie nicht«[1].

Und wenn die Engländer als Nation schier ohne Vorstellung davon sind, wie man einen Krieg führt, so würde es nicht sehr überraschen, wenn auch ihre politischen Führer nur wenig besser wären. Für sie ist es nicht nur gefährlich, in Friedenszeiten irgendein Interesse am Kriege zu bekunden; im Kriege aber dürfen sie darauf rechnen, mit dilettantischen Versuchen und Fehlern dahinstolpern zu können, ohne eine gewichtige, auf Erfahrung gegründete Kritik befürchten zu müssen. Churchill selbst hat gestanden, daß der Politiker kein ausgebildetes Verständnis für die Aufgabe der Leitung eines Krieges mitbringt. Bei der Beschreibung seines Anteils an dem Dakar-Fiasko 1940 sagte er: »Wir alle steckten, was den Krieg angeht, noch in den Kinderschuhen.«

Tatsächlich war Churchills Eintritt in das Kriegskabinett als Erster Lord der Admiralität im September 1959 und seine Übernahme des Amtes des Premierministers im Lande populär, weil man umgekehrt annahm, er habe sich im vorigen Kriege 1914-1918 als Meisterstratege erwiesen. Aber wenn er dies selbst verneint, können wir es dabei belassen. Schließlich war Dakar nicht sein erstes Versagen im Kriege von 1939. Er war als Minister mit dem Norwegenunternehmen im April 1940 beauftragt, und es hatte sich zu einer der katastrophalsten Konfusionen der englischen Kriegsgeschichte entwickelt - so katastrophal, daß als Folge davon Premierminister Chamberlain aus dem Amt scheiden mußte.

1) Autobiography, S. 51.

[157]

11. Kapitel

IRRTÜMER DER KRIEGSPOLITIKER

Die kluge Wahl eines angemessenen und erreichbaren Zieles ist im Kriege von äußerster Wichtigkeit. Sie ist der wesentliche Ausgangspunkt für die Festlegung des Kurses bei der Kriegsplanung, den Operationen und dem Einsatz der »anderen Mittel« im allgemeinen. Das Ziel sollte deshalb einem Leuchtturm gleichen, der nach sorgfältiger Feststellung des bestmöglichen Ortes auf sicherem Grund errichtet wird, um dem Staatsschiff den Weg in den erstrebten Hafen zu weisen. Wenn das Leuchtfeuer jedoch einem Irrlicht gleicht, wird das Staatsschiff höchst wahrscheinlich auf einem Riff stranden. Die Kriege dieses Jahrhunderts haben gezeigt, daß unsere englischen Politiker zu wenig verstanden haben, was unsere nationalen Zielen im Kriege hätten sein müssen, - mit dem für jedermann sichtbaren Ergebnis, daß das Schiff ‚Britannia' gefährlich stoßend auf dem Riff liegt. Die Masten sind schon gefallen, die Hälfte der Vorräte mußte über Bord, um das Schiff zu leichtern, und die unglückliche Besatzung lebte neun Jahre lang von halben Rationen und in täglicher Ungewißheit, ob das Schiff je wieder in tiefes Wasser gebracht werden kann oder unter ihren Füßen in Stücke brechen wird. Dieser traurige Zustand ist sehr weitgehend der falschen Führung zweier Kriege

[158]

durch ungeschickte Politiker, von Sir Edward Grey an, zuzuschreiben, die nichts von dem verstanden, was sie erstrebten, und sich durch das Wort »Sieg« hypnotisieren ließen. Ihr Fehlurteil in dieser Hinsicht kommt prägnant in der folgenden Bemerkung Churchills während der Unterhaussitzung vom 18. Juni 1940 zum Ausdruck: »Während der ersten vier Jahre des letzten Krieges erfuhren die Alliierten nichts als Katastrophen und Enttäuschungen... Wiederholt legten wir uns die Frage vor: ‚Wie sollen wir gewinnen?', und keiner war jemals in der Lage, darauf eine wirklich präzise Antwort zu geben.«

Da haben wir in einer Nußschale das ganze Dilemma. Es ist kein Wunder, daß niemand die Frage »Wie sollen wir gewinnen?« *wirklich präzise* beantworten konnte, denn dem Wort »gewinnen« selbst mangelt es ja in diesem Zusammenhang ernstlich an Präzision. Was bedeutete »gewinnen«? Zerstörung der deutschen Flotte ? Wegnahme der deutschen Kolonien ? Vertreibung der Deutschen aus Belgien ? Aufteilung des Habsburger Reiches? Oder was sonst? So wie Churchill das Wort verwendete, sollte es wahrscheinlich den Sieg auf dem Schlachtfeld bedeuten. Wir haben bereits an anderer Stelle dieses Buches bemerkt, daß er offenkundig den Krieg 1939/45 fast ausschließlich vom Standpunkt des militärischen Sieges aus betrachtete, und nach der oben zitierten Äußerung sieht es so aus, als ob auch das Kabinett der Jahre 1914/1918 das gleiche tat. Der militärische Sieg ist aber, wie wir gesehen haben, kein Ziel an sich und sollte es auch nicht sein, sondern ein Mittel zum Zweck. Wenn also die Politiker der beiden Weltkriege sich in ihrem Streben auf die militärische Niederlage des Feindes beschränkten, so haben sie ihre eigentliche Aufgabe verfehlt, die darin bestand, sich selbst die weit wichtigere Frage vorzulegen: »Was ist unser politisches Ziel ?« Der nächste Schritt unserer Prüfung wird also sein, zu untersuchen, worin dieses Ziel hätte bestehen sollen.

[159]

Dazu kommen wir am besten, wenn wir zunächst klären, worin das politische Ziel nicht hätte bestehen sollen. Es gibt gewisse Ziele, die trotz der betonten Vorliebe der Politiker für sie nur als »schlecht« klassifiziert werden können und deshalb stets vermieden werden sollten. Dazu gehören abstrakte politische Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie oder, anders herum ausgedrückt, die Unterdrückung der Tyrannei, Ungerechtigkeit und Autokratie.

Man muß unterscheiden: einmal, daß eine Nation zu den Waffen greift, um ihre eigene Freiheit, ihr Rechtssystem, ihre demokratische Regierungsform zu verteidigen. In diesem Fall wird ihr politisches Ziel am besten mit dem Wort »Sicherheit« umschrieben: Sicherheit, ihr nationales Leben nach der eigenen Weise zu ordnen. Dagegen sind »Kreuzzüge«, um Freiheit, Gerechtigkeit oder Demokratie in das Leben fremder Nationen zu bringen, etwas völlig anderes. Derartige Kreuzzüge haben das Urteil der Geschichte gegen sich. Der Krieg von 1914/18, der »die Welt reif für Demokratie« machen sollte, war ein Fehlschlag. In Rußland wurde die Duma, das Parlament, liquidiert und eine rücksichtslose Diktatur eingesetzt und zwar, während der Krieg für die Demokratie noch im Gange war. In Italien verjagte vier Jahre nach dem Ende des demokratischen Kreuzzuges eine Diktatur die Demokratie, während Deutschland nicht lange danach folgte und auch

Spanien und Portugal in die Reihe der autoritär regierten Länder eintraten.

Das Wort »Des einen Brot, des anderen Tod« gilt nicht nur für das Einzelwesen, so ungern die Politiker dies auch anerkennen mögen. Offenbar hatten die englischen Politiker auch aus den Ereignissen der Zwischenkriegszeit nicht gelernt, daß ein zufälliger Sieg kein vernünftiger Grund ist, das politische System des Verlierers dem eigenen anzupassen, denn im zweiten Weltkrieg erklärten sie, es sei ihre Absicht, die deutsche Diktatur zu zerstören und die Deutschen zu den Methoden

[160]

der parlamentarischen Demokratie »umzuerziehen«. Die parlamentarische Demokratie mag für Engländer und Amerikaner passen, auf die Deutschen hat sie nie eine besondere Anziehungskraft ausgeübt. In Frankreich ist sie seit Jahren ein schlechter Witz und mit Ausnahme Griechenlands ist sie jetzt aus ganz Osteuropa verbannt. Selbst in England hört man aus professoralem Munde Prophezeiungen, die parlamentarische Demokratie pfeife auf dem letzten Loch. Außerdem genügt es, wie wir im letzten Kapitel sahen, einem besiegten Feind mit Gewalt ein politisches System aufzwingen zu wollen, um ihn gerade dadurch zu veranlassendes bei der ersten besten Gelegenheit abzuwerfen.

Die andere Kreuzzugs-Idee des ersten Weltkrieges, der »Krieg zur Abschaffung des Krieges«, war ein noch schlimmerer Fehlschlag als die erste von der Demokratie. Der Waffenstillstand von 1918 war noch kein Jahr alt, als Engländer und Franzosen gegen die Bolschewisten in Rußland kämpften und vergeblich versuchten, das kommunistische Regime im Keim zu ersticken. Wieder ein Jahr später, 1920, fielen die Bolschewisten in Polen ein. 1921 waren Engländer und Iren in einen erbitterten Kampf verstrickt. 1922 kam der griechisch-türkische Krieg, und 1923 besetzten die Franzosen das Ruhrgebiet. Um 1924 begann der langwierige Krieg unter den verschiedenen Kriegsherren in China. 1931 besetzten die Japaner die Mandschurei und 1932 griffen sie die Chinesen in Schanghai an. 1935 befand sich Italien im Kriege mit Abessinien. 1936 brach der spanische Bürgerkrieg aus. 1937 fingen die Japaner ihren Krieg gegen China an. 1939 besetzten die Deutschen Prag, die Italiener Albanien. Knapp ein halbes Jahr später marschierten die Deutschen in Polen ein. Aber kaum hatte damit der zweite Weltkrieg begonnen, als englische Politiker sich von neuem in hoffnungsvollen Reden von einem dauernden Frieden ergingen, wenn nur ihre Landsleute hart genug kämpfen würden, um den deutschen Feind zu überwältigen - genau wie sie es das vorige Mal gesagt hatten.

[161]

Es besteht wahrlich wenig Hoffnung, die Welt durch Kreuzzüge tugendhafter zu machen, und gar keine, wenn diese Kreuzzüge mit schrankenloser Gewalt und der Preisgabe jeder Gesittung und Selbstbeherrschung geführt werden. Offene Städte dem Erdboden gleichzumachen und mit Atombomben heimzusuchen, mitternächtliche Unterwelts-Halsabschneider zu bewaffnen und anzuspornen, die sich als »Widerstandsbewegung« maskieren, das sind keine geeigneten Mittel, der Menschheit christliche Rechtschaffenheit einzuimpfen. Die Welt befindet sich in einem verworrenen und rechtloseren Zustand als in früheren Jahrhunderten, vielleicht als je zuvor: Kalter Krieg in Europa, heißer Krieg in Korea, Unruhe in Persien und Ägypten, Brigantentum in Malaya, Aufstand in Indochina, Mau-Mau-Terror in Ostafrika, Rassenzusammenstöße in Südafrika, Angst und Furcht überall. In England haben Gewaltverbrechen seit Kriegsende in alarmierender Weise zugenommen und sind auch jetzt, neun Jahre danach, noch nicht unter rechte Kontrolle gebracht worden, während die Gefängnisse doppelt und dreifach überbelegt sind. Wie es in Frankreich aussieht, berichtete der bekannte Schriftsteller Jean Giono dem Korrespondenten der »Picture Post«, Warwick Charlton, der den scheußlichen Mordfall Drummond[1] untersuchte[2]:»Während des Krieges und der Befreiung wurden auch die normalerweise, mindestens dem äußeren Anschein nach, freundlichen und rechtlichen Landbewohner zu wilden Tieren: man weiß von Weibern, die kleine Knaben, die ihre eigenen Kinder hätten sein können, mit bloßen Händen in Stücke rissen. Und ein junger Mann, den ich kenne und der ganz harmlos schien, hat einer Frau, die er vergewaltigt hatte,

1 Am 5. VIII. 1952 wurden der englische Ernährungswissenschaftler Drummond, seine Frau und Tochter, die auf einer Ferienreise in Südfrankreich zelteten, ermordet. Ein Prozeß hat in dieser Sache bis Anfang 1954 noch nicht stattgefunden.

2 Picture Post, 11.X. 1952. Was für eine»Story« hätte das in Nürnberg abgegeben, wenn ein Deutscher der Täter gewesen wäre!

[162]

hinterher die Augen ausgestochen, die Ohren abgeschnitten und sie auch sonst noch mit einem Küchenmesser verstümmelt. Seine Entschuldigung war, sie habe mit deutschem Akzent gesprochen. Tatsächlich war sie eine Französin aus dem Elsaß«.

Die großsprecherisch verkündete Absicht der englischen Kriegsregierung, dem versklavten deutschen Volk die Freiheit zu bringen, hat sich als völliger Fehlschlag erwiesen. Das einzige, was geschah, war, daß ein Willkürregime durch ein anderes ersetzt wurde - das der Nazipartei durch das der ausländischen Oberkommissare, unter dem politisch mißliebige Zeitungen unterdrückt, politisch Verdächtige

summarisch verhaftet und eingesperrt werden, genau wie es zwischen 1933 und 1959 der Fall war. Würden aber die ausländischen Besatzungstruppen zurückgezogen, so würde offensichtlich nichts im Wege stehen, daß sofort eine neue Form der Despotie im Innern errichtet wird, falls die Deutschen es wünschen, und die Teilung, Ausplünderung und Schwächung ihres Landes als Folge von Jalta und Potsdam könnte sehr wohl einen solchen Wunsch entstehen lassen.

Im übrigen ist es ein sehr unerfreuliches Kennzeichen von Kreuzzügen, daß die Kreuzfahrer zur Anwendung eben der Mißbräuche neigen, zu deren Unterdrückung bei anderen Völkern sie in den Krieg ziehen. So führte der »Kreuzzug zur Wiederherstellung der Freiheit in Deutschland« dazu, daß in England die Freiheitsrechte links und rechts aufgehoben wurden. In die Redefreiheit wurde eingegriffen, um »die Ausbreitung von Unruhe und Mutlosigkeit zu verhindern«, und die Freiheit der Person wurde durch die Verordnung 18B brutal beschnitten, die es gestattet, Männer und Frauen ohne Anklage oder Prozeß ins Gefängnis zu werfen, ihnen jeden Rechtsbeistand zu verweigern und sie eingesperrt zu lassen, solange es dem Innenminister gefällt. Einziges Erfordernis war, daß der Minister einen »vernünftigen Anlaß zur Annahme« haben

[163]

sollte, daß die Haft im öffentlichen Interesse wünschenswert sei. Damit wurde in England ein genaues Gegenstück zu jenen deutschen Konzentrationslagern geschaffen, die von englischen Politikern und Publizisten so heftig angegriffen wurden. Diese beiden Formen der Tyrannei beeinflußten sich gegenseitig, und es war nichts Ungewöhnliches, daß Parlamentsmitglieder unter dem Schutze der Immunität kurzweg die Inhaftierung eines Menschen verlangten, nur weil er Auffassungen äußerte, die ihnen mißfielen oder die irgendwie als unpatriotisch angesehen oder als »wehrkraftzersetzend« hingestellt werden konnten.

Sechs Jahre Unterdrückung »gefährlicher Gedanken« habender englischen Bevölkerung ihr Mal aufgedrückt, die heute bemerkenswert scheu ist, ihre Meinung über das tägliche Geschehen und besonders über außenpolitische Fragen mit dem Freimut auszusprechen, der zu Anfang des Jahrhunderts als selbstverständlich gegolten hätte. »Die Freiheit ist in Gefahr«, sagten die Regierungsplakate von 1959, »Verteidigt sie mit aller eurer Macht!« Diese Plakate sprachen die Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit. Die Freiheit war nicht nur von außerhalb des Landes her gefährdet, sondern auch von innen.

Die Kriegführung der Demokratien selbst war ja auch wirklich kein erhebendes Beispiel angewandter Demokratie. Die beiden demokratischen Führer, Präsident Roosevelt und Premierminister

Churchill, reisten um die ganze Welt zu den »Konferenzen auf höchster Ebene«, wo sie olympische Entscheidungen trafen, wie der Kampf auszufechten sei und wie die Welt danach gestaltet werden sollte ;wieviele hunderttausend Quadratkilometer Gebiet dem einen Lande wegzunehmen und dem anderen zu geben seien und wieviele Millionen armselige Flüchtlinge als Folge davon aus ihrer Heimat vertrieben werden müßten.

Man mußte mit dem Kriege weiterkommen, und es war natürlich unpraktisch, Konferenzen auf höchster Ebene, die

[164]

lange Reisen des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Premierministers von England notwendig machten, wiederholen zu lassen und vielleicht mehr als einmal, weil im Parlament oder im Kongreß Einwendungen erhoben wurden. Aber man hätte ja andere Methoden anwenden können. Wenn Konferenzen auf niedrigerer Ebene, etwa der Botschafter oder allenfalls der Außenminister, einberufen worden wären, so hätten die Kabinette und Parlamente in der Heimat eine gewisse Kontrolle über die Abmachungen ausüben können. So aber mußten die von den höchstgestellten Männern gefaßten Beschlüsse natürlich als vollzogene Tatsachen durch die demokratische Gesetzgebungsmaschine durchgepreßt werden. So sehen wir Churchill, wie er nach Jalta brüsk die parlamentarische Kritik mit der Erklärung unterbindet, die Sowjetführer seien »ehrenhafte und vertrauenswürdige Männer«, und es »absolut ablehnt, sich hier auf eine Diskussion der russischen Verläßlichkeit einzulassen«[1].

Ein derartig anmaßendes Verfahren kann man nicht demokratisch nennen. Es kann auch nicht mit dem Argument gerechtfertigt werden, der Premierminister habe alles am besten gewußt und seine Lagebeurteilung sei die richtige gewesen. Wir wissen ja, daß sie tatsächlich in katastrophalerweise falsch war. »Ich habe von der Krim«, sagte Churchill im Unterhaus, »und ebenso von allen anderen Begegnungen den Eindruck mitgebracht, daß Marschall Stalin und die Sowjetführer in ehrenhafter Freundschaft und auf gleichem Fuß mit den westlichen Demokratien zu leben wünschen. Ich kenne keine Regierung, die, und sei es es auch zu ihrem eigenen Nachteil, fester zu ihren Verpflichtungen steht als die russische Sowjetregierung«[2]. Diese Erklärung darf wohl zu den schwerstwiegenden politischen Fehlurteilen der Geschichte gerechnet werden.

[1] The Times, 28. II. 1945.

[2] The Times, 28. II. 1945.

[165]

Die mit den Entscheidungen der Großen Drei verbundenen Gefahren wurden in Amerika nicht übersehen. So erklärte der Sprecher der Amerikanischen Bankiervereinigung, W. R. Burgess, vor dem Bank- und Währungsausschuß des Kongresses am 21. März 1945: »Das Aushandeln internationaler Abkommen ist eine doppelte Aufgabe. Man muß darüber mit den Vertretern fremder Länder verhandeln, aber auch mit unseren eigenen Leuten hier. Man macht es sich zu leicht, wenn man den zweiten Schritt vergißt, wenn man im Ausland ein Abkommen schließt und dann hofft, es der eigenen Öffentlichkeit aufzuschwatzen. Aufschwatzen ist kein Verhandeln«.

Freiheit, Gerechtigkeit, gesittetes Verhalten und demokratische Selbstregierung sind äußerst zarte Pflanzen, die nur unter friedlichen und geordneten Verhältnissen gut gedeihen. Statt ihr Wachstum zu fördern, läßt der Krieg sie welken und eingehen. »Niemand konnte unter all dem Grauen, Chaos und den Verheerungen des vor zwei Jahren begonnenen (koreanischen) Krieges ein Gedeihen der parlamentarischen Demokratie erwarten«, schrieb die Londoner Times am 31. Mai 1952.

Die Grundtorheit eines Kampfes für abstrakte Prinzipien wird durch die völlig negativen Ergebnisse der »größten Stunde« von 1940 ins helle Licht gerückt. Wenn jene Zeit, wie Churchill es darstellt, eine Periode großen Ruhms für England war, mit der es die ganze übrige, nicht zur Achse gehörende Welt zu seinem moralischen Schuldner machte, so läßt die Bezahlung dieser Schulden lange auf sich warten. Statt von anderen Nationen für seine heroische Standhaftigkeit 1940 mit Ehren und Achtung behandelt zu werden, hat England seit 1945 unerhörte Fälle der Mißachtung, Zurückweisung und Beleidigung serienweise einstecken müssen. Englische Kriegsschiffe sanken durch albanische Minen. Die Argentinier schickten Kanonenboote aus, um britische Inseln der Falkland-Gruppe zu besetzen. Die Vereinigten Staaten haben den Engländern ihren heruntergekommenen Zustand in

[166]

der Welt so recht unter die Nase gerieben, indem sie - mit Erfolg - alle höheren Kommandostellen sämtlicher Streitkräfte der Vereinten Nationen und der Nordatlantik-Pakt-Organisation verlangten. Selbst Großbritanniens alter Stolz, seine Flotte, empfängt jetzt zum größten Teil ihre Befehle von amerikanischen Admirälen. Das geht so weit, daß der britische Admiral, der das Kommando im Seegebiet von (Britisch-) Schottland führt, von der anderen Seite des Atlantiks seine Bestallung erhält. Die Inder hatten so wenig Erinnerungsvermögen für

die »größte Stunde«, daß sie nach dem Kriege die erste Gelegenheit ergriffen, um die Engländer loszuwerden, die ihr Land zwei Jahrhunderte lang regiert hatten. Im Mittleren Osten haben die Helden von 1940 eine Ohrfeige nach der anderen bekommen; erst von den Juden in Palästina, dann von den Persern, kurz danach von den Ägyptern und dann von den Irakern. In Persien wurden die Männer der größten Stunde barsch mit Drohungen, Verwünschungen und einem Verlust von 300 Millionen Pfund aus ihrem eigenen riesigen Ölbesitz verstoßen.

Aber wenn es so viele unvernünftige Gründe für einen Krieg gibt, welches sind dann die vernünftigen? Wieder kommt uns die Felddienstordnung zu Hilfe. Eine Nation schreitet zum Kriege, sagt sie, »um ihre Lebensinteressen zu schützen«. Man beachte: nicht zum Schutze der Lebensinteressen einer anderen Nation. Man muß das besonders unterstreichen, weil demokratische Politiker es häufig übersehen. Nach ihren eigenen Äußerungen während der letzten Jahre zu schließen, glauben viele Vertreter der englischen Spielart, daß englische Armeen in der ganzen Welt umherziehen sollten, um andere Völker von ihren brutalen Unterdrückern zu befreien - die Tschechen (1938) und die Polen (1939) von den verruchten Deutschen, die Finnen (1940) von den verruchten Russen, die Griechen (1941) von den verruchten Deutschen, die verruchten Deutschen selbst (1940/45) von dem noch verruchteren Naziregime, die Spanier (von 1945 an)

[167]

von dem verruchten Franco und die Südkoreaner (1950) von ihren früheren Landsleuten jenseits der künstlichen Grenze des 38. Breitengrades.

Churchill muß eindeutig in diese Gesellschaft eingereiht werden. Nach dem Bericht des amerikanischen Außenministers Stettinius hat er in Jalta zu Präsident Roosevelt gesagt, »es gebe gegenwärtig viele Länder auf der Erdoberfläche, in denen die Bevölkerung in Furcht vor ihrer eigenen Regierung lebe. Diese Völker müßten von ihrer Furcht befreit werden«. Churchill, so fährt Stettinius fort, habe seine Darlegungen zu diesem Punkt dramatisch mit den Worten geschlossen: »Solange noch Blut aus *(sie)* meinen Adern fließt, werde ich mich dafür einsetzen«[1].

Das Wort »Pflicht« kam während des Krieges häufig von Churchills Lippen, und fast stets bezog es sich auf Englands Pflicht, irgend jemand anderem zu helfen. Tatsächlich habe ich kein Zitat gefunden, jedenfalls nicht nach dem Fall Frankreichs, das sich auf die Pflicht irgendeiner anderen Nation bezog, England zu Hilfe zu kommen. Wann immer Beistand geleistet wurde, so war es ein »prächtiger Akt von Großmut« oder »die uneigennützigste Tat in der Geschichte« von

selten der anderen Nation. Großmut und Uneigennützigkeit scheinen - nach seinen Reden - mit Englands Unterstützung anderer nach 1940 nichts zu tun gehabt zu haben. Es war einfach Englands Pflicht.

Nehmen wir den Fernen Osten Anfang 1942. In seiner Rede vom 27. Januar erklärte Churchill: »Unsere Pflicht ist es, Verstärkungen aller Art, besonders Flugzeuge, von überall her, mit allen Mitteln und äußerster Schnelligkeit in das neue Kriegsgebiet zu schicken.«

Das »neue Kriegsgebiet« war das interalliierte Kommando Südostasien *nach dem Fall von Singapur,* also *nachdem* Englands wichtigste Machtstellung in diesem Gebiet dem Feind in die

[1] E. R. Stettinius, *Roosevelt and the Russians,* S. 72.

[168]

Hand gefallen war. In eben der gleichen Rede machte Churchill es aber auch klar, es sei ebenso Englands Pflicht gewesen, die notwendigen Vorkehrungen *nicht vorher* zu treffen, um einen Verlust Singapurs und Malaias an die Japaner zu verhindern : »Offensichtlich wäre es eine sehr unbedachte Verwendung unserer begrenzten Hilfsmittel gewesen, wenn wir große Massen von Truppen und Ausrüstung, verteilt über das

ungeheure Gebiet des Pazifik, oder in Indien, Burma und auf der malaiischen Halbinsel eingesetzt hätten, wo sie - ohne Krieg -Monat um Monat, Jahr um Jahr, untätig geblieben wären[1]. Damit hätten wir unsere Verabredungen mit Rußland gebrochen. «

Diese Äußerung kann nur bedeuten, daß es nach Churchills Meinung falsch war. Streitkräfte zum Schutz englischer Interessen in Gestalt englischen Gebietes einzusetzen, aber richtig, es zum Nutzen Rußlands zu tun. Natürlich hatte Churchill die Sache vom verkehrten Ende angepackt. England hatte keine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Rußland und konnte ihnen deshalb auch nicht untreu werden. Eine wesentlich angemessenere Frage ist aber, ob England seine Verpflichtungen gegenüber dem britischen Empire versäumt hatte.

Ein englischer Politiker, der einem anderen Lande britische Waffenhilfe verspricht, bietet diesem Lande das Leben einer unbekannten Zahl seiner Landsleute dar. Ein Recht zu solchen Anerbieten hat er nur, wenn es zugunsten des ganz klaren und eindeutigen Wohles der Gemeinschaft geschieht, zu der diese Bürger gehören. Er hat kein Recht, dieses Versprechen abzugeben, nur weil er Nazismus, Kommunismus oder sonst einen "ismus" in irgendeinem Teile der Welt mißbilligt oder weil er die Deutschen oder die Japaner haßt, die

[1] Dabei hatte Churchill im Februar 1941, also n Monate früher, in einem Brief an General Wavell auf die »zunehmend bedrohliche Haltung Japans und die klare Möglichkeit eines Angriffs auf uns in naher Zukunft« hingewiesen.

[169]

Franzosen und die Chinesen liebt oder weil er irgendeine andere Mischung von Vorurteil und Vorliebe hegt, selbst dann nicht, wenn ein einflußreicher Teil seiner Anhänger seine Antipathien und Sympathien teilt. Der einzig korrekte Prüfstein für ein Angebot, das unter bestimmten Bedingungen das Opfer englischer Menschenleben einschließt, ist, ob damit rein englische Interessen gefördert oder wahrscheinlich gefördert werden. Königin Victoria war sich dieses Grundsatzes fest bewußt. »Wenn sie es verhindern kann«, schrieb sie, »so wird sie niemals zulassen, daß England in einen Krieg verwickelt wird, in dem keine englischen Interessen auf dem Spiele stehen«; und sie vereitelte 1864 einen Versuch Lord Palmerstons, während der schleswig-holsteinischen Krise anders zu handeln.

Britischen Politikern und privaten Bürgern steht es selbstverständlich völlig frei, gegenüber Dingen des Auslandes jedwede Vorliebe und Leidenschaft zu hegen. Aber wenn sie gegen den Faschismus in Italien, das Sowjetregime in Rußland oder gegen wen und was sonst einen Streich führen wollen, so gibt es, sofern nicht die Lebensinteressen ihres eigenen Landes durch die Lage in einem anderen Lande nicht unzweideutig

in Mitleidenschaft gezogen werden, für sie nur ein einziges ehrenhaftes Verhalten, und das ist, selbst dorthin zu gehen und selbst zuzuschlagen.

Die Pflicht eines Landes ist in der Tat primär eine Pflicht sich selbst gegenüber. Und die Pflicht eines Politikers ist eine Pflicht gegenüber seinem eigenen Lande, dem Lande, das ihm sein Gehalt zahlt. An diese Grundregel zu denken, scheint für Politiker oft recht schwer zu sein. Wir haben im ersten Kapitel gesehen, daß Sir Edward Grey, als er England zum Kriege verpflichtete, beträchtlich von seiner Angst beeinflußt war, was die Ausländer von ihm denken würden, wenn er diese Verpflichtung nicht einginge. Wahrlich, englische Politiker dieses Jahrhunderts scheinen in seltsamer Weise einem um-

[170]

gekehrten Loyalitätsgefühl zu huldigen, das sie begierig macht, Ausländern mehr als ihrem eigenen Volk zu Gefallen zu sein. Im ersten Weltkrieg intrigierte Lloyd George beständig und schließlich mit Erfolg, um die englischen Armeen in Frankreich französischem

Kommando unterstellen zu lassen. Im zweiten Weltkrieg wurden sie erst französischem und später amerikanischem Kommando unterstellt. Chamberlain gab der polnischen Regierung einen Blankoscheck auf die englische Kriegserklärung an Deutschland in die Hand, Churchill ähnlich der amerikanischen Regierung - mit seiner Bemerkung »innerhalb der gleichen Stunde« - die Kriegserklärung gegen Japan. Aneurin Bevan, Führer des linken Flügels der Labourparty, verstieg sich sogar zu dem Vorschlag, daß englische Generäle als Befehlshaber englischer Armeen durch Polen, Tschechen oder andere Emigranten-Offiziere ersetzt werden sollten. Und nach dem Kriege stimmte Clement Attlee, Führer der Labourparty und Premierminister, zu, daß die Hauptmasse der englischen Flotte amerikanischem Kommando unterstellt wurde - gegen den öffentlichen Protest des hervorragendsten englischen Admirals.

Churchill bekundete während des Krieges eine sehr kosmopolitische Auffassung seiner Verantwortung. Sein Aufstieg zum Amt des Premierministers 1940 wurde im Lande allgemein gebilligt, weil man glaubte, er verstehe etwas vom Kriege und sei der beste Politiker, die Engländer aus ihrer damaligen traurigen Lage herauszureißen. Hauptsächlich erwartete man aber von ihm, darüber besteht kein Zweifel, daß er die englische Unabhängigkeit vor einer Zerstörung durch den Feind bewahre. Ich sage »durch den Feind«, denn unmöglich konnte es den Leuten in den Sinn kommen, daß ihre Unabhängigkeit von einer anderen Seite her gefährdet sein könnte, etwa gar durch Churchill selbst. Sie können von seinen Bemühungen nichts geahnt haben, die neunhundert Jahre alte eigenständige Souveränität der britischen Inselbewohner durch das Angebot

[171]

einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit an die Franzosen zu zerschlagen.

Es besteht auch nicht der Schatten eines Zweifels, daß Churchill mit diesem Angebot seine Pflicht und seinen Auftrag überschritt. Was er selber zu dieser Episode in seinem Buch[1] bemerkt, ist sehr aufschlußreich. Der Plan scheint seinen Ursprung weder im Kabinett, noch im Parlament oder in den Spitzen der Wehrmacht gehabt zu haben; er kam von einer bunt zusammengewürfelten Gruppe Einzelner, darunter Sir Robert Vansittart, Major (jetzt Sir) Desmond Morton, der damals persönlicher Gehilfe des Premierministers war, zwei Mitgliedern einer nach London entsandten französischen Wirtschaftsmission und General de Gaulle; nicht einer von ihnen war politisch irgendwie autorisiert. Als die Angelegenheit zur Beratung vor das Kabinett kam, war Churchill nach seinen eigenen Worten »überrascht zu sehen, daß die nüchternen, soliden, erfahrenen Politiker

aller Parteien sich so leidenschaftlich für einen Plan solch ungeheuren Ausmaßes einsetzten, dessen tieferer Sinn und dessen Folgen noch keineswegs zu Ende gedacht waren. Ich leistete keinen Widerstand, sondern gab leicht diesem stürmischen Großmut nach, der unsere Entschlüsse auf ein sehr hohes Niveau uneigennütziger und unerschrockener Aktion führte.« Dieser reizende Satz darf aber die Tatsache nicht verdecken, daß stürmischer Großmut und ein hohes Niveau der Uneigennützigkeit bei dieser lebenswichtigen Angelegenheit völlig fehl am Platze waren. Einzig und allein die Interessen ihres eigenen Landes hätten den Beschlüssen jener nüchternen, soliden und erfahrenen Politiker als Kriterium dienen dürfen. Und wenn die Wogen der Großmut, aufgestiegen aus ihren für das blutende Frankreich schlagenden Herzen, wirklich ihre Haltung gegenüber der vorgeschlagenen anglo-französischen Union diktierten, so vergaßen sie dabei vollkommen ihre vornehmste Pflicht: an England zu denken.

[1] *Second World War,* Band **2,** S. 180.

[172]

Sie scheinen an der gleichen funktionellen »Verdunklung« gelitten zu haben, als es sich um Churchills damalige Botschaft an Präsident Roosevelt wegen der englischen Flotte handelte. »Die jetzige Regierung und ich«, so drahtete er am 15. Juni 1940, »würden die Flotte unter allen Umständen über den Atlantik schicken, wenn der Widerstand hier zum Erliegen käme...« Diese vom Premierminister Englands gegenüber dem Oberhaupt eines neutralen Staates abgegebene Versicherung enthüllt nur allzu deutlich, daß das Kabinett seine Stellung und Verantwortung nicht begriff. Es war Treuhänder der Nation für den besten Einsatz der Wehrmacht zur Besiegung des Feindes. Konnte es den Feind nicht besiegen, so hatte es in seiner treuhänderischen Aufgabe versagt und seinen Mißerfolg einzugestehen und der Nation die Frage nach dem weiteren Vorgehen vorzulegen, wie es sich für einen Treuhänder gebührt. Die Flotte war nicht Privateigentum des Kabinetts, mit dem es im Falle einer Niederlage machen konnte, was es wollte. Die Flotte gehörte der Nation, die das Geld dafür aufgebracht hatte, und wenn die Nation von einem etwaigen deutschen Eroberer bessere Bedingungen für sich selbst durch Übergabe der Flotte erlangen konnte, so war sie zweifellos zur Übergabe berechtigt, mochte das Kabinett in dieser Frage auch anderer Auffassung sein.

Es handelt sich hier nicht um ein Problem von lediglich akademischem Interesse. Es rührt vielmehr an Grundsatzfragen der allergrößten Bedeutung. Wäre die britische Flotte nach Kanada oder den

Vereinigten Staaten ausgelaufen, so würde das in England verbliebene Volk jegliche Kontrolle über ihren künftigen Einsatz verloren haben. Sie hätte auf alle mögliche Weise verwendet werden können, die keine Billigung der Engländer gefunden hätte. Sie hätte zu einer Hungerblockade gegen ein von den Deutschen besetztes England eingesetzt werden können. Sie hätte bei der Beschießung der englischen Küste mithelfen können, um eine amerikanische

[173]

Landung zu unterstützen, genau wie sie zur Beschießung der Küste des vorher befreundeten Frankreich bei den Landungen in der Normandie und an der Riviera 1944 eingesetzt wurde.

Die Engländer sollten sich überlegen, solange es noch Zeit ist, ob sie ihre eigenen Waffen in einer hier ins Auge gefaßten Weise gegen sich kehren lassen möchten. Der Autor fand es höchst bedenklich, daß ihm ein leitender Mann der BBC, des englischen Rundfunks, vor kurzem sagte, unter gewissen Umständen könne es Englands Pflicht sein, »zum größeren Wohle der Menschheit« beschossen, bombardiert, ausgehungert und verwüstet zu werden. Nach Meinung des Autors kann der Menschheit auch auf andere Weise zu ihrem höheren Wohle verholfen werden. Er würde keinen Trost in dem Gedanken finden, daß Tibetaner, Mexikaner, Perser oder Peruaner in größerer Sicherheit leben, weil London durch Atombomben, abgeworfen von Flugzeugen englischer Herstellung, wenn nicht gar mit englischer Besatzung, in Staub verwandelt wurde. Die Worte Pflicht, Loyalität und Verantwortung scheinen, wo sie in einem politischen Zusammenhang gebraucht werden, fast ganz im Treibsand der Zweideutigkeit zu versacken - vielleicht absichtlich. Wenn ein Mann wie Tschiang-Kaischeck, der für sich den Namen eines Patrioten in Anspruch nimmt, verlangt, daß sein Land durch die Vereinten Nationen bombardiert wird, um Aufstände gegen seine politischen Widersacher zu entfachen[1], so kann der Durchschnittsmensch in der ganzen Welt über die Beschaffenheit des Patriotismus eines modernen Politikers nur schwere Sorgen empfinden.

Wenn wir also die Lebensinteressen anderer Nationen als Begründung dafür ausschalten können, daß unsere Mitbürger ihr Blut auf dem Schlachtfeld vergießen, und wenn wir darin übereinstimmen, daß ein solches Opfer rechtmäßig nur für

[1] Daily Telegraph, i. VII. 1952.

[174]

die Lebensinteressen des eigenen Landes gefordert werden kann, so bleibt noch immer die Frage offen, welches denn diese Lebensinteressen sind. Darauf gibt es keine präzise Antwort, da eine genaue Definition zu einem gewissen Grade von den Umständen des besonderen Falles abhängt. Eine Antwort darauf hat aber Sir Edward Grigg, jetzt Lord Altrincham, in einem Buch gegeben, das er kurz vor dem Kriege veröffentlichte, als die Menschen sich Gedanken darüber machten, warum wir, falls es dazu käme, zum Kriege mit den Deutschen schreiten sollten. Zu den materiellen englischen Hauptinteressen, sagte er, »gehören natürlich die Verteidigung des englischen Gebietes, die Ausdehnung des englischen Handels und die Sicherheit englischer Kapitalanlagen«[1].

Die Verteidigung englischen Gebietes scheint in der Tat ein klarer und selbstverständlicher Grund für einen Krieg zu sein. Nationen mit Selbstachtung lassen sich ihr Eigentum nicht stehlen, ohne sich in einen Kampf einzulassen - falls sie sich dazu in der Lage fühlen. Die Holländer hielten einen Kampf um ihre indonesischen Besitzungen angesichts der kaum verhohlenen Ermutigung der Rebellen durch die Vereinigten Staaten offenbar für hoffnungslos. Die englische Regierung fühlte sich, zum Erstaunen vieler Engländer, sichtlich unfähig, um das ungeheuer wertvolle Eigentum der Anglo-Iranian Oil Company in Abadan zu kämpfen. Der Öffentlichkeit ist bisher nicht bekannt, ob diese Entscheidung der Regierung für einen hastigen und kampflosen Rückzug zurückzuführen ist auf Furcht vor Rußland oder auf das peinliche Dilemma einer in England selbst verstaatlichenden Labour-Regierung, die Widerstand leisten soll gegen die Verstaatlichung der im englischen Besitz befindlichen persischen Ölindustrie durch die Perser, oder ob irgendwelche anderen Ursachen vorlagen. Immerhin, diese Vorgänge der letzten Zeit sind jedenfalls Ausnahmen von der historischen Regel, daß souveräne

[1] Britain Looks at Germany, S. 35.

[175]

Nationen sich nicht berauben lassen, ohne eine - und sei es auch hoffnungslose - Anstrengung, sich dem Raub zu widersetzen. Es ist recht seltsam, daß die englische Regierung, die nicht bereit war, für die englische Ölindustrie in Persien zu kämpfen, bereitwillig englische Soldaten in den Tod schickte, um Südkoreaner gegen ihre Brüder aus Nordkorea zu verteidigen.

Wo es aber um eine wirkliche Unterwerfung geht, da kann man sich im allgemeinen darauf verlassen, daß die Nationen sogar in unseren seltsamen Tagen sich selbst verteidigen. Dafür wurde dem »tapferen kleinen Belgien« 1914 Beifall gespendet, ebenso den Finnen für ihren

Widerstand gegen Rußland 1940[1]. Man braucht nicht zu diskutieren, ob ein derartiger Entschluß irgendeines Landes strategisch vernünftig ist, denn es ist ein gemeinhin anerkannter Satz, daß in derartigen Notfällen Stolz und Ehre allen anderen Erwägungen vorgehen.

Angenommen, ein Land will gegen einen drohenden feindlichen Angriff zu den Waffen greifen, so gibt es dafür zwei Wege. Es kann warten, bis der Angriff erfolgt oder offenkundig im nächsten Moment erfolgen wird, und dann zur Aktion schreiten, die natürlich nicht auf die Defensive beschränkt zu bleiben braucht. Oder es kann in Vorwegnahme eines späteren Angriffes selbst den ersten Schritt tun, was Präventivkrieg genannt wird. Ein Präventivkrieg wird damit begründet, daß er das Land in die Lage versetzt, einer Herausforderung, die nach seiner Auffassung früher oder später erfolgen muß, zu einem Zeitpunkt seiner Wahl zu begegnen, statt der anderen Seite diese Gunst der Wahl zu überlassen.

Die Geschichte der letzten Zeit läßt aber vermuten, daß die Vorteile eines präventiven Vorgehens illusorisch sind. Sowohl die österreichische Kriegserklärung an Serbien 1914 wie die englische Kriegserklärung an Deutschland 1959 waren beide präventiver Natur. Indem es zuerst zuschlug, hoffte Öster-

[1] Die Tschechen bildeten eine Ausnahme.

[176]

reich, die serbischen Pläne gegen das Habsburger Reich zu vereiteln. Aber diese Präventivaktion rettete das Reich nicht. Ähnlich fürchtete England einen deutschen Angriff zu einem von Hitler gewählten Zeitpunkt, nachdem er seine übrigen Opfer »eines nach dem anderen« erledigt hätte. Der englische Präventivkrieg zugunsten Polens verhinderte jedoch nicht, daß dieser deutsche Angriff dann doch erfolgte, und obwohl England den Angriff erfolgreich abwehren konnte, so wäre es dazu in einer strategisch besseren Lage gewesen, hätte es den Angriff abgewartet und nicht versucht, ihm zuvorzukommen. Dasselbe gilt, wie wir im ersten Kapitel sahen, noch zwingender für die Verhältnisse von 1914.

Ein Präventivkrieg hat überdies den großen moralischen Nachteil, daß er den Anschein einer aggressiven Rolle mit sich bringt. Österreich und mit ihm Deutschland büßten 1914 aus diesem Grunde viel an gegnerischer Weltmeinung ein. Und obwohl es oft verkündet wurde, daß Deutschland den Krieg von 1939 begann, so ist doch nicht wenigen Engländern im innersten Herzen recht unbehaglich bei dem Gedanken, daß die englische Kriegserklärung an Deutschland so lange keine zweifelsfreie Defensivmaßnahme war, als kein feindseliger Akt

gegen spezifisch englische Interessen vorlag. Die Franzosen waren 1914 sehr viel geschickter vorgegangen. Obwohl sie sich bereitwillig dem russischen Schlepptau überließen, das in den Krieg führen mußte, so konnten sie sich doch der Welt als Musterbeispiel einer Nation präsentieren, die noch zögert, ehe sie das Feuer zu ihrer Verteidigung eröffnet.

Ein Präventivkrieg enthält auch ein gewisses Eingeständnis der Unterlegenheit. Er besagt, daß die eigenen Nerven zu schwach sind für die Belastungen des Kalten Krieges. Die englische Garantie an Polen war das offene Zugeständnis einer derartigen Niederlage. Hauptsächlich war sie dazu bestimmt, die klopfenden Herzen der Inselbewohner, oder vielleicht richtiger gesagt, das Unterhaus, zu beruhigen. Ähnliche neu-

[177]

rotische Anfälle zeigten sich im Verlaufe des Koreakrieges, als Männer der Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten wie in England immer wieder dafür eintraten, die Sache des Antikommunismus durch den Abwurf von Atombomben auf Peking und selbst auf Moskau auf die Spitze zu treiben.

Sich in einen Präventivkrieg stürzen, heißt nicht nur Gefahr laufen, des »Angriffs« beschuldigt zu werden, wie es Österreich 1914 geschah. Es bedeutet, einen Streitfall im voraus entscheiden, zu dem es noch nicht gekommen ist und der, wenn man ihn auf sich beruhen läßt, vielleicht nie entsteht. Je mehr wir über Hitler wissen, um so weniger ist es sicher, daß er je einen Angriff auf England beabsichtigte, es sei denn, man hätte ihn provoziert. In der Tat hat Captain Liddell Hart äußerst wichtiges Beweismaterial dafür vorgelegt, daß Hitler wahrscheinlich England nicht angegriffen hätte, wenn Englands Kriegserklärung nicht gekommen wäre. Liddell Hart berichtete in der Wiedergabe seiner Gespräche mit Kriegsgefangenen deutschen Generälen in England, die er unter dem Titel "*The Other Side of the Hill*"[1] als Buch veröffentlicht hat, was Blumentritt ihm über Hitlers Eingreifen in die Operationen zur Zeit von Dünkirchen erzählte. Demnach wollte er die britische Armee unter allen Umständen nach England entkommen lassen. Die deutschen Befehlshaber waren sprachlos und empört über Hitlers Haltung, die sie daran hinderte, einen Vorteil bis zum letzten auszunützen, der nach ihrer Meinung die Gefangennahme der ganzen britischen Expeditionsarmee ermöglicht hätte. Aber Hitler blieb eisern bei seiner Weigerung und befahl den deutschen Panzertruppen in eindeutiger und schärfster Form, Abstand zu halten, während die Engländer sich einschifften. Er gab auch - nach der Wiedergabe der Äußerung Blumentritts durch Liddell Hart - eine Begründung für sein anscheinend verrücktes Verhalten; »Er setzte uns dadurch in

[1] Titel der deutschen Ausgabe: Jetzt dürfen sie reden. Hitlers Generäle berichten. Stuttgart-Hamburg 1950.

[178]

Erstaunen, daß er mit Bewunderung vom Britischen Empire sprach, von der Notwendigkeit seiner Existenz und von der Kultur, die England der Welt gebracht habe... Er verglich das Britische Empire mit der katholischen Kirche; beide, sagte er, seien wesentliche Elemente einer stabilen Weltlage. Er sagte, alles, was er von England wünsche, sei, daß es die Stellung Deutschlands auf dem Kontinent anerkenne. Die Rückgabe der verlorenen deutschen Kolonien sei wünschenswert, aber nicht wesentlich. Er würde sogar das Angebot machen, England mit Truppen zu unterstützen, falls es irgendwo in Schwierigkeiten gerate. Er schloß mit der Erklärung, sein Ziel sei ein Friedensschluß mit England auf einer Grundlage, die England als mit seiner Ehre vereinbar annehmen könne«[1].

[1] Der Anfang 1954 veröffentlichte Band der amtlichen englischen Kriegsgeschichte, der die Räumung Dünkirchens behandelt, ließ Zweifel an der oben zitierten Äußerung General Blumentritts aufkommen. Ich habe mich daraufhin sofort mit General Blumentritt in Verbindung gesetzt und von ihm folgende Antwort erhalten: Er könne nicht garantieren, schrieb er, daß Hitler die Erklärung zu dem Zeitpunkt abgab, als er den auf Dünkirchen vorstoßenden deutschen Panzern den Haftbefehl erteilte. Tatsächlich hätten für Hitlers Eingreifen auch andere Gründe mitgespielt. Mit voller Sicherheit bestätigte General Blumentritt aber zwei Dinge: erstens, daß es allein der persönliche Befehl Hitlers war, der das Anhalten der deutschen Panzer veranlaßte, ein Befehl, gegen den von Rundstedt, von Brauchitsch, Halder und Guderian starke Einwendungen erhoben. Zweitens, daß Hitler einige Tage vorher länger als eine Stunde mit den höchsten Offizieren über seine Hoffnung gesprochen hatte, bald mit den Engländern ein Abkommen zu erreichen. General Blumentri et fügte hinzu, er und viele andere seien auch heute noch überzeugt, daß diese Hoffnung entscheidend zu dem Befehl beitrug, der den unmittelbar betroffenen Befehlsempfängcrn in höchstem Maße unbegreiflich erschien und gegen den sie heftig protestierten.

In diesem Zusammenhang sei auch folgende Äußerung Generalfeldmarschalls von Rundstedt aus dem März 1950 erwähnt: «Mir unterstanden, als am 10. Mai zum Angriff angetreten wurde, im ganzen fünf Armeeoberkommandos und zwei Panzergruppen . . ., die sich wie an einem Paternosteraufzug auf schmalem, tiefem Raum durch die Enge von Sedan zum Kanal vorwärtsbewegten, unter ständigem Abschirmen der linken langen Flanke an Aisne und Somme. Auch ein zeitweilig drohender Angriff des Feindes etwa von Peronne und Arras von zwei Seiten her gegen die vorstoßenden Panzerkräfte bildete keine Gefahr, da wir gegen diesen Angriff aus der Tiefe mit vielen Divisionen der 2. und 9. Armee einfach geradeaus selbst angreifen konnten. Nun machte Hitler den ersten großen Fehler! Die Panzergruppe Kleist war nach Fortnahme von Boulogne und Calais im Einschwenken gegen die bei Dünkirchen stattfindenden Einschiffungen der Engländer. Hitler befahl einzuhalten und nur bis auf Kanonenschußweite an Dünkirchen heranzugehen. Alle Einsprüche unsererseits waren erfolglos. So ging eine ganz große Gelegenheit verloren, den Feind zu vernichten, ehe man sich der zweiten Phase des Feldzuges zuwandte. Die Schuld hieran trifft nur Hitler und nicht mich, wie Herr Churchill in seinen Memoiren behauptet. Ich mußte dem immer wiederholten Befehl Hitlers ja schließlich gehorchen. Was Hitler zu diesem unheilvollen Entschluß veranlaßte, ist zweifelhaft. Einmal sagte er, die Panzer hätten in dem ungünstigen Gelände um Dünkirchen so starke Ausfälle erlitten, daß sie für den später folgenden Angriff gegen Frankreich nicht mehr stark genug wären. Dann ließ er einmal eine Äußerung fallen, daß er gehofft habe, England zum Frieden geneigt zu machen, wenn er sie bei Dünkirchen entkommen ließ. Jedenfalls war es vom militärischen Standpunkt ein grober Fehler. Man bringt erst eine Operation zum Abschluß, ehe man an die nächste denken soll. In der Zähigkeit und Mentalität der Engländer hat er sich jedenfalls gründlich getäuscht.«

Ähnlich schrieb General Hofmann am 8. Februar 1954 an General Blumentritt: »Nach einem Kriegsspiel ‚Seelöwe', das ich in Ypern zu leiten hatte und zu dem Brauchitsch

erschienen war, ging ich mit Brauchitsch etwas auf und ab. Dabei stammelte ich mit der nötigen Bescheidenheit einige glückwünschende Worte zu dem siegreichen Ausgang des Westfeldzuges. Brauchitsch, der vorher sehr nett und herzlich war, versteinte. Nach einigem Stillschweigen sagte er mir, sichtlich bewegt: ‚Ihr Glückwunsch ist fehl am Platz. Wenn man als Generalstabsofnzier sein Leben lang erzogen war und immer wieder eingehämmert bekam, daß bei einer solchen einmaligen Gelegenheit, den Feind wirklich zu vernichten, keine Minute gezögert werden darf und daß der letzte Mann zu diesem Ziel eingesetzt werden muß, - wenn ich nun diese einmalige Chance in meinem Leben hatte und mir dabei in letzter Minute der Arm festgehalten wurde, um dieses Vernichtungsziel zu erreichen, dann ist ein Glückwunsch nicht angebracht'«.

[179]

Es muß daher als eine greifbare Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit betrachtet werden, daß Hitler ein neutrales England auf keinen Fall angegriffen hätte, und daß die häufig von Männern der englischen Öffentlichkeit zum Ausdruck

[l80]

gebrachte Befürchtung grundlos war, wonach auf Hitlers Programm auch das Inselkönigreich als Opfer gestanden habe. Wir stehen also vor der erschütternden Schlußfolgerung, daß die englische Kriegserklärung von 1939 möglicherweise auf einer falschen Annahme schlimmster Art beruht hat. Und wenn Hitler Englands Unterwerfung wirklich nicht wünschte, so wird die umfassendere Anklage gegen ihn auf Planung der Weltherrschaft noch unwahrscheinlicher.

Die Ausdehnung des Handels und die Sicherheit überseeischer Kapitalanlagen gehören in ein anderes Gebiet. Da sie selbst materielle Faktoren sind, so muß logischerweise ihr Charakter als Kriegsziel auch durch materielle Erwägungen bestimmt werden. Die Ausdehnung des Handels war oft der Grund für einen Kriegsentschluß Englands. Ganz offen war dies zum Beispiel im zweiten holländischen Krieg im 17. Jahrhundert der Fall, als Monck während der Lagebesprechung im Staatsrat aufstand und sagte: »Was spielt dieser oder jener Grund für eine Rolle ? Was wir wünschen, ist der Seehandel, den die Holländer jetzt haben.«

Da eine Handelsausweitung ihrem Wesen nach eine geschäftliche Angelegenheit ist, so muß ein etwaiger Krieg dafür von einem streng geschäftlichen Standpunkt aus betrachtet werden. Wenn der wirtschaftliche Vorteil aus einem vermehrten Handel nach dem siegreichen Abschluß des geplanten Krieges größer ist als die schätzungsweisen Kriegskosten, dann lohnt sich der Krieg, sonst nicht. Wie weit Handelsfragen beim Kriegsentschluß Englands 1914 und 1959 eine Rolle spielten, vermag ich nicht zu sagen. Manche Leute sind der Auffassung, die Furcht vor der deutschen Handelskonkurrenz habe in beiden Fällen entscheidend dazu beigetragen, England in einen

Krieg mit seinem ernstesten Handelsrivalen zu treiben. Stimmt das, so waren die Beschlüsse beide Male unkaufmännisch. Die Kosten jedes der beiden Kriege waren für England so enorm, daß es unwahrscheinlich ist, Deutschland

[181]

hätte der englischen Wirtschaftsstellung durch Preisunterbietungen auch nur annähernd den gleichen Schaden zufügen können.

Ähnliche Argumente gelten für die überseeischen Kapitalanlagen. Nach Schätzungen hatte England vor dem ersten Weltkrieg im Ausland Werte in Höhe von 8 Milliarden Pfund investiert; es war die reichste Nation der Welt. Wenn die beiden Kriege gegen Deutschland der Sicherung dieser Anlagen dienten, so hätte man das Kriegführen lieber bleiben lassen sollen, denn die Kosten der beiden Siege über Deutschland brachten die riesige Masse der früheren englischen Investitionen fast völlig zum Verschwinden.

Die beiden Weltkriege haben gezeigt, wie fragwürdig die Weisheit ist, von einem Krieg die Vernichtung bedeutender Rivalen erwarten zu wollen. Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und Japans 1945 gab den Siegern außergewöhnliche Möglichkeiten, die Wiedergesundung ihrer bisherigen Feinde durch Demontage von Konkurrenzfabriken und andere Verwaltungsmaßnahmen zu hemmen. Aber heute, nach nur neun Jahren, ist die wirtschaftliche Erholung der beiden besiegten Länder so weit fortgeschritten, daß sie in englischen Regierungs- und Wirtschaftskreisen ernste Besorgnis hervorruft. Außerdem hat das Verfahren, die deutsche und japanische Handelsrivalität mit Waffengewalt niederzuhalten, dazu geführt, daß andere Konkurrenten sich auf Englands Kosten bereicherten.

Kriege sind in der Tat nur ein unzureichendes und dummes Mittel gegen die Handelskonkurrenz einer anderen Nation. Im allgemeinen ist ein solcher Wettbewerb doch hauptsächlich deshalb gefährlich, weil die konkurrierende Nation härter arbeitet als die eigene. Die richtige Lösung des Problems ist deshalb, selbst härter zu arbeiten als der andere oder, wenn man das nicht will, zu einer Art Kartellabsprache mit ihm zu gelangen. Eine Abwürgung seiner Wirtschaft durch Krieg

[182]

bringt den Nachteil mit sich, daß der Gegner nach seiner Niederlage unter dem mächtigen psychologischen Antrieb stehen wird, noch härter zu arbeiten, um sein ruiniertes und unterworfenes Land wieder auf die Füße zu bringen, während das Siegervolk erwartet, sich

ausruhen und in Gemächlichkeit und Bequemlichkeit die Früchte des Sieges genießen zu können.

Gewiß, es hat sich in einigen Fällen für England gelohnt, um wirtschaftlicher Gründe willen Krieg zu führen. Seine Welthandels Stellung im 19. Jahrhundert war das Ergebnis der Kriege zweier Jahrhunderte um überseeische Märkte, die Spanier und Holländer für sich allein beanspruchten, und um die Beherrschung des nordamerikanischen Kontinentes und Indiens gegen ähnliche Bestrebungen der Franzosen. Aber wenn diese englischen Kriege sich kaufmännisch rechtfertigen lassen, so ist es höchst wichtig anzumerken, daß sie alle durch ein gemeinsames Merkmal gekennzeichnet wurden: sie wurden wirtschaftlich geführt. Sie wurden als Krieg mit begrenztem Aufwand für ein bestimmtes Ziel geführt und - wie Bismarcks Kriege gegen Dänemark und Österreich — beendet, sobald dieses Ziel erreicht war. Im 17. und 18. Jahrhundert führte England seine Kriege durch volle Ausnützung seiner Seemacht und unter Vermeidung größerer Anstrengungen zu Lande. Es gewann Indien, Kanada und Südafrika auf den Meeren und daher billig. Obwohl es auch in jenen Zeiten eine Teilnahme an der Landkriegführung nicht völlig ablehnte, so waren seine Anstrengungen dieser Art im wesentlichen Manöver zur Ablenkung von seinen amphibischen Angriffen. Sie bestanden hauptsächlich in der Zahlung von Hilfsgeldern an Verbündete und in der Verwendung fremder, meist deutscher Truppen an Stelle von englischen Armeen, die, wenn sie schon eingesetzt werden mußten, verhältnismäßig klein waren. Selbst in dem großen Kampf gegen die französische Revolution und Napoleon verließ England sich wie üblich in erster Linie auf seine Seemacht, und während die französischen Armeen sieg-

[183]

reich durch Europa marschierten, war England häufiger Zuschauer als Akteur. »Nach unserer Vertreibung aus den Niederlanden 1794«, schreibt Trevelyan in seiner »Geschichte Englands«[2], »sind wir allerdings nicht aus dem Kriege ausgeschieden, als andere sich Frankreich unterwarfen. Aber wir hielten unsere Armeen volle zwölf Jahre hintereinander sicher hinter dem Flottenschild vom Kontinent fern. Abgesehen von Flotteneinsatz und Finanzhilfe nahmen wir keinen ernsthaften Anteil an den Kriegen der beiden Koalitionen, die mit den Niederlagen von Marengo und Austerlitz endeten. Bis zum Spanienkrieg 1808 haben wir nicht als Hauptbeteiligte zu Lande gefochten und selbst dann taten wir es nur mit Armeen, die niemals stärker waren als jeweils 30000 Engländer.«

Selbst bei Waterloo waren, wie im zweiten Kapitel erwähnt, nur etwas mehr als 20000 Mann britische Truppe n eingesetzt. Erst im 20. Jahrhundert haben wir, hauptsächlich dank Sir Edward Grey, unsere wohlbewährte Praxis aufgegeben, unsere Kriege nach dem vernünftigen Geschäftsprinzip des geringsten Aufwands für den größten Nutzen zu führen. Wir stürzten uns in eine Kriegführung ohne Grenzen und erstrebten den vollständigen Sieg ohne Rücksicht auf die Kosten. Das Gleiche taten wir im Krieg von 1939, der unter dem Schlagwort des »totalen Krieges« geführt wurde.

[1] G. M. Trevelyan, History of England, S. 572.

[184]

12. Kapitel

ENGLANDS ZIEL 1815 UND 1945

Wer den Ausdruck »totaler Krieg« erfunden hat, weiß ich nicht. Nach meiner Erinnerung kam er in Deutschland nach Hitlers Machtübernahme in Mode und wurde von den breiten Schichten des englischen Volkes kritiklos aufgegriffen, wobei man gemeinhin darunter verstand, ein Krieg des 20. Jahrhunderts sei, aus unerklärten Gründen, etwas völlig Neuartiges und zwar ein Krieg, der bis zur Vernichtung der gesamten mobilisierten Menschen- und Materialkräfte des Landes geführt werden müsse. Churchill scheint dieser Idee beigepflichtet und alles getan zu haben, um sie in die Tat umzusetzen. Man braucht nur seine Worte zu wiederholen: »Es gibt kein Opfer, das wir nicht bringen, und keine Grenze der Gewalt, bis zu der wir nicht gehen werden.« Und das war keine bloße Redensart. Churchill erwies sich durch seine Art der Kriegführung als ein Mann der totalen Strategie: er erstrebte die vollständige Überwindung des Gegners um jeden Preis statt eines sorgfältig überlegten und wohl abgewogenen nationalen Vorteils, der, um einen weiteren Satz der Felddienstordnung zu zitieren, unter gebührender Beachtung einer »Ökonomie der Kräfte« hätte gewonnen werden sollen. Wir wissen auch, daß Präsident Roosevelt gleichen Geistes war. Churchill selbst hat es

[185]

bestätigt, als er Anfang 1942 im Unterhaus nach seiner Rückkehr über seinen Besuch in Washington berichtete: »Als wir uns verabschiedeten, schüttelte er mir die Hand und sagte: ‚Kämpft dies durch bis zum bitteren Ende, was es auch kosten mag.'«

Aber es ist keineswegs so sonnenklar, warum der Krieg von 1939 in einem höherem Maße »total« zu sein hatte als die Kriege gegen Napoleon, gegen Ludwig XIV. oder gegen Philipp II. von Spanien. Die britischen Inselbewohner der Hitlerzeit hatten keinen Grund zur

Annahme, daß ihre nationale Sicherheit für sie irgendwie wertvoller sei, als sie es ihren Ahnen zur Zeit der Pitt, Marlbourough und Drake gewesen war, oder daß ihre Haut kostbarer sei. Warum sollte also dieser sogenannte totale Krieg im 20. Jahrhundert für unerläßlich angesehen werden, wenn seine Notwendigkeit den Engländern des 18., 17. und 16. Jahrhunderts nicht in den Sinn gekommen war?

Tatsächlich hat der Krieg von 1939 |a auch nicht als totaler Krieg begonnen. Der damalige Premierminister Neville Chamberlain hatte anfangs der Anwendung von Kriegsmitteln eine bestimmte Grenze gesetzt. Wie weit auch andere Kriegführende darin gehen würden, sagte er, die englische Regierung werde niemals zu dem Mittel einer vorsätzlichen Bombardierung nichtmilitärischer Ziele greifen. Genau dieselbe Einschränkung galt auch für Artilleriebeschuß, und die General Mackesy für den Norwegenfeldzug erteilten Befehle enthielten, wie Churchill berichtet, die folgende ausdrückliche Weisung: »Es ist zweifellos rechtswidrig, ein besiedeltes Gebiet zu beschießen, in der Hoffnung, ein militärisches Ziel zu treffen, von dem man weiß, daß es sich in diesem Gebiet befindet, dessen Lage man aber nicht einwandfrei ausmachen kann« [1]. Eine Erklärung, die, wenn sie stimmt, die meisten späteren Bombenangriffe auf Deutschland ebenfalls zum eindeutigen Rechtsbruch stempelt.

[1] Memoirs, Band 1, S. 482.

[186]

Chamberlains »untotale« Auffassungen von der Kriegführung blieben aber nur solange in Geltung, wie er selbst im Amte war. Kaum saß Churchill im Sattel, so wurden solche Beschränkungen beiseite geworfen. Da er von der Annahme ausging, »Bomber könnten allein die Hilfsmittel zum Siege liefern«[1], führte er die unbeschränkte Bombardierung nichtmilitärischer Ziele ein[2], obwohl diese völlige politische Kursänderung zunächst in geeigneter Weise getarnt wurde. Im Jahre 1942 jedoch wurde nicht mehr ernsthaft vorgegeben, die Zivilbevölkerung werde nicht angegriffen. Der Chef des Bomberkommandos, Luftmarschall Sir Arthur Harris, sagte den Deutschen über den Rundfunk, daß er ihre Wohnungen bombardiere, wobei der zur Beschreibung der englischen Bombardierungsmethoden eingeführte Ausdruck »area bombing« (Flächenbombardierung) eine offene Mißachtung des Geistes der eben erwähnten Instruktion an General Mackesy darstellte. Churchill selbst ließ keinen Zweifel daran, daß er radikal mit der Einstellung seines Vorgängers in der Frage der Bombenangriffe auf nichtmilitärische Ziele gebrochen habe. »Ich darf wohl sagen«, erklärte er im Unterhaus [3], »daß deutsche Städte, Häfen und Produktionszentren im weiteren Verlauf des Jahres einer so grausamen Prüfung ausgesetzt sein werden, wie sie in solcher

ununterbrochener Folge, Schwere und Größe noch niemals von einem Lande erlebt wurde«. Der totale Krieg hatte begonnen.

Aber trotz allem brachten Churchills konzentrierte und verheerende Luftangriffe auf deutsche Städte und das deutsche

1 Memoirs, Band 2, 8.405.

[2] Vergl. Churchills Memorandum vom 3. IX. 1940, in dem er schrieb: »Wir müssen daher die Macht entwickeln, eine immer

steigende Menge von Sprengstoff nach Deutschland zu schaffen, um die gesamte Industrie und die wissenschaftlichen Grundlagen, auf denen Kriegsanstrengung und wirrschaftsleben des Feindes beruhen, zu pulverisieren. . . .« -Memoirs, Band 2, S. 405 f.

[3] Hansard (Unterhausbericht,» vom 2. VI. 1942.

[187]

Volk nicht den »Sieg durch Bombenangriffe«, auf den er sein Vertrauen gesetzt hatte. So fürchterlich die Heimsuchung des deutschen Volkes auch war und so gewaltig die Schäden und Zerstörungen deutscher Städte, die einen schweren Schlag für die europäische Kultur bedeuteten - Deutschland kämpfte weiter. Und nicht nur das; seine militärischen Kampfmittel schienen nicht einmal ernsthaft betroffen zu sein. Die deutsche Rüstungsproduktion stieg, anstatt zu fallen. Nach der vom amerikanischen Strategischen Bomberkommando herausgegebenen Übersicht war die deutsche Produktion von Flugzeugen, Panzern und vielem anderen Kriegsmaterial 1943 höher als 1942, und 1944 höher als 1943. Sie stieg noch während des Jahres 1944, und als sie schließlich zurückging, war dies hauptsächlich der Besetzung Deutschlands durch den Feind zuzuschreiben.

Die strategischen Bomber waren als Mittel zum Siege ein bemerkenswerter Fehlschlag und zwar in einem doppelten Sinne. Sie hatten nicht nur die von Churchill erwartete Wirkung nicht, sondern die den Bombern eingeräumte sehr hohe Priorität innerhalb der englischen Rüstung bedeutete unvermeidlich eine verringerte Erzeugung anderer Waffen und Kriegsmittel, die sämtlich in größerem oder kleinerem Ausmaß verknappt wurden, um die Herstellung tausender und abertausender Bomber nicht zu behindern [1]. Die ungünstige Auswirkung der daraus resultierenden Verzögerungen machte sich besonders bei Küstenflugzeugen, Landungsbooten und amphibischem Gerät bemerkbar, von denen die ersteren für die Bekämpfung der U-Boote so wichtig, die anderen für eine ausgedehnte Kraftentfaltung gegen den Feind so wesentlich waren. Indem Churchill diese und die meisten anderen Ele-

[1] In der Debatte über den Armeehaushalt im März 1944 erklärte der Kricgsminister, daß auf die Herstellung schwerer Bomber mehr Arbeit verwandt werde als für die gesamte Armeeausrüstung. - Hansard, 2. 111. 1944.

[188]

mente einer ausgeglichenen Kriegsanstrengung zugunsten einer für den unmittelbaren Angriff auf die feindliche Zivilbevölkerung bestimmten Sonderwaffe vernachlässigen ließ, beging er einen strategischen Irrtum erster Größenordnung, der nach sachverständiger Schätzung den Krieg um Monate, vielleicht um ein ganzes Jahr verlängert hat.

Der direkte Angriff auf nichtmilitärische Ziele ohne vorherige Bezwingung der gegnerischen Wehrmacht hat, historisch gesehen, niemals zum Erfolge geführt[1]. Da derartige direkte Angriffe die einfachste Kriegsform sind, kann man, wie die Menschheit nun einmal beschaffen ist, so gut wie sicher sein, daß man nie etwas von einer anderen Form gehört hätte, wäre sie auch die erfolgreichste gewesen. Es ist daher eine stichhaltige Annahme, daß die westlichen Nationen schließlich die Abschlachtung von Frauen und Kindern abstoßend fanden, weil man im Laufe der Zeiten erkannt hatte, daß die Überwindung der organisierten gegnerischen Wehrmacht und nicht dieses Abschlachten die wirksamste Art der Kriegführung war. Eine »zivilisierte« Kriegführung war nicht nur gesitteter, sie lieferte auch die besseren Ergebnisse. Wir hatten im letzten Krieg eine wunderbare Gelegenheit, Tugend und gute Strategie zu verbinden, aber wir verwarfen sie. Es lohnt wohl, einen Moment darüber nachzudenken, ob man den begeisterten Anhängern der Atombombe als Mittel der Massenabschlachtung erlauben darf, auch die nächste Gelegenheit über Bord zu werfen.

Churchills - und Präsident Roosevelts - Konzept des totalen Krieges beschränkte sich nicht auf Strategie, sondern dehnte sich auch auf den Sieg und die Behandlung des Feindes nach dem Siege aus. Der Sieg mußte vollständig sein: bedingungslose Kapitulation. Dementsprechend galt es nicht nur, den Feind niederzuwerfen. Seine Regierung mußte zer-

[1] Die japanische Wehrmacht war bereits besiegt, als die Atombombe abgeworfen wurde.

[189]

stört, seine Wehrmacht abgeschafft, sein Land besetzt und für eine Generation oder länger niedergehalten werden. Aber auch dabei gab es Ernüchterung und Enttäuschung. Gewiß, die bedingungslose Kapitulation wurde erreicht, aber sie wurde weithin als ernster Fehler verurteilt, während die totale Unterwerfung des deutschen Feindes in aller Eile abgemildert werden mußte, um einer neuen Notlage zu begegnen, die eben durch diese Unterwerfung herbeigeführt worden war.

Es ist sehr bezeichnend, daß vor hundertfünfzig Jahren die Feldherren und Politiker keine Neigung für ein Programm des totalen Krieges, des totalen Sieges und der totalen Unterwerfung des Feindes zeigten. In jenen Tagen waren die Männer, die darüber zu entscheiden hatten, meist Aristokraten: in England Parlamentsmitglieder durch Abstammung, die also nicht genötigt waren - Parlamentsmitgliedschaft war damals weitgehend ein Vorrecht der Oberschicht - Vorurteile und Stimmungen der Wählermassen zu berücksichtigen, deren Unwissenheit in außenpolitischen Fragen und in den wahren Problemen des Krieges und des Friedens stets größer sein muß als ihre Kenntnis von diesen Dingen.

Die britischen Staatsmänner, die den Krieg gegen Napoleon führten, hatten bemerkenswert gemäßigte Auffassungen von der Kriegführung. Sie sprachen nicht von einem »Ausbluten und Ausbrennen« des Feindes; sie priesen nicht das Geschäft des »Franzosentötens« als Selbstzweck, und sie dachten nicht daran, der gegnerischen Zivilbevölkerung offen mit Vernichtung zu drohen, wie es im Zusammenhang mit dem »Auslöschen durch Bomben« geschah. Nelson gab seinen Franzosenhaß offen zu. Und doch sprach sein letztes Gebet, das er in Sicht des Feindes niederschrieb, von der Hoffnung, »Menschlichkeit möge nach dem Siege der

vorherrschende Zug in der englischen Flotte sein«.

Auch Wellington sprach nicht von »einer Vernichtung des französischen Militarismus für alle Zeiten«, obwohl er für eine

[190]

solche Gefühlsregung eine ebenso gute Entschuldigung gehabt hätte wie Churchill gegenüber den Deutschen des 20. Jahrhunderts. Im Gegenteil, der Herzog drängte geradezu darauf, daß der französische Militarismus überhaupt nicht unterdrückt werde. Er betonte, wie wichtig es sei, daß genau das Gegenteil geschehe, und daß die Franzosen mit äußerster Milde behandelt würden, damit sie ihre Selbstachtung bewahrten und keinen Grund zur Klage hätten. Was der Eiserne Herzog für diesen Rat in den Depeschen an Außenminister Lord Castlereagh anführte, trifft auch auf die Probleme des Friedensschlusses 1918 und in unseren Tagen zu. Milde gegenüber dem Besiegten, so betonte er, sei für den Frieden und die Ruhe Europas wesentlich. Es gab auch damals Leute, die Frankreich zu behandeln wünschten, wie ein Jahrhundert später Deutschland behandelt wurde, aber der Soldat, der mehr als irgendeiner seiner Landsleute dazu getan hatte, Frankreich einer solchen Behandlung auszuliefern, wollte davon nichts hören. Frankreich war besiegt, es war hilflos und hätte nach dem Willen der Sieger aufgeteilt und geschwächt werden können, und man hätte dies, wäre es geschehen,

natürlich im Namen des Friedens und der Sicherheit getan. Aber Wellington widersetzte sich mit allen Kräften einer solchen Zerstückelung des am Boden liegenden Feindes, die, so erklärte er, keinen Frieden bringen würde.

»Es gibt keinen Staatsmann, der es wagen würde, seinem eigenen Souverän zu empfehlen, sich in einem Friedenszustand zu glauben und seine Armeen auf Friedensstand zu bringen - im Bewußtsein, daß die Gerechtigkeit der Forderung auf eine große Gebietsabtretung Frankreichs unter den gegebenen Umständen mindestens zweifelhaft ist und daß diese Abtretung gegen die Neigung des Souveräns und aller Volksschichten erfolgen würde. Wenn wir diese große Abtretung annehmen, müßten wir im Gegenteil die Kriegsoperationen als nur unterbrochen betrachten, bis Frankreich eine Gelegen-

[191]

heit zur Wiedergewinnung des Verlorenen fände. Und nachdem wir unsere Mittel für die Unterhaltung eines übertriebenen Militärapparates in Friedenszeiten vergeudet haben, werden wir den geringen Nutzen der erlangten Abtretungen erkennen, gemessen an den nationalen Anstrengungen des Besiegten zur Rückgewinnung. Nach meiner Meinung sollten wir also auch weiter unsere großen Ziele, den echten Frieden und die Ruhe der Welt, im Sinne behalten und unseren Vertrag so abfassen, daß er diesem Ziele dient... Wenn es die Politik der vereinten Mächte Europas ist, Frankreich zu schwächen, so mögen sie es tun. «Aber wenn »Frieden und Ruhe für ein paar Jahre ihr Ziel ist, so müssen sie *einen Vertrag schließen, der den Interessen aller Beteiligten entspricht und dessen Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit so klar zu Tage liegt, daß die Beteiligten das natürliche Bestreben haben, ihn - zu erfüllen«.*[1].

Im Lichte der recht andersartigen Haltung gegenüber dem deutschen Feinde in unserer eigenen Zeit verdienen diese Auffassungen des Herzogs die gründlichste Prüfung. Man wird bemerkt haben, daß der nicht nach der Abschaffung des Krieges oder der Entwaffnung der Feindnation ruft, daß er keine Hoffnung oder Erwartung ewigen Friedens ausspricht, was seit 1918 ein so populäres politisches Schlagwort unseres 20. Jahrhunderts gewesen ist. Der vorsichtige Wunsch eines »Friedens auf ein paar Jahre«, ist das äußerste, was dieser Soldat und Staatsmann sich selbst gestattet. Und um auch nur dieses begrenzte Ziel zu erreichen, verurteilt er das verführerische Prinzip, die Beute gehöre dem Sieger. Er ist sich darüber klar, daß es für den echten Frieden und die Ruhe der Welt, die er nicht nur als seines Landes »großes Ziel«, sondern auch als primäre Notwendigkeit Europas ansieht, nicht ausreicht, den früheren Störenfried einem Zwang zu unterwerfen. Man müsse vielmehr Frankreichs Mitarbeit

erlangen, und sie könne nur durch einen Frieden gesichert werden, der »den Interes-

[1] Wellingtons Despatches, XII, S. 596.

[192]

sen aller Beteiligten entspricht«, und den die besiegten Franzosen ebenso wie die siegreichen Engländer, Österreicher, Preußen und Russen als gerecht und vernünftig empfinden.

Für diese Mitarbeit des früheren Feindes, für diese Verhätschelung, wie man es zweifellos heute nennen würde, haben Wellington und Castlereagh auf dem Wiener Kongreß gearbeitet. Beide erklärten, ihre Aufgabe sei nicht, »Trophäen zu sammeln, sondern Europa den Frieden zurückzugeben«, und sie fanden dabei die volle Unterstützung des österreichischen Kanzlers Fürst Metternich. Das Ergebnis war eine weitblickende Regelung voll Schonung und so gut wie ohne Bestrafung. Auch »Befreiung« stand nicht auf der Wunschliste der Sieger. Frankreich blieb nicht nur unversehrt, es behielt sogar einige seiner europäischen Eroberungen. Der größte Teil seiner verlorenen Kolonialgebiete wurde ihm zurückerstattet. Die während der Eroberungskriege »gesammelten« Kunstschätze verblieben ihm. Und es hatte keine Kriegsentschädigung zu bezahlen. Kein Zweifel, die In Wien versammelten Staatsmänner waren unter englischer und österreichischer Führung vor allem anderen von dem Wunsch nach »Frieden und Ruhe« geleitet.

Fraglos konnten sie diese Haltung leichter bewahren, weil ein gleich berechtigter Vertreter Frankreichs mit am Konferenztische saß. Talleyrand war ein geschickter Unterhändler und benützte - und zwar mit Erfolg - die für ihn natürliche Taktik, den einen Teil der Siegermächte gegen den anderen auszuspielen. Aber daß er dazu in der Lage war, bedeutete nicht notwendig einen Schaden für die wahren Interessen dieser Mächte oder Europas. Man kann im Gegenteil geltend machen, daß Talleyrands Bemühen um die bestmöglichen Bedingungen für Frankreich als eine mächtige und wohltuende Beschränkung der Raubgelüste wirkte, denen Sieger unvermeidlich verfallen.

[193]

Es ist weiter hervorzuheben, daß Castlereagh, obwohl er als Außenminister mit der Führung der Verhandlungen auf englischer Seite beauftragt war, als seinen Hauptberater nicht einen anderen Politiker oder einen Beamten an seiner Seite hatte, sondern einen Soldaten. Heute hätte man dem Herzog von Wellington eine solche Stellung verweigert. Man hätte ihm gesagt, seine Aufgabe habe mit

der Einstellung der Feindseligkeiten ihr Ende gefunden. Das Geschäft des Friedenmachens übernähmen die im Gegensatz zu den dummen Soldaten in solchen Dingen erfahrenen Politiker.

Napoleon tat, was er konnte, um die Friedensregelung für Frankreich durch sein Entweichen von Elba zunichte zu machen. Die Hundert Tage und Waterloo spielten den Fürsprechern eines »harten Friedens« unter den Alliierten in die Hand, die auf eine drastische Revision der früheren milden Bestimmungen drängten, die Erschießung Napoleons und strenge Sicherungen gegen einen weiteren Friedensbruch seitens der Franzosen verlangten. Gegen diesen Ausbruch des Radikalismus verfaßte Wellington die oben zitierte Depesche an Castlereagh, in der er trotz der Herausforderung die Unklugheit von Unterdrückungsmaßnahmen unterstrich, weil sie eine heftige Reaktion der Franzosen auslösen mußten, sobald diese sich stark genug fühlten, ihre Fesseln abzuwerfen.

Es war jedoch unvermeidlich, daß die ursprünglichen Vorschläge revidiert wurden, obwohl es erneut dem mäßigenden Einfluß der englischen und österreichischen Bevollmächtigten gelang, die Forderung auf Strafmaßnahmen in Grenzen zu halten. So erhielt Frankreich auch im endgültigen Friedensabkommen reichlich großzügige Bedingungen. Es mußte zwar einige Gebiete in Europa herausgeben, aber nichts, was innerhalb seiner Grenzen vor der französischen Revolution von 1789 gelegen hatte, und seine Kolonien wurden ihm auch jetzt zurückgegeben. Die wichtigsten Strafklauseln waren die Auferlegung einer Kriegsentschädigung von 700 Millionen Francs

[194]

und einer fremden Besatzungsmacht von 150000 Mann. Aber diese wurden auf einige Festungen beschränkt und blieben schließlich nur drei Jahre in Frankreich. 1818 wurden sie zurückgezogen, und Frankreich war wieder gleichberechtigt in das Konzert der europäischen Großmächte aufgenommen. Von einer französischen Abrüstung war nicht die Rede gewesen.

Die Haltung Castlereaghs, Wellingtons und Metternichs gegenüber einem unterworfenen »Angreifer« und die Behandlung Frankreichs als Ergebnis dieser Haltung stehen in heftigem Gegensatz zur Behandlung Deutschlands unter praktisch den gleichen Umständen 1919. Diesmal waltete Härte statt Milde, Ausplünderung statt Voraussicht, und Stolz, Selbstachtung und Nationalgefühl der Deutschen wurden gröblichst mißachtet, statt daß man diese psychologischen Faktoren bedacht und beachtet hätte. Deutschland verlor Elsaß-Lothringen für immer und das Saargebiet zeitweilig an Frankreich, sowie die wertvolleren Teile Oberschlesiens an Polen. Das deutsche Rheinland wurde vom übrigen

Deutschland getrennt und entmilitarisiert. Deutschland wurde aller seiner Kolonien beraubt, die unter seine ehemalige Feinde aufgeteilt wurden, wobei England den Löwenanteil erhielt -trotz der bei Kriegsausbruch abgegebenen Erklärung des Premierministers, es wünsche keine »Gebietsvergrößerung «.Eine riesige Kriegsentschädigung wurde verlangt, von der Wirtschaftsfachleute selbst in den Siegerländern erklärten, sie könne nicht aufgebracht werden. Besatzungsarmeen, darunter schwarze Truppen, wurden in Deutschland einquartiert, und zwar, wie es zuerst hieß, auf fünfzehn Jahre. Weiter ist zu erwähnen, daß diese drastischen Bestimmungen auf Konferenzen unter den Siegern festgelegt wurden, von denen die deutschen Vertreter ausgeschlossen waren. Sie wurden lediglich wie verurteilte Verbrecher hereingeführt, um unter Zwang ihre Unterschrift unter die Bedingungen der Sieger zu setzen.

[195]

Wie sehr sie unter Zwang standen, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Bestimmungen das zutiefst erniedrigende und völlig unwahre Eingeständnis enthielten, Deutschland sei allein für den Krieg verantwortlich.

Das Empfinden für eine staatsmännische Art des Friedenschließens hatte in den 104 Jahren seit 1815 einen radikalen Wandel erfahren. 1919 bekümmerte sich auch nicht einer der »Großen Fünf« um die Gefühle der Deutschen, keiner verwandte einen Gedanken darauf, daß, wie der Herzog von Wellington gemeint hatte, ein guter Friede »den Interessen aller Beteiligten entsprechen muß«, der Besiegten wie der Sieger, und daß die Besiegten sehr viel eher die Bestimmungen eines solchen Vertrages loyal einhalten würden, wenn er ihnen gegenüber vernünftig und fair war. Im Jahre 1919 hatten Mäßigung und Großmut von 1815 sich in Unterdrückung und die laut verkündete Entschlossenheit verwandelt, »die Deutschen auszupressen, bis ihnen die Augen übergingen«, wie Sir Eric Geddes sich ausdrückte.

Es ist ein bemerkenswertes und trauriges Beispiel menschlicher Undankbarkeit, daß die Franzosen am lautesten die allerstrengste Behandlung Deutschlands forderten: daß es entwaffnet werde und entwaffnet zu bleiben habe, daß es finanziell durch riesige Kriegsentschädigungen ruiniert werde, daß das Rheinland zu neutralisieren sei. Natürlich lag, oberflächlich gesehen, sehr viel Logik in diesen französischen Forderungen, obwohl diese Oberflächlichkeit jedem alsbald hätte klar werden müssen, der in der Geschichte der internationalen Staatskunst bewandert war; aber ihre Kenntnis war kein hervorstechender Zug der großen Figuren auf der Versailler Bühne. Logik hin und Logik her, die Tatsache bleibt bestehen, daß die von Clemenceau und den Franzosen für Deutschland verlangte

drastische Bestrafung und Demütigung in peinlichem Gegensatz zu der Milde stand, die Frankreich von seinen Besiegern, darunter auch den Preußen, erfahren hatte, als

[196]

es sich 1815 in der gleichen Lage befand wie die deutsche Nation 1919. Es stand unter allen Völkern gerade den Franzosen übel an, darauf zu drängen - und sie taten es mit aller Gewalt -, daß die Deutschen aufs äußerste unterdrückt würden.

Die entscheidende Frage ist aber nicht eine Frage des Anstands, sondern der Weisheit. Die Friedensbestimmungen von 1815 und 1919, denen beiden große Kriege vorangegangen waren, gehen von entgegengesetzten Grundauffassungen aus. Die ältere, von Aristokraten des 19. Jahrhunderts vorgetragene und durchgeführte Doktrin lautete, es sei gefährlich für den Sieger, seine Macht zu mißbrauchen, und der Friede werde um so mehr Aussicht auf Dauerhaftigkeit haben, je mehr der geschlagenen Nation das Gefühl fairer Behandlung vermittelt werde. Die der Demokratie des 20. Jahrhunderts entsprossene Doktrin lehrt, ein dauerhafter Friede könne dadurch erlangt werden, daß der letzte »Angreifer« für immer mit Ketten an den Boden geschmiedet werde.

Und wie lautet das Urteil der Geschichte über diese beiden widerstreitenden Doktrinen ? Der maßvolle und großmütige Frieden von 1815 war ein ausgesprochener Erfolg. Abgesehen von dem kleineren Zwischenspiel des Krimkrieges zeigte Frankreich für mehr als ein halbes Jahrhundert keine Symptome aktiver Angriffslust. Von 1815 an blieb Frankreich ruhig, bis sich 1870 das Geschrei nach dem Kriege gegen Preußen erhob. Es ist wahr, daß die Engländer 1859 eine französische Invasion fürchteten; aber es blieb beim Schrecken. Und selbst damals waren mehr als vierzig Jahre seit Waterloo vergangen.

Auf der anderen Seite hatte der Unterdrückungsfriede von 1919 genau die Folgen, die der Herzog von Wellington für einen Frieden dieser Art vorausgesagt hatte, als er, wie wir gesehen haben, Castlereagh sagte, eine Verkrüppelung Frankreichs würde lediglich eine Verschiebung des Krieges bis zu dem Moment sein, an dem »Frankreich eine günstige Gelegenheit zur Wiedergewinnung des Verlorenen findet«. Genau dies

[197]

ereignete sich im Falle Deutschlands. Unterdrückt und enttäuscht wartete es seine Zeit ab, um dann, sechzehn Jahre nach Versailles, willig Hitler zur Macht zu verhelfen - in der Hoffnung, er möge Deutschland, mit welchen Methoden auch immer, wenigstens aus der

dauernden Unterwerfung befreien und ihm zur Wiedergewinnung des Weggenommenen verhelfen. Und das hat er getan, eben durch die dauernden, kriegsmäßigen Operationen, die Wellington vorausgesehen hatte, zum weiteren Elend und Unglück Europas. Die Auffassungen des »beschwichtigenden« Soldaten von 1815 erwiesen sich als politisch sehr viel wirksamer als jene der »harten« journalistischen Politiker und politisierenden Journalisten von 1919. Dabei war es ausgerechnet Clemenceau, der sarkastisch erklärte, »der Krieg sei eine zu ernste Sache, als daß man ihn den Generälen überlassen könne«.

Das vansittarthafte Ergebnis des Krieges von 1939 - es wäre ungenau, von einem Frieden zu sprechen - übertraf selbst Versailles noch an Unterdrückung und Züchtigung. Es wurde nicht nur die deutsche Wehrmacht völlig aufgelöst, die führenden Deutschen wurden gehängt oder eingesperrt. Die deutsche Regierung wurde vernichtet und durch alliierte Kontrollkommissare ersetzt, die, wie sie selbst sagten, ihre Aufgabe in der Erwartung zwanzigjährigen Verbleibens antraten. Die Zerstörung der Zentralregierung führte zu einer Teilung Deutschlands in zwei Hälften, eine kommunistische und eine sogenannte demokratische. Es wäre das gleiche, wenn man England in einen kommunistischen Teil nördlich des Humber und einen demokratischen südlich davon - oder umgekehrt - zerschneiden wollte.

Die Teilung Deutschlands ist die Frucht der Churchillschen Ausrottungspolitik, die Wellingtons Glauben an Milde und Versöhnung genau entgegensteht; und sie ist ein sehr häßliches Ergebnis. Wir brauchen nicht anzunehmen, daß die Deutschen eine solche Teilung ihres Landes auch nur einen

[198]

Moment länger als notwendig ertragen werden. So hat ja auch Dr. Adenauer am 25. Juni 1955 vor fünf hunderttausend Menschen den feierlichen Schwur abgelegt, »nicht zu rasten noch zu ruhen, bis die Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang mit uns in Freiheit und Frieden vereint sind«. Aber wir lernen aus dem traurigen Beispiel Koreas, daß es sehr viel leichter ist, ein Land zu teilen, als es wieder zu vereinen. Wohl sicher würden freie Wahlen des ganzen deutschen Volkes das Ergebnis haben, daß auch die Deutschen in der Sowjetzone den Kommunismus abwerfen und sich mit Westdeutschland vereinen. Es ist ebenso sicher, daß die Behörden in der Sowjetzone freien Wahlen den äußersten Widerstand entgegensetzen, da sie davon den Verlust ihrer Macht, wahrscheinlich das Exil und möglicherweise eine Verurteilung zu gewärtigen hätten.

Sollte aber das deutsche Streben nach Einigung unwiderstehlich stark werden, was dann ? Werden die englische und die französische Regierung auch weiter Deutschland nur eine begrenzte Bewaffnung

gestatten, um zu verhindern, daß es erneut eine »Bedrohung« wird? Wenn ja, so würden sich die Verhältnisse der zwanziger und ersten dreißiger Jahre wiederholen, und das Auftauchen eines neuen Hitler wäre unvermeidlich. Sollte es den Deutschen gelingen, das Joch der Russen abzuwerfen, von denen sie im Kriege besiegt wurden, so ist kaum anzunehmen, daß sie mit einem Leben von Frankreichs Gnaden zufrieden sein würden, das sie gründlich besiegt haben.

[199]

13. Kapitel

SCHULD UND UNSCHULD DER NATIONEN

Wenn ein dritter Weltkrieg vermieden werden kann, so nur, indem man mit wissenschaftlicher Objektivität an das Problem herangeht. Das haben Churchill und Roosevelt beim letzten Krieg versäumt, und die Folgen waren alles andere als glücklich. Beide gingen von der Annahme aus, Deutschland sei die einzige Ursache der beiden Weltkriege, und folgerten daraus, es werde auf unbegrenzte Zeit Frieden herrschen, wenn nur Deutschland total besiegt und entwaffnet würde. Aber da diese Grundannahme falsch war, kann es kaum überraschen, daß auch die darauf gegründete Kriegspolitik zusammenstürzte, kaum daß der Krieg zu Ende war.

Ihre Haltung stellte eine Verwerfung wissenschaftlicher Methoden und die Rückkehr zu mittelalterlicher Hexenverfolgung dar. Deutschland wurde zu einer vom Teufel besessenen Nation erklärt, die in dämonischer Weise für alle Übel der ganzen Menschheit verantwortlich sei. In den Jahren von 1940 bis 1945 war es ebenso gefährlich anzudeuten, diese Anklage stimme wohl nicht mit den Tatsachen überein, wie es zu Beginn des 17. Jahrhunderts für Galilei gefährlich gewesen war, den überkommenen, von den Päpsten und der Inquisition offiziell gestützten Glauben anzuzweifeln, die

[200]

Sonne, bewege sich um die Erde. Als Galilei die entgegengesetzte Theorie veröffentlichte - auf der die gesamte künftige ozeanische Navigation beruhte -, wurde die Schrift 1616 auf den; Index der verbotenen Bücher gesetzt, und er mußte unter Androhung der Folter abschwören, was er geschrieben hatte. In gleicherweise brachte sich während des letzten Krieges jeder in ernstliche Ungelegenheiten, der Zweifel an der Richtigkeit der offiziellen Propaganda äußerte, daß die Deutschen das verworfene Volk auf Erden seien.

Und doch gab es Gegenbeweise in Hülle und Fülle derart, daß jeder, der auch nur über bescheidene historische Kenntnisse verfügte, sie

vorwurfsvoll anklagend durch jedes Fenster hereinschauen sah. Die Deutschen mögen tatsächlich wilde Ungeheuer sein und sich Bestialitäten und Grausamkeiten aller Art hingeben, aber wer ist es nicht ? Die Engländer haben den indischen Aufstand mit perfektem Terror niedergeschlagen: sie haben unterschiedslos unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder hingemordet und als Akte höchster Roheit Meuterer vor die Kanonenmündungen gebunden und zerfetzen lassen. Sie haben früher als die Deutschen Konzentrationslager benutzt, als sie im Burenkrieg die Burenbevölkerung in Lager pferchten und zwar unter Verhältnissen, die den Tod von nicht weniger als einem Zehntel des gesamten Burenvolkes verursachten. Wäre derartiges den Engländern im letzten Kriege geschehen, es hätte den Verlust von fünf Millionen Menschen bedeutet. Während der indischen Unruhen 1942 wurden im August und September fünfmal Volksansammlungen von Flugzeugen mit Bordwaffen beschossen: eine Form der Befriedung, die sich in einem Nachkriegsprozeß nach Nürnberger Art nicht sonderlich gut ausgenommen hätte[1].

Die Grausamkeiten des kommunistischen Regimes in Rußland sind seit vielen Jahren ein politischer Gemeinplatz. Fünf Millionen Bauern wurden vorsätzlich im Anfang der dreißi-

[1] Unterhaussitzung vom 8. X. 1952, Hansard, Col. 1342.

[201]

ger Jahre im Zuge der Regierungspolitik dem Hungertode preisgegeben, und Sklavenarbeit riesigen Ausmaßes und unter fürchterlichen Verhältnissen gehörte schon lange vor dem zweiten Weltkrieg zu den üblichen Methoden des Sowjet-Systems. In Rußland und seinen Satellitenstaaten durchdringt Furcht das ganze Land wie in wohl keinem anderen Teile der Welt. Das mitternächtliche Klopfen an der Tür, das Abholen eines oder mehrerer Familienmitglieder und ihr Verschwinden auf Nimmerwiedersehen, die allgemeine Bespitzelung und das Denunziantentum selbst unter vermeintlichen Freunden oder von selten der Kinder gegen die Eltern sind typische und scheußliche Züge modernen russischen Lebens.

Anfang Juli 1952 wurde im Bericht eines amerikanischen Kongreßausschusses festgestellt, daß es unzweifelhaft die Russen waren, die 1940 viertausend polnische Offiziere in den Wäldern von Katyn und weitere zehntausend an anderen Orten ermordet hatten[1]. »Es gibt keinen Zweifel«, sagte der Ausschuß, »daß dieser Massenmord nach einem überlegten Plan erfolgte, um alle führenden polnischen Elemente zu beseitigen, die sich später den sowjetischen Absichten einer Bolschewisierung Polens widersetzen könnten«. Beim Nürnberger Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal beschuldigte der sowjetische Ankläger die Deutschen der Katyn-

Morde. Aber das Tribunal hatte offenkundig seine Zweifel hinsichtlich dieser Anklage und die Sache wurde nicht verfolgt, obwohl auch kein Versuch gemacht wurde herauszufinden, wer denn nun die Mordtaten begangen hatte. Wenn die Schlußfolgerung des amerikanischen Kongreßausschusses stimmt, dann folgt daraus, daß der sowjetische Richter in Nürnberg ein Land vertrat, das ein ebenso hübsches Kriegsverbrechen begangen hatte, wie man es den Deutschen vorwarf.

Die Chinesen sind natürlich schon seit langer Zeit dafür berühmt, die Grausamkeit zu künstlerischer Vollkommenheit

[1] Daily Telegraph, London, 3. VII. 1952.

[202]

entwickelt zu haben. Folterung galt in diesem Lande als etwas so Alltägliches, daß die üblicheren Methoden durch billiges Spielzeug dargestellt wurden, das bei jedem Trödler zu finden war, als der Autor zum erstenmal 1913 nach China kommandiert war. Seit die Kommunisten zur Regierung kamen, haben Säuberungen und Liquidationen nach bester sowjetischer Methode stattgefunden; die Rundfunkzeitschrift "The Listener" hat am 15. Mai 1952 einen besonders grausigen Bericht über die Schauprozesse gegen solche Personen veröffentlicht, die auf den schwarzen Listen standen. Es wurde geschildert, daß diese Prozesse vor zwanzigtausend und mehr Zuschauern stattfinden und daß die Gefangenen rudelweise mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen vorgeführt werden. Inmitten der Menge befinden sich Agenten, um, je nach Wunsch, zum Beifall für den Ankläger anzufeuern oder Schimpfworte gegen die Gefangenen zu brüllen. Nachdem der öffentliche Ankläger die Missetaten der Gefangenen angeprangert hat, fordert er die Anwesenden auf, Zeugnis gegen die Angeklagten abzulegen. Dann springen die gleichen Agenten hervor, steigern ihre Anklagen bis zur Raserei, spucken die Gefangenen an, stoßen sie mit den Füßen und reißen ihnen die Barthaare aus. Nun wird die Masse gefragt, was mit jenen geschehen solle, und die im voraus organisierte Antwort donnert zurück: »Hinweg mit ihnen! Schlagt sie tot!«, und jeder, der etwa nicht mitschreien würde, ist in Gefahr, selbst zum nächsten Gefangenenrudel gehören zu müssen. Die Verurteilten werden dann vor der Masse hingerichtet, denn so will es ja »das einmütige Verlangen des Volkes«.

Bei den von den Japanern begangenen Grausamkeiten braucht man sich nicht lange aufzuhalten; sie wurden der englischen Öffentlichkeit während des letzten Krieges zur Genüge zur Kenntnis gebracht. Einige Seemeilen von Japan entfernt sitzen die Südkoreaner, für die der Krieg der Verein-

[203

ten Nationen in Korea geführt worden ist. Ein englischer Kriegsberichterstatter schrieb über sie: »Rund um Söul hatten die Hinrichtungskommandos Syngman Rhees so fieberhaft und wild zu arbeiten begonnen, daß eine hohe Welle der Empörung alle erfaßte, die von diesen mörderischen Taten etwas hörten und sahen. Männer und Frauen und, wie verläßlich berichtet wird, selbst Kinder wurden aus den Gefängnissen Söuls herausgezerrt, auf Felder am Rande der Stadt getrieben und rücksichts- und gefühllos wie eine Herde Vieh umgelegt und in Gräben verscharrt«[1].

Die von den Türken gegen Armenier, Bulgaren und andere ihnen unterworfene Rassen begangenen Grausamkeiten lösten periodisch wiederkehrend im England des 19. Jahrhunderts eine politische Agitation aus. Dabei wurden von Männern der Öffentlichkeit zur gleichen Zeit Strafmaßnahmen gegen diese »Schlächter« gefordert, als - ohne ein Wort der Verurteilung - die Rebellen in Indien von englischen Kanonen zerfetzt wurden.

Frankreich, das heute oft dem brutalen und barbarischen Deutschland rühmend als Muster der Zivilisation gegenübergestellt wird, war der Urheber von Terrormethoden in der Revolution von 1789. Nun, das weiß jeder. So gut wie unbekannt ist aber in England, daß in den Jahren 1944/46 ein sogar noch stärkerer Terror wütete, als Kommunisten, »Widerständler« und zurückgekehrte Gaullisten sich einer Orgie summarischer Hinrichtungen angeblicher Petain-Anhänger und Kollaborateure hingaben. Hierbei waren die Gaullisten besonders darauf bedacht, ihren Emigranten-Patriotismus durch Abschlachtung und Verfolgung von Landsleuten zu beweisen, die in der Heimat geblieben und die feindliche Besetzung ertragen halten. Die französische Regierung hat amtlich mehr als zehntausend Exekutionen dieser Art zugegeben, aber private Schätzungen halten eine Zahl von hunderttausend für

[1] R. Thompson, Cry Koma (Macdonald), S. 275.

[204]

wahrscheinlicher. Sisley Huddleston hat beschrieben, was sich da abgespielt hat:

> **»Viele, die von den "epurateurs" verhört wurden, haben diese Qualen nicht überlebt. In die als Gefängnisse benützten Hotels wurden Straßenmädchen gerufen, um sich an den Leiden der Opfer - darunter hohe Beamte - zu weiden, die mit dem Ruf "Marechal, nous voila!" im Kreise herumlaufen mußten, während sie mit Knüppeln oder**

> **Lederpeitschen geprügelt wurden. Einige der Opfer wurden mit Brandzeichen versehen oder mit Zigaretten gebrannt, wobei die Brüste der Frauen verunstaltet wurden. . . Es gab teuflisch raffinierte innere und äußere Anwendungen elektrischer Geräte«[4].**

Himmler, der rohe Teutone, und seine Schergen hätten anscheinend von den verfeinerten und kunstgeübten Lateinern im Westen noch etwas zu lernen gehabt.

Am 23. Januar 1949 brachte der *Sunday Pictorial* unter der Schlagzeile AMERICANS TORTURE GERMANS TO EXTORT »CONFESSIONS' (Amerikaner foltern Deutsche, um ‚Geständnisse' zu erpressen) eine, wie das Blatt schrieb,

> **»... scheußliche Geschichte barbarischer Folterungen, die im Namen allierter Gerechtigkeit begangen wurde«; es war ein Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Richters Edward L. van Roden, der als Mitglied einer amtlichen Untersuchungskommission Anschuldigungen dieser Art nachgegangen war. Der Richter fand, daß gefangene Deutsche verschiedenen Formen der Mißhandlung unterworfen wurden, bis - mit den Werten des Pictorial - »starke Männer zu gebrochenen Wracks wurden, bereit, jedes Geständnis zu murmeln, das ihre Ankläger von ihnen verlangten«.**
>
> **Zu den von Richter van Roden enthüllten Überredungsmethoden gehörte, daß brennende Streichhölzer unter die Fingernägel der Gefangenen getrieben, daß Hoden (in 137 von 139 untersuchten Fällen) durch Fußtritte unheilbar**

[1] Petain, Patriot or Traifor?, S. 247.

[205]

> **beschädigt, daß den Gefangenen eine schwarze Haube über den Kopf gestülpt und ihre Gesichter dann mit Schlagringen bearbeitet, und daß falsche Priester - mit Kruzifix und Kerze - zu Abnahme der Beichte zu den Gefangenen geschickt wurden, in der Hoffnung, auf diese Weise belastende Aussagen zu erlangen.**

Wie kann man angesichts aller dieser Vorgänge an der Behauptung festhalten, die Deutschen seien an Grausamkeit und Sadismus einzigartige Ungeheuer, wie sie es nach der Überzeugung und Bezichtigung so vieler braver Engländer sein sollen ? Ungeheuer mögen sie sein, aber einzigartige Ungeheuer nicht. Wenn wir zur

Kirche gehen und mit dem Geistlichen unser Bekenntnis als »elende Sünder« ablegen, erkennen wir an, daß auch wir unsere Fehler und Gebrechen haben. Dem ausländischen Feind gegenüber aber lassen wir diesen reuigen Sinn hinter uns, sobald wir die Kirchentür durchschritten haben. Sind wir wieder draußen im hellen Sonnenlicht, so legen wir von neuem den Kopfschmuck unseres Stammes an, folgen dem Geistlichen, der das Tamtam schlägt, und erregen eine neue Hochdruck-Empörung über des Feindes Verruchtheit. Sie sind die Sünder, nicht wir.

Vor ein paar Jahren war ich einmal in Deutschland und sprach mit einem früheren deutschen Marineoffizier über den Krieg. »Sehen Sie«, sagte ich im Laufe des Gesprächs, »uns wurde gesagt, wir kämpften für christliche Kultur und menschlichen Anstand«. Ich war sehr erstaunt über seine Antwort: »Uns auch.« Heute ist mir klar, wie rührend naiv mein Erstaunen war.

Heuchelei ist niemals eine liebenswerte Charaktereigenschaft, und sie kann ebenso schädlich wie unangenehm sein. Nachteile zu erleiden und selbst eine akute Gefahr auf sich herabzubeschwören, nur um der Heuchelei zu frönen, das heißt so viel wie trinken bis zum Säuferwahnsinn. Aber genau dazu hat sich eine sehr große Zahl von Engländern durch die

[206]

Haßpropaganda der Kriegsjahre bringen lassen. Jede Bemerkung, wir könnten doch eigentlich Freundschaft mit den Deutschen schließen, stößt deshalb in fünf von zehn Fällen auf die Antwort: »Mit den Deutschen? Oh! Nein, mit denen kann man keine Freundschaft schließen, nach allem, was sie getan haben!« Schön, mag sein; aber mit wem können wir dann Freundschaft schließen, nach dem, was auch alle anderen getan haben ? Wenn man an die Dinge mit einem aufrichtigen Streben nach Objektivität herangeht, scheint es keine fremde Hand zu geben, durch deren Berührung wir nicht unsere reinen Hände beschmutzen würden. Das heißt aber immer unterstellen, unsere eigenen Hände seien rein, und das, fürchte ich, ist mindestens fraglich, wenn wir bereit sind, das gesamte über uns selbst vorhandene Beweismaterial zu untersuchen und nicht nur den Teil, den wir zu prüfen wünschen.

Nehmen wir als Beispiel die so oft gegen die Deutschen als Begründung für ihre moralische Ächtung erhobene Anklage, sie hätten zwanzigtausend Menschen in Belsen und anderen Lagern verhungern lassen. Am 15. und 14. Februar wurde Dresden von englischen und amerikanischen Bombern angegriffen, als die Stadt mit Flüchtlingen, meist Frauen und Kindern, überfüllt war, die sich vor den heranrückenden russischen Armeen zu bergen suchten. Das

Massenblutbad war entsetzlich. Etwa fünfundzwanzigtausend Menschen wurden getötet und dreißigtausend verletzt in einer Nacht und einem Tage des Schreckens, als die Massen der obdachlosen, hilflosen Flüchtlinge »stundenlang straßauf, straßab hin- und herwogten, um in einer fremden Stadt inmitten explodierender Bomben, brennenden Phosphors und stürzender Häuser einen sicheren Platz zu suchen»[1].

[1] F. J. P. Veale, Advance to Barbarism (Vormarsch zur Barbarei), Appleton, Wisc., USA (Mcrrymeade Publishing Co. & C.C. Nelson Company), S. 125. Es gibt auch andere Schätzungen, die für die Zahl der Toten wesentlich höhere Ziffern nennen: bis zu 250 000. während in späteren Untersuchungen 500 000 - 600 000 Tote angegeben werden

[207]

Hat die englische Presse auch nur die geringste Anteilnahme an diesem Massenmord unter der deutschen Zivilbevölkerung, darunter zum größten Teil Frauen und Kinder, zum Ausdruck gebracht ? Keineswegs; die meisten Blätter kommentierten diese besonders hohe Zahl von Toten freudevoll als »eine unerwartete und glückhafte Extradividende« des Bombergeschäftes. Haben die Engländer (oder Amerikaner) nach solchen Episoden - und Dresden war doch nicht die einzige dieser Art -noch das Recht, verächtlich mit dem Finger auf Belsen und Buchenwald oder irgendeinen anderen Ort zu weisen, wo die Deutschen Grausamkeiten begangen haben?

Wahrlich, die häufig von der englischen Öffentlichkeit zur Schau getragene Haltung, die deutsche Hand sei die einzige, ausgenommen vielleicht die japanische, die zu schmutzig sei, als daß man sie anfassen könne, übersieht, welche Wendung die Nachkriegsgeschehnisse an der Propaganda vollzogen haben. Selbst wenn diese Leute nichts von der französischen "epuration" gehört haben und so gut wie nichts von den Vorgängen in China oder von den dunkleren Seiten der türkischen, amerikanischen und englischen Geschichte wissen, so sollte ihnen bekannt sein, daß die Frage, ob das Verhalten der Russen oder der Deutschen das schlimmere sei, offiziell heute zugunsten der Deutschen beantwortet wird. Man konnte ja in den letzten fünf Jahren kaum eine Zeitung zur Hand nehmen, ohne darin Aussprüche prominenter Politiker, Erzbischöfe und anderer zu lesen, daß russische Aggression, Tyrannei, Zwangsarbeitslager, politische Schauprozesse und Gefangenenmißhandlungen »die schlimmsten in der Geschichte« seien: mithin, sie müssen schlimmer sein als alles, was die Deutschen in dieser Hinsicht taten[1]. Und doch gibt

[1] Im Juni 1952 hat die amerikanische Regierung, wie im Daily Telegraph vom 30. VI. berichtet wurde, den Vereinten Nationen ein Aktenstück mit Beweismaterial über Zwangsarbeit in Rußland übergeben, die, so hieß es, »die schlimmste Sklaverei in der Geschichte« bilde.

[208]

es viele Menschen in allen Schichten, die nur zu gern »zu einer Verständigung mit Rußland« kommen möchten und bereit sind, dafür beträchtliche Opfer zu bringen, wenn nur die Sowjets »ein wenig Vernunft und Freundlichkeit« zeigen würden. Warum dann nicht auch mit Deutschland ?

Ja, warum nicht mit Deutschland ? Weil die Hirne der englischen Massen noch immer von der Kriegspropaganda halb betäubt sind. »Wenn etwas nur oft genug gesagt wird, so wird es wahr«, heißt eine wohlbekannte journalistische Redensart. Und die Schlechtigkeit der Deutschen wurde zwischen 1939 und 1946/47 beständig so betont, daß die meisten Engländer eine Art Zwangsvorstellung davon bekamen und nur mit den größten Schwierigkeiten ihr Denken auf eine andere Betrachtungsweise umstellen können. Dies fällt ihnen schwer, weil die Menschen natürlicherweise abgeneigt sind, eine lange und leidenschaftlich festgehaltene Meinung zu revidieren; weil sie das unangenehme Gefühl haben, Unpopularität zu riskieren, falls sie über den noch vor kurzem so geschmähten Ex-Feind etwas Günstiges sagen, und weil sie eine instinktive Furcht vor Schlimmerem haben. Noch haben sie es nicht vergessen, daß es vor gar nicht so langer Zeit eine wirkliche Gefahr bedeutete, die Deutschen nicht zu beschimpfen. Wer zwischen 1940 und 1945 so etwas wie Sympathie für den deutschen Feind zum Ausdruck brachte, mochte sich im Gefängnis wiederfinden und als gemeiner Verbrecher behandelt werden. So kommt es, daß die Masse der Engländer trotz der nach dem Kriege aufgetauchten größeren, neuen Bedrohung, trotz der amtlichen Ermutigung der Deutschen zur Wiederaufrüstung - und nicht nur Ermutigung, sondern Drohung, daß sie aufrüsten müssen - auch weiter die Deutschen als eine Weltbedrohung und eine verworfene Nation betrachtet, mit der anständige Menschen sich nicht einlassen. Die Engländer, die so denken, sind zweifellos blind gegenüber der Gewißheit, daß sie damit die Sache des feind-

[209]

seligen russischen Kommunismus unterstützen. Noch nie sind Bumerange so haarscharf zurückgekommen und haben die Schleuderer getroffen wie die englische Haßkampagne gegen die Deutschen und die Anweisung 18B.

Schließlich sei noch ein anderer Aspekt der deutschen »Brutalität« erwähnt. Nachdem den Deutschen durch den Versailler Vertrag alle ihre Kolonien weggenommen worden waren, wurde in den darauf folgenden Jahren häufig erklärt, die Deutschen seien untauglich, Kolonien zu besitzen, weil sie ihre Eingeborenen, besonders in Ostafrika, unmenschlich behandelt hätten.

Daß die Deutschen mit ihren ostafrikanischen Eingeborenen nicht gerade zart umgingen, wird durch umfangreiches Beweismaterial bestätigt. Auf der anderen Seite gibt es aber auch unbestreitbar verläßliche Unterlagen, die beweisen, daß gerade diese Afrikaner trotzdem ihre »brutalen« deutschen Herren den sanften Engländern vorzogen, die das Land übernommen hatten. So sind die folgenden Auszüge in hohem Maße aufschlußreich, die einem kürzlich erschienenen Buch von General Sir Francis de Guinguand entnommen sind, der als junger Offizier zwischen den beiden Kriegen einige Jahre bei den *King's African Rifles* gedient hat:

»Wir hatten auch einige frühere deutsche Askaris, die unter Lettow-Vorbeck im Kriege 1914/18 gekämpft hatten. Sie waren gute Soldaten und bekannten freimütig, daß sie lieber unter den Deutschen dienten, obwohl diese ihre Askaris viel strenger behandelten als wir. . .

Die Deutschen legten sich im Gebrauch der Peitsche sehr viel weniger Hemmungen auf als die Engländer. So benützten sie den Schambock statt des Rohrstocks, und diese Peitsche aus Nilpferdleder war eine abscheuliche Waffe, die wirkliche Körperschäden verursachen konnte. Zum anderen verhängten sie die Prügelstrafe für mehr Vergehen. Wenn der Offizier beim Appell die Front abschritt, gefolgt vom Profoß,

[210]

so konnte er, um ein Beispiel anzuführen, sagen: »Knopf ungeputzt - zwei hinten über.« Dann hatte sich der Schuldige sofort auf den Boden zu legen, und er bekam zwei von der besten Sorte übergezogen. Das hat mir mein alter Jagdbegleiter, Korporal Pangani, erzählt, der ein alter deutscher Askari war. Und trotz allem blieb er fest dabei, daß er lieber unter deutschem als unter unserem Kommando diene«[1!]

Ich wüßte gerne, was Lord Vansittart dazu sagte.

[1] Major-General Sir F. de Guinguand, African Assignment, London, (Hodder & Stoughton), S. 24, 27.

[211]

14. Kapitel

VORTEILE EINES VERHANDLUNGSFRIEDENS

Das vorige Kapitel wird, so hoffe ich, den Leser überzeugt haben, daß bei internationalen Fragen die nationalen Gesichtspunkte den wissenschaftlichen genau entgegengesetzt sein können. Denn es gibt natürlich keine bösen und keine tugendhaften Nationen, und wer das Gegenteil behauptet, redet Unsinn. Alle Nationen sind ein Gemisch von Gut und Böse; so ist es immer gewesen und so wird es immer bleiben. Und wenn eine Nation gewisse Charakterzüge in einer besonders bösartigen Form zeigt, dann kann man ziemlich sicher annehmen, daß bei den anderen als Ausgleich schmutzige Eigenschaften auftreten, die bei der ersten verhältnismäßig wenig zu finden sind. Aber die am lautesten von der Ebenbürtigkeit der Menschen reden, die werden sich hüten, deren Ebenbürtigkeit in der Schurkerei anzuerkennen.

Man muß die scharfen Unterschiede hervorheben, die in der Frage allgemeiner Moral zwischen dem Individuum und dem Kollektiv bestehen. Der Einzelne befindet sich in einer viel schwächeren Position als eine Masse von Übeltätern. Wird das Individuum verurteilt, so verliert es gewöhnlich die Sympathie seiner Mitmenschen, und wird es wegen seines Verbrechens hingerichtet, so ist es für immer zum Verstummen

[212]

gebracht. Ganz anders im Falle von Kollektivverbrechen. Ist die Gruppe groß, mächtig und konstant genug, so bestärken sich ihre Mitglieder gegenseitig im Trotz gegen die Anklagen wegen unmoralischen Verhaltens, auch wenn sie diese Anklagen nicht ableugnen können. Sie begegnen solchen Anklagen mit dem einfachen und im allgemeinen ganz wahrheitsgemäßen Argument, daß -was auch immer sie selbst getan haben mögen - ihre Ankläger nicht besser seien. Diese Regel gilt, wo immer Gruppen miteinander in Konflikt geraten.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß politische Parteien von fragwürdigen Praktiken Gebrauch machen, die ihre Einzelmitglieder in ihrem Privatleben weit von sich weisen würden. Wenn Diplomaten, wie man zu sagen pflegt, ehrenhafte Männer sind, die im Auslande zum Wohle ihres Landes lügen, so kann man auch von den Politikern sagen, sie seien ehrbare Männer, die im eigenen Lande zum Wohle ihrer Partei lügen. Ein Abgehen von der Wahrhaftigkeit berührt das Gewissen der wortführenden Wahrheitsverdreher in keiner Weise. Die Schuldlast verändert sich im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der Beteiligten, bis sie schließlich überhaupt nicht mehr empfunden wird.

Deshalb sind die Klagen in höchstem Maße töricht, die Deutschen »fabrizierten Entschuldigungen für ihre eigene Niederlage«, oder »versuchten, die Schuld am Kriege auf irgend jemand anderen abzuwälzen«.Alle mächtigen Gruppen benehmen sich so, werden es auch immer tun, und gewöhnlich sind sie dazu auch in gewissem Maße berechtigt. Niemals hört man, daß eine aus der Macht verdrängte politische Partei öffentlich ihre Niederlage den eigenen Mängeln während der Regierungsführung zuschreibt. Immer ist sie auf unanständige Machenschaften der anderen Seite zurückzuführen. Ich erinnere mich auch nicht eines einzigen Falles, daß eine Gewerkschaft zugegeben hätte, zu Unrecht einen Streik ausgerufen zu haben. Ist der Streik erfolglos, so ist die gewöhnliche Ausrede, die

[213]

seit langem benachteiligten Arbeiter hätten gegen die überlegenen Hilfsmittel der Arbeitgeber nicht aufkommen können, und man sagt uns, daß sie verdrossen und verärgert zur Arbeit zurückkehrten, entschlossen, sich das nächste Mal zu holen, was ihnen gehöre.

Kein intelligenter Mensch sollte deshalb erstaunt sein, wenn Deutsche, Japaner oder irgendeine andere Nation in ähnlicher Weise auf eine Niederlage reagieren, zumal es selten besonderer Schlauheit bedarf, um gegen die Anschuldigungen der Sieger ein passendes "tu quoque" zu ersinnen. Ein Deutscher zum Beispiel müßte sehr blöd sein, würde er nicht angesichts der vielen englischen Anklagen gegen die teutonische »Angriffslust« daran erinnern, daß jene weit ausgedehnte Ansammlung von Gebieten, die einst als Britisches Empire bekannt war, kaum als Ergebnis spontaner Liebesbezeugungen der Rothäute, Cyprioten, Buren, Bantus, Inder, Burmesen, Malaien, australischer Eingeborener und Maoris entstanden ist. Und wenn das breite Publikum in England nichts davon weiß, daß die Franzosen unter Ludwig XIV. Deutschland von einem Ende zum anderen verwüsteten und daß der Franzosenkaiser Napoleon I. sich bei den Deutschen vor rund anderthalb Jahrhunderten außerordentlich unbeliebt machte, so haben die Deutschen diese historischen Vorgänge doch keineswegs

vergessen. Im übrigen könnte ein Deutscher es mit guten Gründen als eigenartig ansehen, daß eine Nation, der, wie allgemein bekannt, der internationale Spitzname des »perfiden Albion« beigelegt wurde, sich zum Schulmeister des deutschen Volkes in Fragen moralischer Rechtschaffenheit aufwirft und gleichzeitig den Anspruch auf einen starkentwickelten Humor erhebt.

Die Geschichte bestärkt die Auffassung, daß es keine großen Unterschiede im m oralischen Wert der einzelnen Nationen gibt, und daß sie alle, wenn nicht außergewöhnliche Einnüsse wirksam sind, sich unter ähnlichen Umständen ganz

[214]

ähnlich benehmen. Vor dem Kriege erklärten wir, die absolute Macht habe Hitler korrumpiert. Aber dann wurden wir selbst auch korrumpiert, als die bedingungslose Kapitulation Deutschlands uns und unseren Verbündeten absolute Macht in dem von uns besetzten Deutschland verliehen hatte. Genau zur gleichen Zeit, in der wir gegen die führenden Deutschen vor dem Nürnberger Tribunal Anklagen wegen Plünderung der eroberten Länder erhoben, waren wir eifrig dabei, Deutschland in ganz großem Stile auszuplündern. Nicht nur, daß Angehörige der Besatzungsmacht - in Uniform und in Zivil - privates persönliches Eigentum stahlen, es fand auch • unter dem Vorwand von Reparationen eine organisierte Ausplünderung riesigen Ausmaßes von Fabriken und Maschinenanlagen statt. Selbst private Segeljachten wurden in Kiel und anderen Häfen beschlagnahmt und unter Segel oder sonstwie nach England gebracht. Während der Besetzung von Paris 1815 erließ der Herzog von Wellington genau entgegengesetzte Verhaltensmaßregeln [1].

Das war aber, wie wir in früheren Kapiteln festgestellt haben, nicht der einzige Fall, in dem die englische Auffassung von Kriegführung zu Wellingtons Zeiten von der unserer Tage abweicht. Die Verhaltensweisen von damals und jetzt stellen in der Tat einen auffallenden, geradezu fundamentalen Gegensatz dar. Die frühere Periode zeichnete sich durch begrenzte Kriegsanstrengungen, sparsame Verwendung der nationalen Hilfsmittel, äußerste politische Milde gegenüber dem Feind und einem peinlichen Respekt vor seinem Privateigentum aus; die spätere ist gekennzeichnet durch ein grenzenloses, bis zum äußersten Extrem getriebenes Kriegsziel, rücksichtslose Ausgabenwirtschaft, vollständige Mißachtung

[1] Es wird behauptet, der Herzog habe persönlich Bilder im Louvre von der Wand genommen und nach England bringen lassen. Wenn das stimmt, so hat er jedenfalls dafür gesorgt, daß sich kein anderer in der gleichen Weise benahm.

[215]

der Empfindlichkeit des Gegners und eine unbarmherzige Zerstörung privaten Eigentums während des Krieges und seine Wegnahme nach dem Kriege. Krieg und kriegsmäßiges Vorgehen, wie der Herzog von Wellington sie auffaßte, waren offenbar sehr verschieden von den gleichen Dingen in den Augen Churchills.

Selbst die Einstellung zum Frieden unterlag vom frühen 19. zum .20. Jahrhundert einem auffallenden Wechsel. Nach achtjährigem Krieg gegen das revolutionäre Frankreich, als die Niederlage des Feindes in weiter Ferne lag, und die Waage des gesamten Kriegsvorteils sich sehr nach seiner Seite neigte, war England zum Friedensschluß bereit und schloß auch den Frieden von 1801 unter beträchtlichen Zugeständnissen an Frankreich. Der Krieg brach zwei Jahre später von neuem aus; aber wiederum streckte England drei Jahre später, Anfang 1806, erneut Friedensfühler aus, obwohl Napoleons Stern noch immer im Steigen war und der Kaiser sich gerade auf der Schwelle zur glänzendsten Erfolgsperiode seiner militärischen Laufbahn befand. Die führenden Engländer jener Tage hatten offenbar keine Einwendungen gegen einen Flickwerk-Kompromißfrieden, der den Feind in einer günstigen Situation beließ.

Mit dem Heraufkommen des 20. Jahrhunderts war etwas eingetreten, was diese Auffassung änderte. Im ersten Weltkrieg war ein Friede ohne Sieg verdächtig geworden. Als 1917 der entsetzliche Stellungskrieg zwei Jahre lang mit fürchterlichem Blutvergießen angedauert hatte und kein Durchbruch der einen oder der anderen Seite in Sicht war, kam Lord Lansdowne zu dem Schluß, daß die einzig vernünftige Lösung ein Friedensschluß sei, um dem offensichtlich sinnlosen Gemetzel ein Ende zu machen. Aber daraufhin betrachtete man ihn geradezu als Feind und Verschwörer, und die Times weigerte sich, einen Brief an ihren Herausgeber abzudrucken, in dem Lord Lansdowne seinen Friedensplan auseinandersetzte.

[216]

Im Jahre 1939 war das Wort Friede fast ein Synonym für Verrat geworden. Bevor noch der Krieg begonnen hatte, sprach die englische Presse von »Friedensdrohungen«, und die verschiedenen Friedensangebote an England während des Krieges wurden von der Regierung - wenn überhaupt - mit Hohn und Spott erwähnt, und es war klar, daß sie dabei die Zustimmung aller patriotischen Bürger erwartete. Hitler machte zwei derartige Angebote: das eine im Oktober 1939 nach der Niederwerfung Polens, und das andere im nächsten Jahr nach der Niederlage Frankreichs. Es ist denkbar, daß es sich um finstere Anschläge Hitlers handelte, die England ins Verderben locken sollten. Jedoch waren diese Angebote von seinem Standpunkt aus ganz

logisch. Sein Anfangsziel waren die Zerschmetterung Polens und die Rückgewinnung des polnischen Korridors gewesen. Als er das erreicht hatte, schlug er den Garanten Polens, die ihre Garantie nicht hatten erfüllen können, eine Einstellung der Feindseligkeiten vor. Als sie dies zurückwiesen, wurde es sein Ziel, die gegen Deutschland gerichtete englisch-französische Kombination aufzubrechen. Auch dies erreichte Hitler, und wiederum suchte er dem überlebenden Feind klarzumachen, es habe nicht viel Sinn, den Krieg fortzusetzen.

Dann gab es das bereits erwähnte Friedensangebot deutscher Verschwörer gegen Hitler, das der Bischof von Chichester 1942 übermittelte. Aber dieses wurde, wie wir gesehen haben, vom englischen Kabinett einfach ignoriert.

Diese wiederholte englische Weigerung, die feindlichen Friedensvorschläge auch nur zu prüfen, fiel zeitlich mit einer lauten Propaganda zusammen, die Engländer seien die friedliebenden, die Deutschen die kriegshetzerischen Zeitgenossen. Wir Engländer beschuldigen heute oft die Russen besonderer Niedertracht, weil sie geistige Verwirrung verbreiten, indem sie bestimmte Wörter in einem dem üblichen genau entgegengesetzten Sinne gebrauchen. Aber unser eigener Miß-

[217]

brauch des Wortes »friedliebend« scheint anzudeuten, daß dieser Defekt verbreiteter war, als wir glaubten. Denn selbst wenn die englische Regierung gute und angemessene Gründe gehabt haben mag (oder auch nicht), alle deutschen Friedensangebote unbesehen zurückzuweisen, so war diese Ablehnung doch kaum ein Beweis leidenschaftlicher Friedensliebe.

Hätte England 1939 (falls Frankreich zustimmte) Frieden mit Deutschland geschlossen, so würde dies die Ergebung in den deutschen Sieg über Polen und das Eingeständnis des Fehlschlages der englischen Garantie bedeutet haben; wir wären, mit anderen Worten, zu Kreuze gekrochen. 1940 nach dem Fall Frankreichs Frieden zu schließen, wäre noch demütigender gewesen. Aber bevor der Leser eine solche Möglichkeit als undenkbar verwirft, ist es mindestens der Erinnerung wert, daß im Jahre nach Trafalgar unsere Vorfahren, die wir nicht als Memmen anzusehen pflegen, bereit waren, einen Frieden mit Napoleon in Erwägung zu ziehen und zwar fast unmittelbar nach seinem entscheidenden Sieg über die Österreicher bei Austerlitz. Und nicht nur in Erwägung zu ziehen. Sie entsandten Lord Yarmouth nach Paris, um entsprechende Vorschläge zu machen[1].

Aber vielleicht kam ein Frieden mit Deutschland 1939 oder 1940 wirklich nicht in Frage. Das gleiche kann aber über das

Friedensangebot der deutschen Opposition von 1942 nicht gesagt werden, denn zu jener Zeit waren die früheren Rückschläge Englands wieder ausgeglichen, und es zeigte sich, daß Deutschland seine Feinde nicht besiegen konnte. England hätte also in voller Wahrung seiner Würde Frieden schließen können. Wenn aber das nationale Ziel nicht politischer, sondern militärischer Natur ist, wenn man den vollständigen

[1] Lord Yarmouth war in Frankreich interniert gewesen, wurde aber von der englischen Regierung als Mittelsmann benützt, nachdem die Franzosen ihn dazu freigelassen hatten.

[218]

Untergang des Feindes erstrebt, dann freilich ist jeder Friedensvorschlag eine »Bedrohung«.

Es gibt keinen historischen Vorgang, aus dem man ableiten könnte, daß ein vernünftiges und zu vernünftiger Zeit gemachtes Friedensangebot nicht ernsthaft geprüft und, wenn möglich, angenommen werden sollte. Der Feind mag geheime Pläne haben, wie er den Frieden für eigene Vorteile und als Falle für seinen Gegner auszunutzen möchte. Aber es besteht kein zwingender Grund, warum er bei entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen der eigenen Seite damit Erfolg haben sollte, während er selbst unvermeidlich ein Risiko eingeht, überhaupt Frieden zu schließen, wenn seine wirkliche Absicht aggressiv bleibt. Denn es ist stets leichter, einen Krieg in Gang zu halten, als ihn nach einer Pause von neuem zu beginnen. Die Friedenspartei eines Landes, mag es nun ein demokratisches oder ein autoritär regiertes Land sein - und jedes Land hat eine Friedenspartei - muß zwangsläufig während des Friedens einen stärkeren Einfluß gewinnen als im Kriege.

Gleichzeitig wird mit großer Wahrscheinlichkeit die durchschnittliche Zivilbevölkerung, wenn sie einmal eine gewisse Erleichterung von Krieg, Kriegsgefahr und Einschränkungen genossen hat und sich durch größere Hoffnungen auf die gesunde Heimkehr ihrer Söhne und Männer erhoben fühlt, einen stärkeren Widerstand gegen die Wiederbelebung eines Krieges zeigen, der einmal eingestellt worden war, als gegen die Weiterführung eines pausenlosen Krieges. Vielleicht wird ein solcher Friede nicht lange halten, wie es beim Frieden von Amiens 1801 der Fall war. Aber auch die kurze Dauer ist kein Beweis dafür, daß er ein Fehler war. Wahrscheinlich war er immer noch besser als überhaupt kein Friede.

Es ist beachtenswert, daß bei Zivilstreitigkeiten in England die Richter fast ohne Ausnahme im Sinne des Prinzips »Frieden wann immer möglich« und nicht eines »Kampfes

[219]

bis zum bitteren Ende« raten. Ein außergerichtlicher Vergleich findet grundsätzlich den Segen des Richters, und freiwillige Vergleiche während der Gerichtsverhandlung gelten als zweitbeste Lösung. Kläger und Beklagte, die derartige Übereinkommen treffen, statt ihren Fall durchzufechten, hören so gut wie immer von der Richterbank, daß sie klug gehandelt haben. Bei Arbeitsstreitigkeiten gibt sich die Regierung die größte Mühe, eine »Versöhnung« herbeizuführen und den »Kampf« so rasch wie möglich durch einen für beide Seiten annehmbaren Vergleich beizulegen. Minister, die bei Arbeitsstreitigkeiten ein Schlichtungsverfahren anwenden, befinden sich daher in Übereinstimmung mit den Ministern, die den Frieden von Amiens schlössen und Lord Yarmouth anwiesen, in Paris 1806 ein Übereinkommen mit Napoleon zu treffen, aber nicht mit der Churchill-Politik der Kompromißlosigkeit, der bedingungslosen Kapitulation und der automatischen Ablehnung aller Friedensangebote.

Der große Fehler dieser letzteren Politik und besonders ihrer Ausrichtung auf den vollständigen Sieg ist, daß sie im Falle des Erfolges unausweichlich zu einem Mißbrauch der Macht führt, der seinerseits ein Feind des Friedens ist. Im großen und ganzen sind die Menschen nicht kriegerisch gesinnt; die Masse der Völker wird normalerweise durch den Instinkt des »Leben und Lebenlassen« geleitet, und solange die meisten das Gefühl haben, ihr Anteil am großen Kuchen sei einigermaßen gerecht bemessen, verspüren sie wenig Neigung, sich auf den Kriegspfad zu begeben. Erfüllt sie aber ein Gefühl der Ungerechtigkeit, so werden sie Ton in der Hand der Demagogen. Es gibt aber keinen sichereren Weg, ihnen dieses Gefühl der Ungerechtigkeit einzuflößen, als die Macht zu mißbrauchen, deren Opfer sie sind. Da die menschliche Natur nun einmal nicht anders ist, so bleibt ein weiser Gebrauch der Macht in gleichem Maße wahrscheinlicher, in dem ein unweiser Gebrauch schwierig oder gefährlich ist. Je vollständiger

[220]

nun ein Sieg, um so größer ist die Versuchung, der Rachsucht, Anmaßung und Gier die Zügel schießen zu lassen. Je mehr man aber dieser Versuchung nachgibt, um so zahlreicher sind die dadurch ausgesäten Drachenzähne.

Dafür gibt es in der Geschichte der letzten hundertfünfzig Jahre eine Fülle von Beispielen. Wir haben schon festgestellt, wie segensreich die Nachsicht und Mäßigung gegenüber dem besiegten Frankreich 1815 gewesen sind. Ein weiteres Beispiel dieser Art gaben die Engländer, als sie den besiegten Buren einen gleichen Anteil an der

Regierung eines vereinten Südafrika einräumten. Trotz ihrer tiefwurzelnden Abneigung, ja ihrem Haß gegen die Engländer, trotz der kurz zuvor erfolgten Dezimierung ihrer Frauen, Kinder und Greise in den englischen Konzentrationslagern, hat diese großmütige Behandlung der Buren dazu gedient, Südafrika seit dem Ende des Burenkrieges in der Gemeinschaft des Commonwealth zu halten und südafrikanische Armeen von Buren und Engländern zu veranlassen, in zwei Kriegen auf englischer Seite gegen Deutschland zu kämpfen. Und als im ersten Weltkrieg ein Burenaufstand ausbrach, da wurde er von Truppen unter Befehl eines Burengenerals niedergeworfen. Zu jener Zeit war es, daß General Smuts erklärte: »Ich trete für England ein, ein Land, das uns behandelte, wie eine christliche Nation andere behandeln soll, als wir ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert waren.« Es kann wohl kein beredteres Zeugnis für die psychologische Wirkung zwischenstaatlicher Großmut gegenüber den Besiegten geben.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Buren, wäre ihnen ein Frieden nach dem Muster von Versailles auferlegt worden, Englands Notlage von 1914 als ihre günstige Gelegenheit für eine nationale Erhebung genützt hätten, wie es (ohne Erfolg) die Südiren 1916 taten. Obwohl die Bande zwischen Südafrika und dem Commonwealth früher und auch heute noch starken Belastungen ausgesetzt sind, hat tatsächlich diese Verbunden-

[221]

heit fünfzig Jahre gehalten. Südafrika hätte sich nach seinem Belieben jederzeit seit Verkündung des Westminster-Statuts loslösen können; wenn es dies nicht getan hat, so zweifellos, weil die Beschwerden nicht ausreichen, um einem Ruf nach Abspaltung genügend starken Zuzug zu sichern.

Aus den Schriften Lord Vansittarts und seinesgleichen geht klar hervor, daß nach ihrer Meinung die siegreichen Alliierten im Falle des Friedens von Versailles ihre Macht nicht mißbrauchten; aber - und das ist wichtiger - die Deutschen waren dieser Meinung. Der Krieg war über der Frage ausgebrochen, ob die Serben ungestraft den österreichischen Thronfolger umbringen durften, und er endete mit dem vollständigen Zusammenbruch Deutschlands und der absoluten Macht der Sieger, über Deutschlands Schicksal nach ihrem Belieben zu entscheiden, vorausgesetzt, daß sie bereit waren, die dem Gegner als Grundlage der Kapitulation angebotenen Bestimmungen zu mißachten: und sie waren dazu bereit. Durch den Diktatfrieden verlor Deutschland alle seine Kolomen in der ganzen Welt, das Saargebiet an Frankreich für fünfzehn Jahre, den reichsten Teil Schlesiens und den Danziger Korridor an Polen, und sein einziger verbliebener

Verbündeter wurde gewaltsam zerstückelt. Es war etwa so, als ob dem Zusammenbruch des englischen Generalstreiks 1926 die Abschaffung der Gewerkschaften, die Beschlagnahme aller ihrer Gelder, lebenslängliche Zuchthausstrafen für ihre leitenden Funktionäre und die Zerstörung ihrer Zentrale, des Transport House, gefolgt wäre. Aber Premierminister Baldwins Haltung gegenüber dem Streik war: keine Gegenbeschuldigungen, keine Schuldvorwürfe, laßt Vergangenes vergangen sein, schaut vorwärts und nicht zurück. Wenn diese Grundsätze einer innerpolitischen Auseinandersetzung angemessen waren, warum dann nicht auch einer außenpolitischen ?

Anders als den Buren, die bereitwillig den Act of Union als eine einigermaßen gerechte Lösung des südafrikanischen

[222]

Problems akzeptierten, erging es den Deutschen; bei ihnen hinterließ der Vertrag von Versailles das bittere Gefühl, mißhandelt worden zu sein, das sie schließlich Hitler und seine Nazis als Befreier aus der Knechtschaft begrüßen ließ. Sechs Jahre später oder einundzwanzig Jahre nach dem Waffenstillstand von 1918 befand sich Deutschland wieder im Kriege. Selbst wenn Ministerpräsident Dr. Malan morgen die Südafrikanische Union zur Republik erklären sollte, so hätte Großmut im Falle der Buren eine doppelt so hohe Dividende eingebracht als Unterdrückung im Falle der Deutschen.

Was die Behandlung der Deutschen 1945 angeht, so glaube ich, daß nicht einmal Lord Vansittart behaupten wird, die Deutschen betrachteten sie als Musterbeispiel gesittet-anständiger Mäßigung, die jedes Bemühen um eine Aufhebung der ihnen zwangsweise auferlegten Bedingungen überflüssig macht.

Es wird oft behauptet, die Deutschen hätten uns, wären sie in beiden großen Kriegen die Sieger gewesen, sehr viel Schlimmeres angetan als wir ihnen. Aber das ist natürlich eine unbeweisbare Unterstellung, da sie ja nicht die Sieger waren. Es ist wahr, daß nach dem deutschen Zusammenbruch von 1945 ein Dokument gefunden wurde, das einen Plan zur Umwandlung Englands in ein Weideland und zur drastischen Verringerung seiner Bevölkerung enthalten haben soll. Selbst wenn dieses Dokument authentisch ist, so beweist es noch nicht, daß der darin behandelte Plan auch ausgeführt worden wäre. Seltsam genug: ein anderer Plan wurde in den Vereinigten Staaten ungefähr zur gleichen Zeit ausgearbeitet, demzufolge Deutschland in fast gleicher Weise behandelt werden sollte. Der Verfasser war, wie zugegeben wird, ein gewisser Harry Dexter White[1], der einen

[1] H.D.White gehörte in den dreißiger Jahren, als er Gehilfe des Finanzministers Morgenthau war, dem von Oberst Bykov geleiteten kommunistischen »Untergrund-Apparat« in Washington an, dessen Kurier Whittaker Chambers war. In dem am 28. VIII. 1955 veröffentlichten Bericht des Senatsausschusses für innere Sicherheit wird ein

Verhör von Miß Bentlev zitiert, in dem sie aussagt, daß der Morgenthau-Plan von H. D.white entworfen wurde und zwar in Ausführung kommunistischer Instruktionen, die darauf abzielten, Deutschland zu zerstören, damit es den (westlichen) Alliierten keine Hilfe sein könne. -Vergl. whittaker Chambers, Witness, New York 1955, (Random-House) und London (Andre Deutsch). Der Bericht des Senatsausschusses ist abgedruckt in U. S. News&World Report v. 28. VIII. 1955.

[223]

bereitwilligen Henry Morgenthau überredete, die Patenschaft zu übernehmen. Aber obwohl der Morgenthauplan von Präsident Roosevelt und Churchill gebilligt worden war, wurde er nicht durchgeführt, als es so weit war. Auch sein deutsches Gegenstück hätte natürlich das gleiche Schicksal erleiden können. Das Vorhandensein eines Planes, so grausam er auch sein mag, ist keine Garantie seiner Durchführung.

Das einzige konkrete Beweismaterial für die deutsche Behandlung eines geschlagenen Feindes nach Kriegsende[1] in der Zeit nach 1815 findet sich in Bismarcks drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870. In allen drei Fällen war das deutsche Verhalten dem besiegten Feinde gegenüber außerordentlich tolerant. So blieb der Preis, den Bismarck in den Kriegen gegen Dänemark und Österreich mit beherrschter Zurückhaltung einsammelte, auf jene Ziele beschränkt, um derentwillen er in den Krieg gezogen war. Er wollte die Herzogtümer Schleswig-Holstein, und er nahm sie. Im übrigen ließ er die Dänen ungeschoren und Dänemark ungeplündert. Von Österreich wünschte Bismarck nichts anderes als die Anerkennung einer deutschen Hegemonie in der deutschen Welt, und er verlangte nichts darüber hinaus.

Im Falle Frankreichs ging Bismarck ein wenig weiter. Sein Hauptziel im Kampf mit den Franzosen war nicht, sie auszuplündern, sondern Deutschland zu einigen. Trotzdem plünderte er sie aus, indem er Elsaß-Lothringen annektierte

[1] Die Behandlung Rußlands 1917, Frankreichs, Polens und Jugoslawiens 1939/41 gehört nicht hierher, da damals die Feindseligkeiten noch andauerten.

[224]

und eine Kriegsentschädigung erhob. Diese beiden räuberischen Aktionen, die eine Kapitulation vor der Gier darstellten und mithin einem Machtmißbrauch gleichkamen, sollten für die Täter selbst höchst unglückselige Folgen haben. Denn der Erwerb Elsaß-Lothringens war in der Folgezeit die primäre Ursache der französischen Erbitterung gegen Deutschland, die zu dem Entschluß führte, die Provinzen zurückzubekommen, notfalls auch durch Krieg. Was die Kriegsentschädigung angeht, so bildete sie einen unmittelbaren Präzedenzfall, der mit verheerenden Wirkungen auf

Deutschlands eigenes Haupt zurückfallen sollte, als es 1918 geschlagen war. Es bedarf keiner großen Einbildungskraft, um sich auszumalen, was wir Engländer durch unsere Forderung dieser Art an Deutschland in Versailles und durch die nach 1945 ausgeführten Raubzüge auf uns selbst heraufbeschworen hätten, wären wir selbst im Kriege erfolglos geblieben.

Um Bismarck Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, muß jedoch festgehalten werden, daß er dem Erwerb Elsaß-Lothringens nur zögernd zustimmte. Er wünschte die Wegnahme nicht, sondern verlangte dieses Gebiet auf Drängen der deutschen Generäle, die es als notwendig für die strategische Verteidigung erklärten. Die Moral verhält sich zur Natur wie drei zu eins, sagte Napoleon, und die durch die deutsche Besitzergreifung dieser strategischen Bastionen hervorgerufene Mißstimmung führte auf lange Sicht nicht zu strategischer Sicherheit, sondern zu einer strategischen Katastrophe. Bismarck mag sich dieser Gefahr bewußt gewesen sein. Jedenfalls war er gegen den Erwerb beider Provinzen, obwohl die Deutschen ganz sicher einen sehr respektablen Anspruch auf sie als altes deutsches Gebiet hatten - in der Tat einen genau so guten wie den niemals aufgegebenen Anspruch Spaniens auf Gibraltar.

Was die Kriegsentschädigung anging, so war daran natürlich nichts Neuartiges. Die Alliierten hatten von Frankreich

[225]

1815 eine Kriegsentschädigung verlangt, und Napoleon hatte das gleiche kurz zuvor im Falle Preußens getan. Alles in allem genommen bietet Bismarck ein so bemerkenswertes Beispiel des klugen Machtgebrauches, wie man es nur finden kann. Aber dann war Bismarck auch nicht, wie Lord Vansittart sagt, ein verschlagener preußischer Raufbold und ränkelüsterner Kraftprotz, sondern gemeinsam mit Castlereagh, Metternich und Wellington einer der großen Staatsmänner der europäischen Geschichte.

[226]

15. Kapitel

AUSSICHTEN FÜR EUROPA

Und damit kommen wir zu dem letzten Abschnitt dieser Untersuchung: wir wollen jetzt im Lichte des in den vorangegangenen Kapiteln behandelten Materials prüfen, was am besten getan werden kann, um der kritischen Lage des heutigen Europa zu begegnen. Ich werde dabei der Formel folgen, die in den Militärakademien bei Überlegungen dieser Art als Richtschnur empfohlen und auch tatsächlich seit Generationen angewandt wird. Der Gedankengang verläuft nach folgender Einteilung:

1. Prüfung der Lage.
2. Was ist unser Ziel ?
3. Welche Möglichkeiten des Vorgehens ergeben sich für die Erreichung des Zieles und wie sind sie im Vergleich zueinander zu bewerten?
4. Welches Vorgehen wird vorgeschlagen ?

Die Lage ist ja bereits im vorhergehenden Teil des Buches mitersucht worden. Daß hierbei ziemlich ausführliche Betrachtungen angestellt wurden, hat, wie ich hoffe, für alle Leser das Thema klar umrissen, indem eine ganze Anzahl schwerwiegender und weitverbreiteter Fehlauffassungen dargelegt wurden, und der größte Teil des intellektuellen Treib-

[227]

holzes beiseitegeräumt wurde, das sich rundherum zu solcher Höhe aufgetürmt hat, daß es den wesentlichen Kern in der Mitte verdeckte. Um noch einmal die wichtigsten Punkte hier zu wiederholen: Deutschland ist nicht, wie man so oft seit 1939 von ihm gesagt hat, der Haupt- und Meisterangreifer der Geschichte, die Deutschen sind nicht schlechter als andere Völker, und die Engländer haben sich in der Vergangenheit häufig mit Deutschland (oder einem Teile

Deutschlands) verbündet und brauchen nicht zu zögern, es wieder zu tun, wenn es ihren Zwecken dient.

Ich komme zum zweiten Punkt, dem Ziel. In Abwandlung des von Wellington in seinem Schreiben an Castlereagh (siehe 12. Kapitel) zum »großen Ziele« Englands erklärten »Friede für ein paar Jahre« entscheide ich mich für »einen möglichst lang dauernden Friede«. Nicht Friede für alle Zeiten, denn das ist unerreichbar. Krieg kann in dieser Welt nicht abgeschafft werden. Zwei Kriege »zur Beendigung des Krieges« blieben, wie wir gesehen haben, in dieser Hinsicht gänzlich ohne Erfolg; sie haben in Wirklichkeit die Kriege eher vermehrt und die Welt im allgemeinen noch streitsüchtiger werden lassen.

Seit 1918 hat es viel unverbindliches Gerede über eine Abschaffung der Gewalt durch die Herrschaft des Rechtes gegeben. Aber da Recht und Gesetz selbst, um wirksam zu sein, von der Gewalt abhängen, ist dies eine falsche Antithese. Ohne die Polizei hinter dem Gesetz und ohne Soldaten hinter der Polizei ist auch das Recht nicht mehr als eine Theorie im luftleeren Raum. Auch befaßt sich das Gesetz keineswegs nur mit Fragen des Rechts und der Billigkeit. Bis zu einem gewissen Grade ist es zum Instrument des Willensvollzuges des Stärksten, der Wählermehrheit, der großen Bataillone geworden, die der Minderheit das Gewünschte wegnehmen dürfen, nur weil sie es bekommen können. Die Politik des »Schröpft die Reichen!« durch strafenähnliche Besteuerung und lähmende Erbschaftssteuern, die dank der Macht der Wähler-

[228]

mehrheit auferlegt wurden, ist im Prinzip das Gleiche wie die Besitzergreifung des einer anderen, schwächeren Nation gehörenden Gebietes durch einen fremden Staat auf Grund seiner überlegenen militärischen Stärke. Der einzige erkennbare Unterschied liegt in der Namengebung. Denn während das Vorgehen des auswärtigen Staates als »Aggression« bezeichnet und jetzt offiziell auf der Liste der Verbrechen geführt wird, ist das erstgenannte Verfahren (in England) als »soziale Gerechtigkeit« bekannt und wird gemeinhin als eindeutig moralisch, aufgeklärt und fortschrittlich betrachtet.

Politiker, die in Werten einer baldigen Abschaffung des Krieges huldigen, predigen das Unmögliche und verführen ihre Zuhörer zu vielen falschen Idealen und Begriffen, die ihnen nicht gut tun können. Wenn dem gewöhnlichen Bürger glauben gemacht werden kann, der Krieg stehe kurz vor der Ächtung, wird er natürlich kein Interesse daran haben, wie man eine überlebte Sache möglichst gut führt. Daher wird er im voraus geneigt sein - falls dann doch ein Krieg ausbricht -, ein Maß von Grausamkeit in der Kriegführung hinzunehmen und zu

fördern, das er sonst zurückweisen würde. Wenn er nämlich glaubt, der gegenwärtige Krieg könne der letzte sein, vorausgesetzt, der Feind werde nur recht gründlich besiegt, wird er wahrscheinlich nicht vor extremen Maßnahmen zurückscheuen, die zur Sicherung eines solchen Endsieges ergriffen werden. Ist der Krieg aber tatsächlich ein bleibender Zug des Völkerlebens, so ist eine allgemeine Unkenntnis der Öffentlichkeit über seine Wesensart ein nationales Unglück: das Unwissen macht die Bevölkerung so gut wie unfähig, zwischen guter und schlechter Strategie, vernünftiger und unvernünftiger Führung zu unterscheiden.

Aber obwohl dauernder Friede unerreichbar ist, erscheint es bei zweckentsprechendem Vorgehen nicht unmöglich, für eine recht lange Zeit Frieden zu haben. Japan zum Beispiel war zweieinhalb Jahrhunderte lang in keine auswärtigen

[229]

Kriege verwickelt, hauptsächlich durch eine isolationistische Politik und eine Beschränkung auf die eigenen Angelegenheiten. Ich wiederhole daher mein Ziel, das die Crux des ganzen Problems bildet, nämlich *ein möglichst langdauernder Friede*.

Gehen wir jetzt dazu über, die möglichen Methoden zu Erreichung dieses Zieles zu prüfen. Zwei Vorschläge für die Aufrechterhaltung des Friedens liegen bereits vor, und ich will sie zuerst behandeln:1. Eine Weltregierung und 2. die Schaffung einer Nordatlantikpaktorganisation »freier« westlicher Nationen mit Front gegen einen kommunistischen Osten.

Die Idee einer einzigen Weltregierung zur Beherrschung des ganzen Planeten hat viele Anhänger. Es sind jedoch mehrere gewichtige Einwände dagegen zu erheben. Der erste ist, daß diese Idee beim Versuch praktischer Erprobung stets versagt hat. Die Heilige Allianz von 1815 erwies sich als durchaus unwirksam. Der Völkerbund von 1919 bis 1959 versagte kläglich als Frieden s hü ter. Als er unter beinahe idealen Voraussetzungen im Abessinienfall mit den Sanktionen gegen die Italiener sein Probestück hätte ablegen können, erwies er sich als völlig nutzlos. Ebenso hilflos war er, als es galt, 1959 den Ausbruch des mörderischsten Krieges der Geschichte zu verhindern - einen Krieg, dessen Ausbruch das vorangegangene Versagen des Völkerbundes wesentlich gefördert hatte, indem es Italien in die Arme Deutschlands trieb.

Der Nachfolger des Völkerbundes, die Vereinten Nationen, denen man internationale Beißwerkzeuge von magischer Wirkung nachrühmte, brach fast im Moment der Gründung auseinander. Was davon zurückblieb, war kein Friedenshüter, sondern ein Blasebalg, um einen

kleinen Konflikt zu einem großen Feuer anzufachen. Strategisch würde es auch nicht das geringste ausgemacht haben, wenn die Nordkoreaner ganz Südkorea überrannt hätten. Da die Amerikaner die unanfechtbare Seeherrschaft besaßen und besitzen, hätten die Nordkoreaner nicht weiter vordringen können. Aber die

[230]

Schwäche (und Gefahr) einer internationalen Friedensorganisation »mit Zähnen« liegt darin, daß sie beständig kämpfen muß. Ein souveräner Staat kann Prestigeverluste ohne allzu viel Schaden aushaken. Die Vereinten Nationen in Waffen müssen jeden Fehdehandschuh aufnehmen, oder sie brechen zusammen.

Man kann, wie es auch geschehen ist, geltend machen, der Völkerbund hätte Erfolg gehabt, wenn nur die Vereinigten Staaten ihn unterstützt hätten, und die Vereinten Nationen, wenn nur die Sowjets sich nach 1945 nicht so unerfreulich benommen hätten. Die entscheidende Tatsache bleibt, daß sie sich so verhielten, und außerdem sind diese beiden »wenn nur« nicht die einzigen Wenn's in diesem Falle. Worauf es wirklich ankommt, ist jedenfalls, daß sowohl der Völkerbund wie die Vereinten Nationen als Kriegsverhüter versagt haben.

Der zweite Einwand gegen einen Weltregierungsplan ist, daß viele darauf bezügliche Erklärungen in handgreiflichem Widerspruch zu den Tatsachen stehen. So hat Sebastian Haffner, ein Leitartikler des Londoner Observer, in seinem Vortrag vor den Mitgliedern der Royal United Service Institution am 51. Oktober 1951 folgende Meinung geäußert: »Eine übermächtige Erscheinung der Weltpolitik fängt an, ihren Eindruck auf uns zu machen, und das ist der gewaltige Zug zur Welteinheit. Das mag im Hinblick auf die zahlreichen Kriege, Konflikte und Krisen, von denen wir in den letzten dreißig oder vierzig Jahren heimgesucht wurden, ein wenig überraschend klingen, aber ich möchte Sie darauf hinweisen, daß gerade diese Kriege, Umwälzungen und Konflikte Teile dieser enormen historischen Entwicklung zu einer geeinten Weltkultur und einer vereinten politischen Weltorganisation sind.«

Mich überrascht es allerdings zu hören, daß häufig wiederkehrende Kriege, Auseinandersetzungen und Krisen Beweise einer wachsenden Welteinheit seien. Ich kann ein solches Argument nur als Trugschluß ansehen. Schlösse sich die Welt

[251]

wirklich enger zusammen, so sollte man erwarten, daß vorhandene Gruppierungen wie das englische und das holländische Weltreich intakt blieben und den Kern noch größerer Gruppierungen bildeten.

Statt dessen ist es doch wohl völlig klar, daß eine vom Mittelpunkt wegstrebende und nicht eine zum Mittelpunkt hinstrebende Tendenz vorherrscht. Zunehmende Aufsplitterung ist das beherrschende politische Phänomen der Welt seit 1918. Das Habsburger Reich wurde 1919 zerstückelt, um daraus drei Einzelstaaten - Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei - zu bilden und Serbien in Jugoslawien zu verwandeln. Polen wurde auf Kosten Rußlands, Deutschlands und Österreichs wieder zum Leben erweckt. Finnland wurde auf Kosten Rußlands geschaffen, desgleichen Estland, Lettland und Litauen. Diese drei sind zwar seitdem wieder verschwunden, aber nicht im Zuge eines Weltvereinigungsstrebens, sondern durch ganz gemeine Eroberung seitens der Russen. Außerdem wurde das türkische Reich aufgelöst, um nicht weniger als sechs neuen Ländern Platz zu machen: Irak, Libanon, Syrien, Palästina, Trans Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten.

Nach 1945 wurde das holländische Reich zerstört, um den neuen Staat Indonesien zu schaffen. Das große anglo-indische Reich ist auch in Stücke zerfallen, nämlich Pakistan, Indien und Burma. Südirland hat sich vom britischen Commonwealth gelöst und ist eine selbständige Republik geworden; Island hat sein Band mit Dänemark gekappt. Und überall in der Welt, in Indien, China, Australien, Südafrika, Argentinien und anderswo herrschen ausgeprägte Autarkiebestrebungen. Wie jemand in allen diesen Vorgängen eine »enorme historische Entwicklung zu einer geeinten Weltkultur und einer vereinten politischen Weltorganisation« erblicken kann, liegt jenseits meines Fassungsvermögens.

Aber die Fähigkeit der englischen »Internationalisten« zur Selbsttäuschung ist lange bekannt. Die Sozialisten dieses

[232]

Schlages klammerten sich viele Jahre an den Gedanken, die Welt bestehe aus tyrannischen Arbeitgebern und ächzenden Arbeitermassen, von denen die letzteren nur auf die Ankunft des Sozialismus warteten, um ihre Ketten abzuwerfen und einander schluchzend vor Freude um den Hals zu fallen. Und da Rußland bereits ein sozialistisches Land war, so folgerte man, daß eine sozialistische Regierung in England »als Linke zur Linken sprechen« könne und so eine leichte und rasche Bereinigung aller Reibungspunkte ermögliche.

Schmerz und Bekümmernis in sozialistischen Kreisen Englands hätten kaum größer sein können, als man nach 1945 entdecken mußte, daß die sogenannte Linke in Rußland nicht die geringste Neigung hatte. Arm in Arm mit der Regierung Attlee zu schreiten, ja, daß sie die englische Linke mit eher noch größerer Abneigung und noch

größerem Mißtrauen betrachtete als die englische Rechte. Die Wurzel dieses verwirrenden Widerspruchs lag in der Tatsache, daß die englischen Sozialisten seit langem die Welt durch verzerrende Linsen erforschten. Sie betrachteten fremde Völker nicht als Russen, Chinesen, Hindus, Franzosen oder Perser, von denen jedes seine eigene und eigenartige Mentalität und Anschauungsweise hatte, sondern als russisch-, chinesisch-, hindustanisch-, französisch- oder persischsprechende Engländer.

Ist überhaupt eine Weltregierung als etwas Notwendiges und an sich Wünschenswertes zu betrachten ? Eine Weltorganisation würde eine ungeheure Macht in die Hand der Weltregenten legen: eine ungeheure, schier unanfechtbare Macht, wenn nach den Vorschlägen vieler dieser »Ein-Weltler« alle nationalen Armeen abgeschafft und militärische Macht lediglich den Weltregenten zur Verfügung stünde. Diese würden dann, so wird gesagt, Frieden und Ordnung mittels einer internationalen Bomberflotte aufrechterhalten, die dann wohl ausgeschickt würde, um England oder irgendein anderes Land zu bestrafen, wenn es nach Meinung der Weltregenten eines

[255]

Ansporns zu guter Disziplin und gehöriger Unterordnung unter das oberste Weltregiment bedürfte.

Mit welchem Grunde sollte man annehmen, daß die Weltregenten Muster tugendsamen Wohlwollens sein würden ? Die ganze nichtnazistische Welt war einhellig der Meinung, daß die absolute Macht einen verhängnisvoll-verderblichen Einfluß auf Adolf Hitler hatte, selbst als es eine ganze Reihe fremder, gutbewaffneter und meist unfreundlicher Mächte gab, deren Meinung zu ignorieren für ihn nicht ratsam war. Und wenn das so ist, dann liegt die Möglichkeit sehr nahe, daß eine Weltregierung mit Kontrollbefugnissen über sämtliche bewaffneten Kräfte der Welt zur korruptesten und überheblichsten Tyrannei führen könnte, die die Welt je erlebt hat.

In der Vielzahl von selbständigen Staaten liegen bedeutsame Sicherungen und nicht die geringste unter ihnen ist, daß dann wenigstens ein Asyl geboten wäre, in das man sich vor der Unterdrückung flüchten könnte. In England haben wir seit 1945 eine Kostprobe überzentralisierter Macht gehabt, und selbst viele Sozialisten waren bestürzt ob der Entdeckung, daß sie zu den gleichen Konsequenzen der Korruption und Despotie führte wie vorher in Deutschland.

Die Ein-Weltler scheinen auch die Geschichte des Turmes von Babel außer acht zu lassen. Da sie zur Heiligen Schrift gehört, darf sie wohl als göttliche Mißbilligung der Weltregierungsidee

betrachtet werden.

Nichts hätte lauter tönen können als die Propagandafanfaren bei der Entstehung der Organisation der Vereinten Nationen. Aber die Flaggen waren kaum gehißt und kaum die ersten steuerfreien Gehälter ausgezahlt, als die Russen den Ein-Welt-Plan brutal zum Scheitern brachten, indem sie die Organisation in zwei gegnerische Teile spalteten.

Die Nordatlantikpaktorganisation ist eine Anerkennung dieser Teilung und ein Stegreif versuch, die nichtkommunistischen Nationen als eine militärisch zusammengefaßte Einheit

[234]

zu konsolidieren. Als Behelfsmittel mag sie nützlich sein, aber als dauerhafte oder annähernd dauerhafte Politik sollte sie mit Vorsicht betrachtet werden, zumal sie kaum zur Förderung unseres Zieles, eines möglichst langdauernden Friedens, geeignet ist. Denn die Teilung der Welt in zwei riesige Machtblöcke heißt sie in eine höchst brüchige und unsichere Lage bringen. Zwei und nur zwei Rivalen, die kein anderes Ventil für ihre gegenseitige Abneigung haben, als sich anzuknurren und gegeneinander zu rüsten, und auf die niemand einen mäßigenden Einfluß auszuüben vermag, befinden sich in ständiger Gefahr, aufeinander loszuschlagen - als natürliche Entlastung überreizter Nerven. Zur Bewahrung des Friedens bedarf es dringend mindestens eines dritten Blockes; gäbe es noch mehr, wäre es besser. Ein solcher dritter Block könnte, wenn er stark genug wäre, das Zünglein an der Waage bilden, und als Machtreserve verhindern, daß die Feindseligkeit in Gewalttat ausartet. Außerdem würde er einfach durch sein Dasein diese Feindseligkeiten schon dadurch verringern, daß er einen Teil des Argwohns und der Abneigung auf sich selbst lenkt.

Außerdem muß, vom europäischen Standpunkt aus, die NATO als labil betrachtet werden, weil sie ihre Wurzel in den Vereinigten Staaten hat. Die Amerikaner machen keinen Hehl daraus, daß sie in der NATO ein Mittel zur Verteidigung Amerikas in Europa sehen: Westdeutschland, Frankreich und England sollen der Sturmflut eines Ostwestkrieges standhalten und so den amerikanischen Boden bei einem Zusammenstoß zwischen amerikanischen und russischen Wollen und Fürchten vor Zerstörungen bewahren. Zu diesem Zwecke sind die Amerikaner bereit, Waffen und Geld zu liefern, um Truppen befreundeter europäischer Mächte gegen den militanten Kommunismus aufzustellen, wobei wir Engländer jedenfalls uns nicht darüber beklagen können, da wir zur Zeit Napoleons und vorher genau die gleiche Politik befolgten.

[235]

Bis heute haben die Amerikaner auch Truppen in Europa stationiert, und das Weiße Haus versichert in regelmäßigen Abständen, daß diese Politik fortgesetzt werden wird. Versicherungen dieser Art würden jedoch größeres Vertrauen einflößen, fehlte nicht die eine reale Garantie amerikanischer Teilnahme an einem europäischen Krieg: die Amerikaner haben kein Lebensinteresse, sich daran zu beteiligen. Wie die Engländer in der Vergangenheit, werden sie heute durch den Ozean geschützt, und solange sie eine ausreichende See- und Luftmacht beibehalten, können sie nicht ernstlich verletzt werden. Vielleicht hat der frühere Präsident Truman nicht an die Zuverlässigkeit des maritimen Schildes Amerikas geglaubt, und Präsident Eisenhower scheint der gleichen Auffassung zu sein, aber ihre Einstellung wird ernsthaft bestritten. Während der Vorwahlen 1952 im republikanischen Lager zur Nominierung des Präsidentschaftskandidaten hat der inzwischen verstorbene Senator R. Taft kein Geheimnis daraus gemacht, daß er die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa mißbillige und darauf vertraue, sein Land könne sich selbst durch Schiffe und Flugzeuge verteidigen, wie England es 1940/44 tat, obwohl sein Schutzgraben nur zwanzig Meilen breit war und nicht dreitausend. Es ist daher für Engländer, Franzosen oder Westdeutsche sehr riskant anzunehmen, man könne auf Millionen amerikanischer Soldaten zur Unterstützung in einem Kriege gegen den Kommunismus zählen. John Foster Dulles würde kaum so schnell mit der Drohung einer Einstellung der amerikanischen Europahilfe zur Hand sein, wenn er glaubte und der Überzeugung wäre, auch Europa glaube, Amerika müsse zwangsläufig Hilfe leisten.

Es gibt also zwei Gründe, die uns in der NATO ein zeitbedingtes Aushilfsmittel und nichts mehr sehen lassen: erstens, sie wirkt der Bildung einer für ein Gleichgewicht der Mächte notwendigen dritten Gruppe entgegen, und zweitens, der amerikanische Kiel ist nicht fest genug mit dem Schiffskörper

[236]

verbunden und könnte abfallen, gerade wenn das NATO-Schiff zum Kampf auslaufen soll.

Wer aber soll diese Dritte Kraft bilden, die, wie gesagt, notwendig ist? Es liegt auf der Hand, daß Europa der erste Anwärter darauf ist. Alle Hauptvölker und -rassen Europas besitzen ein geistiges, kulturelles und historisches Erbgut, das sie trotz ihrem früheren Gezänk sehr viel enger miteinander verbindet als mit dem Erbgut anderer Erdteile. Ohne Zweifel könnten sie oder einige von ihnen sich ohne besondere Schwierigkeiten politisch zusammentun, und eine solche Kombination

wäre keine aufsehenerregende Neuheit, da sie das erste Mal vor mehr als tausend Jahren verwirklicht wurde. Das Heilige Römische Reich Ottos des Großen, von dem wir im dritten Kapitel gesprochen haben, ist ein Vorläufer respektablen Alters für das, was in bezug auf einen europäischen Zusammenschluß getan werden kann, da es ganz Frankreich und Deutschland und ebenso Holland und Belgien umfaßte. Das alte Heilige Römische Reich ist daher ein fertig gelieferter Konstruktionsplan für ein Europareich unserer Tage, dem nicht einmal die außerordentlich wertvolle Beigabe der Tradition und historischen Romantik fehlt.

Eine neuzeitliche französisch-deutsche Vereinigung sollte weniger Schwierigkeiten bieten als gemeinhin angenommen wird. Deutsche, die vor kurzem Frankreich bereisten, berichten von freundlichster Bereitschaft, die ihnen vom einfachen französischen Volk gezeigt wurde, und sie sind überzeugt, daß unter den Franzosen ein echtes Empfinden für eine Versöhnung mit den deutschen Nachbarn besteht. Diese Deutschen erzählen von Gesprächen in ländlichen Autowerkstätten und Kneipen mit Franzosen, die laut der Nürnberger Anklage während des Krieges zur »Sklavenarbeit« nach Deutschland verschleppt worden sein sollen, und die sich freundschaftlich nach Menschen in Deutschland erkundigten, mit denen sie sich während ihrer »Sklaverei« angefreundet hatten. Vor nicht

[237]

langer Zeit ging auch die Geschichte jenes Franzosen in Bordeaux durch alle Blätter, der jeden Monat so und soviele Francs von seinem Lohn sparte, um seinem deutschen »Sklavenhalter«, unter dem er gearbeitet hatte, einen Freundschaftsbesuch machen zu können. Derartige Fälle beweisen, daß im einfachen Volke kein Haß aller Franzosen auf alle Deutschen fortdauert. In der Tat sagt Jean Giono in dem im XI. Kapitel erwähnten Gespräch mit Warwick Charlton, der »Haß des französischen Volkes gegen die Deutschen habe sich jetzt gegen die englischsprechenden Ausländer gewandt«.

Die französischen Politiker aber beharren heute wie vor 1939 auf dem Wunsch, Deutschland niederzuhalten und seine militärische Schwäche bestehen zu lassen, damit Frankreich sicher sei. Sie haben sich die größte Mühe gegeben und tun es heute noch, eine Europa-Armee zu schaffen, an der die Westdeutschen zwar beteiligt sein sollen, aber nur in einer untergeordneten Rolle. Die französischen Vorschläge sehen eine europäische Verteidigung vor, in der französische und profranzösische Kontingente den Deutschen an Zahl weit überlegen sein sollen, während die deutschen Einheiten brigadeweise mit den Einheiten anderer Nationalitäten zusammengefaßt werden und nicht

die Erlaubnis bekommen sollen, große einheitliche Formationen zu bilden.

Diese Haltung beweist, daß die Unfähigkeit, aus der Erfahrung zu lernen, kein Vorrecht der Bourbonen war. Die französischen Politiker sollten nachgerade wissen, daß ein Sicherheitssystem durch Niederhalten des stärksten Rivalen nicht funktioniert. Dieses Mittel wurde 1918 ausprobiert und es versagte. Es versagte, weil es versagen mußte, denn es war wider die natürliche Ordnung der Dinge. Mehr als irgend etwas anderes hat der verzweifelte französische Versuch, Deutschland dauernd wehrlos zu halten, Hitler an die Macht gebracht und die große Explosion von 1939 ausgelöst, die beinahe die europäische Kultur zerstört hätte.

[238]

Der heutige französische Versuch, Sicherheit durch etwas mehr verschleierte, aber ähnliche Mittel zu erreichen, wird zwangsläufig in die gleiche Richtung führen, und zwar aus Gründen, die klar genug zutage liegen. Die Deutschen, deren Einigung ihren ursprünglichen und entscheidenden Anstoß durch französische Untaten zu Napoleons Zeiten empfing, sind heute eine ihrer Eigenständigkeit bewußte Nation, an Zahl den Franzosen überlegen, kriegerischer, tüchtiger, arbeitsamer und auch im Innern mehr auf Zusammenarbeit eingestellt. Napoleon I. ist tot und sein militärischer Ruhm liegt mit ihm in der Gruft. Die Zeit ist vorangeschritten und hat die Franzosen zurückgelassen, wie sie in nicht gar so verschiedener Weise auch die Engländer hinter sich gelassen hat. Wenn in den französischen Politikern auch nur ein Funke Weisheit lebt, so müssen sie sehen, daß die einzige vernünftige Lösung ihres Problems darin besteht, daß Frankreich den mitteleuropäischen Hohlraum zu seinem eigenen Vorteil ausfüllt, indem es das Kriegsbeil mit Deutschland ganz tief vergräbt und das engstmögliche Übereinkommen mit den Westdeutschen zur beiderseitigen Sicherung gegen die neue gigantische Bedrohung aus dem Osten schließt. Die französische Sicherheit gegen über Deutschland sollte auf Freundschaft, nicht auf Unterdrückung beruhen. Aber die Franzosen suchen das Unmögliche. Sie wünschen ein Deutschland, das stark genug ist, die Russen in Zaum zu halten, aber zugleich so schwach, daß es Frankreich keine Angst einflößt. Dieses beides aber ist unvereinbar.

[239]

16. Kapitel

GROSSBRITANNIEN UND DIE NAHE ZUKUNFT

Welche Haltung nimmt nun England zu diesen Problemen ein ? Sie ist in der Tat recht zögernd und verworren. Vor ein oder zwei Jahren fand eine europäische Föderation viele Fürsprecher, und die englischen Politiker beider Parteien schienen miteinander um die Palme des glühendsten Förderers zu wetteifern. Aber als dann die Idee langsam Form annahm und die westeuropäischen Länder zusammenzuarbeiten anfingen, was tat England da? Es zog sich zurück und erklärte, die Sache ginge es nichts an.

Ein Teil dieser englischen Scheu ist wahrscheinlich dem Einnuß derer zuzuschreiben, die England lieber einem Commonwealth-Block als einer europäischen Kombination angeschlossen sehen möchten. Ob England einen wirtschaftlichen Block mit den Commonwealth-Ländern bilden kann, ist eine Frage, die nicht zum Thema dieses Buches gehört. Sicherlich kann England aber mit ihnen keinen strategischen Block bilden. Die einzelnen Teile des Commonwealth sind viel zu weit über den Erdball verstreut, als daß sie einander wirksame militärische Hilfe leisten könnten, falls eine Unterstützung von anderer Seite ausbleibt. Monate müßten vergehen, ehe Australien Truppen nach England schicken könnte

[240]

und umgekehrt, und der Krieg pflegt ein schnelleres Tempo einzuschlagen.

Allerdings kann England sich auch jetzt noch gegen einen Angriff schützen, wie die Jahre 1940 und 1941 trotz vieler gegenteiliger Prophezeiungen klar gezeigt haben. Aber das allein genügt nicht, soll unser Ziel eines möglichst langdauernden Friedens erreicht werden. Dazu bedarf es einer strategischen Einheit, der England angehört und die stark genug ist, um anderen größeren Mächten überhaupt die Lust

an kriegerischen Machtproben mit ihr zu nehmen. Und eine derartige Einheit setzt eine kompakte Gruppe von Nationen der erforderlichen Gesamtstärke voraus, sowie eine gegenseitige Nähe, damit diese Stärke auch rasch entfaltet werden kann.

Um Bundesgenossen für die Bildung einer solchen Gruppe zu finden, muß England nach Europa schauen. Von der europäischen Seite her sind früher die ernstesten Bedrohungen seiner Sicherheit ausgegangen und werden sie wahrscheinlich auch wieder ausgehen, so daß England auch dort seine Waffengefährten suchen muß. Es geht hier nicht um Loyalität oder Nichtloyalität gegenüber den Nationen des Commonwealth; es ist einfach eine Frage der Geographie. Die Australier und Neuseeländer haben kürzlich in ihrem eigenen pazifischen Raum genau so gehandelt, als sie einen Pakt mit den Vereinigten Staaten eingingen, von dem England ausgeschlossen war. Klagen, die in England über die Einwilligung der Dominien in diese Ausschließung laut wurden, waren fehl am Platze. Zwanzig Jahre lang, von 1921 bis 1941, hatten sich Australien und Neuseeland auf die englischen Zusicherungen eines Beistandes in Notzeiten verlassen. Als aber die Not da war, ließ England sie böse im Stich, genau so wie umgekehrt sie während der gleichen Krise die Engländer dadurch in Verlegenheit brachten, daß sie, wenn auch völlig zu Recht, auf einer Zurückziehung ihrer eigenen Truppen aus dem Mittelmeer zur Verteidigung der Heimat bestanden. Gefahr in der

[241]

Nähe hat immer den Vorrang vor einer Gefahr in der Ferne. Es ist deshalb natürlich und realistisch, wenn Australien und Neuseeland gesonderte Verteidigungsabmachungen mit einer anderen weißen Macht im Pazifik eingehen, und statt halblaut Vorwürfe zu äußern, sollten die Engländer lieber zu Hause ihrem Beispiel folgen[1]. Eine Stärkung der strategischen Position Englands in Europa braucht auch keineswegs ein Nachteil für die Stellung des Commonwealth zu sein. Im Gegenteil; sie würde es weniger wahrscheinlich machen, daß die Dominien aufgerufen werden, weitere Opfer für Englands Verteidigung zu bringen, während sie trotzdem, falls sie es wünschen, jeder umfassenderen strategischen Gruppe angehören können, der sich England anschließt.

Daraus folgt, daß England sein Geschick mit der europäischen »Dritten Kraft« verbinden sollte, deren Notwendigkeit im letzten Kapitel dargelegt wurde. Aber obwohl die englische Regierung gewisse Gesten in dieser Richtung gemacht hat, so tat sie dies doch nur halben Herzens. Bis zur Niederschrift dieses Buches hat England eine Beteiligung an der geplanten Europa-Amee verweigert und sich

darauf beschränkt, ihr eine begrenzte, unabhängig bereitgestellte Unterstützung zu versprechen.

Und nicht nur das. Soweit man sich bei der halb verschleierten Art der Verhandlungen über eine Verteidigung Europas ein Urteil bilden kann, scheint die englische Regierung mindestens zum Teil die Doktrin zu unterschreiben, daß die Franzosen ein Recht auf Sicherheitsgarantien sowohl gegenüber Deutschland wie gegenüber Rußland haben, und scheint auch die Auffassung voll zu billigen, wonach die Westdeutschen zwar die Pflicht bei der Verteidigung Westeuropas zu erfüllen

[1] Die entschiedene Weigerung der Amerikaner, England trotz seinen Interessen in Malaia, Hongkong und Borneo am ANZUS-Pakt teilnehmen zu lassen und sogar die Entsendung von Beobachtern zu den Ratstagungen zu erlauben, stand auf einem völlig anderen Blatt. (ANZUS== Australia, New-Zealand, United States.)

[242]

haben, aber dabei nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfen.

Nach Meinung des Autors ist eine derartige Haltung mit wahrer Staatskunst unvereinbar. Ist die russische Bedrohung so ernst, wie man sagt und wie es den Anschein hat, können sich weder England noch Frankreich irgend welche Vorbehalte hinsichtlich der Verteidigungsmaßnahmen leisten. Wenn man sich für eine heikle Lage einen Freund als Beistand zu suchen hat, so wird jeder leidlich Vernünftige nicht gerade den Schwächsten wählen, oder einen, der sich bei notorisch schlechter Gesundheit befindet. Die Franzosen sind als Verbündete recht mittelmäßig. Im ersten Weltkrieg waren sie für uns mehr eine Belastung als eine Stütze. Im zweiten Weltkrieg hielten sie nicht lange durch, und Frankreichs heutiger Bündniswert wird wahrlich sehr niedrig eingeschätzt. Dann gibt es natürlich noch die kleineren Nationen; aber diese werden militärisch stets unter ihren größenbedingten Mängeln zu leiden haben.

Wenn wir wirklich standhafte Freunde brauchen, um die Russen in Schach zu halten, so liegt es auf der Hand, daß wir sie zuerst in Deutschland zu suchen haben. Die Deutschen sind die härtesten und zähesten Soldaten in Europa. Sie sind auch unsere traditionellen Verbündeten, mit denen wir während des ganzen 18. Jahrhunderts Seite an Seite gefochten haben. Wir standen freundschaftlich mit ihnen während des ganzen 19. Jahrhunderts, nachdem wir mit ihnen den Hauptanteil bei der Überwindung Napoleons 1815 geleistet hatten. Nur in diesem 20. Jahrhundert gab es böses Blut zwischen England und Deutschland, und selbst das bedeutete keine wirkliche Feindschaft zwischen dem einzelnen Engländer und dem einzelnen Deutschen. General Sir Charles Harington stellte als Gouverneur von Gibraltar fest, wie außerordentlich gut die einfachen Deutschen und Engländer

miteinander auskamen, wenn sie sich unter annähernd normalen Verhält-

[143]

nissen begegneten. Der General schildert den Besuch des Panzerschiffes Deutschland, als es während des spanischen Bürgerkrieges mit Verwundeten an Bord Gibraltar anlief, und schreibt:

> **»Hier waren sie nun, unsere Matrosen von H.M. S.Hood und die Matrosen der Deutschland: sie gingen Arm in Arm, waren die dicksten Freunde, spielten Fußball miteinander und besuchten gemeinsam Kaffees und Kinos. So etwas machen unsere Matrosen nur mit den Deutschen, vor denen sie die größte Hochachtung haben, und mit niemandem sonst«[1].**

Trotzdem aber ist jahrelang jeder Vorschlag, die Deutschen so weit wie nur irgend möglich zur Mitwirkung bei der Verteidigung des Westens aufzufordern, auf besorgtes Gejammer oder ein Geheul des Widerwillens aller der Leute in England gestoßen, deren Sinn noch immer von der Haß- und Furchtpropaganda der Kriegsjahre beherrscht ist. In Reden und Briefen an die Zeitungen haben Angsthasen ihre Besorgnis kundgetan, ob denn nicht eine deutsche Armee, auch wenn sie anfangs zur Unterstützung des Westens aufgestellt wird, sich später gegen den Westen wenden könnte. Ein prominenter sozialistischer Politiker verstieg sich sogar dazu, eine wie immer geartete Wiederbewaffnung Deutschlands als eine »unwiderrufliche Etappe auf dem Wege zur Hölle auf Erden« hinzustellen: eine Auffassung, die Wellington wohl sehr seltsam vorgekommen wäre. Natürlich liegt in dem Wiedererstehen der deutschen Armee ein gewisses Risiko; aber noch gewisser ist Hoffen auf Erfolg dann eitler Wahn, wenn man bei einem wichtigen Vorhaben kein Risiko eingehen will. Irgend etwas muß man dem Zufall überlassen, sagte Nelson vor Trafalgar.

Es kann gut sein, daß die englische Bevölkerung vom übertriebenen heutigen Drang nach lebenslänglicher Sicherheit so stark erfüllt ist, daß sie sich automatisch gegen jeder -

[1] Tim Haringfon Looks Back, London (J. Murray), S .197. - Hervorhebung durch den Autor.

[244]

art Risiko sträubt. Daraus könnte sich der deutliche Hang erklären, dem Problem, ob man mehr die Russen oder die Deutschen fürchten solle, so zu begegnen wie die Franzosen: daß man sich zur selben Zeit gleichmäßig vor beiden fürchtet. Aber das ist eine verhängnisvolle Tendenz, denn wenn die Engländer gegenwärtig nicht mit Rußland

befreundet sein können, so können sie es sich nicht leisten, keine Freunde Deutschlands zu sein.

Auf die reservierte Haltung gegenüber den Deutschen, die noch immer in England allzu üblich ist, paßt Napoleons verächtliche Schilderung eines Kriegsrates vortrefflich: »Die gleichen Folgerungen, die eintönig bei langen Diskussionen und Kriegsberatungen zur Sprache kamen, werden sich immer wieder ergeben. Sie werden mit der Annahme des schlechtesten Kurses enden, und das ist im Kriege immer der ängstlichste, oder, wenn man so will, der klügste. Entschlossener Mut ist aber die einzig wahre Weisheit eines Generals.«

Oder, wie man hinzufügen kann, eines Außenministers. Ein Land, das sich bei der Wahl seiner Freunde vor Risiken scheut, wird am Ende überhaupt keine Freunde oder jedenfalls keine Freunde von wirklichem Wert haben. Bei der Betrachtung der unlauteren politischen Machenschaften der letzten Jahre zur Schaffung einer deutschen Armee, aber ohne deutsche Befehlsgewalt, werden sich Kenner der Seekriegsgeschichte der Szene in der Kajüte der London beim Kriegsrat vor Kopenhagen erinnern, als sich der hin- und herstampfende Nelson rasende Mühe gab, den schwächlichen und zögernden Oberbefehlshaber zu einer entschlossenen Tat hochzureißen, und ausrief: »Der kühnste Kurs ist der sicherste! Verlassen Sie sich darauf!«

Aber wenn wir die Deutschen als loyale Verbündete wünschen, hat es keinen Sinn, sie weiter wie überführte Verbrecher zu behandeln. Wir müssen sie uns statt dessen zu Freunden machen, und das heißt, ihnen eine vollkommene und abso-

[145]

lute Gleichberechtigung einräumen und alle Anlässe zu Reibungen, Verstimmungen und Verärgerungen beseitigen. Zuerst und vor allem kann nicht schnell genug eine Amnestie für die sogenannten deutschen Kriegsverbrecher erlassen werden. Daß deutsche Offiziere noch immer im Zuchthaus oder Gefängnis sitzen, ist eines der Haupthindernisse für eine willige Beteiligung der kampffähigen Kräfte Deutschlands an der westlichen Verteidigung, wie dies sehr deutlich in der am 14. Juli 1952 von elf Verbänden ehemaliger Kriegsteilnehmer angenommenen Entschließung zum Ausdruck kommt[1]. Alle Deutschen, die im letzten Krieg Soldaten waren, betrachten die harten Urteile gegen viele ihrer höheren Offiziere nicht nur als ungeheuerliches Unrecht an sich, sondern als eine unerträgliche Schmach für die Waffenehre der deutschen Wehrmacht. Sie betrachten die ganze Serie der Nürnberger Prozesse als epochemachende Beispiele von Heuchelei, und genau das waren sie ja auch. Um dies einwandfrei zu beweisen, braucht man gar nicht nach weiterem Material zu suchen: es genügt anzuführen, daß

die Amerikaner mit englischer Zustimmung 80000 ahnungslose Japaner, Männer, Frauen und Kinder in Hiroshima (und noch mehr in Nagasaki) durch die fürchterliche neue Waffe der Atombombe vernichteten und unmittelbar danach mit majestätischer Selbstgerechtigkeit hingingen, um den führenden Deutschen wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« den Prozeß zu machen. Es wäre kaum überraschend, wenn die Deutschen uns allein aus diesem Grunde für moralische Schwindler von Olympiadeformat halten würden.

Dann müssen die Franzosen das Saargebiet zurückgeben, auf das ihnen die manipulierten Wahlen vom 50. November 1952 keinen ehrlichen Anspruch verleihen, und das sie sich nur deshalb aneignen konnten, weil Deutschland, mit dem

[1] Die Entschließung ist im Wortlaut im Anhang der Originalausgabe abgedruckt.

[246]

sie allein nicht fertig werden konnten, von den drei größten Mächten der Erde vereint besiegt wurde. Die Franzosen sind die Erfinder des spitzfindigen Vorschlages, Deutschland solle »zum Nutzen Europas« einige seiner wesentlichen Aktivposten mit seinen Nachbarn teilen. Dieser Vorschlag paßt aber nicht nur für Deutschland. Während der Besetzung Frankreichs rechneten die Deutschen aus, die französische Landwirtschaft könne bei höherem Arbeitsaufwand und Einführung besserer Arbeitsmethoden erheblich größere Erträge liefern. Ein angemessener Ausgleich dafür, daß Deutschland seine Kohlen- und Erzvorkommen in einen gemeinsamen »Pool« einbringt, wäre daher die Ansiedlung von Vertriebenen aus Ostdeutschland, um die Erzeugung von Lebensmitteln auf französischem Boden zum allgemeinen Nutzen Westeuropas zu steigern.

Diese Wiedergutmachungs- und Versöhnungsmaßnahmen sind dringlich. In den zwanziger Jahren und zu Anfang der dreißiger Jahre vergeudeten die zaudernden Politiker ein kostbares Jahr nach dem anderen mit ihren endlosen und unfruchtbaren Debatten über das, was eines Tages für Deutschland getan werden solle. Sie machten dies so lange, ohne daß dieser Tag je gekommen wäre, bis die Deutschen ungeduldig wurden und sich ihr Recht selbst holten. Es besteht kaum ein Zweifel, daß sie auch jetzt ungeduldig werden. Während wir des langen und breiten über den Grad der ihnen zuzubilligenden Freiheit debattieren, wächst unvermeidlich die Möglichkeit, daß sie ihre Freiheit in einer Weise suchen, die uns nicht lieb wäre.

Wenn aber die Franzosen ihre Beschwerden gegen Deutschland (die in Wirklichkeit nicht größer sind als die deutschen Beschwerden gegen Frankreich) nicht vergessen und wenn sie nicht mit Deutschland bei der Bildung einer europäischen »Dritten Kraft« zusammenarbeiten,

dann sollte England unabhängig von ihnen einen Pakt mit den Deutschen schließen.

[247]

Ein dreiseitiges Abkommen zwischen England, Frankreich und Westdeutschland ist aber vorzuziehen, weil es sich mehr mit den sichtbaren Gegebenheiten deckt. Diese drei sind die Kernmächte Europas, und wenn sie zu einer Verständigung gelangen können, dann bleibt nicht mehr viel zu tun.

Angenommen, diese drei Länder bringen es fertig, eine strategische Einheit zu bilden, so ergibt sich die weitere Frage, ob sie politisch unabhängig bleiben oder sich auch politisch zu einem Lande verschmelzen sollen. Ich beschränke diese Frage auf die Kernmächte, weil nach meiner Meinung nicht zu viel Zeit auf den Versuch verwandt werden sollte, ein vollkommenes, allumfassendes System auszuarbeiten. England, Westdeutschland und Frankreich sollten viel leichter auf Dreiparteienbasis zu einem grundlegenden Übereinkommen gelangen, als es bei einem umfassenden Plan der Fall sein kann, der alle, große und kleine, umfassen und alles bis in die letzte Einzelheit behandeln will. Wenn erst die Kernburg fest aufgebaut ist, dann dürfte der Beitritt der am Rande liegenden Länder leicht genug sein, beziehungsweise der Länder, die dazu zu gehören wünschen. Einige werden es vielleicht nicht wollen. Schließlich gibt es auch auf dem amerikanischen Kontinent eine Vielzahl von Kleinstaaten, obwohl er von den Vereinigten Staaten beherrscht wird.

Die oben gestellte Frage: Bündnisse unter Selbständigen oder politischer Zusammenschluß muß im Zusammenhang mit unserem Ziel des dauerhaften Friedens beantwortet werden. Unter diesem Gesichtspunkt besteht kaum ein Zweifel, daß eine politische Union die richtige Lösung ist. Ein Militärbündnis souveräner Staaten kann der Bewältigung einer bestimmten Notlage dienen, aber die ganze Geschichte einschließlich der jüngsten Vergangenheit zeigt, daß es die betreffende Notlage nicht überdauert. Eine aus nationalen Kontingenten einzelner Staaten gebildete Europa-Armee würde deshalb Auflösungstendenzen zeigen, sobald die russische

[248]

Bedrohung nachläßt oder nachzulassen scheint, auf Grund interner Eifersüchteleien vielleicht sogar schon vorher. Eine von drei oder sechs oder neun einzelnen Regierungen gestellte Europa-Armee gliche einem Schiff mit drei oder sechs oder neun Kapitänen, die früher oder später bestimmt für mehr Macht oder weniger harte Arbeit oder sonst etwas untereinander intrigieren würden.

Diese Gefahren können auch nicht durch die Institution eines Obersten Befehlshabers vermieden werden. Er ist ja nicht der wirkliche Kapitän des Schiffes, sondern befehligt im vollen Sinne des Wortes nur einen Teil der Besatzung, während andere ohne seine Zustimmung auf Befehl von außen her von Bord gehen müssen. Der entscheidende Faktor ist die Verantwortung. Bei einer Völkerbundarmee, einer Armee der Vereinigten Nationen, einer NATO- oder ähnlich konstruierten Armee liegt die letzte Verantwortung nicht beim Befehlshaber, mag er auch noch so hoch oben stehen, oder einem übernationalen Gremium, sondern bei den Steuerzahlern, die für den Unterhalt der Truppen aufkommen und daher in der Lage sind, mittels ihrer nationalen Regierung zu bestimmen, wie die Truppen eingesetzt werden sollen. Im ersten Schwung des Koreakrieges waren die verschiedenen Steuerzahlergruppen in ihrer Begeisterung für eine internationale Organisation »mit Zähnen« geneigt, diese Seite der UNO-Streitkräfte zu übersehen. Aber als es den Backenzähnen nicht gelang, den Gegner zu zermalmen, wurden sich diejenigen, die die UNO-Streitkräfte bezahlten und stellten, ihrer Eigentümerschaft mehr und mehr bewußt.

Langfristiger Friede hängt von langfristiger militärischer Stärke ab, und diese erfordert eine einheitliche Führung, was wiederum nur durch politische Verschmelzung erreicht werden kann. Das römische Reich konnte Hunderte von Jahren unversehrt überdauern, weil die römischen Legionen trotz ihrer Zusammensetzung aus vielen Rassen alle unter

[249]

einer Befehlsgewalt standen und an Stärke und Tüchtigkeit ihresgleichen suchten; der Fall Roms hatte in erster Linie seine Ursache in innerer Zersetzung. Die beiden gesichertsten Länder in der heutigen Welt sind die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Sie sind sicherer als die anderen, weil eben stärker, und sie sind stärker, weil politisch geeint und strategisch autark. Man splittere die achtundvierzig Staaten der nordamerikanischen Union in unabhängige Länder auf, und sie wären bald in akuter Gefahr.

Solange wir die Vereinigten Staaten und Rußland nicht veranlassen können, sich in eine Anzahl kleinerer und gesonderter souveräner Staaten aufzuteilen -was unwahrscheinlich ist -, erheischt unser Ziel eines langfristigen Friedens, daß England, Frankreich und Westdeutschland sich deshalb politisch miteinander verbinden; ob durch Fusion oder als Bundesstaat, ist eine Frage des Geschmacks. Die Grunderfordernisse sind jedenfalls eine Verbindung in irgendeiner

Form und die politische Einheit in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik.

Aus den gleichen Überlegungen ergibt sich auch, warum eine englisch-europäische Kombination einer englisch-amerikanischen vorzuziehen ist. Für die Amerikaner wäre eine solche Gemeinschaft eine bequeme, aber vorübergehende Einrichtung und keine Existenzfrage. Sollte durch irgendein Ereignis die russische Gefahr abnehmen, so würde England für die Vereinigten Staaten wesentlich weniger notwendig sein und es könnte leicht seinem Schicksal überlassen werden. Eine englisch-französisch-westdeutsche Verbindung hingegen würde ihre Stabilität aus dem gemeinsamen Interesse an einer dauernden Verbundenheit beziehen, sobald die drei Völker sich wieder der Unabhängigkeit erfreuen und den Einfluß in der Welt geltend machen. Weder England noch Deutschland noch Frankreich kann heute ohne die Mitarbeit

[250]

der beiden anderen eine Großmacht sein. Die Vereinigten Staaten sind es bereits - mit oder ohne eine Unterstützung Englands oder Europas. England, Frankreich und Westdeutschland sind jedes für sich zweitrangige Mächte und können nur in Partnerschaft wieder eine Stellung erstrangiger Bedeutung erlangen.

Es ist eine hochinteressante Tatsache, daß Hitler, der Europäer, eine großzügigere und wohlwollendere Auffassung vom Britischen Empire hatte als Präsident Roosevelt, der Amerikaner. Das anscheinend überzeugende Beweismaterial ist bereits erwähnt worden, wonach der deutsche Diktator dieses Empire nicht nur nicht aufgelöst sehen wollte, sondern es als eine nützliche und zu schützende Weltinstitution betrachtete. Wir schulden dagegen Elliot Roosevelt Dank für sein Buch über die Gespräche seines Vaters während des Krieges, deren Ohrenzeuge der Sohn war, weil sie verdeutlichen, daß der Präsident genau der entgegengesetzten Meinung war und beständig für die Verwirklichung seiner Auffassung arbeitete[1]). Wir stehen daher vor dem außerordentlichen Widerspruch, daß Englands Hauptfeind sich Sorgen um den Bestand des Britischen Empire machte, während sein Hauptverbündeter, die Vereinigten Staaten, entschlossen war, es zu zerstören.

Die Politik, England außerhalb der Europa-Armee und fern von europäischen politischen Zusammenschlüssen zu halten, berücksichtigt die veränderte Weltlage überhaupt nicht. Sich im 19. Jahrhundert von Europa fernzuhalten war für England eine durchaus gangbare Politik, denn damals konnte es seinen Überseehandel nach Belieben ausweiten, einerseits dank dem im allgemeinen unentwickelten Zustand der Erde und auf der anderen Seite dank der

Tatsache, daß England zu jener Zeit die überlegenste Flotte der Welt besaß und auch gegenüber seinen Hauptrivalen in der geographi-

[1]As He Saw It, New York (Duell, Sloan & Pearce), S. 25.

[251]

schen Lage war, sie mit der größten Wirksamkeit einzusetzen. Heute aber, in der Mitte des 20. Jahrhunderts, sind diese für eine außereuropäische Politik günstigen Umstände weitgehend verschwunden. Die Weltmärkte bieten dem englischen Handel keine unbegrenzten Ausweitungsmöglichkeiten mehr, und England hat nicht nur seine gewaltigen Kapitalanlagen im Ausland, sondern auch das Hauptaktivum für eine sichere Ausbeutung der vorhandenen Märkte - seine überlegene Seemacht verloren. Seine Flotte steht heute in der Welt nicht mehr an erster, sondern an zweiter Stelle. Strategisch gesehen hat es Zugang zu seinen überseeischen Märkten dank der Erlaubnis der Vereinigten Staaten.

Wie die Dinge liegen, erscheint es mir als heller Wahnsinn für England, ein Vereintes Europa im Prinzip zu unterstützen, ohne ein voller Partner dieses Europas zu sein. Denn würde eine solche Einigung zur vollzogenen Tatsache, so würde England als schwacher Pufferstaat zwischen den beiden größeren Machtzusammenschlüssen - Vereinigte Staaten von Europa und Vereinigte Staaten von Amerika - übrigbleiben, eine Art insulares Elsaß-Lothringen, um dessen Besitz die beiden

großen Nachbarn so gut wie sicher in Streit geraten würden.

Außerdem: wenn England wirklich wünscht, daß Europa als neue Machtgruppe zu Erfolg kommt, dann hat es dazu einen unentbehrlichen Beitrag zu leisten. Es muß seine Flotte dazu benützen, die Gewässer Europas zum Wohle Europas zu schützen. Zwei Jahrhunderte lang hat es das Gegenteil getan. Jeder Versuch, Europa zu einen, von Ludwig XIV. bis zu Adolf Hitler, wurde durch den feindseligen Druck der englischen Seemacht vereitelt. Wenn jetzt eine Förderung an diese Stelle treten soll, so muß sich auch die Rolle der englischen Marine ändern. Sie muß Europas Wächter zur See statt sein Belagerer werden.

Eine englisch-französisch-westdeutsche Union böte, so hoffe ich, auch eine Heilbehandlung und dazu die einzig er-

[252]

folgversprechende Heilbehandlung für gewisse Krankheiten, die gegenwärtig alle drei potentiellen Partner befallen haben. England böte sie die Chance, das innere »Gewächs« der militärischen

Besetzung durch eine fremde Macht zu beseitigen, das sehr plötzlich zu einem bösartigen Gewächs werden kann. Für Frankreich könnte sie durch Beseitigung der Zwangsvorstellung von der deutschen Gefahr den Weg zu wiederkehrender Gesundheit und nationaler Verjüngung freimachen. Und für Deutschland bietet sie die wahrscheinlich beste Chance für eine Lösung des brennenden Problems der nationalen Spaltung zwischen Kommunismus und Westen. In ihren Herzen sind die Deutschen Menschen des Westens, und nur eine harte und kompromißlose Behandlung von selten der Atlantiknationen könnte sie veranlassen, sich dem Osten zuzuwenden. Eine feste Union Englands, Frankreichs und Westdeutschlands unter Bedingungen *absolut gleichberechtigter Partnerschaft* gäbe einen so mächtigen Magneten für die Mittel-und Ostdeutschen ab, daß sie ganz sicher die erste praktische Gelegenheit ergreifen, um sich an die Seite ihrer westdeutschen Landsleute zu stellen; sie würde auch jeden russischen Versuch, eine ostdeutsche Armee gegen den Westen einzusetzen, von vornherein zu riskant machen.

Ich habe außerdem das starke Empfinden, daß der Gang der Entwicklung in England eine leichte Veränderung im Wesen der Nation angebahnt hat. Im besonderen dadurch, daß die Übervölkerung einen Grad erreicht hat, der eine Art kollektive Platzangst verursacht. Zu ihrer geistigen Gesundheit bedurften die Engländer stets eines Lebens in freier Luft, in weiten Räumen, und einer ziemlich großen Freiheit, ihr eigenes Leben nach ihrer eigenen Weise zu führen. Diese Voraussetzungen haben sie jetzt weitgehend eingebüßt. Sie sind in Industriestädte zusammengepfercht, abgeschnitten von der Natur, sehen sich einer steigenden Flut von Verordnungen gegenüber, einschließlich der kürzlich eingeführten,

[253]

früher als Schreckgespenst betrachteten allgemeinen Wehrpflicht und der drohenden Wiederkehr eines gelenkten Arbeitseinsatzes. Die meisten von ihnen sind praktisch gezwungen, Beiträge für irgendeine Organisation zu bezahlen, ob sie ihnen paßt oder nicht, nur um Arbeit zu bekommen. Ihre Zukunft überschattet das fürchterliche Dilemma, wonach eine wachsende Bevölkerung in einem Lande, das sich nicht selbst ernähren kann, zwangsläufig eine gefährliche Situation ständig verschlimmern muß, da immer mehr Häuser auf Kosten einer immer größeren Fläche Ackerlandes gebaut werden, um immer mehr Menschen Unterkunft zu bieten, die nur in unsicherer Abhängigkeit von trügerischen Auslandsmärkten leben können. Es ist Grund für die Annahme vorhanden, daß die übervölkerte kleine Insel Britannien so sehr beengt ist, daß ein instinktives Streben nach einer Ausweitung der physischen, geistigen und politischen Horizonte entstand. Kaum eine

Nachkriegsbeschränkung war so unbeliebt und wurde als so lästig empfunden wie die Beschränkung der Reisen nach dem europäischen Kontinent. Zu sehr lockte die Aussicht, dem England der Gesetze, Verordnungen, Rationierungen und der zusammenwachsenden Städte zu entfliehen.

Im Unterbewußtsein ist diese Generation zweifellos beeinflußt durch das epochemachende Ereignis ihrer Zeit, den Zerfall des Britischen Empire. Unter Königin Elizabeth I. machte sich der seefahrende Engländer auf, um sein Glück und Abenteuer über See zu suchen, und das Endergebnis war, daß die englische Flagge über jedem Kontinent dieses Erdballs wehte. Heute, vier Jahrhunderte später und unter Elizabeth II. hat sich der Prozeß umgekehrt. Die Flagge wurde in einem Teil der Welt nach dem anderen gestrichen, und das Reichsszepter ging in andere Hände über. Indien, Burma und Ceylon sind dahin. Malaia wurde die Unabhängigkeit versprochen, und unheilstiftende englische Gschaftelhuber sind eifrig da-

[154]

bei, Britisch-Afrika zu einer neuen Bostoner Tea Party [1] zu treiben, während die bereits unabhängigen Dominien ständig ihre Bande zum Mutterlande lockern und ihre Zuneigung nach anderen Seiten richten. Die geborenen Briten sind, auch wenn sie es, wie ich glaube, noch nicht voll begriffen haben, im Augenblick gezwungen, ihre nächste Umgebung mit zunehmender Aufmerksamkeit zu beobachten. Sie können ihr Heil nicht länger in Übersee suchen, sondern sie müssen in der Nähe danach Ausschau halten - das heißt, auf dem europäischen Kontinent.

Am 16. XII. 1773 enterten 50 als Indianer verkleidete Amerikaner die im Bostoner Hafen liegenden Teeschiffe der Ostindiengesellschaft und warfen ihre Ladung über Bord. Das Londoner Parlament erließ daraufhin die Bostoner Hafenakte, die jeden Handelsverkehr mit Boston verbot. Die Bürger Bostons weigerten sich, den geforderten Schadensersatz zu zahlen, und so wurde der Vorfall zu einem der entscheidenden Anstöße für den Unabhängigkeitskrieg.

[255]

17. Kapitel

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Fassen wir die wichtigsten Schlußfolgerungen zusammen, zu denen wir gelangt sind. Zuerst und vor allem: es ist eine gefährliche Illusion anzunehmen, man könne den Krieg überhaupt aus der Welt verbannen. Es gibt Streitfragen zwischen den Nationen, die nur durch eine Kraftprobe gelöst werden können, wie zum Beispiel den französisch-preußischen Streit von 1870, als beide Seiten glaubten, die angestrebte Führung in Europa durch Gewalt erreichen zu können - und eine sich irrte.

Die Welt befindet sich in ständiger Wandlung. Wie Einzelwesen und Familien, so steigen auch Nationen und Weltreiche empor und sinken wieder ab; und bei diesen beiden Prozessen scheint es nur die sogenannte Machtpolitik zu geben, um in dem einen Fall den Weg zur Ausdehnung freizumachen und im anderen das Erbe zu verteilen. Machtpolitik, oder, um es noch deutlicher zu sagen, die Macht des Schwertes, mit der sich der Stärkste durchsetzt. Selbst die Juden, denen durch ein Votum der Vereinten Nationen ein Land dargeboten wurde, mußten um dessen Besitz kämpfen und werden vielleicht dafür noch einmal antreten müssen. Und unter den zahlreichen Ursachen des ersten Weltkrieges war eine der wesentlichsten

[256]

der schrittweise Verfall des Ottomanischen Reiches, der den konkurrierenden Bestrebungen der Balkanslawen, der Russen und der Österreicher die Tür immer weiter öffnete. Die südslawische Bewegung zu Anfang unseres Jahrhunderts war eine natürliche Folge der türkischen Machtverluste. Die früheren Türkeneinfälle in Südosteuropa waren ursprünglich durch die Schwächung des oströmischen Reiches ermöglicht worden. Mithin ist die Annahme, die unausgesprochen in der Verurteilung der Angriffskriege durch die Vereinten Nationen steckt, daß nämlich die Welt für alle Zeiten auf

ihrer gegenwärtigen politischen Grundlage stabilisiert werden könne, gleichbedeutend mit dem Befehl: »*Sonne, steh' still am Himmel*.«

Aber wenn Kriege vielleicht auch unvermeidlich sind, so ist das noch kein Grund, um sie wilder und häufiger und umfassender als notwendig zu machen, und eben dies hat sich ja im Verlaufe unseres 20. Jahrhunderts zugetragen. Irgend etwas »stimmte nicht« bei den unlängst geführten Kriegen. Aber was? In erster Linie die weitverbreitete, aber grundlegend falsche Auffassung vom Zweck des ganzen Unternehmens : die heutige, bei zwei bedeutenden Anlässen zutage getretene Vorstellung, wenn schon ein Krieg einmal begonnen habe, so müsse er die ganze Welt erfassen und bis zur vollkommenen Niederlage der einen oder der anderen Seite fortgesetzt werden. Die Vorstellung vom totalen Endsieg ist ebenso phantastisch wie die Behauptung, jeder Prozeß vor Gericht, gleichgültig was sein Gegenstand ist, müsse bis zum Ruin einer der beiden Parteien fortgeführt werden. Wo ist der Sieg, den die Engländer angeblich über Deutschland errungen haben ? Was nützt es ihnen zu sagen, der deutsche Militarismus sei überwunden, wenn sie selbst jetzt zum erstenmal in Friedenszeiten (abgesehen von ein paar Monaten 1939) der allgemeinen Wehrpflicht unterworfen sind ? Oder daß englische Truppen bei der Besetzung Deutschlands mithelfen, wenn die Deutschen, wie Angehörige dieser Truppen zugeben, sie mit

[157]

arroganter Geringschätzung behandeln, wenn das deutsche Volk weit besser ernährt wird als die heimische Bevölkerung des siegreichen Englands und wenn die deutsche Wirtschaft viel raschere Fortschritte auf dem Wege zur Gesundung macht ? Ein toller Sieg, wie Churchill im amerikanischen Senat gesagt haben könnte, wenn er weitsichtiger gewesen wäre.

Ist Amerikas Sieg etwa eindrucksvoller ? Nicht viel. Die Vereinigten Staaten sind zur Unterhaltung weit kostspieligerer militärischer Einrichtungen gezwungen als vor dem Kriege zur Niederringung Deutschlands, und die Bevölkerung wird viel höher besteuert, um mit ihrem Reichtum die westeuropäischen Rüstungen zu subventionieren. Und warum? Nur weil die bedingungslose Kapitulationspolitik ihres Präsidenten Roosevelt ein militärisches Vakuum in Mitteleuropa schuf, das alsbald in einer Weise aufgefüllt wurde, die der Präsident nicht vorausgesehen hatte, obwohl er es hätte voraussehen können. Der totale Sieg hat sich als eitler Triumph für England und die Vereinigten Staaten erwiesen.

Diese kläglichen und unbefriedigenden Ergebnisse eines scheinbar erfolgreichen Krieges sind einer .Hauptursache zuzuschreiben: der ausgesprochenen Vorliebe demokratischer Politiker, militärische

Strategie auf rhetorische Schlagworte zu gründen statt auf bewährte, von Fachleuten niedergelegte Grundregeln. Wenn überhaupt, so scheinen die Politiker sich im Kriege nur selten die Schlüsselfragen vorzulegen: Welches ist unser eigentliches politisches Ziel? Ist es, geschichtlich gesehen, gut? Ist es erreichbar? Und wenn ja, haben wir die Mittel, es zu erreichen?

Englands Ziel im letzten Kriege war von Anfang an schlecht gewählt, denn es überstieg seine Kräfte sowohl vor wie nach der Übernahme der Regierung durch Churchill. Desgleichen war Präsident Roosevelts und Churchills gemeinsames Ziel der bedingungslosen Kapitulation verfehlt, weil keiner von beiden genügend Einsicht und Vorstellungsver-

[258]

mögen besaß, um sich den weiteren Verlauf des militärischen Sieges auszumalen. Das, was einem politischen Ziel eines der beiden Männer noch einigermaßen nahekam, die Ausrottung der Nazityrannei, war unvernünftig, weil es allenfalls für eine vorübergehende Zeit erreicht werden konnte, und weil es eine innere Angelegenheit der Deutschen war, in die sich die Demokratien nicht einzumischen hatten. Die Grundtorheit dieses Zieles ist erst kürzlich unterstrichen worden, als die englische Regierung zur Rechtfertigung einer Garantie für den kommunistischen Tyrannen Marschall Tito erklären mußte, die Mißbilligung des inneren politischen Systems eines anderen Landes sei kein Hindernis für eine Verständigung.

Bedingungslose Kapitulation ist ein ziemlich vernünftiges *militärisches* Ziel, wenn das politische Ziel Vernichtung des Feindes oder dauernde Eroberung seines Landes ist. Wenn aber der Feind von heute als Nachkriegsnachbar betrachtet werden muß, wird es sehr viel fragwürdiger, ob seine bedingungslose Kapitulation zweckmäßig ist. Denn bedingungslose Kapitulation als solche ist nicht nur in stärkstem Maße erniedrigend, sie liefert den Besiegten auch der härtesten Behandlung durch die Sieger aus, die heutzutage, wenn sie erst einmal einen mächtigen Feind niedergerungen haben, in verhängnisvoller Weise der Sucht verfallen, ihn auf unbegrenzte Zeit niederzuhalten. Dadurch wird die besiegte Nation aufs stärkste angespornt, sich bei erster Gelegenheit und, wenn nötig unter Blutvergießen, ihre Unabhängigkeit und Freiheit zurückzuholen und den Spieß umzudrehen gegen die Eroberer. *Will man mit einer Nation in Friede und Freundschaft leben, so gilt als erste Voraussetzung, daß man ihre Selbstachtung nicht* verletzt. Je mehr ein Volk durch seine Feinde erniedrigt wird, um so tiefer und dauernder wird der Groll und um so stärker die spätere Reaktion sein. Deutschland zum Eingeständnis der

Kriegsschuld im Versailler Vertrag zu zwingen, wäre ein ungeheurer politischer Fehler gewesen, selbst wenn es wahr ge-

[259]

wesen wäre: und es war nicht wahr. Die Nürnberger Prozesse waren ein noch größerer Fehler.

Aus diesen Gründen ist die bedingungslose Kapitulation, wenn man es mit einer der großen Nationen als Feind zu tun hat, ein Ziel, an das man nur mit Zögern herangehen darf und das mit Mäßigung und Großmut ausgeführt werden muß, wobei ein Verhandlungsfriede in jedem Fall vorzuziehen ist. Selbst gegenüber einem kleinen Lande wie Dänemark bemühte sich Nelson, dem man ganz gewiß keine Beschwichtigungsneigungen oder Gefühlsduselei nachsagen kann, während der Seeschlacht von Kopenhagen 1801 um diese letztere Lösung, als er in einer versöhnlichen Botschaft Unterhandlungen vorschlug. Der Vorschlag wurde angenommen und führte zu einer Verständigung. Heute würde man Kopenhagen ohne Zweifel durch Bomben dem Erdboden gleichmachen und auf bedingungsloser Kapitulation bestehen.

Abraham Lincoln ist nicht zu tadeln, wenn er sich im amerikanischen Bürgerkrieg für die bedingungslose Kapitulation als Ziel entschied, da seine Regierung bekanntermaßen entschlossen war, die kurz vorher proklamierte Südstaatenkonföderation zu zerstören und die Südstaaten wieder in die amerikanische Union einzugliedern[1]. Aber Präsident Roosevelt

[1] Die Kapitulation General Lees, die General Grant den Beinamen »Old Unconditional Surrender« eintrug, fand am 9. IV. 1865 in Appomattox statt. Offiziere und Mannschaften wurden auf Ehrenwort entlassen, die Offiziere mit ihren Degen, die Mannschaften mit Pferden und Mauleseln, soweit sie ihr Eigentum waren. Als die Bundestruppcn in laute Rufe ausbrachen, ließ Grant ihnen Ruhe befehlen: »Der Krieg ist zu Ende, die Rebellen sind wieder unsere Landsleute.« - Es ist sehr zweifelhaft, ob Roosevelt, wie er behauptete, sich bei der Zusammenkunft mit den französischen Generälen Giraud und de Gaulle in Casablanca an die schwierige Begegnung zwischen Grant und Lee erinnert fühlte, und daß ihm dabei der Beiname Grants eingefallen ist. Nach dem Bericht von R. Sherwood hatte er den Ausdruck »bedingungslose Kapitulation« bereits vorher in Washington »ausprobiert«. »Jedenfalls«, sagt Sherwood, »gab (die Forderung) der vorbedachten Politik Roosevelts ihren wahren Ausdruck.«

[260]

versuchte die Formel auf die völlig andersartigen Umstände eines Krieges mit Deutschland anzuwenden, offenbar ohne sich klarzumachen, wie grundverschieden die beiden Fälle und wie verhängnisvoll falsch eine solche Behandlung im zweiten Falle war, mochte sie im ersten auch richtig und passend gewesen sein.

Wenn es um die Entscheidung geht, ob Krieg geführt werden soll oder nicht, so muß, wie wir gesehen haben, in erster Linie geprüft werden,

ob die *Lebensinteressen* des Landes seine Beteiligung am Kriege heischen. Bei einer solchen Überlegung hätte England sich von beiden Weltkriegen fernhalten sollen, wie es sich erfolgreich aus dem französisch-preußischen Krieg von 1870 herausgehalten hatte, da seine Lebensinteressen weder 1914 noch 1959 auf dem Spiele standen. Wahrlich, Sir Edward Greys Ziel von 1914, England Haß, Verachtung und so weiter zu ersparen, war ungefähr der armseligste Grund, den man sich überhaupt vorstellen konnte, um sein Land in einen Krieg zu führen. Gewiß, das, was sich in letzter Minute ereignete, der Einmarsch Deutschlands in Belgien, gab der englischen Regierung einen guten Schlachtruf für einen Krieg, den sie bereits aus anderen Gründen beschlossen hatte. Lowes Dickinson zitiert einige - vermutlich offiziös inspirierte - englische Zeitungsartikel aus dem Jahre 1887, als Frankreich und Deutschland einem Kriege nahe waren und England Deutschland freundlicher gesinnt war als Frankreich, in denen die Meinung vertreten wurde, die Garantie Belgiens verpflichte England nur sicherzustellen, daß Belgiens Gebiet nach einem Kriege unversehrt bleibe[1].

Gewisse Propagandisten haben allerdings nach 1918 behauptet, England habe in den ersten Weltkrieg eintreten müssen, um die französischen Kanalhäfen zu schützen, deren Verlust, wie sie erklärten und wie auch Haldane und Grey glaubten, für England verhängnisvoll gewesen wäre. Der zweite

[1] The International Anarchy, S. 30.

[261]

Weltkrieg, in dem diese Häfen tatsächlich verlorengingen, hat gezeigt, daß diese Vermutung trügerisch war, was ich sowohl vor dem Kriege wie in einem 1940 auf dem Höhepunkt der Kanalhafen-Panik veröffentlichten Buch vorausgesagt habe[1].

England hätte sich also auch aus dem zweiten Weltkrieg halten sollen, der vielleicht überhaupt nur wegen der sinnlosen Polengarantie ausgebrochen ist - jener Garantie, die durch Klarstellung der Haltung Englands den deutschen Tyrannen von einer Kriegspolitik abschrecken sollte. Aber die Vogelscheuche erwies sich als unwirksam, und England wurde in den Krieg verwickelt.

Hätte man wirklich bei beiden Gelegenheiten nach Englands *Lebensinteressen* gefragt, so hätte sich England wenn nur irgend möglich von diesen Feindseligkeiten ferngehalten. Als einzige unter den Großmächten hatte England im 20. Jahrhundert keine Möglichkeit mehr, sich aus dem eigenen Lande zu ernähren; in seinem Lebensstandard und seiner allgemeinen wirtschaftlichen Stellung hing es ab von großen im Ausland angelegten Kapitalien und einem gesicherten Ruf als Welthandelsmacht. Diese lebenswichtigen Aktiva

zu liquidieren, und zwar durch Beteiligung nicht nur an einem, sondern an zwei bis zum finanziellen Zusammenbruch kostspieligen Kriegen, denen es sich ungefährdet hätte fernhalten können, war daher ein strategischer und politischer Wahnsinn, ganz besonders, da Englands wichtigster Handelsrivale, Deutschland, in beide Kriege verwickelt war.

Aber wenn nun schon die Politiker England in beide Weltkriege hineinführten, so hätten sie - und sie konnten es, wenn sie ihr Geschäft verstanden hätten - die billigste Methode zur Erreichung des nationalen Zieles wählen sollen, die billigste an Blut und materiellem Aufwand. Mit »billig« meine ich nicht die knauserige Politik eines Schatzamtes, das die Wehrmacht mit Waffen knapp hält, wie es in der Vergangenheit so oft der

[1] Sea Power, London (Cape) u. New York (Doubleday Doran), Kap.III.

[262]

Fall war; ich meine eine Strategie des größten Gewinnes bei geringstem Aufwand und zwar in Übereinstimmung mit dem ins Auge gefaßten Ziel.

Was Sir Edward Grey 1914 bewußt oder unbewußt vorschwebte, war vermutlich die Aufrechterhaltung des

Mächtegleichgewichtes. Stimmt dies, so hätte England durch kluge Ausnützung seiner günstigen Insellage seine eigenen Anstrengungen begrenzen und gleichzeitig Europas Leidensweg abkürzen können. Statt einen totalen Sieg zu planen und dafür zu arbeiten, hätte es die Rückgabe der besetzten deutschen Kolonien anbieten können, falls Deutschland dafür der Räumung Frankreichs auf der Grundlage des "*Status quo ante"*, des Zustandes vor dem Kriege, zustimmte[1].

Die besetzten Kolonien wurden nämlich nicht als Verhandlungsobjekt, sondern als Beute betrachtet. Gier siegte über das Ehrgefühl, und die zu Kriegsanfang abgegebene Erklärung des Premierministers, England erstrebe keine Gebietserweiterung für sich selbst, wurde im passenden Augenblick vergessen. England behielt die Kolonien und setzte den Kampf um den totalen Sieg fort - um den Preis einer Million Toter des Empire und schwerster finanzieller Einbußen.

Was aber das Mächtegleichgewicht angeht, so verstarb es eines baldigen Todes. Im Rausche des totalen Sieges zerstörten die Sieger dieses Gleichgewicht, indem sie das Habsburger Reich zerschlugen, Deutschlands militärische Stärke beschränkten und Frankreich die Vorherrschaft in Europa übertrugen. Zur gleichen Politik des zerstörten Gleichgewichtes griff man auch 1945 wieder - in einer noch verschärfteren Form und mit noch unglückseligeren Ergebnissen.

Im zweiten Weltkrieg hatte Churchill mehrere Gelegenheiten, eine relativ wirtschaftliche Methode zur Verfolgung des grundlegenden Sicherheitsinteresses der Nation zu wäh

1 Die Deutschen machten im Dezember 1916 ein Friedensangebot etwa dieser Art, aber die Alliierten lehnten seine Erörterung ab.

[263]

len, aber statt dessen bevorzugte er eine schonungs- und rücksichtslose Verschwendung. Englands Streit mit Deutschland bezog sich doch, wie es hieß, auf die Nazidiktatur. Als daher Deutschland ein anderes diktatorisch regiertes Land angriff, bot sich einem Churchill mit staatsmännischer Auffassung vom Kriege die gute Gelegenheit, sein Land aus der Front herauszuziehen und militärisch auf der Stelle zu treten, um die deutsche und die russische Tyrannei sich gegenseitig - ohne Verlust für England - in Stücke hauen zu lassen. Selbst wenn Deutschland Rußland zu Boden geschlagen hätte, so konnte man mit gutem Grunde annehmen, daß es jahrelang so stark mit der Organisierung seines neuen östlichen Lebensraumes beschäftigt wäre, daß es sich nicht um einen Angriff auf England kümmern würde, der sogar nicht einmal unter besonders günstigen Umständen von 1940 zustande gekommen war. Es ist oben schon dargelegt worden, daß Churchill auch ohnedies eine Verständigung mit Deutschland im späteren Verlauf des Krieges hätte mit Nutzen erwägen können.

Aber Churchill war kein Staatsmann, der stets inmitten der Wendungen und Windungen einer gefährlichen Welt nach seines eigenen Landes Vorteil suchte. Er war ein internationaler Kreuzfahrer, der einen Heiligen Krieg zur Zerstörung des Hitler-Regimes und der deutschen Militärmacht um jeden Preis predigte und führte; um jeden Preis für sein eigenes Land und die übrige Welt. Wie er es selbst gesagt hat, war ihm kein Opfer zu groß, um Hitler loszuwerden, obwohl Hitler bis zur englischen Kriegserklärung an Deutschland 1939 England kein Leid angetan hatte. Tatsächlich hatte Hitler sich große Mühe gegeben, England selbst um den Preis einer gewissen Einbuße für den deutschen Stolz zu versöhnen, indem er einem Flottenstärkeverhältnis von 1 : 3 zustimmte. Churchills Kriegspolitik war keine nationale, sie war eine religiöse Politik. Das gleiche gilt für die Politik Roosevelts. Da ist das in Kapitel VII erwähnte so bezeichnende Gespräch

[264]

zwischen Harry Hopkins und Churchill, in dem der Besucher aus Amerika beschrieben wird als »absolut glühend vor geläutertem Verständnis für das Kampfziel[1]. Es sollte, unter Ausschluß aller anderen Zwecke, Loyalitäten und Ziele, die Niederlage, der Ruin und

das Abschlachten Hitlers sein«. Zum Beispiel auch unter Ausschluß der Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten nicht mit Deutschland im Kriege befanden, daß Deutschland auch ihnen kein Leid angetan hatte und daß Hopkins' Herr und Meister gerade eben erst den amerikanischen Müttern »wieder und wieder und wieder« gesagt hatte, ihre Söhne würden nicht zum Kampf nach Europa geschickt werden. Damit zeigt Churchill also, daß Präsident Roosevelts Einstellung zum Kriege wenig, wenn überhaupt, auf die amerikanischen Interessen Bezug nahm. Der Präsident war ebenso wie der englische Premierminister Churchill ein Kreuzfahrer.

Führende Amerikaner haben in der Tat den Grundsatz der lebenswichtigen Interessen fast noch mehr außer acht gelassen als die führenden Persönlichkeiten auf englischer Seite. Die Vereinigten Staaten brauchten in keinen der beiden letzten Kriege als einer der Hauptkriegführenden gegen Deutschland einzutreten, trotz der deutschen Kriegserklärung im zweiten Falle; denn weder im ersten noch im zweiten Weltkriege verlangten Amerikas Lebensinteressen die vollständige Überwindung Deutschlands[2]. Da sich der amerikanische Streit mit Deutschland 1917 auf die U-Bootkriegführung bezog, hätten die Feindseligkeiten auf den Ozean beschränkt bleiben können, wie es zwischen England und Holland im 17. Jahrhundert der Fall war. In den englisch-holländischen Kriegen

[1] »Geläutert« (oder »verfeinert« - refined} scheint Mr. Churchill in diesem Zusammenhang ein höchst bemerkenswertes Eigenschaftswort zu sein.

[2] Der Sicherung der amerikanischen Anleihen an die Ententeländer (von damals 1,5 Milliarden Dollar, die natürlich einen wesentlich höheren Wert darstellten als diese Summe heute) hätte ein Kompromißfriede 1917 besser gedient als der deutsche Zusammenbruch 1918.

[265]

gnügten sich die beiden Kriegführenden häufig einfach damit, ihren Handelsschiffen ungefährdete Fahrt zu sichern, und nur manchmal suchten sie eine maritime Entscheidung in einer Seeschlacht. Aber keiner dachte in Begriffen militärischer Invasion oder eines totalen Sieges.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen unserer Zeit ist die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten nicht an ihre eigene beneidenswerte Sicherheit glauben wollen. Dabei sind sie wahrhaftig eine der am wenigsten verwundbaren Nationen der Geschichte. Mit der größten Marine und Luftflotte der Welt, mit einem Reichtum an Menschen und an freigebig von der Natur gespendeten Vorkommen aller wichtigen Rohstoffe, mit einer industriellen Leistungsfähigkeit ohnegleichen und an beiden Seiten von vielen tausend Seemeilen Ozean geschützt, können es sich die Amerikaner leisten, stillzusitzen und aus der

Entfernung mit heiterer Gelassenheit und wirtschaftlichem Vorteil zuzusehen, wie andere Völker aufeinanderschlagen.

Statt dessen haben sie eine fatale Sucht, überwiegend oder völlig eingebildete Gefahren als Grund für eine Mitbeteiligung an der Schlägerei heraufzubeschwören. So hat Präsident Roosevelt während des letzten Krieges erklärt, die amerikanische Beteiligung sei lebenswichtig, um Amerika vor einer Invasion zu bewahren, indem man den Deutschen einen Vorstoß nach Westafrika verwehre. Gelangten sie dorthin, so sagte er, so könnten sie nach Brasilien oder Mexiko hinüberspringen und vom Süden her auf die Vereinigten Staaten losmarschieren. Da die Amerikaner die Beherrschung des Atlantik fest in der Hand hatten, war diese Einschätzung möglicher Ereignisse durch den Präsidenten lächerlich; jeder Seekadett wäre bestimmt mit einer solchen Antwort im Offiziersexamen durchgefallen.

General Douglas MacArthur hat sich in ähnlicher Weise blamiert, als er 1951 einem Senatsausschuß erzählte, die Vereinigten Staaten würden »praktisch den Pazifischen Ozean

[266]

verlieren, wenn Formosa in kommunistische Hand falle« ; geschehe dies, so gerate die amerikanische Westküste »in tödliche Gefahr«[1]. Da die chinesischen Kommunisten keine nennenswerte Flotte hatten und haben, kann ein Marineoffizier nur mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen, daß ein Mann, der als Oberbefehlshaber eine führende Rolle in der fernöstlichen Strategie der Vereinten Nationen spielte, eine derartige Meinung zum Ausdruck bringt. Die amerikanische Küste wäre nur dann von einem kommunistischen Formosa aus tödlich bedroht, wenn kommunistische chinesische Soldaten mit voller Ausrüstung sechstausend Seemeilen auf dem Meeresgrund zurücklegen könnten.

Eine der erstaunlichsten Äußerungen des amerikanischen Verwundbarkeits-Komplexes ist die Angst vor Atombomben, die, wie es scheint, die Nation gepackt hat. Daß die Vereinigten Staaten gegen Atombombenangriffe gefeit seien, könnte gewiß nur ein Narr behaupten; so sicher wie sonst nichts ist es aber, daß dieses Land auch durch derartige Mittel nicht besiegt werden kann.

Zur Unterstützung der in Kapitel XII zu diesem Punkte vorgetragenen Meinung kann ich den verstorbenen Admiral Sir Herbert Richmond zitieren; er sagte vor dem Kriege:»Abkürzungswege zum Siege, Versuche, die auf das Endziel gerichtet sind, haben sich fast immer als Mißerfolg herausgestellt. Die Lehre von einem Siege durch Ausweichen, das heißt durch direkten Angriff auf das Leben der

Bevölkerung ohne Überwindung der Wehrmacht, kann durch die Kriegserfahrung nicht gestützt werden. Es ist eine bloße Theorie, die erst noch bewiesen werden muß« [2].

Sie muß auch heute noch bewiesen werden. Nichts was seit dieser Aussage geschehen ist, hat das Urteil des Admirals widerlegt. Bombenangriffe haben im zweiten Weltkrieg in

[1] The Times (London), 5. V. 1951.

[2] Naval Warfare, London (Benn) 1930. S. 250

[267]

Europa nicht den Ausschlag gegeben, wo ihre Wirkung vielmehr, wie der amtliche Bericht über den amerikanischen strategischen Bombereinsatz zeigt, sehr viel geringer war, als man im voraus prophezeit hatte, beziehungsweise als die Luftwaffenpropagandisten während des Krieges behaupteten. Auch im japanischen Kriege waren die Bombenangriffe nicht entscheidend; denn die japanische Flotte war bereits besiegt, und als Folge davon war die japanische Luftwaffe aus Mangel an Treibstoff am Einsatz verhindert, und das Land war schon so gut wie wehrlos gegen Luftangriffe, bevor noch die Atombomben abgeworfen wurden.

Genau so war es im Koreakrieg, wo Luftangriffe bemerkenswert bescheidene Ergebnisse brachten; denn trotz pausenloser Bombardierung durch die UN-Luftwaffe waren Nordkoreaner und Chinesen in der Lage, bis zum Waffenstillstand schwere Angriffe gegen die UN-Truppen in der Nähe des 38. Breitengrades 2u führen. Trotzdem geht die gewohnte Propaganda über den ausschlaggebenden Charakter der Luftbombardements unter glatter Mißachtung des Beweismaterials weiter. So wurde am 3. Dezember 1952 in der Times berichtet, ein englischer Vizeluftmarschall habe gesagt, »unsere unbestrittene Luftüberlegenheit beherrscht die militärische Lage in Korea und wird es weiterhin tun«[1].

Gerade ein Jahr zuvor hatte der militärische Mitarbeiter der New York Times, Hanson W. Baldwin, der als Kriegskorrespondent in Korea weilte, genau das Gegenteil berichtet. Er kommentierte den offenkundigen Mißerfolg monatelanger beständiger Luftangriffe auf die feindlichen Verbindungslinien mit den Worten: »Wir haben uns selbst getäuscht, oder richtiger, wir sind von den überbegeisterten Fürsprechern der Luftmacht getäuscht worden. Hunderte von Einsätzen am Tage gegen Versorgungslinien bedeuten gar nichts; nur Treffer zählen. Viele unserer Einsätze... waren reine Vergeudung. Wir

1 The Times, 3. XII. 1952.

[268]

trafen keine bedeutenden Ziele«[1]. Baldwin fügte hinzu, daß die Erdtruppe, nicht die Flugzeuge, die entscheidende Waffe in Korea gewesen sei und es wahrscheinlich auch überall bleiben werde. Im Januar 1953 hat General Bradley, damals Chef des Gemeinsamen Generalstabs in Washington, die gleiche Meinung zum Ausdruck gebracht, als er von der »gefährlichen Hoffnung« vieler Leute sprach, die Atombombe allein könne einen Krieg gewinnen; eine solche Hoffnung, sagte er, sei trügerisch[2].

Daß die Atombombe eine fürchterliche Macht darstellt, kann niemand bezweifeln. Aber daraus folgt noch nicht, daß diese Macht auch am richtigen Ort zum Einsatz kommt. Vielleicht erreicht sie diesen Ort nie, obwohl viele Leute gedankenlos dies als selbstverständlich ansehen. In der Strategie darf man nie vergessen, daß sich die Verteidigung in einem ständigen Wettlauf mit dem Angriff befindet und ihn manchmal überholt. So stark und beträchtlich die Geheimhaltung in allen Fragen der Atomkriegführung ist, auch die nach außen dringenden Informations-Bruchstücke reichen aus, um vermuten zu lassen, daß die Entwicklung der ferngelenkten Geschosse der Lage eine Wendung zugunsten der Verteidigung geben könnte und daß die Atombombe im Kampf gegen einen technisch fortgeschrittenen Feind zu einer bitteren Enttäuschung für ihre überzeugten Anhänger werden könnte.

Der früher so starke amerikanische Instinkt, ausländische Verwicklungen strikt zu meiden, scheint geradezu dem entgegengesetzten Drang gewichen zu sein, nur ja bei jeder auswärtigen Auseinandersetzung dabei zu sein, wo immer in der Welt sie auch stattfindet. Obwohl amerikanische Truppen bereits in Europa stationiert sind und in Korea Krieg führten, beschäftigen sich amerikanische Regierungskreise nachgerade ganz offen mit den Kämpfen in Indochina und selbst mit den

1 The Times, 3. XII. 1951.

2 The Times, 12. I. 1953.

269

pakistanisch-indischen Gegensätzen. Aber es ist schwer, ein amerikanisches Lebensinteresse zu erkennen, das einen solchen Einsatz in diesen Gebieten und unter diesem Gesichtspunkt in Korea notwendig macht.

Man kann es nicht nachdrücklich genug sagen, daß die nationalen Interessen die einzigen gültigen Faktoren sind, die den Eintritt in einen Krieg rechtfertigen. Unglücklicherweise lassen sich demokratische Politiker, wenn sie einmal in irgendeinem Kriege stecken, und sei es auch ein kalter Krieg, von einem rhetorischen Idealismus mitreißen, der aus ihnen Vorkämpfer der Menschlichkeit und Weltreformer

macht. Eine Weltreform ist aber das allerschlechteste unter sämtlichen Kriegszielen; denn ein großer Krieg macht die Welt niemals besser, sondern immer nur schlechter. Daher ist es Unsinn, »Verbesserungen für den einfachen Mann« und dergleichen beseligende Dinge dadurch anzustreben, daß Massen einfacher Männer, Frauen und Kinder getötet, verstümmelt und obdachlos gemacht werden.

Schon aus dem Grund ist das seit 1939 so oft gehörte Schlagwort, Nationen hätten die »Pflicht«, für diese oder jene jene Sache zu kämpfen, so bedauerlich. Kein Land ist von Natur verpflichtet, irgendwo zu kämpfen oder irgend jemand zu töten. Wenn es in diesem Zusammenhang eine moralische Pflicht gibt, so gebietet sie, nicht zu kämpfen und nicht zu töten. Jedes Land, das sich aus einem Weltkrieg heraushält, ist ein für Frieden und Kultur gerettetes Land. Wenn sich genügend Nationen fernhalten, so hört ein Weltkrieg auf, ein Weltkrieg zu sein; er schrumpft zu einem lokalisierten Konflikt zusammen, und ein lokalisierter Krieg ist weniger gefährlich als ein allgemeiner. Vor allem weil es dann genügend viele Nichtkriegführende gibt, die eine unbeteiligte, gemäßigte, vielleicht sogar unparteiische Meinung von dem Streitfall haben können, und deren Einfluß daher Kriegsauswüchse in nützlicher Weise bremsen kann. Aus diesem Grunde ist es ein

[270]

internationales Unglück, daß die Amerikaner anscheinend unfähig sind, die ihnen von der Vorsehung verliehenen strategischen Segnungen zu begreifen. Sie sind die natürlichen Neutralen der Welt und daher dank ihrer Stärke die idealen Schiedsrichter in einer auswärtigen Auseinandersetzung. Aber sie können diese wohltätige Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie sich ständig von Fremdmächten bedroht fühlen, die Amerika gar nicht wirksam erreichen können, und wenn sie weiterhin für die eine oder andere Seite Partei ergreifen.

Aber auch Churchill scheint nicht zu glauben, daß die Lokalisierung von Konflikten verdienstvoll sei. Als Marschall Tito im März 1955 London besuchte, wurde in amtlichen Kommuniques von Downing Street kategorisch erklärt, ein Krieg, in den Jugoslawien verwickelt sei, könne nicht lokalisiert bleiben. Nach seiner Rückkehr erklärte der Marschall in Belgrad, Churchill habe ihm gesagt, »wir sind Ihre Verbündeten, und wenn Jugoslawien angegriffen wird, so werden wir zusammen kämpfen und zusammen sterben«. Als Churchill einige Tage nach der Veröffentlichung dieser Erklärung sprach, hat er sie nicht dementiert.

Es ist ein düsteres Anzeichen der teilnahmslosen Mattigkeit, die englisches außenpolitischen Denken befallen zu haben scheint, daß diese verblüffende Enthüllung, England habe einem weitentfernten

Lande wieder eine jener Garantien schlechten Angedenkens gegeben, praktisch weder im Parlament noch sonstwo zu einer Diskussion führte. Vor dem ersten Weltkrieg hatte Sir Edward Grey es nicht gewagt, die Bindungen einzugestehen, die, wie er wußte, sein Land zur Unterstützung der Franzosen verpflichteten. So schrieb er 1912 an den englischen Botschafter in Paris, »es würde einen Skandal im Parlament geben, wollte ich Worte gebrauchen, aus denen die Möglichkeit eines Geheimabkommens entnommen werden könnte, das uns zu einem europäischen Kriege verpflichtet.« Aber es gab keinen Skandal im Parlament, als

[271]

Churchill eine englische Verpflichtung verkündete, Jugoslawien bis zum Tode zu verteidigen.

Wieso muß aber angenommen werden, daß ein russischer Angriff auf Jugoslawien nicht lokalisiert werden könnte? Die Einverleibung der Tschechoslowakei durch die Russen wurde lokalisiert. Ebenso eine Anzahl moderner Kriege, darunter der französisch-preußische Krieg von 1870, der Burenkrieg von 1899, der russisch-japanische Krieg von 1904, die Balkankriege von 1912, der indische Krieg gegen Haidarabad 1949. Wenn eine Lokalisierung in diesen Fällen möglich war, warum sollte sie im Falle Jugoslawiens unmöglich sein?

Zweifellos könnten in England allerhand gefühlsmäßige Sympathien für das »kleine Jugoslawien« erregt werden, sollte es mit dem »großen russischen Raufbold« in Krieg geraten, selbst wenn dabei ein kommunistischer Staat den anderen angreifen würde, und trotz der Tatsache, daß England selbst nicht selten die Rolle des großen Raufboldes gespielt hat. Aber Gefühle sind an sich kein ausreichender Grund, sich auf einen Krieg einzulassen, wie Königin Victoria darlegte, als sie Lord Palmerstons Bestreben vereitelte, sich zur Unterstützung des »kleinen Dänemark« 1864 in einen Krieg gegen Österreich und Preußen zu stürzen; mit dieser Haltung hat die Königin einen europäischen Krieg um fünfzig Jahre hinausgeschoben.

Wie wir gesehen haben und wie Königin Victoria bei der eben erwähnten Gelegenheit nachdrücklich betonte, sollte eine Regierung sich nur in Verfolgung der lebenswichtigen Interessen des eigenen Landes für einen Krieg entscheiden. Welche englischen Lebensinteressen werden aber bei der Verteidigung Jugoslawiens gegen Rußland berührt? Eine Eroberung des Landes Titos durch die Russen würde die Sowjetmacht nicht weiter nach Westen bringen, als sie schon heute ist. Nun könnte man anführen, daß Jugoslawien eine lebenswichtige Bastion des antirussischen Lagers in Südosteuropa ist, deren Fall Istanbul und die berühmten Meerengen des

[272]

Bosporus und der Dardanellen den Russen ausliefern würde, und daß jenes Schreckgespenst für so viele englische Köpfe im vergangenen Jahrhundert, der freie russische Zugang zum Mittelmeer, zur Tatsache würde.

Für Churchill ist dies aber nicht unbedingt ein Schreckgespenst. Das Seltsame an diesem Schreckgespenst ist nämlich, daß es offensichtlich während des ersten Weltkrieges seinen Schrecken verlor, als die englische Regierung 1915 Konstantinopel und die Meerengen Rußland versprach und von diesem Versprechen nur wieder zurücktrat, weil Rußland 1917 einen Sonderfrieden schloß. Besonders anmerkenswert aber ist die Tatsache, daß dieses Versprechen von einer Regierung abgegeben wurde, der Churchill angehörte. Ja, nicht nur das; er war sogar der eigentliche Anstifter der Dardanellenoperation von 1915, die die Meerengen zum Nutzen der Russen öffnen sollte.

Wenn daher die Ausschließung Rußlands vom Mittelmeer damals nicht lebenswichtig war, warum sollte sie es heute sein ? Das Hauptargument zur Begründung eines englischen Lebensinteresses im Mittelmeer war traditionell der Seeweg durch den Suezkanal. Der Schutz dieser »Empire-Lebenslinie« ist oft zum wesentlichen Erfordernis für ein Überleben Englands erklärt worden, wie aus vielen Beispielen der spannungsreichen Jahre unmittelbar vor Ausbruch des Krieges von 1939 hervorgeht. Aber als die »Lebenslinie« dann wirklich drei Jahre lang durchschnitten war und der Empireverkehr von 1940 bis 1943 den Weg ums Kap der Guten Hoffnung nehmen mußte, da erwies sich diese Verlängerung zwar als lästig, aber nicht als tödlich. Die Suez-Route war eben doch nicht lebenswichtig.

Heute ist sie es noch weniger, nachdem Indien und Burma der englischen Herrschaft entglitten sind. Der Seeweg nach Indien ist kein Empireweg mehr und die Linien nach Australien und Neuseeland sind bei der Fahrt um das Kap nur einen

[273]

Bruchteil länger als die Fahrt durch den Kanal. Prüft man die Dinge, so findet man in der Tat keinen gebieterischen Grund, warum England unausweichlich in einen jugoslawischen Krieg hineingezogen werden sollte und warum deshalb vom englischen Standpunkt aus ein solcher Krieg nicht lokalisiert werden könnte. Aber vielleicht gibt es in diesem Falle unbekannte Faktoren; allerdings sollte das englische Volk, das die Opfer zu bringen hat, dann doch wohl etwas über sie erfahren. Im Lichte des fürchterlichen Preises, der für die Verpflichtung gegenüber Frankreich vor 1914 und für die Garantie an Polen 1959 bezahlt

wurde, erscheint es sehr befremdlich, daß im Parlament keine Frage über die Garantie an Jugoslawien von 1953 gestellt wurde.

Einige der größten englischen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts waren dem Garantieprinzip gegenüber durch und durch feindselig eingestellt. Salisbury und Gladstone stimmten beide darin überein, daß »England voll und ganz die Beurteilung seiner eigenen Verpflichtungen gegenüber den verschiedenen Tatbeständen, nachdem sie entstehen, in der eigenen Hand behalten sollte . . . England sollte seine Entscheidungsfreiheit nicht durch Erklärungen gegenüber anderen Mächten in deren wirklichem oder vermeintlichem Interesse ausschließen oder einengen, Erklärungen, die jene Mächte dann gemeinsam mit England auslegen möchten . . . England sollte unter allen Umständen eher zu wenig als zu viel versprechen« [1]. Mit anderen Worten: warte mit der Entscheidung deiner Gegenmaßnahmen bis zur eigentlichen Krise und vermeide eine vorherige Bloßstellung, damit dein nationales Schicksal nicht von Ausländern entschieden werden kann. In dieser Regel scheint dem Autor sehr viel Weisheit zu liegen. England wurde 1914 durch die französische und die russische Politik, die so gut wie ganz seiner Kontrolle entzogen waren, in einen Krieg hineingezerrt, 1959 durch das Vorgehen pol-

[1] Algernon Cecii, Queen Victoria and Her Prime Ministers, S. 538.

[274]

nischer Politiker und 1941 in den Krieg gegen Japan durch die amerikanische Politik, der Englands Premierminister öffentlich einen Blankoscheck ausgestellt hatte.

Nicht minder wichtig als alles, was mit dem Problem der Kriegführung zusammenhängt, ist die Handhabung des Tatsachenmaterials. Aus ungenauen Angaben lassen sich keine vernünftigen Schlußfolgerungen ziehen. Doch haben die modernen Politiker so vollständig vor dem Lockmittel der Propaganda kapituliert, daß sie keinen ernstlichen Versuch machen, den kriegführenden Nationen die Tatsachen mit ehrlicher Objektivität vorzulegen. Weit entfernt. Sie fälschen das Material in der unverschämtesten Weise. Die massenhaften Verdrehungen, Halbwahrheiten und reinen Märchen über den Feind, die während Kriegen in Umlauf gesetzt werden, sind wohl in der Lage, Haß aufzupeitschen, aber für eine kühle Abschätzung von Recht und Unrecht ebenso ungeeignet wie für eine vernünftige und verläßliche Urteilsbildung, wo die Öffentlichkeit angesichts dieser Lage das wahre nationale Interesse zu suchen hat.

Ein Zwillingsbruder der Haßpropaganda ist die Unschuldslinie,

die von den Politikern, unterstützt von »patriotischen« Historikern und Völkerrechtlern, durch Vergangenheit und Gegenwart gezogen wird. Jeder Angriff, jeder Überfall, jede Grausamkeit auf dieser Seite der Linie wird als Teil des »großen historischen Prozesses« der menschlichen Entwicklung oder als legitime Vergeltung ausgegeben oder mit ähnlichen rettenden Begriffen belegt. Die gleichen Dinge auf der Feindseite aber werden zu ungeheuerlichen Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit, die mit dem Tode bestraft werden müssen.

Um wenigstens ein Beispiel anzuführen: man wird sich des Geschreies erinnern, das 1940 in England über den verruchten deutschen Angriff auf Norwegen ausbrach. In Nürnberg wurde 1946 der deutsche Großadmiral Raeder der Teil-

[175]

nahme an diesem Angriff angeklagt, und das fürchterliche Urteil lautete auf lebenslängliches Zuchthaus - das heißt, er wurde zum Tode im Gefängnis verurteilt. Aber die 1952 veröffentlichte Amtliche Britische Geschichte des Norwegenfeldzuges enthüllte die beschämende Tatsache, daß schon im November 1939 unter dem Deckmantel einer Unterstützung der Finnen gegen die Russen Pläne für eine englisch-französische Invasion Norwegens ausgearbeitet worden waren; diese Pläne wurden nur deshalb nicht ins Werk gesetzt, weil der russisch-finnische Krieg unerwartet früh endete, bevor noch alles vorbereitet war.

Die Unschuldsmiene ist ein höchst wertvolles Hilfsmittel für rachelüsterne Sieger und für Haßpropagandisten. Aber man erweist dem Frieden einen schlechten Dienst, wenn man die Geschichte als Maskenzug vorführt und dabei die darunter liegende reine Wahrheit verhüllt, daß eine Nation von Grund auf ebenso böse ist wie die andere und daß Aggressionen in steter Folge zurückreichen bis auf Kain und Abel. Wenn die Siegernationen, die vor kurzem erst den sogenannten Angriffskrieg als Verbrechen aburteilten, ihre eigene Geschichte gewissenhaft daraufhin untersuchen würden, wo sie die von ihnen selbst in Nürnberg gemachten Gesetze hätten befolgen müssen, so kämen sie zu dem Ergebnis, daß die amerikanischen Trapper ihre Schlingen zusammenpacken und nach Europa zurückkehren müßten und die Engländer nach Dänemark und - seltsam genug - nach Deutschland.

Die Menschen glauben zu lassen, alle ihre Unannehmlichkeiten seien dem »bösen Blick« irgendeines Ausländers zu danken, ist ein intellektueller Taschenspielertrick, mit dem die einfachen Menschen der Welt zu ihrem eigenen Schaden verwirrt und verführt werden sollen. Der einzige sichere Weg bei der Bekämpfung einer Krankheit

ist die entschlossene Suche nach dem wahren Ursprung, und wenn dabei ein Verdacht auf die eigene Kläranlage, Wasserversorgung oder Le-

[276]

bensweise fällt, so mag man auf dem Marktplatz noch so viele Hexen verbrennen, es wird keine Heilung bringen. Nationen, die durch Propaganda fälschlich von ihrer eigenen unbefleckten Reinheit überzeugt worden sind, lassen sich auch leicht den Gedanken einreden, sie seien Werkzeuge der göttlichen Gerechtigkeit und hätten die Pflicht, die Verruchten mit Geißeln zu züchtigen. Das ist ein gefährlicher Geisteszustand, der zu fanatischem Haß und damit zu der maßlosen Brutalität verführt, die man von Religionskriegen her kennt. Es ist auch eine ganz natürliche Entwicklung, daß Nationen, die sich selbst für die Gesalbten des Herrn halten, zu dem Schluß kommen, sie brauchten sich nur als Hüter der internationalen Tugend zusammenzutun, um den Frieden für immer zu sichern. Das phantastische Ergebnis ist der Ruf nach dem universellen Krieg, sobald irgendwo der winzigste Streit zur Gewaltanwendung führt. Statt wie die Polizei im Falle von Unruhen die Passanten zum Weitergehen aufzufordern, rufen die Vereinten Nationen jedermann herbei. Auf diese Weise bietet sich der heutigen Welt die Aussicht auf einen fernen und immer ferneren Frieden, der durch einen universalen und dauernden Krieg erreicht werden soll.

Sicher kann der belangloseste Streit zum Weltanliegen erhoben werden, genau wie jede kleine Arbeitsstreitigkeit mit der gleichen Logik zur Ursache für die Ausrufung eines Generalstreiks gemacht werden könnte. Aber die Erfahrung von 1926 scheint die englischen Gewerkschaften überzeugt zu haben, daß die Lokalisierung des Störungsherdes einer Unterstützung durch unbegrenzte »Sympathiestreiks« vorzuziehen ist.

Mit alledem soll nicht gesagt sein, daß es in der Welt keine üblen Politiker mit abstoßendem und widerlichem Auftreten gäbe. Aber sie sind auch nicht ganz so schlimm, wie ihre auch nicht völlig unschuldigen Ankläger behaupten, und sie könnten, wie es oft der Fall ist, eine bessere Rechtfertigung für ihr

[277]

Verhalten haben, als die gegnerischen Nationen wissen oder richtiger, als es ihnen zu wissen gestattet wird. Die einzige vernünftige außenpolitische Haltung gegenüber derartigen Politikern ist, die Beurteilung ihres moralischen Wertes dem Volke zu überlassen, dem sie verantwortlich sind, und den Ausdruck der eigenen Mißbilligung

auf alle angedrohten oder vollzogenen Beeinträchtigungen der eigenen Interessen zu beschränken. Alle bösartigen Politiker der Welt durch Gewalt auszurotten, nur weil sie bösartig sind, das geht über menschliches Vermögen, zumal der Vorrat an solchen Politikern offensichtlich unerschöpflich und die Zahl der zu ihrer Ausrottung Geeigneten und Berechtigten einigermaßen gering ist. Moralische Überheblichkeit auf Kosten anderer Nationen ist eigentlich immer unklug. Kaiser Wilhelms Tadel an dem englischen Vorgehen gegen die Buren wurde bald siebenfältig zurückgegeben angesichts der deutschen Verletzung der belgischen Neutralität, und die blutigen Vorgänge dieser Tage in den UN-Gefangenenlagern in Korea waren kein glückliches Nachspiel zu den zahlreichen Todesurteilen, die von den Siegern an Deutschen vollstreckt wurden, die das genau Gleiche begangen hatten.

Wenn die Welt verbessert werden soll, so nur durch das Vorbild, nicht durch Atomexplosionen, Napalbomben, Raketen oder Abwurf von Ungeziefern und Bakterien. Wenn es irgendeiner Nation gelungen ist, mit ihren eigenen Angelegenheiten unbeirrt auf dem geraden und schmalen Pfade der Rechtschaffenheit voranzukommen, dann mag sie berechtigt sein, ihre kritische Aufmerksamkeit dem inneren Verhalten ihrer Nachbarn zuzuwenden. Aber eine innere Stimme sagt mir, daß diese Zeit für uns noch lange nicht gekommen ist, und bis dahin haben wir noch alle im eigenen Hause genug zu tun.

Ich schließe mit einigen Sätzen aus einem Brief von Sidney Smith an Lady Grey, die Gattin des Premierministers in den

[278]

dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Obwohl diese Zeilen vor mehr als hundert Jahren geschrieben wurden, so passen sie doch noch heute:

> **»Um Himmels willen, zerren Sie mich nicht in einen neuen Krieg! Ich bin von der Kreuzfahrerei, der Verteidigung Europas und dem Schutz der Menschheit zermürbt und verbraucht: ich muß ein wenig an mich selbst denken. Die Spanier tun mir leid, und auch die Griechen; ich beklage das Schicksal der Juden, und die Bevölkerung der Sandwich-Inseln seufzt unter der hassenswertesten Tyrannei. Bagdad ist unterdrückt. Die gegenwärtigen Verhältnisse im (Nil-) Delta gefallen mir nicht, und in Tibet ist es nicht angenehm zu leben. Aber soll ich für alle diese Völker kämpfen ? Die Welt fließt über von Sünde und Leid. Aber soll ich der Vorkämpfer der Zehn Gebote sein, soll ich ewig Flotten und Armeen aufstellen, um alle Menschen gut und glücklich zu machen ? Wir haben gerade eine Aktion zur Rettung**

Europas unternommen und, ich bedaure, die Folge wird sein, daß wir einander die Gurgel durchschneiden werden. Keinen Krieg, teure Lady Grey! Keine Beredsamkeit, sondern Apathie, Egoismus, gesunder Menschenverstand, Arithmetik! Ich beschwöre Sie, verstecken Sie Lord Greys Schwert und Pistole wie einst Don Quichottes Haushälterin die Rüstung.«

[279]

I
ANHANG

Die Emser Depesche

Über die Vorgänge in Ems am 15. Juli 1870 telegraphierte Ministerialrat Abeken im Auftrag des Königs nach Berlin:

»Seine Majestät schreibt mir:

"Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen l Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man "a tout jamais" dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.' Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchst-derselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern

Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.«

Bismarcks Fassung

»Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine

Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.«

II.

Das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien vom 2}. Juli 1914

Nach einer längeren Einleitung über die Vorgeschichte der Ermordung des Thronfolgers erklärt die Note, daß »der Mord von Serajewo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben , . . von serbischen Offizieren und Beamten erhielten. . . und daß die Beförderung der Verbrecher nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.« Die k. u. k. Regierung müsse daher eine offizielle, im Regierungsorgan zu veröffentlichende Verurteilung der gegen Österreich-Ungarn gerichteten Bestrebungen verlangen. Die königlich-serbische Regierung habe sich überdies zu verpflichten:

1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt und deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist;

2. sofort mit der Auflösung des Vereines Narodna Odbrana vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen; die königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten

Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen;

3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren;

4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der königlichen Regierung bekanntzugeben sich die k. u. k. Regierung vorbehält;

5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. u. k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie

gerichteten subversiven Bewegung mitwirken;

6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden; von der k. u. k. Regierung hiezu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen;

7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voja Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind;

8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme von serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern; jene Organe des Grenzdienstes von Schabatz und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Serajewo bei dem Übertritt

über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienst zu entlassen und strenge zu bestrafen;

9. der k.u.k.Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und im Auslande, die, ihrer offiziellen Stellung ungeachtet, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicherweise gegen Österreich-Ungarn aussprachen;

10. die k.u.k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

Die k. u. k. Regierung erwartet die Antwort der königlichen Regierung spätestens bis Samstag, den 25. d.M., um 6 Uhr nachmittags. Ein Memoire über die Ergebnisse der Untersuchung von Serajewo, soweit sie sich auf die in Punkt 7 und 8 genannten Funktionäre beziehen, ist dieser Note beigeschlossen.«

In ihrer wenige Minuten vor 6 Uhr nachmittags des 25. Juli überreichten Antwortnote nahm die serbische Regierung die Forderungen 1-4 sowie 7-10 an; die Forderung 5 wurde indirekt, die Forderung 6 direkt abgelehnt, (»da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozesses wäre«),

ENDE

DIE JAHRESHEFTE VON AAARGH

Conseils de révision
Gaette du Golfe et des banlieues
The Revisionist Clarion
Il resto del siclo
El Paso del Ebro
Das kausale Nexusblatt
O revisionismo em lengua português
Arménichantage

http://revurevi.net

VERFÜGBARE BÜCHER (360)

http://vho.org/aaargh/fran/livres/livres.html
http://aaargh.com.mx/fran/livres/livres.html

DOKUMENTA, KOMPIL, REPRINTS

http://aaargh.com.mx/fran/livres/reprints.html
http://vho.org/aaargh/fran/livres/reprints.html

MAIL:

kausalenexusblatt@yahoo.de

Wir sind unter Schutz der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte:
http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm (Artikel 19)

AAARGH, UM NICHT DUMM ZU STERBEN